

BENNO HARDMEIER

**GESCHICHTE  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN IDEEN  
IN DER SCHWEIZ (1920—1945)**

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1958

Zürcher Dissertation

Unveränderter Neudruck

## VORWORT

Von den drei organisatorischen Formen der Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, befassen wir uns in dieser Arbeit mit der Partei, und zwar mit der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* (SPS). Dabei stellen wir weder die Frage nach den gegenseitigen Beziehungen zwischen diesen Organisationen noch das spezielle Problem des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der Kommunistischen Partei der Schweiz in den Vordergrund, wie wir überhaupt unsere Hauptaufgabe nicht darin sehen, die Unterschiede zwischen der schweizerischen Sozialdemokratie und den andern eidgenössischen Parteien herauszuarbeiten; uns interessieren weniger die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien, als vielmehr die *ideengeschichtliche Entwicklung und die ideellen Strömungen innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie* während der Zeit von 1920 bis 1945.

In dieser «Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz» geht es uns nicht darum, die Ideen verschiedener hervorragender Sozialisten möglichst vollständig aufzuzeigen, wie dies Mario Gridazzi in seiner Dissertation «Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz» in vorzüglicher Weise für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg getan hat, sondern um die Darstellung der von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vertretenen Ideen. Diese Betrachtungsweise drängte sich von selbst auf, denn was Robert Grimm ganz allgemein von der schweizerischen Arbeiterbewegung sagte, dass nämlich wirklich überragende Persönlichkeiten in der sozialistischen Bewegung unseres Landes fehlen \ gilt speziell auch für die von uns behandelte Periode. – Es soll in dieser Arbeit in erster Linie der Standpunkt der *schweizerischen* Partei zum Ausdruck gebracht werden – auf lokale und regionale Besonderheiten können wir in der Regel nicht eintreten.

1) «Die schweizerische Arbeiterbewegung kennt im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung mancher anderer Länder auch keine überragenden Persönlichkeiten, die ihr dominierend geistiges Gepräge verliehen hätten. Dafür sind die Verhältnisse zu klein, die Gedanken stossen sich zu sehr an den engen Grenzen dieser Verhältnisse, zumal das Land in nicht weniger als fünfundzwanzig Kleinstaaten aufgelöst ist, von denen jeder in weitgehendem Masse ein selbständiges Eigendasein fristet.» (R. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1931, S. 213.)

Wir sind uns bewusst, dass die Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz mit der gesamten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung aufs Engste verknüpft ist. Uns bleibt jedoch keine andere Wahl, als die sozialdemokratischen Ideen aus dieser Verflechtung herauszulösen und die Kenntnisse der allgemein-historischen Grundlagen und Zusammenhänge vorauszusetzen. Das will allerdings nicht heissen, dass wir die Ideen gewissermassen im luftleeren Raum zu behandeln haben. Wir werden auf die wichtigsten Auseinandersetzungen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet ständig hinweisen müssen, denn die Ideen der schweizerischen Sozialdemokratie sind als politische Ideen in hohem Masse auf die lebendige Wirklichkeit, auf die aktuellen Probleme bezogen, weshalb sich eine eindeutige Trennung zwischen Ideen und politischen Gegenwartsforderungen gar nicht vornehmen lässt<sup>2</sup>.

Bei der Fülle des Stoffes einerseits und des uns zur Verfügung stehenden Raumes andererseits ist es uns selbstverständlich nicht möglich, alle Fragen und Probleme, die in das Gebiet einer ideengeschichtlichen Betrachtung gehören, erschöpfend zu behandeln. Um uns nicht allzusehr in den verschiedensten Problemkreisen zu verlieren, verzichten wir darauf, auf die ausserordentlich vielschichtige Agrarfrage und die Stellung der Sozialdemokratie zum Bauernstände näher einzutreten. Angesichts der Tatsache, dass Mario Gridazzi den letzten Teil seiner Arbeit dem religiösen Sozialismus gewidmet hat, können wir es uns gestatten, den religiösen Sozialismus von unsern Untersuchungen auszunehmen. Auch mit dem Grütliverein, der aus der frühen Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung nicht wegzudenken ist, nach dem ersten Weltkrieg aber keine grosse Bedeutung mehr hatte, wollen wir uns nicht befassen. Ebensowenig können wir die mannigfachen Probleme sozialistischer Kulturpolitik zur Diskussion stellen. Den wirtschaftspolitischen Anschauungen der schweizerischen Sozialdemokratie werden wir hingegen besondere Beachtung schenken. Dass wir ausgesprochen organisatorische Fragen der SPS nicht zu behandeln haben, ergibt sich aus der thematischen Be-

2) In seiner «Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz» schreibt Robert Grimm: «Ein Rückblick auf die Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz zeigt Schritt für Schritt den Zusammenhang mit der lebendigen Wirklichkeit. Aber diese Wirklichkeit ist klein und bescheiden. Sie stellt in dem einer relativen Wohlfahrt sich erfreuenden, durch die demokratische Tradition charakterisierten kleinen Lande keine grossen Probleme. Es sind die hausbackenen Fragen und Sorgen des beschränkten Alltags, die das sozialistische Denken beherrschen. Und wenn einmal ein weiter Gedankenflug spürbar ist, geht er mehr von den geistigen Rückwirkungen grosser Weltereignisse als von Bedürfnissen aus, die aus tiefen, entscheidenden Veränderungen des eigenen Daseins entstanden wären.» (R. Grimm, a.a.O., S. 213.)

grenzung unserer Arbeit. Wir werden aber auch den ganzen Fragenkomplex betreffend die Willensbildung innerhalb der Partei, die Beziehung zwischen Mitgliedschaft und Parteileitung, die aktive Mitarbeit und Mitwirkung der Parteimitglieder u. ä., nicht in unsere Betrachtungen einschliessen können.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. R. Büchner für die Anteilnahme und Unterstützung zu danken, die er meiner Arbeit stets entgegenbrachte. Die Freiheit, die er mir gewährte, wusste ich ebenso zu schätzen wie die verschiedenen wertvollen Anregungen. Auch den Angestellten auf dem Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, vorab Herrn Jules Humbert-Droz, Zentralsekretär der SPS, bin ich zu tiefem Dank verpflichtet. Die bereitwillige und grosszügige Überlassung des notwendigen Materials hat es mir überhaupt erst ermöglicht, diese Arbeit zu schreiben.

Juni 1955 Der Verfasser

Die zweite Auflage unserer «Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz» unterscheidet sich inhaltlich nicht von der ersten Auflage. Wir haben lediglich einige kleine sprachliche Verbesserungen, aber keine materiellen Änderungen vorgenommen.

Mai 1958 Der Verfasser

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .....	III
Literatur- und Quellenverzeichnis .....	IX
Einleitung .....	1

### Erster Teil

#### Die schweizerische Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren

1. Die ideengeschichtliche Situation vor 1920 .....	8
2. Die Parteisplaltung .....	20
3. Das sozialdemokratische Parteiprogramm aus dem Jahre 1920 .....	24
4. Das Arbeitsprogramm von 1924 .....	36
5. Die schweizerische Sozialdemokratie und die Internationale .....	45
6. Aus der Tätigkeit der SPS in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ....	50

### Zweiter Teil

#### Sozialdemokratische Neuorientierung in den dreissiger Jahren

1. Die Wirtschaftsdepression .....	60
2. Die schweizerische Sozialdemokratie und der Nationalsozialismus .....	67
3. Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei und zum Gewerkschaftsbund .....	74
4. Militarismus und Landesverteidigung .....	79
5. Die Revision des Parteiprogramms .....	88
6. Der Plan der Arbeit .....	100
7. Die SPS nach der Programmrevision von 1935 .....	116

### Dritter Teil

#### Die schweizerische Sozialdemokratie während der Kriegszeit

1. Der Kampf um die Erhaltung der Unabhängigkeit .....	137
2. Zur Diskussion aktueller Tagesfragen .....	140
3. Der Standort der schweizerischen Sozialdemokratie .....	147
4. Die Parteisplaltung .....	159
5. Die Neue Schweiz .....	167
6. Zur sozialistischen Wirtschaftspolitik .....	175

## LITERATUR- UND QUELENVERZEICHNIS

### A. Ausländische Literatur

- Bauer, Otto, Der Weg zum Sozialismus, Berlin 1919.  
– Bolschewismus oder Sozialdemokratie? Wien 1920.  
– Zwischen zwei Weltkriegen? Zur Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936.
- Beckwith, B.P., The Economic Theory of a Socialist Economy, Stanford 1949.
- Beer, Max, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, 8. Aufl., Berlin 1932.
- Berghoff-Ising, Franz, Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz, Leipzig 1895.
- Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.  
– Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus, 4. Aufl., Berlin 1904.  
– Der Sozialismus einst und jetzt, Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, 2. Aufl., Berlin 1923.
- Bevan, Aneurin, Besser als Furcht, Zürich 1952.
- Beveridge, William H., Der Beveridge-Plan, Bericht von Sir William Beveridge, dem britischen Parlament überreicht im November 1942, Zürich/New York 1943.  
– Full Employment in a Free Society, London 1944.
- Blum, Léon, Socialisme et bolchévisme, Paris 1931.
- Clegg, Hugh A., Industrial Democracy and Nationalization, hg. von der Fabian Society, Oxford 1951.
- Cole, G.D.H., A Guide to the Elements of Socialism, published by the Labour-Party, 1950.  
– Socialist Economics, London 1950.  
– A History of the Labour Party from 1914, London 1951.  
– Is this Socialism? New Statesman Pamphlet, 1954.
- Cripps, Stafford, Christliche Demokratie, Zürich/Wien 1948.
- De Man, Hendrik, Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1927.  
– Die sozialistische Idee, Jena 1933.  
– Pour un Plan d'Action, 2. Aufl., Bruxelles 1934.  
– Wende des Sozialismus, Flugschrift Nr. 5 des VPOD Zürich, Januar 1934.  
– Gegen den Strom, Stuttgart 1953.
- Die Problematik der Vollbeschäftigung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 3, Berlin 1951.
- Durbin, E.F.M., Problems of Economic Planning, London 1949.
- Gross, Herbert, Sozialismus in der Krise, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1952.
- Halm, George N., Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, München 1951.  
– Economic Systems, New York/Toronto 1952.
- Hansen, Alvin H., Economic Policy and Full Employment, 3. Aufl., New York/ London 1947.

- Heimann, Eduard, Die Sozialisierung, Berlin 1919.  
 – Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922.  
 – Kapitalismus und Sozialismus, Potsdam 1931.  
 – Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, Potsdam 1932.  
 – Freiheit und Ordnung, Berlin 1950.
- Jay, Douglas, The Socialist Case, 2. Aufl., London 1947.
- Jenkins, Roy, Pursuit of Progress, London 1953.
- Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899.  
 – Der Weg zur Macht, 2. Aufl., Berlin 1910.  
 – Demokratie oder Diktatur? Berlin 1919.  
 – Die Diktatur des Proletariats, Wien 1919.  
 – Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart/Berlin 1922.  
 – Wehrfrage und Sozialdemokratie, Berlin 1928.
- Keynes, John Maynard, General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936.
- Landauer, Carl, Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft, München/Leipzig 1931.
- Lange, Oskar, On the Economic Theory of Socialism, in Lange/Taylor/Lippincott, On the Economic Theory of Socialism, 2. Aufl., Minneapolis 1948.
- Lasky, Harold, Revolutionäre Wandlungen in unserer Zeit, Zürich 1945.
- Lasserre, Georges, Socialiser dans la liberté, Paris 1949.
- Lederer, Emil, Planwirtschaft, Tübingen 1932.
- Leichter, Otto, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, Wien 1923.  
 – Die Sprengung des Kapitalismus, Die Wirtschaftspolitik der Sozialisierung, Wien 1932.
- Lenin, W. L., Der «Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus, Berlin 1947.  
 – Staat und Revolution, Berlin 1951.
- Lerner, Abba P., Economics of Control, New York 1946.  
 – Economics of Employment, New York/Toronto/London 1951.
- Lewis, W. Arthur, The Principles of Economic Planning, London 1949.
- L'Exécution du Plan de Travail, par le Bureau d'Études Sociales, Anvers 1935.
- Lorwin, Lewis L., The International Labor Movement, New York 1953.
- Louis, Paul, Histoire du Socialisme en France, 1789-1945, 4. Aufl., Paris 1946.
- Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, neu durchgesehene und vermehrte Ausgabe, Berlin 1946.
- Marx, K./Engels, F., Das Kommunistische Manifest, 5. Aufl., Wien 1928.
- Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952.
- Mayhew, C. P., Sozialistische Planwirtschaft, Ein Gesamtbild, Hamburg 1947.
- Mitscherlich, Alexander/Weber, Alfred, Freier Sozialismus, Heidelberg 1946.
- Moch, Jules, Confrontations, (Paris) 1952.
- New Fabian Essays, hg. von R.H.S. Crossman, London 1952.
- Ortlieb, Heinz-Heinrich, Wandlungen des Sozialismus, Hamburg 1947.
- Paulsen, Andreas, Neue Wirtschaftslehre, Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, Berlin/ Frankfurt a.M. 1950.
- Philip, André, Krise und Planwirtschaft, Zürich (1935).  
 Planwirtschaft und Arbeitspläne, hg. vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Paris, als



- Nr. 1-4, 15. Jg., Januar-April 1935, des offiziellen Organs des IGB «Die Internationale Gewerkschaftsbewegung».
- Renner, Karl, Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung, Berlin 1924.
- Der Mensch in der Wirtschaft und der Sozialismus, Wien 1930.
  - Mittelstand und Sozialismus, Wien 1932.
  - Die Neue Welt und der Sozialismus, Einsichten und Ausblicke des lebenden Marxismus, Salzburg 1946.
- Rittig, G., Sozialismus heute, Hannover (1953).
- Schumpeter, Joseph A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946.
- Sering, Paul, Jenseits des Kapitalismus, Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf bei Nürnberg 1946.
- Socialism – A New Statement of Principles, presented by Socialist Union, London 1952.
- Sternberg, Fritz, Kapitalismus u. Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg 1951.
- Strachey, John, Socialism looks forward, New York 1945.
- The Economics of Full Employment, Six Studies, Oxford 1945.
- Umbau der Wirtschaft, Die Forderungen der Gewerkschaften, Berlin 1932.
- Wootton, Barbara, Freiheit in der Planwirtschaft, Hamburg 1947.

## **B. Schweizerische Literatur**

- Amberg, Hans-Ulrich, Grundsätze sozialistischer Finanzpolitik, Winterthur 1953.
- Böhler, Eugen, Möglichkeiten der Krisenbekämpfung, 3. Aufl., Zürich 1933.
- Richtlinien für ein schweizerisches Wiederaufbauprogramm, Sonderabdruck aus dem Aargauer Tagblatt, Aarau 1940.
- Bratschi, Robert, Die Krisenpolitik der Gewerkschaften, Heft 12 der Schriften des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Bern 1934.
- Krisen-Initiative, Rede des Berichterstatters der Minderheit der nationalrätlichen Kommission, Bern 1935.
- Bretscher, Wilhelm/Steinmann, Ernst, Die sozialistische Bewegung in der Schweiz, 1848-1920, Bern 1923.
- Bringolf, Walther, Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz, Schaffhausen 1940.
- Die politische Lage und die Aufgaben der Partei – Einheit oder Spaltung? Referat, gehalten vor dem Parteiausschuss der SPS, 9. Juli 1944.
  - Die Schweiz und die Sowjetunion, Zur Krise unserer Aussenpolitik, hg. von der SPS, November 1944.
  - Demokratischer Sozialismus, Kampf um die Neue Schweiz! Referat, gehalten am Parteitag der SPS vom 30./31. August 1947.
  - Die Sozialdemokratie zu den internationalen Problemen, Referat, gehalten am Parteitag der SPS vom 17./18. April 1948.
  - Die Sozialdemokratie zur Aufrüstung, Referat, gehalten am Parteitag der SPS vom 11. März 1951.
- Brupbacher, Fritz, 60 Jahre Ketzer, Zürich 1935.
- Bührer, Jakob, Was muss geschehen? Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, Zürich 1942.

- Civis, Die Schweiz in Krise und Krieg, hg. von der Gruppe «Neue Demokratie», November 1939.
- Der Arbeiter als Partner im Betrieb, hg. von Eugen Steinemann, Zürich 1953.
- Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees, 2 Bde., Bern 1919.
- Der Plan der Arbeit – Ein Ausweg aus Krise und Not (Kommentar zum Plan der Arbeit), Zürich o. J.
- Der Plan der Arbeit – Nationale Planwirtschaft in der Schweiz, Flugschrift Nr. 9 des VPOD Zürich, Juli 1934.
- Der Weg der schweizerischen Sozialdemokratie, Entscheidungen des demokratischen Sozialismus, von einem Linkspolitiker, Aarburg 1948.
- Die Überwindung der Krise – Erläuterungen zum Plan der Arbeit, Kollektivarbeit der Frauengruppe Zürich, Zürich 1936.
- Die Wahrheit über die Taktik der Kommunisten, Dokumente über die «Einheitsfront»-Manöver, hg. vom SGB, Bern 1936.
- Eggenberger, Mathias, Vom Standort des schweizerischen Sozialismus, hg. von der SPS, 2. Aufl., 1951.
- Egger, Heinz, Die Entstehung der Kommunistischen Partei u. des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz, Zürich 1952.
- Faucherre, Henry, Der genossenschaftliche Sektor in der Volkswirtschaft, Basel 1948.
- Ferrière, Adolphe, Ein überparteilicher Plan der Arbeit dem Schweizervolk, Zürich o. J.  
– L'ordre coopératif par le Plan du Travail, Genève 1936.
- Gawronski, Vital, Staatsgewalt und Volkswohlfahrt, Bern 1949.
- Giovanoli, Fritz, Unter der Herrschaft des Finanzkapitals, hg. von der SPS, o. J.  
– Im Schatten des Finanzkapitals, hg. von der SPS, o. J.  
– Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Entstehung, Entwicklung und Aktion, hg. von der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, 1948.
- Gitermann, Valentin, Die historische Tragik der sozialistischen Idee, Zürich/New York 1939.  
– Geschichte der Schweiz, Thayngen-Schaffhausen 1941.  
– Rückblick und Ausblick, weltpolitische Perspektiven, Zürich/New York 1942.
- Graber, E.-Paul, Guerre et militarisme, o. O. und o. J.  
– La Conference de Vienne du 22 au 27 février, La Chaux-de-fonds 1921.  
– Socialisme et Paysans, La Chaux-de-fonds 1928.  
– Commentaire du programme du Parti Socialiste Suisse, La Chaux-de-fonds 1928.  
– Réponse à un ouvrier qui ne veut plus être stalinien, La Chaux-de-fonds 1941.
- Graf, Hans, Das Ende der Wirtschaftskrisen? Münsingen 1953.
- Greulich, Hermann, Zur Landesverteidigung, Zürich 1917.  
– Zum Nachdenken, Ein Wort an die schweizerische Arbeiterschaft, St. Gallen 1919.  
– Der Weg zum Sozialismus, Eine sachliche Auseinandersetzung mit den Neukommunisten über körperliche und sittliche Gewalt, Olten 1921.  
– Ein Kampf um die Menschwerdung, Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit (Art. 41 des Fabrikgesetzes), hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, 1922.
- Gridazzi, Mario, Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1935.
- Grimm, Bruno, Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz, hg. von der SPS, Zürich 1939.

- Grimm, Bruno, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940.
- Grimm, Robert, Sozialdemokratie und Bürgertum, Bern 1909.
- Partei und Gewerkschaft, hg. von der SPS, Bern 1911.
  - Demokratie und Sozialismus, Zürich 1911.
  - Ab Traktandum mit der Militärfrage? Bern 1917.
  - Zimmerwald und Kiental, Bern-Belp 1917.
  - Der politische Massenstreik, 3. Aufl., Basel 1918.
  - Revolution und Massenaktion, hg. von der SPS, Bern 1919.
  - Ziel und Taktik der Partei, Referat an den kantonalen Parteitag 1919 der bernischen Sozialdemokratie, Bern 1919.
  - Sozialdemokratie und Völkerbund, Bern 1920.
  - Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen, Bern 1920.
  - Demokratie und Diktatur, Bern 1920.
  - Partei-Einheit oder Partei-Spaltung? Referat, gehalten am Parteitag der SPS 1920, hg. von der SPS.
  - Die Wiener Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, Bern 1921.
  - Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, eine Vortragsreihe, Bern 1925.
  - Sozialdemokratie und Landwirtschaft, Bern 1928.
  - Das sozialdemokratische Agrarprogramm, Referat, gehalten am Parteitag der SPS 1928, hg. von der SPS, Bern 1928.
  - Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Bern 1929.
  - Der 12. Dezember des Bürgertums, Aarau 1930.
  - Kapitalismus, Krisen, Arbeitslosigkeit, Bern 1930.
  - Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1931.
  - Der Weg zur Macht, Zürich 1932.
  - Nationale Fronten und Arbeiterbewegung, o. O. und o. J.
  - Unser Kampf gegen Reaktion und Fronten, Bern 1933.
  - Der Übergang zum Sozialismus, Olten 1933.
  - Schicksalsstunde der Schweiz, Bern 1935.
  - Freie und gelenkte Wirtschaft, hg. von der SP des Kantons Bern, 1949.
- Grimm, R./Rothpletz, Ferd., Krisenbekämpfung – Arbeitsbeschaffung, Bern 1934.
- Heeb, Friedrich, Gegen die Gewerkschaftszerstörer, Tatsachen und Dokumente über die kommunistische Miniarbeit in den schweizerischen Gewerkschaften, Zürich 1922.
- Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930, Bern 1930.
  - Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung 1898-1948, Zürich 1948.
- Huggler, August, Lex Häberlin, Kritische Aufsätze über die projektierte Ergänzung des Bundesstrafrechts, hg. von der SPS, Bern 1921.
- Über Gesellschaftsklassen, Lohnarbeit und Klassenkampf, Bern 1927.
  - Die rote Gesellschaft, Vergleiche und Kritik über gegenwärtige und zukünftige Gesellschaftszustände, hg. von der SPS, Bern 1930.
  - Unser Kampf gegen Krisennot und Massenelend, hg. von der SPS, Bern 1932.
  - Aus der Krisennot heraus bessern Zeiten entgegen, hg. von der SPS, Bern 1935.
- Humbert-Droz, Jules, Que sera l'après-guerre? La situation internationale et les tâches de la classe ouvrière suisse, Rapport présenté au congrès du Parti socialiste suisse à Bienne le 1<sup>er</sup> juillet 1945, hg. von der SPS.

- Im Kampf um den Staat der Arbeit, Handbuch für den sozialdemokratischen Vertrauensmann, hg. von der SPS, Bern 1935.
- Jöhr, Walter Adolf, Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich? Bern 1948.
- Jordi, Hugo, Die Krise der internationalen Arbeiterbewegung, Zürich 1932.
- Finanzprogramm, Landesverteidigung und Sozialdemokratie, Zürich 1933.
  - Umbau und Aufbau, Schicksalsfragen der schweizerischen Sozialdemokratie, Bern 1936.
  - Sozialistische Entwicklungslinien, Bern 1947.
  - Demokratischer Sozialismus, Zürich 1952.
  - Integraler Sozialismus, Zürich 1955.
- Kamber, Arnold, Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband, Geschichte – Tätigkeit – Tarifverträge, Zürcher Diss. 1931.
- Kartelle und Trusts in der Schweiz, hg. von der SPS, Ausgabe für Vertrauensmänner, Mai 1931.
- Keller, Paul, Die korporative Idee in der Schweiz, Veröffentlichungen der Handelshochschule St. Gallen, Heft 5, St. Gallen 1934.
- Konkurrenz und Planwirtschaft, besonders die Aufsätze von H.G. Bieri und E.J. Walter, Bern 1946.
- Kramer, Hugo, Sozialistische Demokratie, hg. von der Gruppe «Neue Demokratie», April 1940.
- Was soll werden? Gedanken zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz, hg. von der SPS, 1941.
  - Die Quellen der schweizerischen Demokratie, hg. von der SPS, 1941.
- Kuhn, Werner, Die Bedeutung Charles Fouriers für die Gedankenwelt Herman Greulichs (mit einem ausführlichen Verzeichnis der Schriften von und über H. Greulich), Zürich 1949.
- Kull, Ernst, Die sozialreformerische Arbeiterbewegung in der Schweiz, Die römisch-katholische, die evangelisch-soziale und die liberal-nationale Arbeiterbewegung, Zürcher Diss. 1930.
- Lang, Otto, Der Socialismus in der Schweiz, Berlin 1902.
- Sozialismus oder Kapitalismus? Bern 1919.
- Langer, Kurt, Sozialdemokratische Wirtschaftstheorien der Nachkriegszeit, Basler Diss. 1937.
- Marbach, Fritz, Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, Bern 1933.
- Das aktuelle Lohnproblem, Heft 10 der Schriften des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Bern 1933.
  - Über Kartelle und Kartellierung in der Schweiz, Bern 1937.
  - Theorie des Mittelstandes, Bern 1942.
  - Vollbeschäftigung, der andere Weg, Bern 1943.
  - Kreditschöpfung der Handelsbanken und das Postulat der Verstaatlichung des Kredits, Bern 1947.
  - Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950.
- Materialsammlung für Vertrauensleute, hg. von der SPS, Zürich 1939.
- Mussard, Jean, Neue Wege? Versuch zur Formulierung eines modernen Sozialismus, 2. Aufl., Schaffhausen 1940.
- Der Weg der Schweiz, Finanzielle und wirtschaftliche Landesverteidigung, Schaffhausen 1941.
  - Soziale Wirtschaft heute und morgen, Zürich 1943.

- Naine, Charles, *Socialisme et Lutte de Classes*, Lausanne 1918.
- Diktatur des Proletariats oder Demokratie? Zürich 1919.
  - Socialisme solidariste, Neuchâtel et Genève o. J.
  - Orientation socialiste d'après guerre, La Chaux-de-fonds 1924.
- Nobs, Ernst, *Die erzieherische Bedeutung der Parteien*, Zürich o. J.
- Herman Greulich 1842-1925, Zürich 1942.
  - Helvetische Erneuerung, Zürich 1943.
  - Probleme der Bundesfinanzreform, Heft 18 der Gewerkschaftlichen Schriften, hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Zürich 1946.
- Oprecht, Hans, *Der Kampf um die öffentliche Wirtschaft*, Heft 8 der Schriften des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Bern 1932.
- Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, Referat, gehalten am Parteitag der SPS vom 24./25. Mai 1941, hg. von der SPS.
  - Die Bewährung der Freiheit, hg. von der SPS, 1942.
  - Die Arbeiterschaft der Schweiz im zweiten Weltkrieg, Referat, gehalten am Verbandstag des VPOD, 29.-31. Mai 1943, hg. vom VPOD.
  - Der Sozialismus in Europa, hg. von der SP des Kantons Zürich, September 1946.
- Pflüger, Paul, *Der schweizerische Grütliverein und die sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1915.
- Pianzola, Maurice, *Lénine en Suisse*, (Genève) 1952.
- Pollux, *Trusts in der Schweiz?* Zürich 1944.
- Ragaz, Jakob, *Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz*, Zürcher Diss., Aarau
- Ragaz, Leonhard, *Die neue Schweiz, Ein Programm für Schweizer und solche, die es werden wollen*, 3. Aufl., Olten 1918.
- Die Erneuerung der Schweiz, Ein Wort zur Besinnung, Zürich 1933.
- Ragaz, Leonhard/Ragaz, Clara/Gerber, Max/Matthieu, Jean/Staudinger, Dora, *Ein sozialistisches Programm*, Olten, o. J.
- Reinhard, Ernst, *Landesverteidigung?* Flugschrift Nr. 6 des VPOD Zürich, Januar 1934.
- Das schweizerische Asylrecht, Olten o. J.
  - Abrüstung ... zum neuen Krieg, Berlin 1927.
  - Arbeiter-Internationale und Abrüstung, Berlin 1928.
- Rikli, Erika, *Der Revisionismus, Ein Revisionsversuch der deutschen marxistischen Theorie (1890-1914)*, Zürich 1936.
- Rimli, Bruno, *Sozialpolitische Ideen der schweizerischen Liberal-Konservativen (1815-1939)*, Zürcher Diss. 1950.
- Röpke, Wilhelm, *Die Krisis des Kollektivismus*, Erlenbach-Zürich 1947.
- Rutishauser, Hans, *Liberalismus und Sozialpolitik in der Schweiz*, Zürcher Diss. 1935.
- Schenker, Ernst, *Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz*, Appenzell 1926.
- Schmid, Arthur, *Die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale*, Bern 1920.
- Der Marsch in die kommende Zeit, Was müssen wir tun? 5. Aufl., Aarau 1934.
  - Wird morgen Krieg sein? Aarau 1934.
  - Die Schweiz und der kommende Krieg, als Anhang: Briefwechsel zwischen Oberstdivisionsärz Dr. Bircher und Dr. A. Schmid, 3. Aufl., Aarau 1936.

- Schmid, Jacques, Die kommunistische Internationale und wie stellen wir uns zu ihr?  
Olten 1919.
- Unterwegs 1900-1950, Erfahrungen und Erkenntnisse, Olten 1953.
- Schmid-Ammann, Paul, Richtlinienbewegung – Ihr Ziel und ihre Arbeit, Schriftenreihe der  
Richtlinienbewegung, Bern o. J.
- Der Freiheitskampf der neuen Zeit, Bern 1948.
- Schmidt, Franz, Charles Naine, Luzern 1931.
- Hermann Greulich, Ein kleines Lebensbild, hg. vom Schweizerischen Gewerkschafts-  
bund, Bern 1935.
- Über die Quellen des Sozialismus in der Schweiz, hg. von der Gruppe «Neue Demokra-  
tie», 3. Aufl., Frühling 1941.
- Sozialismus – Recht – Freiheit, hg. von der SPS, Frühjahr 1943.
- Schmidt, F./Kramer, H., Sozialist und Krieg, Zur Militärfrage in der Sozialdemokratie, Se-  
paratabdruck einer Artikelserie, erschienen in der St. Galler «Volksstimme», St. Gallen  
1931.
- Schneeberger, Oskar, Entstehung und Verlauf der Arbeiterbewegung in der Schweiz,  
Bern 1912.
- Schneider, Fritz, Hütet euch am Morgarten! Ein Mahnwort an die sozialistischen Arbeiter  
der Schweiz, o. O. und o. J.
- Der Landesstreik in der Schweiz, Basel 1918.
- Hammer oder Amboss? Basel 1940.
- Schweingruber, Edwin, Sozialgesetzgebung der Schweiz, Zürich 1955.
- Seiler, Eduard, Die sozialistische Bewegung der Schweiz im Frühling 1943, Beitrag zu einer  
Standorts- und Gewichtsbestimmung, in «Zeitfragen der schweizerischen Wirtschafts-  
politik», hg. von der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau, Nr. 16, 22. Juni  
1943.
- Seiler, E./Simeon, L., Die ‚Neue‘ Schweiz, Der Weg zum totalen Staat des Sozialismus,  
o. O. und o. J.
- Sonderegger, René, Die Schweiz im Umsturz? Zeitgemässe Betrachtungen und Vorschläge,  
Zürich 1933.
- Steck, Albert, Schweizerisches Arbeiterlesebuch, Eine Sammlung von Aufsätzen über die  
soziale Frage und deren Lösung durch die Sozialdemokratie, Bern 1890.
- Stehli, Marcel, Albert Galeer und sein Einfluss auf die Ideengeschichte des schweizerischen  
Grütlivereins, Zürcher Diss. 1936.
- Steinemann, Eugen, Die Volkswirtschaft in der Neuen Schweiz, (Kommentar zur Neuen  
Schweiz), hg. von der SPS, Zürich 1947.
- Stocker, Werner, Schranken der Handels- und Gewerbefreiheit, Gedanken und Dokumente  
zur «Neuen Schweiz», o. O. und o. J.
- 50 Jahre Kampf um die Freiheit, Ein Gedenkwort zur fünfzigsten Maifeier, Zürich 1939.
- Sozialdemokratie und Bundesverfassung, Lehren des hundertjährigen Bundesstaates für  
die schweizerische Arbeiterschaft, Vortrag, gehalten am Parteitag der SPS vom 17./18.  
April 1948, hg. von der SPS.
- Stranjakovitch, Branislav, Lénine et la III<sup>e</sup> Internationale, Thèse Geneve 1950.
- Sturmthal, Adolf, Die grosse Krise, Zürich 1937.
- Theimer, Walter, Der Marxismus, Bern 1950.

- Tobler, Robert, Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung, Sonderabdruck der Schweizer Monatshefte, 13. Jg., Hefte 4/5, 6, Juli-August, September 1933.
- Vogelsanger, Jakob, Der Schweizerische Grütliverein, St. Gallen 1883.
- Walter, Emil, J., Marxismus oder Bolschewismus, Olten 1919.
- Europäischer Sozialismus, Rückblick und Ausblick, Zürich/New York 1942.
- Weber, Max, Verkürzung der Arbeitszeit, Heft 4 der Gewerkschaftlichen Schriften, hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Zürich 1931.
- Eine eidgenössische Krisensteuer, Heft 6 der Gewerkschaftlichen Schriften, Zürich 1932.
  - Die Gewerkschaften zu den Korporationen und Fronten, Referat, gehalten am schweizerischen Gewerkschaftskongress vom 18./19. November 1933, hg. vom SGB.
  - Tatsachen sprechen, Zum Jahrestag der Verwerfung der Kriseninitiative, hg. vom SGB, Bern 1936.
  - Die Politik nach der Abwertung, hg. vom SGB, Bern 1936.
  - Existenzfragen der schweizerischen Maschinenindustrie, Heft 8 der Gewerkschaftlichen Schriften, Zürich 1936.
  - Der Gewerkschaftsbund zur wirtschaftlichen und politischen Lage, Heft 9 der Gewerkschaftlichen Schriften, Zürich 1936.
  - Gegenwartsfragen der schweizerischen Wirtschaft, Bern 1938.
  - Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften, Heft 2 der Schriften des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, Zürich 1942.
  - Sozialismus und Sozialdemokratie, hg. von der SPS, Oktober 1942.
  - Die Schweiz heute und morgen und die Gewerkschaften, Heft 6 der Schriften des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, Zürich 1944.
  - Die Stellung der Arbeiterschaft zu den wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsproblemen, Zürich 1944.
- Weckerle, Eduard, Herman Greulich, Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947.
- Die Gewerkschaften in der Schweiz, Heft 20 der Gewerkschaftlichen Schriften, Zürich 1947.
  - Der Leidensweg der Bundesfinanzreform, Heft 25 der Gewerkschaftlichen Schriften, Zürich 1950.
- Winkler, Hans, Schweizerische Arbeitsmarktpolitik, Zürcher Diss. 1939.
- Wohin des Wegs? Unsere Politik in der Arbeiterbewegung, hg. vom VPOD, Zürich o. J.

### **C. Geschäftsberichte, Programme, Protokolle, Beschlüsse, Drucksachen**

- Arbeitsprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, angenommen durch den Parteitag vom 5. bis 7. September 1924.
- Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in den Grundlinien gutgeheissen vom Gewerkschaftskongress vom 18./19. November 1933, hg. vom SGB.
- Beschlüsse des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg (21. bis 25. Mai 1923), hg. vom Sekretariat der SAI, Wien 1923.

- Der Arbeit ihr Recht, Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz für die Nationalratswahlen 1951; Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen in Frankfurt a.M. am 3. Juli 1951, hg. von der SPS, Zürich 1951.
- Der Kampf um die Rechte der Arbeit, Drucksache, hg. vom SGB, Bern 1933.
- Der Plan der Arbeit, angenommen durch den Parteitag der SPS vom 26./27. Januar 1935.
- Die neue Schweiz, hg. von der SPS, Zürich 1942.
- Geschäftsberichte der SPS für die Jahre 1918 bis 1950.
- Nach der deutschen Katastrophe, Die Beschlüsse der Internationalen Konferenz der SAI in Paris, 21. bis 25. August 1933, und die Rede des Berichterstatters Otto Bauer, Zürich 1933.
- Parteiprogramm der SPS aus dem Jahre 1920, angenommen durch den Parteitag der SPS vom 10. bis 12. Dezember 1920.
- Parteiprogramm der SPS aus dem Jahre 1935, angenommen durch den Parteitag der SPS vom 26./27. Januar 1935.
- Programm und Organisation der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1927.
- Protokolle der Parteitage der SPS, 1917 bis 1951.
- Protokolle der Pontigny-Konferenzen 1934 und 1937: Konferenz zur Besprechung der Probleme der Planwirtschaft, vom 14. bis 16. September 1934, Abbaye de Pontigny (Frankreich), hg. vom VPOD Zürich; III<sup>e</sup> Conference Internationale des Plans du Travail, Abbaye de Pontigny, 23-24 Octobre 1937, Editions «Labor» Bruxelles.
- Protokolle der Sitzungen der Geschäftsleitung der SPS (unveröffentlicht).
- Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes der SPS (unveröffentlicht).
- Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPS (unveröffentlicht).
- Protokolle der Sitzungen der Politischen Kommission der SPS (unveröffentlicht).
- Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie, o. O. und o. J.
- Volksbegehren für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm, Drucksache, hg. von der SPS, o. J.

## **D. Zeitungen und Zeitschriften**

### Ausländische Zeitschriften

- Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, offizielles Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Paris.
- Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart.
- Fact, The Labour Party Monthly, London.
- Geist und Tat, Monatschrift für Recht, Freiheit und Kultur, Hamburg.
- La Revue Socialiste, Revue mensuelle de culture politique et sociale, Paris.

### Schweizerische Zeitschriften und Zeitungen

- Der öffentliche Dienst, Verbandsorgan des Schweizerischen Verbandes Personal öffentlicher Dienste.



Der neue Bund, Monatsschrift für freiheitlichen Sozialismus, hg. vom Escherbund, sozialistische Arbeitsgemeinschaft.  
Der Vertrauensmann, Mitteilungsblatt und Materialsammlung für Vertrauensleute, hg. von der SPS.  
Gewerkschaftliche Rundschau, Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.  
Neue Wege, Blätter für den Kampf der Zeit, hg. von der Vereinigung «Freunde der neuen Wege».  
Politische Rundschau, Monatsschrift für Kultur, Politik und Wirtschaft, hg. von der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz.  
Rote Revue, Sozialistische Monatsschrift, hg. von der SPS.  
Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Verbandsorgan des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes.

#### Tageszeitungen

Berner Tagwacht  
Der freie Aargauer  
La Sentinelle  
Le Droit du Peuple  
Neue Zürcher Zeitung  
St. Galler Volksstimme  
Volksrecht

## EINLEITUNG

Die Sozialisten haben sich stets, auch wenn es manche aus einer betonten Neigung zur Wissenschaftlichkeit nicht wahrhaben wollten, von einer bestimmten sittlichen Grundhaltung leiten lassen; immer bildete ein ethisches Werturteil, entsprungen aus der Konfrontation eines Idealbildes von Mensch und Gesellschaft mit den realen Gegebenheiten, den Ausgangspunkt: die Auflehnung gegen die Ausbeutung der Menschen durch Menschen. Und insofern als uns die Geschichte zeigt, dass jede Epoche mit irgendeiner Form von Ausbeutung und Unterdrückung verbunden war, und es Personen gab, die dagegen protestierten, kann man sagen, sozialistische Ideen seien nicht an ein bestimmtes Zeitalter gebunden. Aber als geistesgeschichtliche und politische Bewegung ist der Sozialismus untrennbar mit der Epoche des Kapitalismus verknüpft. Der Sozialismus lässt sich überhaupt nur als Reaktion auf den Kapitalismus verstehen. So schreibt denn auch Walther Bringolf: «Im Begriff des Sozialismus ist der wirtschaftliche, der soziale, der politische, mit einem Wort, der weltanschauliche Gegensatz zum Kapitalismus enthalten».<sup>1</sup> Max Weber erklärt, dass der moderne Sozialismus «vor allem als Reaktion auf die Wirtschaftsepoche des Kapitalismus aufzufassen ist. Er ist ausserdem dadurch charakterisiert, dass seine Ideen sich mit der Arbeiterbewegung verbinden und eine sozialistische Massenbewegung entstehen lassen»<sup>2</sup>. In der am 3. Juli 1951 beschlossenen Erklärung der Sozialistischen Internationale (Frankfurter Erklärung) heisst es: «Der Sozialismus entstand in Europa als eine Protestbewegung gegen die dem kapitalistischen Gesellschaftssystem eingeborenen Übel. Weil die Lohnarbeiter unter dem kapitalistischen System am grausamsten litten, begann der Sozialismus als eine Bewegung der Lohnarbeiter. Mehr und mehr erkennen auch andere – Bauern und Handwerker, Büroarbeiter, Angestellte und Kleinkaufleute, Angehörige freier Berufe, Gelehrte, Künstler und Schriftsteller –, dass ihre Zukunft im Sozialismus

1) W. Bringolf, Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz, Schaffhausen 1940, S. 19.

2) M. Weber, Sozialismus und Sozialdemokratie, hg. von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Oktober 1942, S. 6.

liegt. Der Sozialismus wendet sich an alle, die der Überzeugung sind, dass die Ausbeutung von Menschen durch Menschen überwunden werden muss»<sup>3</sup>.

Kann man die Verurteilung der kapitalistischen Ausbeutung als Ausgangspunkt sozialistischen Denkens, Fühlens und Wollens annehmen<sup>4</sup>, so ergibt sich daraus auch die Zielsetzung des Sozialismus: die Aufhebung jeder Ausbeutung, wodurch die Voraussetzung für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit geschaffen wird. Diese Entfaltung und Entwicklung der Menschen zu vollen und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten müssen wir letztlich als das eigentliche Ziel des Sozialismus bezeichnen<sup>5</sup>. Der Sozialismus erschöpft sich keineswegs im Kampf um eine allgemeine Hebung des materiellen Wohlstandes, im Streben nach Beseitigung von Armut und Not, nach Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für alle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft. «Der demokratische Sozialismus», so liest man in der Frankfurter Erklärung, «erstrebt weit mehr als eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung. Wirtschaftliche und soziale Fortschritte finden ihre moralische Rechtfertigung in dem Masse, in dem sie der Befreiung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen.» Durch «die Befreiung der Menschen von jener Furcht und Sorge, die mit allen Formen von poli-

3) Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen in Frankfurt a.M. am 3. Juli 1951, abgedruckt in «Der Arbeit ihr Recht», hg. von der SPS, Zürich 1951, S. 8.

4) «The starting-point of all socialist thought has been the condemnation of capitalist exploitation.» (Socialism – A New Statement of Principles, presented by Socialist Union, London 1952, S. 26.)

5) Als Illustration wollen wir einige Zitate aus der jüngsten Zeit anführen. Mathias Eggenberger schreibt über die demokratisch-sozialistische Zielsetzung: «Wir erstreben eine Gesellschaftsordnung, die soziale Sicherheit mit individueller Freiheit aufs Engste verbindet, die auf dem Boden der materiellen Unabhängigkeit jedes Einzelnen die geistige Freiheit des Menschen sichert.» (M. Eggenberger, Vom Standort des schweizerischen Sozialismus, hg. von der SPS, 2. Aufl., 1951, S. 27.) Eugen Steinemann erklärt: «Die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist ausgerichtet auf das Ziel, allen Menschen die bestmöglichen äusseren Bedingungen zur Entfaltung ihrer wertvollen Kräfte im Dienste ihrer hohem Bestimmung zu sichern.» (Der neue Bund, 18. Jg., Nr. 5, Mai 1952, S. 74.) – «The socialist goal is a society so organised as to provide each one of its members with an equal opportunity for the development and expression of his personality.» (Socialism – A New Statement of Principles, S. 47.) – «Le socialisme est un humanisme agissant et concret qui tend à réaliser effectivement, par l'intermédiaire d'institutions et de techniques appropriées, les conditions matérielles et sociales qui permettront à tout homme de s'épanouir librement. Le socialisme ne réalise pas l'homme ou la liberté, il prétend leur permettre de s'exprimer.» (Pierre Bonnel, Signification du socialisme démocratique, La Revue Socialiste, Paris, No. 70, octobre 1953, S. 294.)

tischer und wirtschaftlicher Unsicherheit verbunden ist», soll die Bahn geöffnet werden «für die geistige Entfaltung der Menschen zu verantwortungsbewussten und der kulturellen Entwicklung aufgeschlossenen Persönlichkeiten»<sup>6</sup>.

Über Herkunft, Ziel und geistiges Resultat des Sozialismus schreibt Valentin Gitermann sehr zutreffend:

«Hervorgegangen ist der Sozialismus aus dem Ideal der Humanität, aus der leidenden Liebe zur leidenden Menschheit, aus der Sehnsucht nach reiner Verwirklichung höchsten menschlichen Wesens.

Als Ziel hat der Sozialismus die Schaffung einer gesellschaftlichen Organisation erstrebt, die den Menschen befreien sollte von Unterdrückung und Gewalt, von Versachlichung und Verkümmern seiner Persönlichkeit.

Als geistiges Resultat ist dem Sozialismus die Erkenntnis zuteil geworden, dass gesellschaftliche Organisationsformen für die Verwirklichung seiner Postulate wohl als günstige oder ungünstige Voraussetzungen schwer ins Gewicht fallen, dass sie aber niemals an sich schon eine eigentliche Erfüllung bedeuten können»<sup>7</sup>.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Vorstellungen über Weg und Ziel der sozialistischen Bewegung, ganz abgesehen von den nationalen Unterschieden, im Laufe der Zeit mannigfache Veränderungen erfuhren. Dies dürfte ja wohl auch für jede politische Partei charakteristisch sein, die allmählich aus einer vorwiegend propagandistischen Phase in eine Periode der Verwirklichung ihrer Forderungen und Postulate hineinwächst. Und man wird deshalb mit Zeiten zu rechnen haben, wo alte Gewissheiten überprüft und nötigenfalls den neuen Verhältnissen und Erkenntnissen angepasst werden müssen. Wenn die Sozialisten um solche Anpassungen, Änderungen, Präzisierungen nicht herumkamen, so haben wir doch zu betonen, dass sich die grossen, wegleitenden Ideale des Sozialismus im Wesentlichen gleich blieben. Man könnte diese Ideale, die zwar in concreto über die zu erstrebende sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wenig besagen, als oberste Richtschnur sozialistischen Handelns aber von höchster Bedeutung sind, etwa in folgenden fünf fundamentalen Forderungen zusammenfassen: *Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit*. – Ein Wort nur zum letzten dieser fünf Postulate. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es dem So-

6) Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, a.a.O., S. 14.

7) V. Gitermann, Die historische Tragik der sozialistischen Idee, Zürich/New York 1939, S. 361.

zialismus nicht um die Schaffung einer solchen Gesellschaft geht, die lediglich aus einer Summe eigennütziger, selbstgenügsamer und beziehungsloser Individuen besteht. Der Sozialismus erstrebt eine echte, eine lebendige Gemeinschaft, denn wo diese Gemeinschaft fehlt, kann sich die Persönlichkeit nicht voll entfalten. Gegenseitige Anteilnahme und Hilfe, freiwillige und verantwortungsbewusste Solidarität gehören mit zum Sozialismus.

Auch die Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie zeigt, wie sehr die sozialistischen Ideen Änderungen unterworfen sind. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einer ideengeschichtlichen Betrachtung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz besonders diese Wandlungen der sozialdemokratischen Anschauungen zum Ausdruck kommen. Darob wollen wir aber nicht vergessen, dass die Idee der Humanität, die letzten Endes als Wegweiser und eigentliche Triebkraft sozialistischer Politik bezeichnet werden kann, in der schweizerischen Sozialdemokratie immer lebendig blieb, wodurch in die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz ein entscheidendes Element innerer Stabilität und Konstanz getragen wurde.

Mit aller Deutlichkeit sei auch gesagt: Änderungen in den sozialistischen Ideen und in der sozialdemokratischen Politik, welche stets von Auseinandersetzungen im Schosse der Partei begleitet sind, sprechen an sich in keiner Weise gegen die Partei, die dadurch vielmehr ihre geistige Frische und Beweglichkeit beweist. Für eine politische Bewegung, die sich selber als Träger des Fortschrittes sieht, würde eine ideelle Verkalkung nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt bedeuten.

Da in unseren Ausführungen über die Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz bei der Fülle des zur Darstellung gelangenden Materials die Gefahr besteht, sich in den Details zu verlieren, scheint es uns angezeigt, in dieser einleitenden Übersicht die *allgemeine Entwicklungslinie* in grossen Zügen zu umreissen. Der Vereinfachung sind wir uns dabei bewusst. Die historische Betrachtung der schweizerischen Sozialdemokratie zeigt uns zwar, dass eine derartige Entwicklungslinie zweifellos vorhanden ist, diese Linie aber verschiedene Krümmungen und Wendepunkte, zahlreiche Verästelungen und einige markante Knotenpunkte aufweist. Während wir in den drei Hauptteilen unserer Arbeit vor allem auf die Verästelungen und Knotenpunkte werden zu sprechen kommen, wollen wir nun an dieser Stelle, indem wir von mannigfachen Verästelungen bewusst absehen, die grosse Linie aufzeigen und damit für die detaillierte Darstellung der ideenge-

schichtlichen Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gewissermaßen ein gedankliches Gerüst schaffen.

In der Zeit von der Gründung der SPS (1888) bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges lässt sich der ideelle Standort der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz relativ leicht umschreiben. Die SPS erscheint uns in dieser Periode als sozialistische Partei reformistischer Prägung. Drei Merkmale lassen sich hervorheben:

1. Die durchaus positive Einstellung zum Staat, dessen Umwandlung zur sozialistischen Demokratie grundsätzlich auf dem Wege einer friedlich-demokratischen Entwicklung erreicht werden soll;
2. die Bejahung der Landesverteidigung;
3. die besonders von Albert Steck vertretene Auffassung, dass sich der Sozialismus nicht nur an die Arbeiterschaft, sondern an das ganze Volk zu wenden habe. – Es sind nicht allein die Ideen von Karl Marx, die in der schweizerischen Sozialdemokratie Eingang finden<sup>8</sup>; es ist gerade das Zusammentreffen verschiedener ideeller Einflüsse die für die sozialistische Bewegung der Schweiz charakteristische Tatsache.

Während des ersten Weltkrieges vollzieht sich dann eine zwar langsame, aber tiefgehende Wandlung sowohl in den politischen Ideen als auch in der politischen Praxis, im Sinne einer Radikalisierung. Das Misstrauen gegen alles, was vom bürgerlich-kapitalistischen Staat kommt, wächst beständig. Die Ablehnung der Landesverteidigung am Parteitag der SPS im Jahre 1917 und der Ausbruch des Landesstreiks im November 1918 sind zwei deutliche Zeichen für die in der schweizerischen Arbeiterbewegung eingetretenen Veränderungen.

Die beiden folgenden Jahre, 1919 und 1920, stellen einen wichtigen *Knotenpunkt* dar. Das bedeutet, dass die Partei unter den möglichen Wegen, die von dieser zentralen Stelle aus in verschiedene Richtungen in die Zukunft weisen, eine bestimmte Wahl zu treffen hat. Es kommt denn auch im Schoße der Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen über den von der Sozialdemokratie einzuschlagenden Kurs. Vor allem zwei grundsätzliche Entscheidungen sind bedeutungsvoll, weil sie für die künftige Gestaltung der sozialdemokratischen Politik gewissermaßen den Rahmen bilden, nach rechts und nach links eine Grenzlinie ziehen: Der von der SPS im Jahre 1919 beschlossene Austritt aus der zweiten (reformistischen) Internationale ist als eindeutige und gewollte Distanzierung vom Vorkriegsreformismus zu werten; die Ablehnung der 21 Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale (1920) bedeutet andererseits eine unmissverständliche Ablehnung des Bolschewismus und seiner totalitären Ansprüche. Nicht nur im Parteipro-

8) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 9.

gramm aus dem Jahre 1920<sup>9</sup>, das sich in allererster Linie an die Arbeiterschaft wendet, auch in den seitens der schweizerischen Sozialdemokratie unternommenen Bemühungen um die Zusammenfassung der internationalen Arbeiterbewegung auf der Grundlage eines revolutionären Sozialismus, kommt der Unterschied zum Vorkriegsreformismus deutlich zum Ausdruck. Ein friedlich-demokratisches Hineinwachsen in den Sozialismus erscheint zwar nach wie vor als wünschenswert, doch wird in Anbetracht der zu erwartenden Verhaltensweise der herrschenden Klasse mit dieser Möglichkeit kaum mehr gerechnet. Im Parteiprogramm der SPS von 1920 wird von der Notwendigkeit gesprochen, zur Verwirklichung des Sozialismus vorübergehend eine Diktatur des Proletariats zu errichten<sup>10</sup>.

In den *zwanziger Jahren* sehen wir, wie sich auf der theoretischen Grundlage eines Parteiprogramms, das in Bezug auf den Weg zum Sozialismus die Möglichkeit sowohl einer friedlichen Entwicklung als auch einer revolutionären, mit Gewalt verbundenen Übergangsperiode in Rechnung stellt, praktisch eine durchaus reformistische Politik herausbildet. Das praktische Wirken ist an den Staat gebunden und vollzieht sich im Rahmen unbedingter Legalität. Im Laufe der Jahre kommt es zu einer immer positiveren Stellungnahme zur sogenannten «bürgerlichen Demokratie» und von der Diktatur des Proletariats wird überhaupt nicht mehr gesprochen. Allmählich löst sich die schweizerische Sozialdemokratie auch von der engen Bindung an die Interessen der Arbeiterschaft<sup>11</sup>. So beginnt sich schon in den zwanziger Jahren jene Entwicklung abzuzeichnen, die in den dreissiger Jahren zum Durchbruch kommen sollte.

Die Jahre 1933-1935 können wir wiederum als *Knotenpunkt* betrachten. In dieser Zeit erfolgt die entscheidende Wendung zum demokratischen Sozialismus. Mit dem neuen Parteiprogramm von 1935 stellt sich die SPS vorbehaltlos auf den Boden des demokratischen Rechtsstaates, bejaht die militärische Landesverteidigung und ist bestrebt, als Volkspartei zum Sammelpunkt der antikapitalistischen Kräfte zu werden. Damit knüpft die schweizerische Sozialdemokratie wieder an jene Ideen an, die vor dem ersten Weltkrieg in der SPS Gültigkeit hatten und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ihr spezifisches Gepräge gaben, Ideen, die vor allem von Albert Steck vertreten wurden.

In den *folgenden zehn Jahren* (1935-1945) erfährt dann die Konzeption des demokratischen Sozialismus eine weitere Vertiefung, wenngleich sich anfänglich

9) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 24 ff.

10) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 30 ff.

11) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 56.

noch eine gewisse Befangenheit in der alten Vorstellungswelt feststellen lässt. Es setzt sich die Überzeugung durch, dass die SPS nicht nur die Interessen der Arbeiterschaft, sondern die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen habe und als soziales Gewissen die Stimme der Menschlichkeit sprechen lassen müsse. Auf die ethische Seite des Sozialismus wird weit grösseres Gewicht gelegt als früher. Die SPS kann nun auch nicht mehr als reine Oppositionspartei angesprochen werden. – Während des zweiten Weltkrieges bleibt der Standort der schweizerischen Sozialdemokratie grundsätzlich unverändert. Immerhin kommt mit der Ausarbeitung der «Neuen Schweiz», des sozialdemokratischen Aktionsprogramms für die Nachkriegszeit, der prinzipielle Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum wieder deutlicher zum Ausdruck als während der gefahrvollsten Perioden der Kriegszeit, wo die tiefgehenden Unterschiede etwas verwischt wurden, weil das allen gemeinsame Ziel, die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Landes, als einigendes Band zwischen den Parteien wirkte.

Nach diesem Hinweis auf die grosse Entwicklungslinie wollen wir uns nun der detaillierten Behandlung der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz zuwenden.



# ERSTER TEIL

## Die schweizerische Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren

### 1. Die ideengeschichtliche Situation vor 1920

Um die Entwicklung der sozialistischen Ideen nach dem ersten Weltkrieg richtig verstehen und würdigen zu können, müssen wir einleitend einen Blick in die Vergangenheit werfen und auf einige wichtige ideengeschichtliche Aspekte aus der Zeit des Entstehens der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkrieges hinweisen, wobei wir uns zur Hauptsache auf die grundlegende Arbeit von Mario Gridazzi stützen<sup>1</sup>. – Wie nicht anders zu erwarten, wurden die eigentlichen Begründer der schweizerischen Sozialdemokratie – Herman Greulich, Albert Steck und Otto Lang, auch Johann Philipp Becker wäre zu nennen – von der Marxschen Lehre nachhaltig beeinflusst; vor allem ihre Kritik am Kapitalismus stützte sich weitgehend auf marxistische Gedankengänge. So schreibt Gridazzi von Albert Steck, dem Schöpfer des vom Gründungskongress der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1888 beschlossenen Parteiprogramms, seine *Kritik des Kapitalismus* decke sich «vollkommen mit derjenigen von Marx»<sup>2</sup>. Weniger ausgeprägt ist die Bindung an den Marxismus bei Herman Greulich, «unstreitig die *hervorragendste Figur* innerhalb des schweizerischen Sozialismus»<sup>3</sup>, der sich weniger mit theoretischen als mit praktischen und organisatorischen Fragen befasste. Das von Otto Lang verfasste Parteiprogramm aus dem Jahre 1904<sup>4</sup> zeigt deutliche Spuren marxistischen Denkens. Über Otto Lang und sein Programm sagt Gridazzi: «Er stützt sich in seinem Programm, was die *grundsätzlichen* Forderungen betrifft, wiederum auf Marx, stellt sich dann aber, was die *praktische* Durchführbarkeit des Sozialismus in der Schweiz anbelangt, mit Steck in eine Linie. Mit diesem vertritt Lang, wie wir zeigen werden, Forderungen, die den theoretischen Ausführungen

1) M. Gridazzi, Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1935.

2) M. Gridazzi, a.a.O., S. 211.

3) Ebenda, S. 163.

4) Über dieses Parteiprogramm äussert sich Robert Grimm in seiner Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz im positivsten Sinne. (Vgl. R. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1931, S. 163 ff.)

*Marxens* zum Teil direkt *widersprechen*, zum Teil in nur beschränktem Masse als sozialistische Massnahmen überhaupt bezeichnet werden können»<sup>5</sup>. Im selben Sinne äussert sich auch Valentin Gitermann, der in seiner Geschichte der Schweiz schreibt: «Dem Bedürfnis, der sozialistischen Bewegung der Schweiz eine präzise formulierte theoretische Grundlage zu geben, diente das 1904 von *Otto Lang* verfasste Parteiprogramm. Es übernahm im Wesentlichen die soziologische und politische Argumentation des Marxismus, jedoch in klug durchdachter Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse. Es bekannte sich zur Demokratie und zur Verwirklichung des sozialistischen Endziels auf friedlichem Wege»<sup>6</sup>.

Im Grunde genommen bemühten sich sowohl *Steck* als auch *Lang* um eine vernünftige und realistische Verbindung zwischen den allgemeinen Lehren des Marxismus und den spezifisch schweizerischen Gegebenheiten, was zu einer sozialistischen Konzeption führte, die als durchaus *reformistisch* angesprochen werden muss. «Von *Becker* (hier vielleicht nur bedingt) bis *Otto Lang* versuchen alle Vertreter des schweizerischen Sozialismus den Marxismus in sinnvoller Weise mit den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes in Einklang zu bringen. Den *Kampf gegen eine marxistische Orthodoxie* führten vor allem *Greulich* und *Steck*, aber auch *Lang* gehört keineswegs zu den Orthodoxen, sondern weit eher zu den Revisionisten»<sup>7</sup>.

Lassen sich unter den in der SPS vor dem ersten Weltkrieg herrschenden Ideen unschwer starke marxistische Elemente erkennen, so wäre es u. E. doch verfehlt, wollte man die Sozialdemokratische Partei der Schweiz einfach als marxistische Partei bezeichnen, denn es wurde die Marxsche Lehre nie in ihrer Gesamtheit akzeptiert, es wurden nur Teile, nur Bruchstücke übernommen<sup>8</sup>. Die schweizerische Sozialdemokratie hat ja auch nie die Annahme einer bestimmten Weltanschauung zur Voraussetzung der Mitgliedschaft in der SPS gemacht. Mit Recht weist *Gridazzi* auf den undogmatischen Charakter des schweizerischen Sozialismus hin. «Der schweizerische Sozialismus dieser Zeit entspricht keineswegs dem ausgeklügelten System einer einzigen Schule. Vielmehr umfasst er *Elemente der verschiedensten sozialistischen Richtungen*. Durch *Greulich* kommen z.B. *Fourier* und *Lassalle* neben *Marx* zu ganz besonderer Bedeutung»<sup>9</sup>.

5) M. Gridazzi, a.a.O., S. 262.

6) V. Gitermann, Geschichte der Schweiz, Thayngen-Schaffhausen 1941, S. 529.

7) M. Gridazzi, a.a.O., S. 279/280.

8) Vgl. ebenda, S. 279. – Gridazzi sagt auch, es stimme nicht, «dass an der Wiege der sozialistischen Bewegung in der Schweiz der Marxismus gestanden hätte» (ebenda, S. 245), wie dies gelegentlich behauptet wurde.

Steck, Greulich und Lang sahen im Sozialismus nicht einfach eine gesellschaftliche Ordnung, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung zwangsläufig ergibt, sondern vor allem auch eine ethische Forderung<sup>10</sup>, mit dem Ziel der Abschaffung jeder Klassenherrschaft und Ausbeutung. Wir wollen hier nicht untersuchen, was für Vorstellungen über die konkrete Gestalt der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Schweizer Sozialdemokraten in dieser frühen Periode der Geschichte der SPS (1888-1914) besaßen. Wichtiger dünkt uns – wegen des Zusammenhanges mit der ideengeschichtlichen Entwicklung in den zwanziger Jahren – die Stellungnahme der SPS gegenüber der Demokratie. Zur Abklärung dieser Frage lassen wir am besten gleich Gridazzi reden: «Der schweizerische Sozialismus der hier zur Darstellung gebrachten Periode ist gekennzeichnet durch sein absolutes Bekenntnis zur *Demokratie* und seine grundsätzliche *Ab-sage an eine revolutionäre Erhebung* des Proletariats, sofern ihm nicht durch das Verhalten seiner politischen Gegner ein Kampf mit Waffen aufgezwungen wird»<sup>11</sup>. Es besteht also der Glaube an die Möglichkeit einer friedlichen Evolution; nicht gegen den Staat, sondern vielmehr unter Benützung des demokratischen Staates hofft man die sozialistischen Ziele zu verwirklichen. Das Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie, die als Staatsform bejaht wird, der aber ein anderer Inhalt gegeben werden soll, kommt vielleicht am deutlichsten darin zum Ausdruck, dass die schweizerische Sozialdemokratie bis zum Jahre 1917 auf dem Boden der Landesverteidigung stand<sup>12</sup>.

Für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg gilt Albert Steck als der bedeutendste Theoretiker in der schweizerischen sozialistischen Bewegung. Er war es auch, der

9) Ebenda, S. 279. – Bezüglich der ideellen Beziehungen zwischen Greulich und Fourier verweisen wir auf die Arbeit von Werner Kuhn, *Die Bedeutung Charles Fouriers für die Gedankenwelt Herman Greulichs*, Zürich 1949. In dieser Arbeit findet sich auch eine Zusammenstellung der Werke von und über Herman Greulich.

10) Der Sozialismus wird bei Steck zum «Inbegriff eines *ethischen Sollens* und eines *gläubenerfüllten Hoffens*» (M. Gridazzi, a.a.O., S. 221, vgl. auch S. 265.)

11) Ebenda, S. 280. – Der Grundton liegt also ganz eindeutig bei der friedlichen, demokratischen Entwicklung, aber die Möglichkeit wird nicht äusser acht gelassen, dass die Verhaltensweise der herrschenden Klasse zu einem Kampf mit Waffen führen könne. Gridazzi weist darauf hin, dass selbst Greulich die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Bürgertum, sofern keine andere Möglichkeit besteht, als Eventualität ins Auge fassen muss. (Vgl. M. Gridazzi, a.a.O., S. 189 ff.) Und wenn auch Albert Steck eine friedliche Entwicklung wünscht, so macht er doch «die Lösung der Frage vom Verhalten der herrschenden Klassen abhängig.» (Ebenda, S. 237.)

12) Vgl. R. Grimm, a.a.O., S. 171-182, sowie R. Grimm, *Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm*, eine Vortragsreihe, Bern 1925, S. 34 ff.

mit besonderem Nachdruck betonte, dass der Sozialismus in der Schweiz zur Volkssache werden müsse<sup>13</sup>. Nicht nur die Arbeiterklasse, auch andere Schichten des Schweizervolkes seien für den Sozialismus zu gewinnen. «Nur die Sozialdemokratie als Volkssache, meint Albert Steck, kann auch die Masse der nicht zu der Klasse der gewerblichen und industriellen Arbeiter gehörenden Bürger gewinnen»<sup>14</sup>. Konsequenterweise distanziert sich Albert Steck auch von der streng marxistischen Klassenkampftheorie. «Denn, wenngleich er die Schwächen des heutigen Wirtschaftssystems und die daraus hervorgehende Klassenbildung und damit also auch den Klassenkampf anerkennt, so misst er der *Klasse* doch nicht die grundsätzliche Bedeutung zu, die der Marxismus verlangt»<sup>15</sup>. – Auf diese von Albert Steck vertretenen Ideen, die selbstverständlich nur einen Teilaspekt seiner sozialistischen Konzeption darstellen, wollten wir aus dem Grunde noch speziell hinweisen, weil, wie wir später sehen werden, diese seine Auffassung von der Sozialdemokratie im Parteiprogramm aus dem Jahre 1935 und im Plan der Arbeit wieder allgemeine Anerkennung finden wird, während in den Jahren unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg andere Ideen im Vordergrund stehen sollten.

Währenddes ersten Weltkrieges kam es zu ganz wesentlichen Änderungen in der ideellen Konzeption der schweizerischen Sozialdemokratie. Der Weltkrieg, der in der sozialistischen Bewegung Europas eine ganze Epoche zum Abschluss brachte und das Ende gar mancher, von den Sozialisten bis anhin vertretenen Auffassung bedeutete, hinterliess auch bei der schweizerischen Sozialdemokratie tiefe Spuren und leitete über zu einem neuen Abschnitt in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Die im Laufe des Krieges immer deutlicher sich abzeichnenden Änderungen in den politischen und ideologischen Anschauungen der Partei lassen sich am besten unter dem Begriff der *Radikalisierung* zusammenfassen<sup>16</sup>. Diese Radikalisierung ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der Krieg

13) Vgl. M. Gridazzi, a.a.O., S. 217/18, R. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, S. 142 ff.

14) R. Grimm, a.a.O., S. 143.

15) M. Gridazzi, a.a.O., S. 224.

16) «Bald hatten die ersten Kriegsmonate ihren Einfluss auf das Denken der schweizerischen Arbeiter ausgeübt. Mit jedem Tag des Krieges dachte die klassenbewusste Arbeiterschaft nüchterner und begann die Ereignisse mehr und mehr vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen aus zu beurteilen.

Zu dieser raschen Wandlung trug in erster Linie das Verhalten der besitzenden Klassen bei. Jetzt, da sich die allgemeine Volkssolidarität hätte bewahrheiten sollen, war von ihr keine Spur. Rücksichtslose Ausnützung der Lebensmittelknappheit, krasser Egoismus, Hamsterei und Preistreiberei, Lohndruck, kurz: der Versuch, die Folgen des Krieges auf die untern Schichten der Bevölkerung abzuwälzen, das war die Moral des Bürgertums. Trugen diese Tat-

die Existenzbedingungen des Schweizervolkes, von einer kleinen Schicht von Nutzniessern des Krieges abgesehen, ständig verschlechterte – Ernst Schenker sagt, der Krieg habe eine «Verproletarisierung der Massen» bewirkt<sup>17</sup> – und die Klassengegensätze deutlich werden liess, die sozialen Gegensätze und Spannungen verschärfte. Es ist nicht unsere Aufgabe, die materielle Lage des Schweizervolkes während des Krieges zu untersuchen, weshalb wir hier lediglich wiederholen wollen, was Fritz Giovanoli diesbezüglich in seiner Broschüre über die Sozialdemokratische Partei geschrieben hat: «Während Hochkonjunktur, Kriegslieferungen und Schiebergeschäfte die Profite steigerten und eine hauchdünne Schicht masslos bereicherte, stürzte die Teuerung, der Lebensmittelmangel und verhängnisvolle Fehler der damaligen Kriegswirtschaft und Ernährungspolitik und der Mangel einer richtigen Kriegsfürsorge die Arbeiterschaft in Not und Elend. Die Einrichtung der Lohnausgleichskassen für die sich im Militärdienst befindlichen Lohnbezüger fehlte damals, ebenso die Institution der Preiskontrolle, die Rationierung war mangelhaft, ungerecht und unsozial. Dazu kam eine endlose Kette von militärischen und politischen Affären, Konflikte zwischen der Zivil- und Militärgewalt, Oberstenskandale und die Auseinandersetzung um die Kriegsziele der Grossmächte, die die Spannungen erhöhte»<sup>18</sup>.

Die Entwicklung in der Frage der Landesverteidigung widerspiegelt sehr deutlich diesen Radikalisierungsprozess. Hatte sich die SPS bei Kriegsausbruch wie al-

sachen wesentlich zur Radikalisierung des Denkens der Arbeiterschaft bei, so läuterte die von neutralem Boden aus erfolgte Beobachtung des Kriegsverlaufs die Anschauungen über den Militarismus.» (R. Grimm, a.a.O., S. 188.)

In seiner Dissertation über die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz schreibt Ernst Schenker: «Der Krieg zeitigte in den Arbeitermassen eine Radikalisierung, welche dem schweizerischen Arbeiter früher fremd war.» (E. Schenker, Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz, Appenzell 1926, S. 163.)

Fritz Giovanoli, der als Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern eine Schrift über die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verfasste, sagt: «Die innen- und ausserpolitische Entwicklung weckte in unserm Lande innerhalb der Arbeiterschaft die *Klassenkräfte*. Der Grütlianerflügel, jeder grundsätzlichen Linie und politischen Konzeption bar, wurde liquidiert; der radikale, auf dem Boden des internationalen Sozialismus stehende kämpferische Flügel riss die politische Führung an sich.» (F. Giovanoli, Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Entstehung, Entwicklung und Aktion, hg. von der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, 1948, S. 34.)

17) E. Schenker, a.a.O., S. 163.

18) F. Giovanoli, a.a.O., S. 33.

le ihre ausländischen Bruderparteien noch für die Landesverteidigung ausgesprochen und den Militärkrediten zugestimmt, so sollten mit zunehmender Kriegsdauer die Gegner der Landesverteidigung, die auf den imperialistischen Charakter des Krieges hinwiesen und betonten, dass der Krieg lediglich von der herrschenden Klasse als Krieg zur Verteidigung des Vaterlandes ausgegeben werde, bald vermehrten Einfluss gewinnen. In den internationalen Konferenzen von Zimmerwald (September 1915) und Kiental (April 1916)<sup>19</sup> kann man Etappen einer ideellen Wandlung der schweizerischen Sozialdemokratie sehen – und schliesslich setzten sich mit der am sozialdemokratischen Parteitag 1917 beschlossenen *Ablehnung der Landesverteidigung*<sup>20</sup> die neuen Tendenzen durch. «Mit starker Majorität – 222 gegen 77 Stimmen – entschied sich der Parteitag für die grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung und des Militarismus»<sup>21</sup>.

In dieser Periode verschärfter sozialer Spannungen und wachsender Unzufriedenheit, die sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft in eine revolutionär zu nennende Stimmung steigerte, bildete der Generalstreik vom November 1918 zweifellos den Höhepunkt. In seiner Geschichte des schweizerischen Gewerkschaftsbundes sagt Friedrich Heeb, es sei der Ausbruch dieses Generalstreiks nur verständlich, «wenn man sich die Unsumme von Erbitterung und Enttäuschung, von Not und Entbehrung vor Augen hält, die der Weltkrieg nach mehr als vier Jahren Dauer im schweizerischen Arbeiter aufgehäuft hatte. All das hatte die Psyche des Proletariats aufs Nachhaltigste beeinflusst, hatte das Denken und Fühlen von Hunderttausenden radikal umgestaltet. Zu alledem kamen dann in den Novembertagen 1918 die Meldungen aus dem Ausland über revolutionäre Bewegungen des dortigen Proletariats und namentlich die Wirkungen der russischen Revolution, die im März 1917 ausgebrochen war»<sup>22</sup>. Mit dem Abbruch des Landesstreiks am 14. November

19) Wir verweisen dazu auf die Schrift von Robert Grimm, Zimmerwald und Kiental, Bern-Belp 1917.

20) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1917, S. 108-184.

21) R. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, S. 198. Zu diesem Entscheid bemerkt Robert Grimm: «Wenn die schweizerische Sozialdemokratie die Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen forderte, so verstand sie darunter den Militarismus des *bürgerlichen Klassenstaates*.» Die Haltung der SPS könne man nicht als pazifistisch bezeichnen. «Und doch wäre es falsch, aus jener Formel über die Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen die Anerkennung des Prinzips der Gewaltlosigkeit und des seichten, geistlosen Pazifismus abzuleiten.» (Ebenda, S. 200.)

22) F. Heeb, Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930, Bern 1930, S. 156. – Mit Verlauf, Bedeutung und Ergebnis des Generalstreiks können wir uns hier nicht befassen. Wir ver-

dann der radikalen Welle die Spitze gebrochen. Vom Parteitag der SPS vom 21. Dezember 1918 schreibt Schenker, dass er «den Anfang einer Neuorientierung der Partei» bildete<sup>23</sup>, was ja auch äusserlich-organisatorisch in der an diesem Parteitag beschlossenen Verlegung des Vorortes der SPS von Zürich (dem Zentrum der radikalen Strömung in der sozialistischen Bewegung der Schweiz) nach Bern zum Ausdruck kam. Die Auseinandersetzungen über die ideologischen Grundlagen und den politischen Kurs der schweizerischen Sozialdemokratie waren aber damit noch keineswegs beendet.

In dieser Zeit lassen sich in der schweizerischen Sozialdemokratie ziemlich deutlich drei Richtungen unterscheiden: Die *Rechte* – der eigentlich reformistische Flügel der Partei –, deren Einfluss in dieser bewegten Periode, wo revolutionäre Schlagworte leichter Gehör fanden als mässige Worte, nicht sehr gross war und die neben Befürwortern der Landesverteidigung (Greulich, Pflüger, Müller-Bern u.a.) auch die pazifistische Gruppe um Naine und Graber umfasste; die *Linke*, die, soweit dies die kommunistischen Elemente (Platten, Münzenberg, Welti) betrifft, mit der Spaltung im Jahre 1920 die Partei verliess, wobei der Rest der ehemaligen Linken nach der Abspaltung des kommunistischen Flügels eine recht lose Gruppierung darstellte aus der Fritz Schneider am stärksten in Erscheinung trat; das *Zentrum* muss als die zahlenmässig bedeutungsvollste und einflussreichste Gruppierung bezeichnet werden, mit *Robert Grimm* als dem hervorragendsten Vertreter. Es war ohne Zweifel das Zentrum, das den Kurs der Partei bestimmte. Fast wäre man versucht, von einer Ära Grimm zu sprechen, denn wenn auch Ernst Reinhard seit 1919 als Präsident der SPS amtierte, so war doch Robert Grimm die überragende Persönlichkeit in der Berner Geschäftsleitung der Partei. – Wir wollen deshalb die von Grimm vertretenen Anschauungen, so wie sie sich aus seinen nach dem Landesstreik veröffentlichten Schriften ergeben, zusammenfassend darstellen, fanden doch manche seiner Ideen im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1920 ihren Niederschlag.

Vorerst müssen wir aber auf ein ausserordentlich heikles Problem wenigstens noch hinweisen: das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Lenin und seinen Lehren.

weisen besonders auf: Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees, Bern 1919, 2 Bände; V. Gitermann, a.a.O., S. 538 ff.; F. Heeb, a.a.O., S. 156 ff.; E. Schenker, a.a.O., S. 159 ff. Auch Heinz Egger befasst sich in seiner Dissertation eingehend mit dem schweizerischen Generalstreik und weist auf weitere Quellen hin. (Vgl. H. Egger, Die Entstehung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz, Zürich 1952, S. 123-140.)

23) E. Schenker, a.a.O., S. 174.

Diese Frage ist gerade in jüngster Zeit wieder diskutiert worden<sup>24</sup>, ohne allerdings zu einer wirklichen Klärung zu führen. Es ist nicht unsere Absicht, dieser Auseinandersetzung noch einige weitere Druckseiten beizufügen, wir beschränken uns auf einige grundsätzliche Bemerkungen. Nicht die Frage scheint uns wichtig, ob und wie weit Lenin während seines Schweizer Aufenthaltes sich aktiv in der schweizerischen Arbeiterbewegung betätigte und einzelne Sozialisten persönlich beeinflusste (bei Platten und Münzenberg ist diese unmittelbare Beeinflussung u. W. nie ernstlich bestritten worden). Mehr interessieren dürfte es, inwiefern leninistische Ideen in der schweizerischen Sozialdemokratie Widerhall fanden. Gerade das bereitet aber die grössten Schwierigkeiten, denn wenn während des ersten Weltkrieges in der SPS radikalere Ideen zum Durchbruch kamen, die man im einen oder andern Fall – wir denken z.B. an die Diktatur des Proletariats, die nach dem Parteiprogramm von 1920 auf der organisatorischen Grundlage des Rätessystems als Übergangsstadium in Aussicht genommen wird<sup>25</sup> – mit dem Namen Lenins in Verbindung setzen kann, so ist doch zu beachten, dass sich nicht nur Lenin etwa mit den Problemen der proletarischen Diktatur, des Imperialismus u.a. auseinandergesetzt hat, weshalb die Übernahme gewisser Ideen und Forderungen noch nichts über eine ideelle Bindung der schweizerischen Sozialdemokratie an die Leninsche Gedankenwelt besagt. Lenin einfach als den Urheber dieser radikaleren Ideen bezeichnen, geht wohl nicht an. Ebenso übertrieben wäre aber auch die Behauptung, Lenin sei die eigentliche Ursache gewesen für die in der schweizerischen Arbeiterbewegung eingetretene Radikalisierung, die doch vielmehr in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen der Zeit begründet war.

Wenn wir uns nun mit den von Robert Grimm vertretenen Ideen befassen, werden wir gerade sehen, dass seine Auffassung vom Weg und Ziel des Sozialismus

24) Siehe M. Pianzola, *Lénine en Suisse*, (Geneve) 1952; E. Nobs, Lenin und die Schweizer Sozialdemokraten, *Rote Revue*, 33. Jg., März 1954, S. 49-64, sowie sein Artikel im *Volksrecht* vom 10. April 1954; die Artikel von km. in der *Neuen Zürcher Zeitung*, Nr. 175 vom 23. Januar 1954, Nr. 839 vom 7. April 1954 und Nr. 899 vom 13. April 1954. – Die Frage des Einflusses Lenins auf die schweizerische Sozialdemokratie wird auch verschiedentlich in den schon zitierten Arbeiten von Heinz Egger und Ernst Schenker berührt, ferner von B. Stranjakovitch, *Lénine et la III<sup>e</sup> Internationale*, Thèse Geneve 1950; vgl. auch Jakob Ragaz, *Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz*, Zürcher Diss., Aarau 1938, S. 188.

25) Der Begriff der Diktatur des Proletariats findet sich selbstverständlich schon bei Marx, aber es war zweifellos Lenin, der diesen Begriff in den Vordergrund stellte und ihm seine politische Dynamik gab. – Wir verweisen auf unsere Ausführungen auf S. 30 ff.



nicht mit der Lehre Lenins in Beziehung gesetzt werden kann, sondern am ehesten mit der sozialistischen Konzeption eines Karl Kautsky, des theoretischen Führers der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg.

Robert Grimm setzt sich in den für unsere Zwecke entscheidenden, in den Jahren 1919 und 1920 veröffentlichten Schriften—»Revolution und Massenaktion«, «Ziel und Taktik der Partei» und «Demokratie und Diktatur» – in allererster Linie mit der Frage des Weges zur Eroberung der politischen Macht auseinander, ist doch die Gewinnung der Staatsmacht das nächstliegende Ziel der Sozialdemokratie<sup>26</sup> und Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus. Grimm ergeht sich nicht in einer detaillierten Schilderung der zu erstrebenden sozialistischen Gesellschaft, er entwirft kein eigentliches Programm für die Zeit nach der Machtergreifung. Wohl aber befasst er sich mit der Organisation der Wirtschaft nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse<sup>27</sup>, denn erst dadurch kann sich der Sieg der Arbeiterschaft auswirken<sup>28</sup>. Es besteht die Vorstellung einer mehr oder weniger totalen Sozialisierung der Produktionsmittel<sup>29</sup>, wie dies in der Zeit bei den Sozialisten noch allgemein üblich war. «Die Sozialdemokratie», so schreibt Robert Grimm, «bekämpft das Privateigentum und tritt für die *Gemeinwirtschaft* ein. Die Sozialisierung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Grund und Bodens ist ihr Endziel. Ohne die Durchführung des Sozialisierungsprozesses gibt es keinen Sozialismus»<sup>30</sup>. Darüber lässt aber Grimm keinen Zweifel bestehen, dass nämlich in der Schweiz nicht einfach frisch drauflos verstaatlicht werden kann, sondern dass planmässig und schrittweise vorgegangen werden muss<sup>31</sup>. Es könne der Sozialismus überhaupt nicht mit einem Schlag verwirklicht werden. «Der So-

26) Vgl. R. Grimm, Ziel und Taktik der Partei, Referat an den kantonalen Parteitag 1919 der bernischen Sozialdemokratie, Bern 1919, S. 21, und R. Grimm, Revolution und Massenaktion, hg. von der SPS, Bern 1919, S. 26.

27) Vgl. dazu R. Grimm, Revolution und Massenaktion, S. 57 ff.

28) «Die Bedeutung der proletarischen Revolution liegt nicht nur in der Besitzergreifung der politischen Macht. Erst durch den planmässigen *Aufbau* und die *Ordnung der Produktion* kann sich der revolutionäre Sieg der Arbeiterklasse auswirken.» (R. Grimm, Ziel und Taktik der Partei, S. 27.)

29) In «Revolution und Massenaktion» spricht Robert Grimm vom «Abbau der Privatwirtschaft bis zu ihrer endgültigen Aufhebung.» (S. 63.)

30) R. Grimm, Revolution und Massenaktion, S. 57.

31) «Im eigenen Interesse muss sich also die Arbeiterschaft vor der unterschiedslosen Auffassung des Schlagworts der Sozialisierung hüten und sich zum Voraus darüber klar sein, dass die Vergesellschaftung der Produktion in sozialistischem Sinne nur stufenweise, nur dort anknüpfend geschehen kann, wo der ökonomische Reifegrad bereits vorhanden ist.» (Ebenda, S. 70.)

zialismus ist eine Weltanschauung, die in ihrer Gesamtheit alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen, geistigen und moralischen Werte umfasst. Die Grösse seiner Gedankenwelt und des aus ihr entstandenen Planes einer neuen gesellschaftlichen Ordnung lässt es als selbstverständlich erscheinen, dass seine praktische Durchführung nur schrittweise geschehen kann»<sup>32</sup>.

Was nun den von der sozialistischen Bewegung einzuschlagenden Weg zur Macht betrifft, so ist vor allem zu bemerken, dass sich Robert Grimm auf keine bestimmte Methode des Kampfes zum Vornherein festlegen will – weder auf die der friedlichen, demokratischen Evolution noch auf die der gewaltsamen Revolution –, weil sich ja die Bedingungen, unter denen sich die Machtergreifung vollziehen wird, doch nicht voraussehen lassen<sup>33</sup>. Grimm betrachtet Revolution und Reform überhaupt nicht als Gegensätze. «Stehen wir auf dem Boden, dass Reform und Revolution, friedliche und gewaltsame Umwälzung, Demokratie und Diktatur *keine* Gegensätze sind, für die man sich nach dem Grundsatz des Entweder-Oder zu entscheiden hat, glauben wir vielmehr, dass die vermeintlichen Gegensätze sich auflösen je nach der historischen Situation und dass die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, bald die eine, bald die andere Methode anzuwenden, so ist für uns ein gutes Stück des Meinungsstreites entschieden»<sup>34</sup>. Diese taktische Konzeption lässt

32) Ebenda, S. 53/54.

33) Diese Auffassung wurde auch von Karl Kautsky vertreten. Wir verweisen besonders auf das Kapitel «Weder Revolution noch Gesetzlichkeit um jeden Preis» in seiner Schrift «Der Weg zur Macht». (K. Kautsky, *Der Weg zur Macht*, 2. Aufl., Berlin 1910, S. 49-61.) «Wir sind weder Männer der Gesetzlichkeit um jeden Preis, noch auch Revolutionäre um jeden Preis. Wir wissen, dass wir die historischen Situationen nicht nach Belieben schaffen können, dass unsere Taktik ihnen angepasst sein muss.» (Ebenda, S. 60.)

34) R. Grimm, *Revolution und Massenaktion*, S. 25. – Wir verweisen nochmals auf Karl Kautsky, der diese Auffassung am treffendsten formuliert hat: «Tatsächlich ist, gerade durch ihre theoretische Basis, nichts anpassungsfähiger, als die Taktik der Sozialdemokratie. Sie ist auf jede Eventualität gerüstet und auf kein bestimmtes Tempo der Entwicklung angewiesen. Sie rechnet mit der Krise wie mit der Prosperität, mit der Reaktion wie mit der Revolution, mit Katastrophen und mit langsamer, friedlicher Entwicklung. In dieser Anpassungsfähigkeit der Sozialdemokratie liegt grossenteils ihre Lebenskraft. Sie hat keine Ursache, sie zu beeinträchtigen durch Zuspitzung ihrer allgemeinen Taktik auf eine besondere Situation, nicht durch Zuspitzung ihrer Taktik auf Katastrophen, aber auch nicht durch ihre Zuspitzung auf die friedliche Kleinarbeit für alle Zeiten. Ihr frommt ebensowenig eine Taktik, die von Krisen, Katastrophen, Revolutionen grundsätzlich absieht, wie eine Taktik, die auf dergleichen spekuliert. Sie nutzt jede Situation aus und bindet sich nie im Voraus die Hände.» (K. Kautsky, *Bernstein und das sozialdemokratische Programm*, Stuttgart 1899, S. 166.) – *Der Kampf für Reformen*

grundsätzlich den Weg für ein friedliches Hineinwachsen offen, an welche Möglichkeit man aber in dieser Zeit nicht recht glauben konnte<sup>35</sup>. «Wie in der Natur, so gibt es in der Gesellschaft Spannungen, die nur durch gewaltsame Eruption zu lösen sind. Wichtig ist, dass solche Spannungen vermieden werden, um den friedlichen Aufstieg zu ermöglichen. Sie zu vermeiden liegt aber keineswegs in der Macht der Arbeiterklasse. Darüber entscheidet die *herrschende* Klasse, und da keine herrschende Klasse aus freien Stücken sich entthronen lassen will, *ist die Wahrscheinlichkeit revolutionärer Erhebungen grösser als die Wahrscheinlichkeit ihrer Umgehung*»<sup>36</sup>.

Über die Möglichkeiten einer erfolgreichen Durchführung eines bewaffneten Aufstandes in der Schweiz machte sich aber Grimm keine Illusionen<sup>37</sup>. Er schreibt: «Wer über der Grösse des revolutionären Geschehens im Auslande den Blick für die objektiven Verhältnisse im eigenen Lande nicht verloren hat, wer die Gedankenspielerlei zurückweist und den proletarischen Interessen ehrlich und mit dem Gefühl der Verantwortung beschwert dienen will, muss die geheime oder offene Propaganda des Putschismus, des bewaffneten Aufstandes und des Staatsstreiches mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit ablehnen. Nicht deswegen, weil solche Methoden prinzipiell verwerflich wären, wohl aber aus dem Grunde, weil sie unter den gegenwärtigen Bedingungen und Kräfteverhältnissen aussichtslos sind und das Proletariat der sichern Niederlage entgegenführen, *einer Niederlage, die in diesem Falle das Gegenteil der Voraussetzungen künftiger Erfolge ist*»<sup>38</sup>. Diese Einsicht ist allerdings für Grimm nicht gleichbedeutend mit einer Beschränkung auf die traditionellen Methoden des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes, die nicht mehr genügen können und «ihre Ergänzung in der *Massenaktion* finden» müssen<sup>39</sup>. Es ist der Massenstreik, dem Grimm eine ganz besondere Bedeutung beimisst<sup>40</sup>. «Nicht die Technik des Aufstandes und des Putsches, sondern die

im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ist also mit dieser Taktik durchaus vereinbar, was von allergrösster Bedeutung ist. Grimm schreibt denn auch: «Zugeständnisse auf dem Boden der Gegenwartsgesellschaft deswegen ablehnen, weil wir grundsätzlich für eine andere gesellschaftliche Ordnung der Dinge sind, wäre kindisch und töricht und würde die Arbeiterbewegung als entwicklungsgeschichtliche Erscheinung unmöglich machen.» (R. Grimm, *Revolution und Massenaktion*, S. 51.)

35) Vgl. R. Grimm, *Demokratie und Diktatur*, Bern 1920, S. 12/13.

36) R. Grimm, *Revolution und Massenaktion*, S. 22/23.

37) Vgl. R. Grimm, *Revolution und Massenaktion*, S. 27 ff.

38) Ebenda, S. 34.

39) Ebenda, S. 35.

40) Vgl. ebenda, S. 34 ff. – Grimm spricht direkt von einem «Zeitalter der Massenstreiks». (S. 44.)

*Technik des organisierten Massenstreiks* entwickeln, seine Bedingungen erweitern, ihn schon im Stadium seiner *Vorbereitung* verallgemeinern, darin muss die Arbeit der kommenden Monate bestehen»<sup>41</sup>.

Eine Möglichkeit der Machtergreifung lehnt Grimm allerdings ganz entschieden ab, nämlich die Methode der revolutionären Minderheit. In «Ziel und Taktik der Partei» heisst es: «Ebensowenig kann die proletarische Revolution das Werk einer Minderheit sein, die *nach* ihrem Siege ihren Willen der Mehrheit durch das Mittel grobmaterieller Gewalt aufzwingt. Die proletarische Revolution wird vollbracht durch den Willen und die vereinten Kräfte jener gewaltigen Mehrheit, die unter der kapitalistischen Klassenherrschaft leidet und unter den Bedingungen, die ihr durch die herrschende Klasse selbst gestellt werden»<sup>42</sup>.

Für die Zeit *nach* der Machtergreifung rechnet Robert Grimm mit der Notwendigkeit einer als Übergangsstadium gedachten Periode der proletarischen Diktatur. Er sagt es deutlich, «dass das Proletariat, einmal zur Macht gelangt, auf die Diktatur nicht verzichten kann»<sup>43</sup>. Es wird angenommen – und das lässt sich nur im Zusammenhang mit den damals herrschenden Verhältnissen und den bis anhin gemachten Erfahrungen verstehen –, dass sich das Bürgertum nach der Machteroberung der Arbeiterschaft noch keineswegs geschlagen geben, sondern die Konterrevolution unterstützen wird. «Dann aber geht es hart auf hart. Dann muss die Arbeiterklasse rücksichtslos von den ihr als herrschender Klasse zu Gebote stehenden staatlichen Machtmitteln Gebrauch machen. Dann wird das Proletariat die Diktatur mit eiserner Strenge ausüben, nicht aus eitel Lust und Freude, wohl aber aus dem Interesse der Selbsterhaltung, *als geschichtliche Notwendigkeit*, vor der es ein Ausweichen nicht gibt»<sup>44</sup>. Und auch in dieser Frage lehnt Grimm das ausschliessliche

41) Ebenda, S. 45.

42) R. Grimm, Ziel und Taktik der Partei, S. 31/32.

43) R. Grimm, Demokratie und Diktatur, S. 14/15. – Die Diktatur umschreibt er mit folgenden Worten: «*Unter der Diktatur verstehen wir die Anwendung aller staatlichen Gewaltmittel durch das zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat, um die Widerstände niederzuzwingen, die die Bourgeoisie der Verwirklichung des Sozialismus entgegensetzen wird.*

Die proletarische Diktatur hat also eine erste und wichtige Voraussetzung: *den Machtbesitz*. Ohne die Machterringung durch das Proletariat keine Diktatur des Proletariats.» (Ebenda, S. 12.)

44) Ebenda, S. 15. – Die Diktatur sei auch deshalb nötig, weil nach der Eroberung der staatlichen Macht der wirtschaftliche und soziale Aufbau unverzüglich in Angriff genommen werden müsse, was ohne Zwangsmassnahmen nicht möglich sei. (Vgl. ebenda, S. 15/16.)

Denken in Extremen ab; so wenig der blinde Glaube an die Demokratie gerechtfertigt ist, so wenig lässt sich die Einführung der Diktatur erzwingen, wenn die Voraussetzungen hierfür fehlen. «So sind *proletarische Demokratie und Diktatur keine prinzipiellen Gegensätze*. Sie sind gesellschaftliche Erscheinungen in bestimmten geschichtlichen Situationen. Unabhängig vom Wollen oder Nichtwollen, setzen sie sich auf einer bestimmten Stufe der geschichtlichen Entwicklung durch»<sup>45</sup>.

Bei dieser Diktatur des Proletariats handelt es sich *nicht* um die Diktatur einer Minderheit<sup>46</sup>. Robert Grimm äussert sich aber nicht weiter über die konkrete Gestalt der proletarischen Diktatur und die dabei zur Anwendung gelangenden Machtmittel, da dies vom Verhalten des Gegners abhängen wird. «Würde sich die bürgerliche Minderheit nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nicht fügen wollen, so bliebe ihr nichts anderes übrig, als dem Mehrheitswillen durch die Anwendung militärischer Machtmittel Geltung zu verschaffen. Umgekehrt könnte die Anwendung solcher Machtmittel erspart bleiben, wenn sich die Minderheit dem Willen der Mehrheit unterziehen würde»<sup>47</sup>.

Damit haben wir die wesentlichsten Aspekte der Grimmschen Konzeption (aus der Zeit unmittelbar nach dem Generalstreik) aufgezeigt. Wir werden seinen Ideen noch mehrmals begegnen. Im Besondern werden wir bei der Behandlung des sozialdemokratischen Arbeitsprogramms Gelegenheit haben, auf seine wirtschaftspolitischen Anschauungen hinzuweisen. Mit dem hier angeschnittenen Problem der Diktatur des Proletariats haben wir uns im Zusammenhang mit dem Parteiprogramm der SPS aus dem Jahre 1920 noch eingehender auseinanderzusetzen. Bevor wir aber dazu übergehen, wollen wir uns noch mit der Parteispaltung befassen.

## 2. Die Parteispaltung

Im Kriege begann sich die Sonderstellung des äussersten linken Flügels der schweizerischen Sozialdemokratie immer deutlicher abzuzeichnen, besonders nach dem Ausbruch der russischen Revolution, als sich diese Gruppe eindeutig auf den Boden des Bolschewismus stellte und die russische Führerrolle anerkannte. Die Meinungsunterschiede innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz waren schliesslich so gross und derart grundsätzlicher Natur, dass sich eine Abspaltung der radikalen, kommunistischen Gruppe zwangsläufig aufdrängen muss-

45) Ebenda, S. 17.

46) Vgl. R. Grimm, Ziel und Taktik der Partei, S. 22.

47) Ebenda, S. 23.

te. Den Anlass hierfür bildete die Frage des Beitritts der SPS zur III. (kommunistischen) Internationale.

Als im März 1919 in Moskau die III. Internationale gegründet wurde, hatte es vorerst den Anschein, als ob die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung auf der Grundlage eines revolutionären Sozialismus Wirklichkeit werden könnte. Diese Hoffnung kam in der SPS am ausserordentlichen Parteitag vom 16./17. August 1919 sehr deutlich zum Ausdruck: Mit 459 gegen 1 Stimme wurde der Austritt aus der II. (reformistischen) Internationale beschlossen<sup>48</sup>. Der Beitritt zur III. Internationale wurde am selben Parteitag mit 318 gegen 147 positiv entschieden<sup>49</sup>. In der Parteimitgliedschaft schienen jedoch Linke und Zentrum nicht über den entsprechenden Anhang zu verfügen, wurde doch in der folgenden Urabstimmung der Beitritt zur Moskauer Internationale mit 14'612 Nein- gegenüber 8'722 Ja-Stimmen eindeutig abgelehnt<sup>50</sup>. Die Frage des Beitritts zur III. Internationale war damit aber noch nicht entschieden. Robert Grimm gelang es, an der Parteivorstandssitzung vom 18. April 1920 einen Antrag durchzubringen, der einem folgenden Parteitag erneut den Beitritt empfiehlt<sup>51</sup>. Die Situation änderte sich jedoch von Grund auf, als die SPS am 21. August 1920 von den 21 Aufnahmebedingungen Kenntnis erhielt, die der zweite Kongress der III. Internationale beschlossen hatte<sup>52</sup>. Für die

48) Protokoll des Parteitags der SPS vom 16./17. August 1919, S. 153. – Zuvor – am ausserordentlichen Parteitag vom 2. Februar 1919 – hatte die SPS die Beschickung der vom Büro der II. Internationale einberufenen Berner Sozialistenkonferenz abgelehnt.

49) Protokoll des Parteitags der SPS vom 16./17. August 1919, S. 153. Über die Verteilung der Stimmennzahlen schreibt Heinz Egger: «Diese Stimmennzahlen zeigen uns, dass im Wesentlichen nur der rechte Flügel am Parteitag sich gegen den Beitritt wandte, während zusammen mit der Linken auch die Zentristen für den Beitritt stimmten.» (H. Egger, a.a.O., S. 198.)

50) Geschäftsbericht der SPS pro 1918-1920, S. 11.

51) Vgl. ebenda, S. 12/13.

52) Vgl. Volksrecht, Nr. 202, 30. August 1920 und Nr. 203, 31. August 1920, wo diese 21 Bedingungen im Wortlaut wiedergegeben wurden. Vgl. dazu auch H. Egger, a.a.O., S. 200 ff., und E. Schenker, a.a.O., S. 190 ff. Arthur Schmid, der diese 21 Bedingungen als für die SPS unannehmbar ablehnte, befasste sich damit in seiner Schrift «Die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale», Bern 1920. Am Parteitag 1920 wurden diese Bedingungen von Gegnern und Befürwortern eingehend diskutiert. – Die 21 Bedingungen verlangten u.a.: Verpflichtung zur Annahme und Befolgung der Beschlüsse der III. Internationale, Lossagen vom Reformismus und Bruch mit der Politik des Zentrums, Ausschluss aller nicht ganz linientreuen Elemente, periodische Säuberungen, Schaffung einer illegalen, geheimen Parteiorganisation. Die Parteispaltung wäre die «nächstliegende Konsequenz der ganzen Bedingungen», erklärte Robert Grimm am Parteitag 1920. (Protokoll, S. 41.)

überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder waren diese Bedingungen unannehmbar<sup>53</sup>. Es wurde denn auch an der Parteivorstandssitzung vom 9./10. Oktober 1920 mit 40 gegen 18 Stimmen folgender Antrag der Geschäftsleitung der SPS angenommen:

«Der Parteivorstand hebt seinen Beschluss vom 18. April betr. den Beitritt zur III. Internationale auf.

Der Parteivorstand beantragt dem ausserordentlichen Parteitag:

1. Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden, weil unerfüllbar, abgelehnt.
2. Geschäftsleitung und Parteivorstand werden beauftragt, mit jenen Parteien des Auslandes, die sich der Kommunistischen Internationale anzuschliessen wünschen, sich aber mit den 21 Bedingungen nicht einverstanden erklären können, in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen Parteien eine Revision der Aufnahmebedingungen zu erstreben, die den internationalen Zusammenschluss der revolutionären Arbeiterparteien ermöglicht.
3. Dieser Beschluss ist der Urabstimmung zu unterbreiten»<sup>54</sup>.

Der Berner Parteitag 1920 (10.-12. Dezember) nahm diesen Antrag nach langer und lebhafter Diskussion, in deren Verlauf viele grundsätzliche Probleme berührt wurden, mit 350 gegen 213 Stimmen an<sup>55</sup>. Der Parteitagsbeschluss wurde in der folgenden Urabstimmung mit 25'475 gegen 8'777 Stimmen bestätigt<sup>56</sup>. Die Ablehnung der 21 Bedingungen und damit des Eintrittes in die III. Internationale bedeuteten die *Parteisplaltung*. Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses am Berner Parteitag verliess die Parteilinke den Parteitag, und es kam im März

53) Bezeichnend ist die Haltung von Ernst Nobs, damals Redaktor des «Volksrecht», der vor Bekanntgabe der 21 Bedingungen zu den Befürwortern eines Eintrittes in die III. Internationale gehörte und zur Parteilinke gezählt wurde. Diese 21 Bedingungen schienen ihm jedoch unannehmbar. (Vgl. seine Anfang September im Volksrecht erschienene Artikelserie, Nr. 209 und folgende, besonders Nr. 212, 10. September 1920.) Als Zinowiew den Ausschluss der Rechten als *conditio sine qua non* für den Eintritt in die III. Internationale bezeichnete, antwortete Ernst Nobs mit einem Nein. «Den Befehl zur Parteisplaltung kann ich weder gutheissen noch vollziehen.» (Volksrecht, Nr. 265, 11. November 1920.) «Ich gestehe es mit dem allergrössten Bedauern ein, dass die dritte Internationale seit ihrem zweiten Kongress Wege betreten hat, denen ich als Parteigenosse nicht folgen kann.» (Ebd.)

54) Geschäftsbericht der SPS pro 1918-1920, S. 20.

55) Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 162. – «Platten, der treueste Anhänger der 21 Bedingungen, weilte im Auslande. Dr. Welti und Humbert-Droz sprachen für ihn. Gegen die Annahme der Bedingungen referierten mit Grimm noch Graber und Huggler.» (E. Schenker, a.a.O., S. 192.) Wir verweisen speziell auf das Referat von Robert Grimm. (Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 24-50.)

56) F. Giovanoli, a.a.O., S. 38.

1921 zur Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz, der es allerdings nie gelingen sollte, die Massen an sich zu ziehen. Wenn auch als Folge der Spaltung nur etwa 5'000 Parteimitglieder den Austritt aus der SPS gaben<sup>57</sup>, so bedeutete diese Spaltung doch eine empfindliche Schwächung der schweizerischen Arbeiterbewegung, wie ja überhaupt zu sagen ist, dass die Spaltung, von der kaum ein Land verschont blieb, den nationalen Arbeiterbewegungen beträchtlichen Schaden beifügte, was letzten Endes nur dem Bürgertum zugutekam. So ist es denn zwar überspitzt formuliert und zu allgemein, aber doch nicht unrichtig, wenn Jules Moch schreibt: «Seule sans doute la scission entre socialistes et communistes, ainsi que l'intransigeance de ces derniers sauvent le régime»<sup>58</sup>.

Obwohl der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit aller Schärfe geführt wurde, ging der Wille zur Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung (auf nationalem und internationalem Boden) nie verloren, was auch in wiederholten Versuchen zur Bildung einer Einheitsfront zum Ausdruck kam. So gelangte in der Schweiz die KP schon im Frühjahr 1921 mit einem Einheitsfrontangebot an die SPS – es wurde die Schaffung einer Einheitsfront zwischen KPS, SPS und Gewerkschaftsbund zur Abwehr von Lohnherabsetzungen und reaktionären Tendenzen vorgeschlagen –, das die Sozialdemokratie aber ablehnte, ebenso den neuen Appell der Kommunisten zwei Jahre später<sup>59</sup>. Auch im Jahre 1927 hatte sich die Parteileitung mit dem Verhältnis zwischen der SPS und der KPS zu befassen. Es wurde beschlossen, die lokalen und kantonalen Parteioorganisationen «zu einer selbständigen und von andern Parteien unabhängigen Politik» zu verpflichten. «Ein Zusammengehen mit andern Parteien ist nur dann zulässig, wenn es zur Verwirklichung bestimmter politischer Forderungen nötig erscheint.» Bei sozialdemokratischen Veranstaltungen sei der Vertrieb von kommunistischer Propagandaliteratur zu verhindern, ebenso kommunistische Sammlungen. Die Parteipresse soll keine kommunistischen Aufrufe verbreiten. Verkappter kommunistischer Agitation in Sport- und Jugendorganisation soll entgegengearbeitet werden<sup>60</sup>. – Die Frage der Einheitsfront wurde aber erst in der Zeit nach der Machteroberung der Nationalsozialisten in Deutschland zu einem wirklich aktuellen und deshalb viel diskutierten Problem<sup>61</sup>.

57) Diese Zahl haben wir von Fritz Giovanoli übernommen (a.a.O., S. 38).

58) J. Moch, *Confrontations*, (Paris) 1952, S. 122.

59) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1921, S. 19, und Geschäftsbericht der SPS pro 1923, S. 5.

60) Geschäftsbericht der SPS pro 1927, S. 6.

61) Wir verweisen auf unsere Ausführungen im II. Teil, 3. Kapitel.



Doch kehren wir nochmals zum Entscheid des Berner Parteitags zurück, denn dieser ist von grundsätzlicher Bedeutung und ausserordentlicher Tragweite. Zwar geht aus dem Antrag des Parteivorstandes, der mit grossem Mehr angenommen wurde, klar hervor, dass sich die Sozialdemokratie nicht in Gegensatz zur III. Internationale stellte, der Beitritt sollte durch eine Revision der Aufnahmebedingungen ermöglicht werden, aber die Verwerfung der 21 Bedingungen war eine eindeutige Absage an den Bolschewismus. Mit der Ablehnung des Bolschewismus und jeglicher Bevormundung seitens einer ausländischen Zentrale hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihre enge Verbundenheit mit den schweizerischen Verhältnissen sehr deutlich manifestiert und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sich ihre Vorstellung vom Sozialismus vom Begriff der Freiheit nicht trennen lässt. Diese Tatsache sollte besonders bei der Diskussion und Beurteilung des sozialdemokratischen Parteiprogramms aus dem Jahre 1920, das im Vergleich zum vorangehenden und zum nachfolgenden Programm in mancher Beziehung als ein radikales zu bezeichnen ist, nie vergessen werden.

### 3. Das sozialdemokratische Parteiprogramm aus dem Jahre 1920

Es gilt ganz bestimmt auch für das Parteiprogramm der SPS von 1920, wenn Robert Grimm Anfang 1935 schrieb, jedes Programm sei zeitbedingt<sup>62</sup>. Das neue, vom Berner Parteitag 1920 angenommene Parteiprogramm ist der programmatische Niederschlag eines der bewegtesten Zeitabschnitte in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung. Deutlich kommt das Bemühen zum Ausdruck, sowohl gegenüber dem Bolschewismus als auch gegenüber dem Vorkriegsreformismus eine Trennungslinie zu ziehen. Ernst Nobs, der in der Folge bald zu den eifrigsten Befürwortern einer unbedingt positiven Einstellung zur Demokratie zählte, war denn auch in seinem Referat über das neue Parteiprogramm am Parteitag 1920 bestrebt, diese Abgrenzung nach links und nach rechts vorzunehmen. So erklärte er u.a., dass der Sozialismus «nur unter der klaren und bewussten Mitarbeit der grossen Volksmassenentstehen» könne<sup>63</sup>, wandte sich aber andererseits gegen jene Auffassung, die mit der Möglichkeit rechnet, «rein durch die Mittel der bürgerlichen Demokratie etwa in den Sozialismus hineinzukommen»<sup>64</sup>.

62) R. Grimm, Randglossen zur Programmdebatte, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 5, S. 147.

63) Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 176.

Und er bestritt, «dass sich etwa bisher schon die Partei auf den Standpunkt der Verneinung der Gewaltanwendung gestellt hätte»<sup>65</sup>. – Wollte man nach einem speziellen und für die ideengeschichtliche Entwicklung besonders bedeutungsvollen Merkmal dieses Parteiprogramms fragen, so könnte man im Hinblick auf das Programm von 1935 darauf hinweisen, dass sich das Programm aus dem Jahre 1920 ausgesprochen an die Arbeiterschaft wendet. Die klassenmässige Bindung lässt sich schwerlich übersehen<sup>66</sup>. Und schon in der dem eigentlichen Parteiprogramm vorangestellten Prinzipienklärung wird betont, dass sich unter den heutigen Verhältnissen die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes vollziehe – mit dem Ziel, jede Klassenherrschaft und Ausbeutung zu beseitigen. Man kann kaum sagen, das Programm sei darauf ausgerichtet, möglichst viele Bundesgenossen aus anderen Schichten (Angestelltenschaft, Mittelstand, Bauernsame u.a.) zu gewinnen, was offenbar damit zusammenhängt, dass entsprechend der Marxschen Lehre mit einer Polarisierung der Gesellschaft in Bürgertum und Proletariat gerechnet wird<sup>67</sup>.

Es sei daran erinnert, dass in der marxistischen Ideologie das Proletariat eine ganz entscheidende geschichtliche Mission zu erfüllen hat. Als die dem Bürgertum antagonistisch gegenüberstehende Klasse, die wie keine andere die Schattenseiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu spüren bekommt, ist das Proletariat da-

64) Ebenda, S. 170. – Im selben Sinne äusserte sich auch Robert Grimm: «Darum ist es eine Illusion, eine Utopie, zu glauben, als ob wir nun so gleichsam auf dem Wege der friedlichen demokratischen Entwicklung in den Zukunftsstaat hineinwachsen könnten.» (Ebenda, S. 213.)

65) Ebenda, S. 177.

66) In den dreissiger Jahren unternahm dann die SPS grosse Anstrengungen, um von dieser klassenmässigen Bindung wegzukommen. (Vgl. die Kapitel über die Programmrevision 1935 und den Plan der Arbeit im II. Teil unserer Arbeit, besonders S. 89/90.) «Im Programm 1935 ist von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz der Klassencharakter abgestreift worden.» (Hans Oprecht, Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, Referat, gehalten am Parteitag der SPS vom 24./25. Mai 1941, hg. von der SPS, S. 7.) Dieser Ausspruch vom damaligen Parteipräsidenten besagt deutlich, dass vorher dieser Klassencharakter, diese klassenmässige Bindung vorhanden war.

67) Im Parteiprogramm wird davon gesprochen, dass immer neue Schichten – «auch ein Teil des Bauernstandes» – ins Proletariat versinken, «das damit zur weitaus zahlreichsten Volksklasse wird.» Auf der Industrialisierung beruhe «der unaufhaltsame Zerfall des alten Mittelstandes und das Anwachsen des industriellen Proletariats, das aus den Reihen der durch den Kapitalismus ruinierten Handwerker und Kleinbauern stets neuen Zuzug erhält.» (Parteiprogramm der SPS aus dem Jahre 1920, Abschnitt «Die kapitalistische Produktion».)

zu ausersehen, den Kapitalismus zu überwinden und Träger der neuen, sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu werden. Indem sich das Proletariat von den ihm vom Kapitalismus auferlegten Ketten befreit, das heisst den Kapitalismus beseitigt, befreit es die Gesellschaft schlechthin und wirkt als Träger und im Sinne des historischen Fortschritts. Diese überragende Rolle, die Marx dem Proletariat zuschreibt, hängt eng mit seiner Theorie zusammen, wonach sich das Proletariat zahlenmässig ständig vergrössert und die proletarischen Interessen vereinheitlicht werden, eine Auffassung, die im Kommunistischen Manifest klar zum Ausdruck kommt: «Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in grösseren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt»<sup>68</sup>.

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir uns nun dem eigentlichen Parteiprogramm zuwenden.

Das *Parteiprogramm* beginnt in der einleitenden Prinzipienklärung mit einer *Umschreibung des Zieles der sozialistischen Bewegung*: «Das Endziel der Sozialdemokratie bildet eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseitigung jeder Art von Ausbeutung das Volk von Elend und Sorge befreit, Wohlstand und Unabhängigkeit sichert und damit die Grundlage schafft, auf der die Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höheren Kulturstufen aufsteigen kann.» Im dritten und letzten Programmteil, wo von der sozialistischen Gesellschaft die Rede ist, wird dann das Ziel noch näher umschrieben, allerdings nur in grossen Zügen und mit einem Optimismus, der dem modernen Sozialismus fremd geworden ist. Es wird betont, dass in der sozialistischen Gesellschaft alle Herrschaftsverhältnisse und Vorrechte beseitigt werden.

«Durch die Befriedigung der Bedürfnisse aller Arbeitenden und die Fürsorge der Gesellschaft für alle Arbeitsunfähigen werden Armut und Not, Verbrechen und Prostitution, die in den Zuständen des Kapitalismus ihren Nährboden fanden, als gesellschaftliche Erscheinung verschwinden.

Die sozialistische Gesellschaft wird die Mittel besitzen, um die grossen Probleme der Erziehung zu lösen. Indem sie aber Empfänglichkeit für alles Schöne, Wahre, Gute in allen Menschen fördert, gibt sie gleichzeitig aller künstlerischen und wissenschaftlichen Tätigkeit neue, heute ungeahnte Antriebe und Wirkungskreise»<sup>68a</sup>.

68) K. Marx/F. Engels, Das Kommunistische Manifest, 5. Aufl., Wien 1928, S. 17. 68a) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die sozialistische Gesellschaft».

Dass sich das Parteiprogramm besonders in der Kritik des Kapitalismus an marxistische Gedankengänge anlehnt, ergibt sich aus dem *ersten Teil des Parteiprogramms*, der sich mit der bürgerlichen Gesellschaft befasst. Da heisst es beispielsweise: «Mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbunden ist die Planlosigkeit und Anarchie der Produktion. Die besitzende Klasse hat die Herrschaft über die Produktionsmittel verloren, sie sind ihr über den Kopf gewachsen. Jeder einzelne Kapitalist steht unter dem von der Konkurrenz diktierten Zwangsgebot, stets auf die Verbilligung seines Produktes und die Erweiterung seines Absatzes bedacht zu sein und seinen Konkurrenten zu schlagen, um nicht von ihm geschlagen zu werden»<sup>69</sup>. Es wird auch darauf hingewiesen, dass es in der kapitalistischen Wirtschaft immer wieder zu periodischen Krisen kommt. Wenn ferner gesagt wird, der Arbeiter habe an der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums den geringsten Anteil<sup>70</sup>, so bedeutet dies zwar keineswegs die Annahme der Marxschen Verelendungstheorie, erinnert aber an die Formulierung jener Marxisten, die die Verelendungstheorie im Sinne einer Theorie der relativen Verelendung interpretiert haben wollten<sup>71</sup>. Im Abschnitt über die bürgerliche Demokratie wird in Übereinstimmung mit dem Marxismus vom Klassencharakter des bürgerlichen Staates gesprochen: «Durch die demokratischen Einrichtungen wurde der Klassen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat keineswegs aufgehoben oder auch nur gemildert, vielmehr entfaltet und blossgelegt, wenschon versucht wird, ihn durch Ablehnung des Klassencharakters dieser Einrichtungen zu verschleiern. Der bürgerliche Staat ist und bleibt auch in seiner demokratischen Form und trotz

69) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die kapitalistische Produktion».

70) «Je mehr es aber gelingt, durch die Beherrschung der Naturkräfte, durch Verbesserung der Maschinen und der Arbeitsmethoden die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit zu steigern, desto grösser wird die Zahl der Besitzlosen, desto drückender ihre Abhängigkeit und die Unsicherheit ihrer Existenz, desto übler ihre Lage im Verhältnis zum gesellschaftlichen Reichtum. Die Vorteile des wirtschaftlichen Fortschrittes kommen vorwiegend den Besitzern der Produktionsmittel zugute. In den Händen weniger häufen sich Riesengewinne. Der Arbeiter aber, dessen Tätigkeit die Hauptquelle des gesellschaftlichen Reichtums bildet, hat den geringsten Anteil an seiner Steigerung.» (Ebenda.)

71) So z.B. auch Karl Kautsky, der die Marxsche Theorie im Sinne einer Zunahme des sozialen Elends interpretierte. Die Tendenz zur Verelendung bedeute nicht immer die Zunahme des physischen Elends, wohl aber des sozialen Elends, denn der Abstand zwischen den Klassen wachse ständig und damit das soziale Elend der Arbeiterklasse, die die Lebenshaltung der Bourgeoisie schneller wachsen sehe als ihre eigene. (Vgl. K. Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 114 ff.)

dieser ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat. Die innere und auswärtige Politik des Staates dient den Klasseninteressen der Bourgeoisie, der Ausübung, Erweiterung und Verteidigung ihrer Herrschaft. Die Verwaltung befindet sich fast ausschliesslich in ihren Händen, das Heer wird zur Unterdrückung des Proletariats gebraucht»<sup>72</sup>.

Wir wollen uns hier nicht mehr länger beim ersten Programmteil aufhalten, der mit einem Abschnitt über den Imperialismus endet. Dafür sei der Weg zum Sozialismus, der im *zweiten Teil des Parteiprogramms* behandelt wird, etwas eingehender diskutiert. Auf die Frage der Beziehung zwischen dem Marxismus und den von der schweizerischen Sozialdemokratie vertretenen Ideen werden wir in anderem Zusammenhang noch zu sprechen kommen. (Siehe unsere Ausführungen im II. Teil, 5. Kapitel.)

Welcher Kampfmittel sich die Arbeiterschaft bedienen kann, geht aus dem Abschnitt über den Kampf des Proletariats im bürgerlichen Staat hervor: «Der Kampf des Proletariats wird gemäss dem Charakter der Arbeiterbewegung als einer Massenbewegung unter Ablehnung von Einzelaktionen und Putschen durch das Mittel der Massenaktion, Demonstration und politischen Streike geführt. Die parlamentarische Tätigkeit, die Wahl- und Abstimmungskämpfe, die Benützung des Initiativrechtes und des Referendums sowie die politischen Streike stehen im Dienste der revolutionären sozialistischen Propaganda und Aktion. *Nur Verknennung der Bedingungen und Voraussetzungen des proletarischen Klassenkampfes könnte diese Kampfmittel unterschätzen und missachten. Soziale Reformen beseitigen den Kapitalismus nicht. Aber insofern sie zum Ausgangspunkt proletarischer Kämpfe werden, neue Massen der politischen Erweckung zuführen und zur Teilnahme an diesen Kämpfen bewegen, sind sie ein unentbehrliches Mittel der politischen Aufklärung und Erziehung*»<sup>73</sup>. Wie dieses Zitat deutlich zeigt, ist die sozialreformerische Tätigkeit vor allem als Ausgangspunkt für weitere Kämpfe bedeutungsvoll; sie kann zu einer Annäherung an das sozialistische Ziel führen. Ernst Nobs betonte am Parteitag 1920, «dass wir an die nächstliegenden Fragen, an die Fragen des all-

72) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die bürgerliche Demokratie».

73) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Der Kampf des Proletariats im bürgerlichen Staat». – Bei der Besprechung des Parteiprogramms von 1920 schrieb Robert Grimm in seiner «Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz»: «Während die Kommunisten durch Einzelaktionen, Putschismus und Aufstände glauben, die Welt aus den Angeln heben zu können, wägt das sozialdemokratische Programm kühl alle Mittel, die ihm in der kapitalistischen Gesellschaft für den Befreiungskampf des Proletariats gegeben sind, ab.» (S. 206.)

täglichen Lebens anzuknüpfen haben und dass wir so die proletarischen Massen für den Sozialismus zu interessieren und für den Klassenkampf zu gewinnen haben»<sup>74</sup>. Es geht der Sozialdemokratie aber nicht in erster Linie um Reformen innerhalb des bürgerlichen Staates, sondern um die Eroberung der politischen Macht. Im Parteiprogramm heisst es: «Die Eroberung der politischen Macht ist das nächste Ziel der Arbeiterklasse»<sup>75</sup>.

Da zu dieser Zeit die Ansicht vorherrschte, dass bei einer allfälligen Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse das Bürgertum erbitterten Widerstand leisten und schon bei einer Gefährdung seiner Machtpositionen sich nicht mehr an die Gesetze des bürgerlichen Staates halten werde<sup>76</sup>, konnte sich die schweizerische Sozialdemokratie nicht zum Vornherein auf die Anwendung ausschliesslich demokratischer Kampfmethoden verpflichten. Das soll nicht heissen, dass der Weg des friedlichen, demokratischen Hineinwachsens in den Sozialismus als solcher abgelehnt wurde, ganz im Gegenteil. Es kann gar nicht bezweifelt werden, dass die Sozialdemokratie diesen Weg zu beschreiten wünschte, sofern das Verhalten der herrschenden Klasse dies ermöglichen sollte<sup>77</sup>. Aber in dieser gegebenen historischen Situation, mit der unverkennbaren Neigung zur gewaltsamen Lösung von sozialen und politischen Konflikten, musste es weitgehend am Glauben an die Möglichkeit eines friedlichen Aufstiegs fehlen. Im Parteiprogramm heisst es, das

74) Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 172.

75) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Eroberung der politischen Macht».

76) «Zudem zögert die Bourgeoisie keinen Augenblick, die Gesetze des bürgerlichen Staates zu verletzen und die Freiheiten, derer sie selbst zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionskräfte bedurft, aufzuheben oder durch die skrupellose Anwendung der Regierungs- und Militärgewalt illusorisch zu machen, sobald sie ihre Klassenherrschaft bedroht glaubt.» (Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die bürgerliche Demokratie».) Diese Einschätzung der gegnerischen Verhaltensweise ist natürlich nur aus der damaligen Zeitsituation heraus zu verstehen, worauf wir hier nicht näher eintreten können. Es sei nur daran erinnert, dass in der Arbeiterbewegung der wiederholte Einsatz militärischer Einheiten gegenüber demonstrierenden oder streikenden Arbeitern (vgl. F. Giovanoli, a.a.O., S. 29 und S. 34 ff.) nicht so schnell vergessen wurde.

77) Ende 1936 schrieb Paul Meierhans in der Roten Revue: «Wenn wir uns deshalb vorbehaltlos zur Demokratie bekennen, so bedeutet das keine Abkehr von bisherigen Anschauungen, sondern die *Bestätigung* unseres bisherigen besten Hoffens über die Kampfformen zur Erringung einer besseren Zukunft.» (P. Meierhans, Richtlinien und Sozialdemokratie, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 4, S. 117.) Robert Grimm hat ja auch stets betont, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus könne die Formen einer gewaltsamen Auseinandersetzung oder des friedlichen Aufstiegs annehmen. (Vgl. unsere Ausführungen im 1. Kapitel, sowie R. Grimm, a.a.O., S. 208.)

Proletariat werde «stets nur gezwungen zu den Mitteln politischer und militärischer Gewalt greifen»<sup>78</sup> und sei sich bewusst, «dass man mit Gewalt keine neue Gesellschaft aufbaut, dass die aufbauenden Kräfte in der Arbeit und ihrer Organisation entwickelt werden müssen, und dass deshalb Gewalt nur dazu dienen kann, der gewaltsam gehinderten ökonomischen Entwicklung freie Bahn zu schaffen und gewaltsame Angriffe auf eine neue Organisationsform der Gesellschaft abzuwehren»<sup>79</sup>.

Wenn wir nun nach der Art und Weise der Ausübung der Staatsgewalt *nach* der Eroberung der Macht durch die Arbeiterschaft fragen, so kommen wir zum «Kern- und Angelpunkt des neuen Parteiprogramms»<sup>80</sup>: der *Diktatur des Proletariats*. Wollte man diesen Begriff, so wie er sich aus dem Parteiprogramm und den dazu von massgebender Seite abgegebenen Erläuterungen ergibt, in knapperster Formulierung umschreiben, so könnte Folgendes gesagt werden: Unabhängig vom Weg, der zur Eroberung der politischen Macht eingeschlagen wurde, besagt die Diktatur des Proletariats lediglich, dass die zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse gezwungenermassen zu den Mitteln der politischen und militärischen Gewalt greifen wird, falls sich die bis anhin herrschende Klasse dem sozialistischen Um- und Aufbau mit andern als demokratischen Mitteln widersetzen würde. – Auf eine etwas eingehendere Behandlung des Problems der Diktatur des Proletariats glauben wir nicht verzichten zu können, denn im Parteiprogramm selbst wird die proletarische Diktatur in einem besonderen Abschnitt erörtert, und auch bei der Programmdebatte am Parteitag 1920 stand die Frage der Diktatur des Proletariats im Brennpunkt der Diskussion.

Ernst Nobs hatte zweifellos Recht, wenn er in seinem Referat über das neue Parteiprogramm am Parteitag 1920 erklärte: «In keiner Frage, die uns Sozialisten interessiert, herrscht eine solche babylonische Sprachverwirrung, wie in der Frage der Diktatur des Proletariats»<sup>81</sup>. Die sozialistischen Theoretiker haben, sofern sie den Begriff als solchen akzeptierten, unter der Diktatur des Proletariats sehr verschiedene Dinge verstanden. Wenn Karl Marx den Begriff geprägt hat, so ist doch zu betonen, dass dieser bei ihm keineswegs eine zentrale Stellung einnimmt; Marx hat sich auch nicht näher darüber ausgesprochen, was man darunter eigentlich zu verstehen habe. Erst Lenin hat dann den Begriff der proletarischen Diktatur in den Mittelpunkt seiner Lehre gestellt<sup>82</sup>. Es ist ja sicher bezeichnend, dass im Kommu-

78) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Diktatur des Proletariats».

79) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Eroberung der politischen Macht»

80) Ernst Nobs, am Parteitag der SPS 1920, Protokoll, S. 173.

81) Ebenda, S. 173.

nistischen Manifest nicht von der Diktatur des Proletariats die Rede ist. In der Kritik des Gothaer Programms spricht Marx allerdings von der Diktatur des Proletariats: «Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*»<sup>83</sup>. Friedrich Engels hat in seinem Aufsatz über das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie die demokratische Republik als die «spezifische Form für die Diktatur des Proletariats»<sup>84</sup> bezeichnet, eine Interpretation, die von derjenigen Lenins weit entfernt ist. Nach Lenin «bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten»<sup>85</sup>. «Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft»<sup>86</sup>.

Otto Bauer erklärte in seiner Schrift «Bolschewismus oder Sozialdemokratie?», dass die proletarische Diktatur in der russischen Revolution von 1917 wohl verwirklicht werden konnte, aber «auf die proletarischen Bewegungen West- und Mitteleuropas in unseren Tagen nicht anwendbar» sei<sup>87</sup>. Prinzipiell anerkennt aber Otto Bauer doch, dass der Widerstand der Bourgeoisie auch das mit den Mitteln der Demokratie zur Herrschaft gelangte Proletariat unter Umständen zur Anwendung diktatorischer Machtmittel zwingen könnte, was sich als Diktatur des Proletariats bezeichnen liesse, doch «nicht eine Diktatur gegen die Demokratie, sondern die *Diktatur der Demokratie*»<sup>88</sup>. Eine andere Form der Diktatur wäre denkbar, falls das Proletariat gezwungen würde, vor der Eroberung der Macht eine diktatorische Klassenherrschaft aufzurichten<sup>89</sup>. – Karl Kautsky, der vor dem ersten Weltkrieg

82) W. Arthur Lewis schreibt: «It was Lenin, not Marx, who made ‘the dictatorship of the proletariat’ the central feature of Marxian socialism.» (W.A. Lewis, *The Principles of Economic Planning*, London 1949, S. 9.)

83) K. Marx, Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei, in dem Sammelband: Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, neu durchgesehene und vermehrte Ausgabe, Berlin 1946, S. 29.

84) F. Engels, *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfs 1891*, in demselben Sammelband, S. 76.

85) W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, Berlin 1951, S. 92.

86) W. I. Lenin, *Der «Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus*, Berlin 1947, S. 27.

87) O. Bauer, *Bolschewismus oder Sozialdemokratie?* Wien 1920, S. 67.

88) Ebenda, S. 113.

89) Vgl. ebenda, S. 113/114.



gegen Eduard Bernstein polemisierte, weil dieser den Gedanken einer Diktatur des Proletariats zurückwies<sup>90</sup>, nahm selber in den zwanziger Jahren sehr deutlich von der proletarischen Diktatur Abstand und bezeichnete eine Koalitionsregierung als die in der Regel geeignete Form des Übergangs zum Sozialismus<sup>91</sup>.

Auch in der schweizerischen Sozialdemokratie bestanden bezüglich der Diktatur des Proletariats Meinungsverschiedenheiten<sup>92</sup>. Im Zusammenhang mit der Besprechung des Parteiprogramms von 1920 schrieb Robert Grimm in seiner Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz: «Der Diktaturbegriff wie die Definition des Rätessystems waren am Parteitag stark umstritten. Zum Teil wurzelten die Meinungsverschiedenheiten wohl darin, dass ein Teil der Parteigenossen die Diktatur als ein System proletarischer Herrschaft auffasste, dessen Inhalt und Formen er genau umschrieben niederlegen wollte. Das wäre ein vergebliches Unterfangen. Die Diktatur ist der Ausdruck einer revolutionären Entwicklungsphase, die ihren eigenen Gesetzen folgt. Die revolutionäre Situation richtet sich nicht nach den über die Diktatur aufgestellten Formeln, umgekehrt wächst die Diktatur als geschichtliche Notwendigkeit aus der revolutionären Situation heraus und passt sich ihren Bedürfnissen an. So verzichtete der Parteitag mit Recht darauf, ein Lexikon über die Begriffe der Diktatur und des Rätessystems aufzustellen. Er begnügte sich mit der Kennzeichnung der Ursachen, die zur Diktatur führen und umschrieb ihren Zweck und ihre organisatorische Grundlage»<sup>93</sup>.

Wenn Inhalt und Form der proletarischen Diktatur nicht scharf umschrieben wurden, so musste Ernst Nobs, der am Parteitag 1920 das Referat über das neue Parteiprogramm hielt, die programmatischen Ausführungen zum Begriff der Diktatur des Proletariats doch noch etwas erläutern. Dabei brachte er zum Ausdruck, dass es sich nicht um die Diktatur einer Minderheit und nicht um einen Dauerzustand handeln könne<sup>94</sup>. Er bezeichnete es auch als «vollständig falsch und unmär-

90) Vgl. K. Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 172.

91) Vgl. K. Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart/Berlin 1922, S. 106.

92) Bei der Beratung des Parteiprogramms war eigentlich nur der Abschnitt über die Diktatur des Proletariats umstritten. Der Parteivorstand akzeptierte in seiner Sitzung vom 9./10. Okt. 1920 den Programmentwurf, konnte sich jedoch in der Frage der proletarischen Diktatur nicht einigen; der entsprechende Abschnitt wurde erst am 6. November mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1918-1920, S. 5.)

93) R. Grimm, a.a.O., S. 211.

94) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 174 ff. – Im Parteiprogramm selbst heisst es: «Die Diktatur ist also kein Versuch, durch das Mittel einer Parteidespotie die Interessen einer

xistisch, den Begriff der Diktatur als unbedingten Gegensatz zum Begriff der Demokratie zu betrachten»<sup>95</sup>. Unter anderem führte Ernst Nobs aus: «Aber zwischen dem kapitalistischen Staat und der staatenlosen sozialistischen Gesellschaft kommt eine Zwischenstufe, die Periode des proletarischen Staates, oder, mit einem andern Worte, die Periode der Diktatur des Proletariates. Es ist ein vorübergehender Zustand, in welchem sich das Proletariat in den Besitz der Staatsgewalt gesetzt hat, eine Periode, wo es die Mittel des Staates noch notwendig hat, um die Gefahren der Gegenrevolution abzuwenden, um die neue Organisation ungestört aufzubauen, um sich der Feinde der neuen Gesellschaft zu erwehren. Die Diktatur des Proletariates ist in diesem Falle ein unumgänglich notwendiger Durchgangspunkt der künftigen Entwicklung. Sie muss uns über die Zeiten hinweghelfen, wo die Mächte der Vergangenheit und der Reaktion sich der Entwicklung entgegenstellen und mit allen legalen und illegalen Mitteln die Durchführung der sozialistischen Einrichtungen verhindern wollen»<sup>96</sup>.

Als Vertreter des rechten Flügels der Partei warnten Herman Greulich und Charles Naine, letzterer als überzeugter Pazifist, vor der Diktatur des Proletariats. Naine erklärte: «Il y a entre les méthodes et le but une harmonie complète. Vous ne pouvez pas atteindre la liberté avec la dictature, par conséquent, vous n'avez pas à mettre la dictature dans votre programme ...»<sup>97</sup>. Greulich wies besonders darauf hin, dass man wohl wisse, «wo die Diktatur mit ihren starken Gewaltmitteln anfängt, aber man weiss nie, wo sie endet. Das ist das Verhängnisvolle»<sup>98</sup>. Diesen von hohen ethischen Idealen getragenen Voten musste jedoch in dieser bewegten Zeit, wo die grosse Mehrheit nicht glaubte, grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt verzichten zu können, die Wirkung versagt bleiben.

Den entscheidenden Passus im Parteiprogramm über die Diktatur des Proletariats wollen wir nun im Wortlaut wiedergeben: «Zur Durchführung all dieser Ziele und um den Widerstand der ihrer Macht verlustig gegangenen Klasse der Kapitalisten zu brechen, wird die politische Macht der Arbeiterklasse in Form der proletarischen Diktatur ausgeübt. Die Diktatur, das heisst die Anwendung aller staatl-

Minorität zum Siege zu führen.» (Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Diktatur des Proletariats».)

95) Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 175.

96) Ebenda, S. 174.

97) Ebenda, S. 190.

98) Ebenda, S. 199.

chen Gewaltmittel durch das zurherrschenden Klasse gewordene Proletariat, um die Widerstände niederzuzwingen, die die Bourgeoisie der Verwirklichung des Sozialismus entgegensetzt, ist eine Übergangsphase im Entwicklungsgange vom kapitalistischen Klassenstaat zum sozialistischen Gemeinwesen. Es hängt von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen des einzelnen Landes ab, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt, so muss die Diktatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenorganisationen annehmen.» Es wird dann noch gesagt, dass die Diktatur des Proletariats nicht die Aufrechterhaltung, sondern die Beseitigung der Klassen erstrebt, im Interesse der grossen Mehrheit des Volkes wirkt und «nur das revolutionäre Mittel zur Erringung der wahren, der sozialistischen Demokratie» ist. Das Proletariat werde nur gezwungenermassen und zur Verteidigung der Errungenschaften der sozialen Revolution «zu den Mitteln politischer und militärischer Gewalt greifen». «Die organisatorische Grundlage der Diktatur wird das Rätssystem sein, dessen jeweilige Form durch die gegebenen ökonomischen Verhältnisse bedingt wird»<sup>99</sup>.

Abschliessend können wir sagen, dass die Diktatur des Proletariats in der schweizerischen Sozialdemokratie in einem sehr weiten Sinne verstanden wurde und – ganz im Gegensatz zur bolschewistischen Ideologie – zu einem ziemlich harmlosen Begriff wurde, der eigentlich nicht mehr allzuviel besagte, eher als Deckmantel für recht verschiedene Ansichten und Vorstellungen diente. Jakob Ragaz schreibt denn auch, die Erläuterungen, die zu dem Programmartikel über die Diktatur des Proletariats gegeben wurden, «ermöglichten es, dass unbedingte Demokraten den Artikel ebenso annahmen wie die auf einem andern Boden stehenden Delegierten»<sup>100</sup>. Aber selbst wenn man diese Momente in Betracht zieht, wird man doch die Tatsache, dass sich das Parteiprogramm in einem speziellen Abschnitt mit der Diktatur des Proletariats befasst – eine Formulierung, die schon an sich mit dem revolutionären Sozialismus in Verbindung gebracht wird –, als Distanzierung vom Vorkriegsreformismus zu werten haben. Das Urteil von Otto Lang dürfte wohl rich-

99) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Diktatur des Proletariats».

100) J. Ragaz, a.a.O., S. 190. – Am Parteitag 1926 sagte Charles Naine: «Notre programme de 1920 concernant la dictature laisse en somme la porte ouverte aussi bien à la dictature qu'à la démocratie, il ne se prononce pas pour l'une ou pour l'autre.» (Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 139.)

tig sein, der Ende 1933 in einer kritischen Betrachtung zur proletarischen Diktatur erklärte, «das Verlangen nach begrifflicher Klarheit und Eindeutigkeit trat damals zurück hinter dem Bedürfnis nach Formulierungen, die der Kampf Stimmung und dem revolutionären Pathos jener Zeit genügten»<sup>101</sup>.

Um bei einer Beurteilung dieses sozialdemokratischen Parteiprogramms aus dem Jahre 1920 nicht zu falschen Schlussfolgerungen zu gelangen, muss vor allem beachtet werden, dass das Wort «revolutionär», das in dieser Zeit recht häufige Verwendung fand, nicht nur zur Charakterisierung der Mittel, der Methoden des Kampfes, sondern auch zur Bezeichnung des Zieles diente. Robert Grimm erklärte am Parteitag 1926, es habe «der Begriff Revolution mit der Bestimmung der Mittel überhaupt nichts zu tun. Es gibt friedliche und gewalttätige Revolutionen»<sup>102</sup>. Wenn also von der sozialen Revolution gesprochen wurde, deren Verwirklichung die sozialistische Bewegung erstrebte, so war damit nicht notwendigerweise eine gewalttätige Revolution gemeint. Das Parteiprogramm huldigt ja auch keinem revolutionären Wunderglauben; es bejaht grundsätzlich sowohl die revolutionäre (hier in der ursprünglichen Sinnggebung verstanden, als Gegensatz zur friedlichen, gewaltlosen Evolution) als auch die reformistisch-demokratische Taktik. *Praktisch* nahm die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren allerdings ausgesprochen reformistische Formen an. Ob der mannigfachen Beanspruchung in der politischen Klein- und Tagesarbeit, dem Kampf um soziale Reformen, von denen es im Parteiprogramm heisst, dass sie den Kapitalismus nicht beseitigen, verlor die revolutionäre Seite des Programms praktisch an Bedeutung und verblasste das sozialistische Endziel. – Diese Entwicklung wollen wir nun im Zusammenhang mit dem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1924 weiterverfolgen, wobei einleitend zu sagen ist, dass es sicherlich falsch wäre, wollte man von einem eigentlichen Gegensatz zwischen dem Arbeitsprogramm und den grundsätzlichen und theoretischen Betrachtungen im Parteiprogramm sprechen<sup>103</sup>, da sich das Parteiprogramm von 1920 eindeutig für soziale Reformen

101) O. Läng, Demokratie und Diktatur, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 2, S. 43.

102) Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 112.

103) «So bilden das Arbeitsprogramm und die theoretischen Erwägungen des Parteiprogramms auch in Bezug auf das Verhältnis von Demokratie und Diktatur ein *einheitliches Ganzes*, und es liegt kein Anlass vor, einen Gegensatz zu suchen oder zu konstruieren, wo er in Wirklichkeit gar nicht bestehen kann.» (R. Grimm, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, S. 33.)

innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausspricht. Wenn wir aber in historischem Rückblick das Parteiprogramm, das eben doch nicht als Programm eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus zu bezeichnen ist, mit der von der schweizerischen Sozialdemokratie zwischen 1920 und 1935 (im Jahre 1935 erfolgte die Programmrevision) befolgten praktischen Politik vergleichen, einer Politik, die man nicht anders als reformistisch nennen kann, so muss doch eine gewisse Ungereintheit zwischen Theorie und Praxis festgestellt werden, zum mindesten in dem Sinne, als die Theorie nicht die Einseitigkeit der Praxis kennt.

#### 4. Das Arbeitsprogramm von 1924

Nachdem in der unmittelbaren Nachkriegszeit die revolutionären Strömungen und Erschütterungen in manchen Ländern Europas zu einer bis anhin unbekanntem Entfaltung und Demonstration der Macht der Arbeiterbewegung geführt hatten, wurde die Arbeiterbewegung Westeuropas in den Jahren 1921 bis 1923 wieder in die Defensive gedrängt, nicht zuletzt als Folge der stark rückläufigen Konjunkturbewegung. In der Schweiz, wo es der Arbeiterschaft in der ersten Nachkriegszeit gelungen war, die 48-Stunden-Woche und die Einführung des Proporz für die Nationalratswahlen zu verwirklichen, stiess der von den Arbeiterorganisationen geführte Kampf für soziale Reformen auf wachsenden Widerstand, und es nahm dieser Kampf immer mehr den Charakter eines Kampfes zur Erhaltung der erreichten und bestehenden Errungenschaften an.

Auf die wichtigsten Auseinandersetzungen, die in den Jahren 1920 bis 1924 um wirtschaftliche, soziale und politische Entscheidungen entbrannten, sei nun kurz hingewiesen; anschliessend wollen wir zur Behandlung des Arbeitsprogramms der SPS übergehen.

Nach der knappen Verwerfung des Bundesgesetzes betreffend die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in der Volksabstimmung vom 21. März 1920<sup>104</sup> sprach sich das Schweizer Volk zwei Monate später (am 16. Mai) für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund aus. «Die Sozialdemokratie hat den Eintritt der Schweiz

104) Vgl. F. Heeb, a.a.O., S. 208 ff. – «Zur Ausgestaltung der Propaganda schlossen sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die Angestelltenorganisationen, die Festbesoldeten, die Christlichen und Gruppen der bürgerlichen Parteien zu einem Initiativkomitee zusammen.» (Ebenda, S. 208.)

in den Völkerbund bekämpft. Zwei Gründe waren für ihre Haltung massgebend: 1. die Tatsache, dass der Völkerbund als kapitalistisches Gebilde ein Instrument imperialistischer Grossmächte und daher kein Instrument für die Herstellung des Weltfriedens ist, und 2., dass der Beitritt der Schweiz zu einem solchen Gebilde ihre ohnehin schon beschränkte Selbständigkeit in aussenpolitischen Fragen noch mehr einengt und das Land zum Anhängsel imperialistischer Staaten erniedrigt»<sup>105</sup>. Von grosser Bedeutung war das Arbeitsgesetz für die Transportanstalten, das dem Personal der schweizerischen Transportanstalten die 48-Stunden-Woche brachte; es wurde am 31. Oktober 1920 vom Volke gebilligt<sup>106</sup>.

Im Jahre 1921 war die SPS mit der Unterschriftensammlung und Propaganda für die Vermögensabgabeinitiative stark beschäftigt<sup>107</sup>. Auf die vom Bundesrat beschlossenen Zollerhöhungen wurde mit einer Initiative gegen Zollerhöhungen geantwortet<sup>108</sup>. Im folgenden Jahre fanden nicht nur die Nationalratswahlen statt, bei denen die Sozialdemokratie ihre Mandatzahl von 38 auf 43 erhöhte, es kam auch die sogenannte Lex Häberlin (Revision des Bundesstrafrechts) zur Abstimmung. Dieses Gesetz wurde von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbund aufs Schärfste bekämpft und in der Volksabstimmung vom 24. September 1922 verworfen. Die sozialdemokratische Vermögensabgabeinitiative fiel am 3. Dezember dem Ansturm des gesamten Bürgertums zum Opfer<sup>109</sup>.

Am 15. April 1923 wurde auch die Zollinitiative abgelehnt, und dasselbe Schicksal erlitt am 3. Juni 1923 die Verfassungsrevisionsvorlage betreffend Alkoholgesetzgebung, wofür die SPS die Ja-Parole herausgegeben hatte<sup>110</sup>. Zu Beginn des Jahres 1924 sammelte die Arbeiterbewegung ihre Kräfte zur Verteidigung der

105) R. Grimm, a.a.O., S. 71. – Vgl. auch R. Grimm, Sozialdemokratie und Völkerbund, Bern 1920, sowie die Verhandlungen am Basler Parteitag vom 16./17. August 1919, Protokoll, S. 161-182.

106) Für die dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellten Betriebe war die 48-Stunden-Woche bekanntlich schon 1919 durch die Teilrevision des Fabrikgesetzes verwirklicht worden. – Vgl. F. Heeb, a.a.O., S. 175 ff.

107) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1921, S. 19/20.

108) Vgl. ebenda, S. 21 ff. – «Das Initiativbegehren wurde unterstützt von folgenden Organisationen: Verband Schweizerischer Konsumvereine, *Schweizerischer Gewerkschaftsbund*, eidgenössischer Föderativverband, Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, Schweizerischer Bund der Festbesoldeten, Sozialdemokratische Partei, Schweizerischer Grütliverein und linksbürgerliche Parteiorganisationen.» (F. Heeb, a.a.O., S. 213.)

109) Wir verweisen auf die beiden Artikel von Arthur Schmid in der Roten Revue, 2. Jg. 1922/23, Heft 3, S. 73 ff., und Heft 5, S. 156 ff.

110) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1923, S. 6/7 bzw. 9/10.

48-Stunden-Woche, und es gelang denn auch, die Lex Schulthess (Revision von Art. 41 des Fabrikgesetzes) zu Fall zu bringen. Nadi diesem am 17. Februar 1924 errungenen Sieg schrieb Ernst Nobs in der Roten Revue: «Die Reaktion ist geschlagen. Die politische Initiative geht wieder an die Linke über»<sup>111</sup>.

Damit war aber die praktische Tätigkeit der schweizerischen Sozialdemokratie noch nicht erschöpft; die Partei hatte sich in diesen vier Jahren u.a. auch mit dem Mieterschutz, dem Getreidemonopol, der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung und mit den durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Problemen zu befassen. – Abschliessend sei noch darauf hingewiesen, dass es bei den wichtigsten Abstimmungskämpfen – sofern es nicht um ausgesprochene parteipolitische Zielsetzungen ging – meist zu einer Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei kam, der sich manchmal auch andere linksorientierte Organisationen anschlossen. Im Geschäftsbericht der SPS für 1921 heisst es: «Trotzdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund parteipolitisch neutral ist, bestehen zu viele gemeinsame Interessen und Berührungspunkte zwischen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, als dass diese sich gegenseitig ignorieren dürften, ohne der Bewegung selber zu schaden.» Weiter wird dann noch gesagt, «dass es im Interesse der Gesamtarbeiterklasse liegt, ein besseres Verhältnis und wenigstens für Fragen, die die Gesamtheit interessieren, eine engere Fühlungnahme zu schaffen»<sup>112</sup>.

Es versteht sich, dass die schweizerische Sozialdemokratie für diese vielgestaltige praktische Tätigkeit ein Arbeitsprogramm benötigte, das als Wegweiser im Tageskampf dienen konnte, denn das grundsätzliche Parteiprogramm umschrieb nur in recht allgemeinen Formulierungen den Standort der SPS. Um diese Lücke zu füllen, wurde *ein neues Arbeitsprogramm* ausgearbeitet, da das alte Programm, wie Robert Grimm erklärte, «zum Teil überholt» sei<sup>113</sup>. Am Basler Parteitag vom 5. bis 7. September 1924 wurde dieses neue Arbeitsprogramm eingehend diskutiert und schliesslich mit grosser Mehrheit angenommen<sup>114</sup>.

Das Arbeitsprogramm beginnt mit einem Kapitel, das mit «Entwicklung der Demokratie» überschrieben ist und *Forderungen für einen Ausbau der Demokratie und der demokratischen Rechte* enthält. Es folgt dann ein Kapitel über «Aussen-

111) E. Nobs, Der Sieg der 48-Stunden-Woche, Rote Revue, 3. Jg. 1923/24, Heft 7, S. 207. – Vgl. auch F. Heeb, a.a.O., S. 181 ff.

112) Geschäftsbericht der SPS pro 1921, S. 11.

113) Protokoll des Parteitags der SPS 1924, S. 21.

114) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1924, S. 21-91.

politik und Internationale». Die *Aussenpolitik* soll der Kontrolle des Parlamentes unterstellt werden. Neben der Forderung nach Wahrung der staatlichen Neutralität wird einer west- und mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Wort geredet. Interessant ist, dass der Völkerbund nicht einmal erwähnt wird. In der Partei waren die Meinungen über den Völkerbund offensichtlich geteilt. Da sich bedeutende Sozialisten, wie Léon Blum in Frankreich und MacDonald in England, um positives Wirken im Völkerbund bemühten, wurde dieser Organisation auch von Schweizer Sozialdemokraten allmählich vermehrtes Vertrauen entgegengebracht<sup>115</sup>. Robert Grimm aber warnte vor Illusionen und erklärte, man müsse vor allem daran arbeiten, «dass die bürgerlichen Regierungen durch sozialistische Regierungen ersetzt werden»<sup>116</sup>. Die Sozialdemokratie hätte ihren Standpunkt zum Völkerbund nicht zu ändern. «Nachdem der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund gegen ihren Willen beschlossen wurde, hat sie sich mit der geschichtlichen Tatsache abzufinden, wie sie sich abfinden muss mit der Tatsache der kapitalistischen Welt und des kapitalistischen Staates. Aber dieses Abfinden bedeutet nicht, dass die Sozialdemokratie ihr Urteil über das Wesen des Völkerbundes und seine Politik zu ändern hätte. Ihr Verhältnis zum Völkerbund ist das Verhältnis zum kapitalistischen Staat. Wie sie an diesen Staat ihre Forderungen zu stellen hat, so mag sie ihre Forderungen an den Völkerbund stellen. Aber im einen wie im andern Falle muss sie sich vor Illusionen bewahren, und wie sie vom kapitalistischen Staat nicht erwartet, dass er den Sozialismus verwirkliche, so darf sie vom Völkerbund nicht hoffen, dass er den Völkerfrieden realisiere»<sup>117</sup>.

Das Arbeitsprogramm befasst sich dann mit dem Problem «Militarismus und Landesverteidigung». Da wir uns damit etwas eingehender befassen müssen, behandeln wir diese Frage am Schluss dieses Kapitels.

Auf dem Gebiet der *Wirtschaftspolitik* wird an erster Stelle verlangt: «Staatliche oder gemischtwirtschaftliche Einfuhrmonopole der dem Massenkonsum dienenden Bedarfsgegenstände und der für die schweizerische Volkswirtschaft wichtigen Roh- und Hilfsstoffe»<sup>118</sup>. Der zweifellos richtige Gedanke, dass nämlich in

115) Vgl. hierzu die Ausführungen von Robert Grimm am Parteitag 1924 (Protokoll, S. 29 ff.) sowie die Diskussion über diesen Abschnitt des Programms. (Ebenda, S. 62-75.)

116) R. Grimm, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, S. 74.

117) R. Grimm, a.a.O., S. 74. – Über die sozialdemokratische Stellungnahme zum Völkerbund vgl. auch E. Reinhard, Sozialdemokratie und Völkerbund, Rote Revue, 7. Jg. 1927/28, Heft 12, S. 379-404.

118) Arbeitsprogramm der SPS, Kapitel «Wirtschaftspolitik und Genossenschaftsfragen».



der Schweiz für die planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft der Monopolisierung des Imports eine entscheidende Bedeutung zukommt, ist in dieser Forderung enthalten. Robert Grimm glaubt, es kämen heute schon etwa 40% der Einfuhr für die Monopolisierung in Betracht<sup>119</sup>. Neben verschiedenen anderen Forderungen verlangt das Arbeitsprogramm ferner eine Kontrolle der Aktiengesellschaften, Kartelle, Syndikate, Trusts, Banken und Versicherungsgesellschaften. Bei der Behandlung dieses Kapitels des Arbeitsprogramms am Parteitag 1924 wurde ausserdem von verschiedener Seite der Wunsch nach einer stärkeren Beachtung der Genossenschaften geäussert<sup>120</sup>. Grimm konnte allerdings darauf hinweisen, dass sich das Parteiprogramm schon mit den Genossenschaften (in durchaus positivem Sinne) befasste<sup>121</sup>.

Im Kapitel über *Finanz- und Steuerfragen* wird von der Notwendigkeit einer planmässigen, nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Währungspolitik gesprochen. Zu schaffen wären eine eidgenössische Postsparkasse, eine schweizerische Städtebank und eine Arbeiterbank (getragen von den Genossenschaften und Gewerkschaften)<sup>122</sup>. Auf dem Gebiet der Steuerpolitik finden sich Postulate, die noch heute einen wesentlichen Bestandteil sozialistischer Politik bilden: progressive Bundessteuer auf Einkommen und Vermögen, progressive Erbschaftssteuer, Wertzuwachssteuer, steuerfreies Existenzminimum, Zollfreiheit für lebensnotwendige Bedarfsgüter, Lebensmittel und wichtige Roh- und Hilfsstoffe, «Beseitigung der den Massenkonsum belastenden indirekten Steuern»<sup>123</sup>. Es mag überraschen, dass im Arbeitsprogramm nicht von der Verstaatlichung der Grossbanken die Rede ist. Das Fehlen dieser Forderung hängt jedoch damit zusammen, dass das Arbeitsprogramm vor allem jene Massnahmen aufzählt, die im Rahmen des bürgerlichen Staates verwirklicht werden könnten. Wenn also im Arbeitsprogramm nichts über eine allfällige Verstaatlichung der Banken zu lesen ist, so heisst das lediglich, dass die Sozialdemokratie eine derartige Verstaatlichungsaktion erst in der Zeit *nach* der Eroberung der Macht durchführen möchte. Im Parteiprogramm heisst es ja auch: «Das zur herrschenden Klasse erhobene Proletariat muss zunächst

119) R. Grimm, a.a.O., S. 123.

120) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1924, S. 77-86.

121) Vgl. ebenda, S. 84. – Für detailliertere Ausführungen über diesen Teil des Arbeitsprogramms verweisen wir auf Grimms Schrift (S. 80-151). Grimm befasst sich eingehend mit wirtschaftlichen Problemen und weist auf manche wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge hin.

122) Vgl. Arbeitsprogramm der SPS, Kapitel «Finanz- und Steuerfragen».

123) Ebenda.

die Banken und die kapitalistischen Grossbetriebe in den Dienst der neuen sozialistischen Organisation stellen, die die anarchische Profitwirtschaft des Kapitalismus durch die nach einheitlichem Plane geleitete Produktion und Verteilung der für die Gesellschaft notwendigen Güter ersetzt»<sup>124</sup>.

Bezüglich *Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Arbeiterrecht* stellt das Arbeitsprogramm einen ganzen Katalog von Forderungen auf; es stehen hier das Wohnungsproblem (Staat, Gemeinden und Genossenschaften sollen billige Wohnungen erstellen), der Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung, der unentgeltliche Gesundheitsdienst, die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung im Vordergrund. In der betrieblichen Sozialpolitik geht es nicht zuletzt um das Mitspracherecht, von dem Robert Grimm sagte: «Bei den in unserem Lande zur Zeit bestehenden Verhältnissen dürfte die Ausbildung des Mitspracherechts zunächst in den *Gemeindebetrieben und genossenschaftlichen Unternehmungen* erfolgen»<sup>125</sup>.

Das Arbeitsprogramm befasst sich ferner noch mit Verwaltungs-, Kultur- und Schulfragen sowie mit Rechtspflege und Strafvollzug, worauf wir jedoch nicht eingehen wollen.

Abschliessend ist zu sagen: Für die praktische Tagespolitik konnte dieses Arbeitsprogramm der SPS zweifellos wertvolle Dienste leisten. Aber es lässt sich nicht übersehen, dass es sich um eine blosser Aufzählung von Forderungen handelt, deren Verwirklichung je nach Umständen und Möglichkeiten zu erstreben wäre. Den verschiedenen Forderungen fehlt der organische Zusammenhang; es wird nicht gesagt, in welcher Reihenfolge die einzelnen Postulate verwirklicht werden sollen; gerade diese Frage wäre aber von besonderem Interesse gewesen, speziell im Hinblick auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen. Dieser Mangel – er hängt u. E. damit zusammen, dass in dieser Zeit die Theorie der sozialistischen Wirtschaftspolitik noch ganz in den Anfängen steckte – wurde dann zehn Jahre später mit dem Plan der Arbeit weitgehend überwunden.

Wir haben uns nun noch etwas eingehender mit dem Problemkreis *«Militarismus und Landesverteidigung»* auseinanderzusetzen, denn: «Die Erörterung militärischer Fragen nimmt in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung einen breiten Raum ein»<sup>126</sup>. Das entsprechende Kapitel im Arbeitsprogramm lautet wie folgt: «Grundsätzlicher Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus. Planmässige Aufklärung des Volkes über Wesen, Zweck und Folgen des

124) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Eroberung der politischen Macht».

125) R. Grimm, a.a.O., S. 195.

126) R. Grimm, a.a.O., S. 34.

Militarismus. Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahren kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören können. Organisation des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter gegen die Beteiligung des Landes an jedem Krieg. Erleichterung der finanziellen Folgen, von denen Parteigenossen betroffen werden können, die bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen die Interessen der Arbeiterklasse den Gehorsam verweigern. Unterstützung der Bestrebungen für die Einführung der Zivildienstpflicht, sofern der Zivildienst nicht militärischen Interessen dient»<sup>127</sup>.

Um Missverständnisse zu vermeiden sei hier betont, dass es in der SPS zwar eine pazifistische Minderheit gab, die schweizerische Sozialdemokratie aber nie pazifistisch war<sup>128</sup>. Wenn sich der sozialdemokratische Parteitag 1917 gegen die Landesverteidigung aussprach, so war damit die Landesverteidigung im bürgerlichen Staate gemeint. In seinem Kommentar zum Arbeitsprogramm erläuterte Robert Grimm die Haltung der Partei, indem er darauf hinwies, dass sich «die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie *grundsätzlich* vom bürgerlichen Pazifismus» unterscheiden. «Dieser erblickt im Krieg ein Resultat der menschlichen Unvernunft, der mangelnden Entwicklung des Verantwortlichkeitsgefühls. Für die Sozialdemokratie ist der Krieg das unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Gegensätze und damit der Klassengegensätze. Der bürgerliche Pazifismus will die Kriegsursachen beseitigen *ohne* die Klassengegensätze aufzuheben; die Sozialdemokratie erblickt die Beseitigung der Kriegsursachen in der *Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses*. Der bürgerliche Pazifismus will den Militarismus und den Krieg durch das Mittel der Aufklärung, durch den Appell an die menschliche Vernunft, durch das Brandmarken der Schrecken und Greuel des Krieges, durch die Abscheu vor der Gewalt bekämpfen; für die Sozialdemokratie bildet der Kampf gegen Militarismus und Krieg einen Bestandteil des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie kann mit den Pazifisten aller Schattierungen insofern einverstanden sein, als es sich um den Abscheu gegen den Krieg und die Kriegsmittel handelt, aber sie lehnt die Trennung der Kriegsursachen vom kapitalistischen Wesen und die Trennung des antimilitaristischen Kampfes vom Klassenkampf des Proletariats ab. *Sie verwirft die Verselbständigung der antimilitaristischen Strömung zu einer über oder neben dem proletarischen Klassenkampf bestehenden Bewegung mit aller Entschiedenheit*»<sup>129</sup>.

127) Arbeitsprogramm der SPS, Kapitel «Militarismus u. Landesverteidigung»,

128) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 13 (Fussnote 21) und S. 25.

129) R. Grimm, a.a.O., S. 51.

Die pazifistische Minderheit in der SPS, mit Charles Naine, Paul Graber und Leonhard Ragaz als den hervorragendsten Vertretern, vertrat die Auffassung, es könne ein Krieg «auch innerhalb der heute bestehenden Wirtschaftsordnung durch einen entschiedenen Antimilitarismus bekämpft und sogar verhindert werden»<sup>130</sup>. «Der Antimilitarismus hat aufgehört, eine blossе Klassenangelegenheit des Proletariats zu sein»<sup>131</sup>.

Am Parteitag 1926 kam es beim Traktandum «Bekämpfung des Militarismus» zu einer sehr lebhaften Diskussion<sup>132</sup>. Die Minderheit, die im Kampf gegen den Militarismus auch mit pazifistischen Organisationen des Bürgertums zur Zusammenarbeit bereit war, brachte für den entsprechenden Antrag nur 90 Stimmen zusammen. Die Mehrheit des Parteivorstandes war der Ansicht, «dass der Kampf gegen den Militarismus, als einem Instrument des bürgerlichen Klassenstaates, ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus ist und von ihm nicht getrennt werden kann»<sup>133</sup>. Über den Gewerkschaftsbundhinausgehende Verbindungen wurden abgelehnt und der Beschluss bestätigt, «gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund eine Kommission zum Kampf gegen den Militarismus zu bestellen»<sup>134</sup>. Dieser Antrag, der die Zustimmung von 205 Delegierten fand, wurde vom Parteitag angenommen<sup>135</sup>.

Anfang 1926 wurde auch «in einzelnen Kreisen die Frage der Lancierung einer Initiative auf Abschaffung der Armee aufgerollt. Es hat deshalb im Januar eine Besprechung zwischen Genosse Reinhard und Professor Ragaz, dem Verfechter dieses Projektes, stattgefunden. In der gleichen Sache ist auch der Gewerkschaftsbund begrüsst worden, der die Sache näher prüfen will. Die Geschäftsleitung hält eine solche Lösung für verfrüht. Wichtiger erscheint ihr, die Idee der Beseitigung der Armee in der Schweiz zu verallgemeinern und die politische Macht der Partei

130) L. Frank, Pazifismus, Antimilitarismus und Klassenkampf, Rote Revue, 4. Jg. 1924/25, Heft 10, S. 339; im Original gesperrt.

131) Ebenda, S. 340; im Original gesperrt.

132) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 42-84.

133) Ebenda, S. 5. (Antrag des Parteivorstandes.)

134) Ebenda, S. 5. – Es ist zu sagen, «dass der Parteitag von Basel 1924 mit grosser Mehrheit, ohne Gegenmehr, einen Antrag des zürcherischen kantonalen Parteitages angenommen hat, des Inhalts, es sei gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund eine Kommission einzusetzen, die einen Aktionsplan für den Kampf gegen den Militarismus auszuarbeiten habe.» (Amberg-Adliswil, am Parteitag 1926, Protokoll, S. 61.)

135) Vgl. ebenda, S. 84. – Parteisekretär August Huggler referierte für den Antrag des Parteivorstandes, der andere Sekretär, Paul Graber, votierte für den Antrag der Minderheit des Parteivorstandes.

zu steigern, eine wichtige Vorbedingung für jeden Erfolg»<sup>136</sup>. Auf den im Jahre 1930 von L. Frank-Hämig unternommenen Vorstoss zwecks Lancierung einer Totalabrüstungsinitiative<sup>137</sup> antwortete Ernst Nobs<sup>138</sup>, der das von L. Frank-Hämig empfohlene Vorgehen entschieden ablehnte: «Das Mögliche und Erreichbare auf dem Gebiet des Antimilitarismus liegt heute noch vorwiegend in der Propaganda»<sup>139</sup>.

Nach dem Entscheid des Parteitags 1926 versuchte die SPS mit dem Gewerkschaftsbund eine gemeinsame Kommission zur Bekämpfung des Militarismus zu bilden, die jedoch nicht konstituiert werden konnte<sup>140</sup>. In der Folge setzte die SPS eine eigene Kommission ein, die ein Programm für den antimilitaristischen Kampf ausarbeitete. «Der Parteivorstand hat, unter Weglassung der Vorbemerkungen, das Programm zur Bekämpfung des Militarismus an den Parteitag weitergeleitet, der ihm zustimmte und zugleich die provisorisch gewählte Kommission bestätigte»<sup>141</sup>. Dieses Programm setzt *als Ziel* die Abschaffung der Armee. Durch Presse, Vorträge, Ausstellungen, Filme usw. soll die öffentliche Meinung vorbereitet und gewonnen werden. Für die Tätigkeit im Parlament werden folgende Richtlinien aufgestellt: Ablehnung aller Militärkredite; Denunzierung aller militärischen Missbräuche; Unterstützung aller Anträge, «die eine Verminderung der Militärausgaben anstreben, insofern es sich nicht um Lohnreduktionen handelt»; Reduktion der Rekrutierungszahl; Änderung der Militärorganisation (Aufhebung der Landwehrkurse und des Vorunterrichts); ferner wird eine entschiedeneren Haltung der schweizerischen Völkerbundsdelegation in der Frage der Abrüstung verlangt<sup>142</sup>.

Aber auch die Ausarbeitung von Aktionsprogrammen und die Organisation von Propagandaaktionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie in Bezug auf den antimilitaristischen Kampf recht zwiespältig war und eine klare Linie fehlte. Der Hauptgrund dürfte wohl der gewesen sein, dass die SPS keineswegs grundsätzlich auf dem Boden der

136) Geschäftsbericht der SPS pro 1926, S. 6.

137) L. Frank, Wie soll die schweizerische Abrüstung aussehen? Rote Revue, 9. Jg. 1929/30, Heft 9, S. 281 ff., und Heft 10, S. 319 ff.

138) Vgl. E. Nobs, Eine Abrüstungsinitiative? Rote Revue, 9. Jg. 1929/30, Heft 11, S. 348 ff.

139) Ebenda, S. 350.

140) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1928, S. 124. (Referat von Parteisekretär Graber.)

141) Geschäftsbericht der SPS pro 1928, S. 11.

142) Protokoll des Parteitags der SPS 1928, S. 181/82.

Verneinung jeder Gewaltanwendung und der Ablehnung des Militärs schlechthin stand. Neben gewichtigen taktischen und parteipolitischen Überlegungen war es zweifellos diese innere Zwiespältigkeit, die die schweizerische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Militarismus davon abhielt, von der Propaganda zu eigentlichen politischen Aktionen überzugehen.

## 5. Die schweizerische Sozialdemokratie und die Internationale <sup>143</sup>

Die SPS hat schon immer ein lebhaftes Interesse für den internationalen Zusammenschluss der sozialistischen Parteien bekundet und den Kontakt mit ausländischen Bruderparteien gepflegt. Im Arbeitsprogramm von 1924 kommt dies deutlich zum Ausdruck: «Unterstützung und Förderung aller Bestrebungen, die auf die Schaffung einer auf der Grundlage proletarischer Solidarität und der Vereinheitlichung des Klassenkampfes beruhenden, im Frieden wie im Kriege aktionsfähigen sozialistischen Internationale gerichtet sind»<sup>144</sup>.

Der Entscheid des Berner Parteitags von 1920 war, wie wir gesehen haben<sup>145</sup>, nicht gegen die Moskauer Internationale, sondern gegen die unannehmbaren 21 Bedingungen gerichtet. Da aber die führenden Männer der III. Internationale von einer Revision der Aufnahmebedingungen nichts wissen wollten, gründeten die zwischen der II. und der III. Internationale stehenden Parteien im Februar 1921 in Wien die «Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien» (IASP), die auch die zweieinhalbte Internationale genannt wurde<sup>146</sup>. Als Internationale gab sich die IASP allerdings nie aus, denn ihr Hauptziel war gerade die Schaffung einer wirklichen sozialistischen Internationale<sup>147</sup>. Die IASP sollte nach der Ansicht ihrer

143) Wir befassen uns hier lediglich mit der Stellung der SPS zur sozialistischen Internationale oder, besser gesagt, zu den Internationalen. Für die Geschichte dieser Internationalen verweisen wir besonders auf Lewis L. Lorwin, *The International Labor Movement*, New York 1953.

144) Arbeitsprogramm der SPS, Kapitel «Aussenpolitik und Internationale».

145) Vgl. unsere Ausführungen im Kapitel über die Parteispaltung.

146) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1921, S. 15 ff.; Geschäftsbericht der SPS pro 1921, S. 25 ff.; E. Schenker, a.a.O., S. 199 ff.; L.L. Lorwin, a.a.O., S. 69/70.

147) «Wir wissen es und haben es in Wien und seither Dutzende von Malen gesagt: Wir sind keine Internationale und es gibt in Wahrheit keine Internationale, denn eine solche kann nur existieren, wenn sowohl die Arbeiterklasse des Westens wie des Ostens zusammengeschiebt ist zu einer einheitlichen gemeinschaftlichen Aktion.» (Robert Grimm, am Parteitag 1921, Protokoll, S. 25.) Gräber: «Nous sommes tout simplement un organe cherchant à profiter de toutes les circonstances pour favoriser l'unité prolétarienne.» (Ebenda, S. 30.)

Gründer zum Sammelpunkt jener sozialistischen Parteien werden, die auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehen, frei sind von Sozialpatriotismus und Burgfriedenspolitik und jede Unterstützung imperialistischer Kriege ablehnen<sup>148</sup>.

Am Luzerner Parteitag vom 3./4. September 1921 wurde mit 255 gegen 13 Stimmen der Beitritt der SPS zur IASP beschlossen<sup>149</sup>. Die 13 Gegenstimmen fielen auf den Antrag Marbach, lautend auf Ablehnung des Beitritts zur IASP. Fritz Marbach kritisierte in seinem Votum<sup>150</sup> besonders die mangelnde Einheit innerhalb der IASP in wichtigen Fragen, wie Landesverteidigung, Demokratie, Diktatur. Das den Beitritt zur IASP begründende Referat von Robert Grimm scheint uns vor allem deshalb beachtenswert, weil darin nicht nur die 21 Bedingungen kritisiert werden, sondern die von der Moskauer Internationale eingeschlagene Politik schlechthin. «Es ist hier in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass zwischen der kommunistischen Internationale und uns eine grundsätzliche Kluft besteht»<sup>151</sup>.

«Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien unternahm, gemäss ihren Wienerbeschlüssen, mehrere Versuche, um eine internationale Einigung des Proletariates herbeizuführen; Einigung sowohl mit der ehemaligen II. als auch mit der III. Internationale»<sup>152</sup>. Nach langwierigen Vorverhandlungen kam dann schliesslich die Berliner Konferenz (2.-5. April 1922) der drei Internationalen zustande. Aber: «Diese Konferenz zeitigte nicht das erwartete Resultat»<sup>153</sup>. Eine Verständigung konnte nicht erreicht werden. Die Folge war eine Annäherung zwischen der II. Internationale und der IASP.

Bezüglich dieser Einigungsbestrebungen fasste die Geschäftsleitung der SPS am 29. August 1922 eine Resolution, in der «die gemeinschaftliche Grundauffassung in der Frage des Klassenkampfes und der sozialen Revolution» als Voraussetzung für eine Einigung mit der II. oder mit der III. Internationale genannt wurde<sup>154</sup>. Am 19. Dezember 1922 bezeichnete die Geschäftsleitung der SPS in einer von Grimm redigierten Erklärung «als unerlässliche Voraussetzungen» einer Verschmelzung zwischen der II. Internationale und der IASP «die Anerkennung der in den Beschlüssen der Wiener Konferenz vom Februar 1921 niedergelegten

148) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1921, S. 17/18.

149) Ebenda, S. 50.

150) Ebenda, S. 32-39.

151) Ebenda, S. 27.

152) E. Schenker, a.a.O., S. 202.

153) Geschäftsbericht der SPS pro 1922 (in einem Band mit dem Geschäftsbericht pro 1921), S. 55.

154) Ebenda, S. 61.

Grundsätze durch die neu zu schaffende internationale Organisation und durch die ihr angeschlossenen Parteien, insbesondere die bindende Verpflichtung

1. auf Ablehnung der imperialistischen Landesverteidigung und ihrer Mittel,
2. auf Ablehnung der Burgfriedenspolitik im Kriege wie im Frieden,
3. zur Führung der proletarischen Aktionen im Sinne des revolutionären Klassenkampfes,
4. zur Anerkennung und Durchführung der von der internationalen Organisation gefassten Beschlüsse durch die angeschlossenen Parteien»<sup>155</sup>.

Am Hamburger Kongress (Mai 1923) sollte es dann zur Verschmelzung der beiden internationalen Organisationen und zur Gründung der «Sozialistischen Arbeiter-Internationale» (SAI) kommen. Für die schweizerische Sozialdemokratie stellte sich vorerst einmal die Frage der Teilnahme an diesem Kongress. Am Berner Parteitag vom 20. bis 22. April 1923 empfahl Robert Grimm in seinem Referat über «Bestrebungen für den Wiederaufbau einer sozialistischen Internationale» entsprechend dem Antrag des Parteivorstandes die Beschickung des Hamburger Kongresses – über die Frage eines Beitritts der SPS zur neugegründeten Internationale wäre dann *nachher* zu entscheiden<sup>156</sup>. Fritz Schneider, der den Antrag der Basler SP auf Nichtbeschickung des Kongresses begründete<sup>157</sup>, erinnerte daran, dass man in der Frage der Internationale viele Enttäuschungen erlebt habe und deshalb nichts tun dürfe, «um wieder neue Enttäuschungen vorzubereiten»<sup>158</sup>, dass 1919 mit 459 gegen 1 Stimme der Austritt aus der II. Internationale beschlossen wurde, dass man seinerzeit mit grosser Mehrheit die Landesverteidigung abgelehnt habe und das Parteiprogramm die Diktatur des Proletariats und das Rätssystem vorsehe, während «die Mehrheit der Parteien, die in Hamburg zusammenkommen werden, programmatisch immer noch auf dem Boden der Landesverteidigung stehen»<sup>159</sup>. – Nach lebhafter Diskussion entschied sich der Parteitag mit 159 gegen 93 Stimmen für den Antrag des Parteivorstandes<sup>160</sup>.

Nach der am Hamburger Kongress erfolgten Gründung der SAI hatte dann die Sozialdemokratische Partei der Schweiz über die Frage eines Beitritts der SPS zu

155) Ebenda, S. 67.

156) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1923, S. 59-68. Vgl. auch das Referat von Parteisekretär Graber, ebenda, S. 68-78.

157) Ebenda, S. 78-83.

158) Ebenda, S. 79.

159) Ebenda, S. 80.

160) Ebenda, S. 102.



entscheiden. Dieser Entscheid konnte der schweizerischen Sozialdemokratie nicht leichtfallen, da sich nicht übersehen liess, dass zwischen den in den Statuten der SAI und den Beschlüssen des Hamburger Kongresses zum Ausdruck kommenden Ideen einerseits und der von der SPS in ihrem Parteiprogramm vertretenen Konzeption andererseits nicht unbedeutende Unterschiede existierten. In der neuen Internationale gaben die ausgesprochen reformistischen Parteien den Ton an. Auch kann kaum behauptet werden, die von der SPS genannten Voraussetzungen seien bei der Verschmelzung der IASP und der II. Internationale erfüllt worden. Zwar wurde in der Resolution «Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse» des Hamburger Kongresses erklärt, der Kampf gegen den Imperialismus erfordere, «dass die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und dass ihre parlamentarischen Vertreter die Zustimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten verweigern»<sup>161</sup>. Aber Tatsache war, dass eine grosse Zahl der SAI-Parteien die Landesverteidigung bejahten und den Militärkrediten zustimmten und nur geringe Aussichten für eine grundsätzliche Änderung bestanden.

In den obersten Parteiinstanzen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gingen die Meinungen bezüglich des Beitritts zur SAI stark auseinander<sup>162</sup>, und es wurde der definitive Entscheid bis zum Parteitag 1926 hinausgezögert. Es war aber klar, dass die schweizerische Sozialdemokratie auf die Dauer nicht beiseite stehen konnte. Und einmal mehr war es Robert Grimm, der den Entscheid der Partei massgebend beeinflusste. Im September 1926 setzte er sich in seinem berühmt gewordenen Artikel «Der Beitritt zur Internationale» für den Eintritt in die Sozialistische Arbeiter-Internationale ein<sup>163</sup>. Für Grimm gab es keine andere Lösung, da ihm eine längere Isolierung der SPS untragbar schien. In seinem Aufsatz gibt er zu, dass am Hamburger Kongress gegen den Kommunismus Front gemacht und ein Bekenntnis zur Demokratie à tout prix abgelegt wurde; in diesem Zeitpunkt hätte ein Beitritt die Preisgabe des Parteiprogramms bedeutet<sup>164</sup>. Heute jedoch lägen die Dinge anders, denn die Politik der SAI-Parteien habe sich geändert; es sei eine gewisse Ra-

161) Beschlüsse des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg (21. bis 25. Mai 1923), hg. vom Sekretariat der SAI, Wien 1923, S. 8.

162) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1924, S. 15, pro 1925, S. 23/24, pro 1926, S. 23 ff.

163) R. Grimm, Der Beitritt zur Internationale, Rote Revue, 6. Jg. 1926/27, Heft 1, S. 1-11.

164) Vgl. ebenda, S. 6/7.

dikalisation und wenigstens ein teilweises Abgehen von der Burgfriedenspolitik festzustellen, und dieser sich langsam vollziehende Läuterungsprozess innerhalb der SAI erlaube der schweizerischen Sozialdemokratie den Beitritt, ohne ihrem Parteiprogramm untreu zu werden. «Haben die in Hamburg vereinbarten Richtlinien eine wesentliche Änderung nicht erfahren, *so ist unstreitig die Politik massgebender Landesparteien, die der Hamburger Internationale angehören, eine andere geworden*»<sup>165</sup>. «Heute bedeutet der Beitritt zur Hamburger Internationale – eine Verbindung mit Moskau steht ausserhalb jeder Diskussion – die Mitwirkung an der Herstellung einer wirklichen, aus dem Kampf der nationalen Parteien hervorgehenden und aktionsfähigen Internationale, die grundsätzlich in Übereinstimmung stehen wird mit den Prinzipien und Richtlinien der Wiener Arbeitsgemeinschaft und damit mit den Grundsätzen und Erklärungen des Programms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz»<sup>166</sup>.

Der sozialdemokratische Parteitag vom 6./7. November 1926 entschied sich mit 249 gegen 71 Stimmen für den Beitritt zur SAI und sprach sich mit 190 gegen 101 Stimmen (die Minderheit unterstützte den Antrag Naine, lautend auf Beitritt ohne Begründung) für den Antrag der Mehrheit des Parteivorstandes aus<sup>167</sup>, worin der Beitritt zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale begründet wurde, um festzuhalten, dass das Parteiprogramm für die Politik der SPS und die Haltung der Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie in der SAI massgebend sei. – In einem anderthalbstündigen Referat begründete Robert Grimm den Antrag des Parteivorstandes, wobei er, wie schon in seinem Artikel in der Roten Revue, auf den Läuterungsprozess innerhalb der SAI hinwies<sup>168</sup>. Er warnte auch vor einer «splendid isolation» und erklärte, man müsse «die Internationale und ihre Politik nicht nur betrachten unter dem Gesichtswinkel des Antimilitarismus, des Kampfes gegen den Krieg, wohl aber unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen grossen wirtschaftlichen Fragen, die heute in Europa an der Tagesordnung sind und ihrer Lösung harren»<sup>169</sup>. Als Wortführer der Linken bekämpfte Fritz Schneider den Beitritt zur SAI und begründete den entsprechenden Antrag der Minderheit des Parteivorstandes. «Ich habe für mich die Überzeugung», sagte Fritz Schneider, «dass sich nicht die Parteien der Hamburger Internationale geändert haben, sondern dass ge-

165) Ebenda, S. 7.

166) Ebenda, S. 11.

167) Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 176 und S. 7/8.

168) Ebenda, S. 103.

169) Ebenda, S. 106.

wisse Veränderungen innerhalb der Mehrheit unserer Partei vor sich gegangen sind»<sup>170</sup>.

Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass sich die pazifistische Gruppe um Naine und Graber entschieden zugunsten eines Beitritts der SPS zur SAI aussprach, stand doch die Mehrzahl der SAI-Parteien auf dem Boden der Landesverteidigung. Die Haltung dieser Leute kann offenbar nur bedeuten, dass es ihnen bei dem wichtigen Entscheid weniger um die Frage der Landesverteidigung als vielmehr um das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratie ging. Die kleine pazifistische Gruppe setzte sich wohl deshalb für den Beitritt zur SAI ein, weil die SAI und die meisten der ihr angeschlossenen Parteien die Demokratie als gültigen Kampfboden anerkannten und mit demokratischen Mitteln die Verwirklichung des Sozialismus erstrebten, was ja übrigens in der Resolution des Hamburger Kongresses über den internationalen Kampf gegen die internationale Reaktion recht deutlich zum Ausdruck kam<sup>171</sup>.

## 6. Aus der Tätigkeit der SPS in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre brachte die ideengeschichtliche Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie wenig Neues. Die grossen Entscheidungen über die von der SPS einzuschlagende Politik, abgesehen etwa von der Frage des Beitritts zur SAI, die wir im vorhergehenden Kapitel behandelt haben, und des Problems der Beteiligung am Bundesrat, waren bereits gefallen. So konnte

170) Ebenda, S. 152.

171) Vgl. Beschlüsse des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg (21. bis 25. Mai 1923), S. 11-13. «Der Krieg hat in aller Welt als eine seiner verhängnisvollsten Wirkungen die Neigung hinterlassen, politische und wirtschaftliche Fragen mit Gewalt auszutragen. Die Klassen, die sich durch die wachsende Macht der Arbeiterschaft bedroht fühlen, verlassen die demokratische Regierungsform und nehmen ihre Zuflucht zur Gewalt, um das Machtverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten zu verschieben. Gegen diese Gewaltmethoden der Bourgeoisie muss die Arbeiterklasse die Demokratie verteidigen.» (S. 11.) «Der Kongress ruft die Arbeiterschaft aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, den gewalttätigen Angriff des Kapitalismus abzuschlagen, die Demokratie in der ganzen Welt wieder herzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.» (S. 13.)

E.-Paul Graber erklärte unter anderem am Parteitag 1926: «Ce mot 'révolutionnaire' nous le repoussons aussi comme le mot 'dictature du prolétariat', comme tous ces mots équivoques. Nous opposons à cette phraséologie révolutionnaire au contraire le principe de la démocratie pleine et entière.» (Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 127.)

sich denn die SPS in dieser Zeit in vermehrter Masse dem innerparteilichen Aufbau zuwenden<sup>172</sup>, was umso notwendiger war, als der Mitgliederbestand der Partei im Jahre 1924 mit etwas über 30'000 zahlenden Mitgliedern einen Tiefstand erreicht hatte, der raschestens überwunden werden musste, sollte die politische Schlagkraft und Aktionsfähigkeit nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darüber hinaus hatte sich die Partei mit wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befassen. Bevor wir aber auf einige dieser Probleme eintreten, wollen wir noch auf zwei Ereignisse aus dem Jahre 1925 hinweisen, die zum mindesten eine Erwähnung verdienen.

Am 8. November 1925 starb Herman Greulich, wohl die markanteste Figur in der schweizerischen Arbeiterbewegung, der sein Leben lang unentwegt für die geistige und materielle Befreiung der Arbeiterschaft und die Organisation der Arbeiterbewegung gekämpft hatte. Von ihm heisst es im Geschäftsbericht der SPS für 1925, dass er «während mehrerer Jahrzehnte die Seele der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz war und dessen Tod die gesamte schweizerische Arbeiterschaft aufs Tiefste bedauerte»<sup>173</sup>. Kurze Zeit später, am 22. November, beschloss die Delegiertenversammlung des Grütlivereins in Zürich die *Auflösung des Grütlivereins*<sup>174</sup>. Obschon der Grütliverein in der frühen Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle gespielt hatte, wirbelte seine Auflösung keinen Staub auf, denn seit dem ersten Weltkrieg hatte der Grütliverein ständig an Bedeutung verloren.

Unter den *aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik* standen in dem hier betrachteten Zeitabschnitt die Alkoholgesetzgebung, das Getreidemonopol, die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung und der Mieterschutz im Vordergrund.

Nach der Verwerfung der Verfassungsrevisionsvorlage betreffend die *Alkoholgesetzgebung* im Jahre 1923 war diese so wichtige Frage keineswegs erledigt. Die SPS hielt eine Revision der Alkoholgesetzgebung für dringend notwendig und richtete ihre Aufmerksamkeit «auf die Verminderung des Schnapskonsums und auf die ausschliessliche Verwendung der Einnahmen aus der Alkoholbesteuerung für die Sozialversicherung»<sup>175</sup>. Einstimmig beschloss der sozialdemokratische Parteitag

172) «Das Jahr 1927 war hauptsächlich ein Jahr der Propaganda, der Rekrutierung, der internen Organisation.» (Geschäftsbericht der SPS pro 1927, S. 3.)

173) Geschäftsbericht der SPS pro 1925, S. 4.

174) Vgl. ebenda, S. 8-10. – Über den Grütliverein siehe besonders: P. Pflüger, *Der schweizerische Grütliverein und die sozialdemokratische Partei der Schweiz*, Zürich 1915; M. Stehli, *Albert Galeer und sein Einfluss auf die Ideengeschichte des schweizerischen Grütlivereins*, Zürcher Diss. 1936.

175) Geschäftsbericht der SPS pro 1926, S. 21.

1929 für die neue Vorlage die Ja-Parole herauszugeben, und es beteiligte sich die Partei auch aktiv an der Abstimmungskampagne<sup>176</sup>. In der Volksabstimmung vom 6. April 1930 wurde die Vorlage angenommen.

Zur Verwirklichung der *Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung* sollte es in dieser Zeit noch nicht kommen. Am 24. Mai 1925 wurde die Initiative Rothenberger verworfen<sup>177</sup>. Immerhin hiess das Schweizervolk am 6. Dezember desselben Jahres einen Verfassungsartikel gut, der den Bund zur Einführung der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung ermächtigte. Aber die auf Grund dieses Verfassungsartikels ausgearbeitete Vorlage zur Schaffung der Alters- und Flinterbliebenenversicherung wurde am 6. Dezember 1931 in der Volksabstimmung mit grossem Stimmenmehr abgelehnt<sup>178</sup>.

«Wenige Fragen haben unsere Partei im Laufe der letzten Jahre so sehr in Anspruch genommen, wie die der staatlichen Getreideversorgung»<sup>179</sup>. Die Sozialdemokraten setzten sich stets für die Erhaltung des im Kriege eingeführten *staatlichen Getreidemonopols* ein<sup>180</sup>. Auch nach der Verwerfung des Bundesbeschlusses über die Getreideversorgung (Monopollösung) in der Volksabstimmung vom 4./5. Dezember 1926<sup>181</sup> sah die SPS im Getreidemonopol «die einzig richtige Lösung der

176) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1930, S. 10.

177) «Am 17. Januar 1920 wurde der Bundeskanzlei die *Initiative Rothenberger*, mit 78 990 Unterschriften bedeckt, eingereicht. Sie hatte den Basler Linksfreisinnigen Rothenberger zum Verfasser und sah einen neuen Verfassungsartikel, Art. 43 quater, vor, wonach der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung einführe. Zur Erleichterung der Durchführung war ein Fonds vorgesehen, dem als erste Einlage 250 Millionen Franken aus den Erträgen der Kriegsgewinnsteuer entnommen werden müssten.» (F. Heeb, a.a.O., Seite 201.)

178) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1931, S. 7 ff., und A. Huggler, Ein Absturz in der Schweizer Sozialpolitik, *Rote Revue*, 11. Jg. 1931/32, Heft 5, S. 129 ff. – Die Arbeiterorganisationen, die an der Annahme dieser Vorlage selbstverständlich das grösste Interesse hatten, bildeten ein Aktionskomitee, bestehend «aus Vertretern der Partei, des Gewerkschaftsbundes und des Föderativ-Verbandes», das die Leitung der Abstimmungskampagne übernahm. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1931, S. 8.)

179) Geschäftsbericht der SPS pro 1926, S. 18.

180) Vgl. Resolution des Parteitags 1928, Protokoll, S. 90.

181) Die SPS hatte nicht nur die Vorlage zur Annahme empfohlen (vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1926, S. 40), sondern regte auch die Bildung eines Aktionskomitees an. Während sich Gewerkschaftsbund und Föderativ-Verband daran beteiligten, lehnte dies der Verband Schweizerischer Konsumvereine ab, da er in der Frage des Getreidemonopols anderer Ansicht war. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1926, S. 18.)

Getreidefrage»<sup>182</sup>. Im Jahre 1929 kam es dann zum eigentlichen Grosskampf. Zur Abstimmung kamen die Initiative für eine monopolfreie Getreideversorgung, die seinerzeit (Frühjahr 1926) vor allem deshalb von bürgerlichen Monopolgegnern lanciert wurde, um die Monopolvorlage zu Fall zu bringen<sup>183</sup>, ferner der Gegenvorschlag des Bundesrates (eine monopolfreie Vorlage)<sup>184</sup> sowie eine Gesetzesvorlage betreffend die Erhöhung der zollstatistischen Gebühren. Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratische Partei hatten zusammen «das Referendum gegen die beiden Vorlagen betreffend die Erhöhung der zollstatistischen Gebühren und betreffend die monopolfreie Lösung der Getreidefrage ergriffen. Gewerkschaften und Partei taten auch ihr Möglichstes, um die beiden Vorlagen in der Volksabstimmung zu Fall zu bringen»<sup>185</sup>. Dies sollte aber nicht gelingen. In der Volksabstimmung vom 3. März 1929 wurden die beiden Vorlagen, gegen die Partei und Gewerkschaften das Referendum ergriffen hatten, angenommen. Die Initiative wurde mit sehr grossem Mehr verworfen<sup>186</sup>.

Auch in der Frage des *Mieterschutzes*, ein sehr dringendes und vieldiskutiertes Problem, war die sozialdemokratische Politik nicht von Erfolg gekrönt. Für das Jahr 1925 nahm der Bundesrat «die gänzliche Beseitigung der Mieterschutzbestimmungen in Aussicht. Dagegen wandte sich der Gewerkschaftsbund gemeinsam mit dem Föderativverband, den Angestelltenverbänden, dem Mieterverband und der Sozialdemokratischen Partei. Der Erfolg war einzig, dass der *Abbau in mehreren Etappen* erfolgte, der Mieterschutz aber doch am 1. November 1926 gänzlich verschwand<sup>187</sup>. Von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz war übrigens die Lancierung einer Mieterschutz-Initiative in Erwägung gezogen worden. Man verzichtete jedoch schliesslich darauf, da mit einem Erfolg einer solchen Initiative nicht gerechnet werden konnte<sup>188</sup>.

182) Geschäftsbericht der SPS pro 1928, S. 24.

183) Vgl. Protokoll des Parteitag der SPS 1928, S. 52. (Referat von Parteisekretär August Huggler über die Getreideversorgung.)

184) Am Parteitag 1928, der vor der Behandlung dieses Projektes in den eidgenössischen Räten stattfand, erklärte August Huggler: «Wir halten grundsätzlich an der Monopolidee fest, wir lehnen jede Verantwortung für eine mangelhafte Lösung der Getreidefrage ab, wie sie das Projekt Musy bringt und wollen uns nicht durch Unterstützung dieses Projektes in Widerspruch mit unserem eigenen Parteiprogramm setzen.» (Protokoll des Parteitags der SPS 1928, S. 58.) – Die Frage der Getreideversorgung wurde an diesem Parteitag eingehend diskutiert. (Vgl. Protokoll, S. 48-90.)

185) F. Heeb, a.a.O., S. 216.

186) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1929, S. 32.

187) F. Heeb, a.a.O., S. 212/13.

Auf die vielen Auseinandersetzungen auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in letzter Instanz von den eidgenössischen Räten entschieden wurden, wollen wir hier nicht eintreten, da dies viel zu weit führen würde. Es sei aber immerhin daran erinnert, dass es der schweizerischen Sozialdemokratie im Laufe der zwanziger Jahre gelang, die Zahl ihrer Nationalratsmandate von 43 im Jahre 1922 auf 49 (1925) und schliesslich auf 50 (1928) zu steigern.

In den zwanziger Jahren trat die schweizerische Sozialdemokratie immer wieder für eine *liberale Einfuhr- und Zollpolitik* ein; sie bekämpfte konsequent alle Zollerhöhungen<sup>189</sup>. Auf die Gründe, die für diese Politik der SPS massgebend waren, wird im Geschäftsbericht für 1925 hingewiesen, wo es im Zusammenhang mit den parlamentarischen Beratungen über den neuen Zolltarif heisst: «Nicht der Konsument darf belastet werden, sondern die besitzenden Klassen. Diese hohen Tarife gefährden nicht nur den Konsumenten, sondern auch unsere Exportindustrien und sogar Handwerk und Gewerbe. Einzig vereinzelte Kreise der Landwirtschaft profitieren aus hohen Zöllen. Man muss diese Politik folglich bekämpfen, um schwere Lohnkämpfe zu vermeiden und einer Verteuerung unserer Produktion, sowie einer Zunahme der Arbeitslosigkeit vorzubeugen»<sup>190</sup>.

Auch in den *Thesen zur Agrarfrage*, die im Jahre 1928 ausgearbeitet und vom Parteitag 1928 angenommen wurden<sup>191</sup>, nimmt die Sozialdemokratie gegen die Politik hoher Einfuhrzölle Stellung. In diesem Programm, in dem betont wird, dass

188) Vgl. hierzu Geschäftsbericht der SPS pro 1925, S. 13 ff., und Protokoll des Parteitags der SPS 1925, S. 46-63.

189) Auch nach der Verwerfung der Initiative gegen Zollerhöhungen im Jahre 1923 setzte die SPS den Kampf gegen die bundesrätliche Zollpolitik fort. (Vgl. besonders Geschäftsbericht der SPS pro 1925, S. 11/12.) Hierzu einige Beispiele:

In der Herbstsession 1924 des Nationalrates: «Die Vorlage über *Benzinzollerhöhung* (von 15 Fr. auf 20 Fr.) wurde unsererseits scharf bekämpft.» (Bericht der sozialdemokratischen Fraktion in der Bundesversammlung für das Jahr 1924, im Geschäftsbericht der SPS pro 1924, S. 30.) In der Februar-Session 1926 des Nationalrates: «Bei der Abstimmung über den *Handelsvertrag mit Österreich* enthält sich unsere Fraktion der Stimme mit der Begründung, dass sie grundsätzlich für den Abschluss solcher Verträge ist, dagegen materiell die hohen Zollansätze, die dieser Vertrag vorsieht, nicht gutheissen kann.» (Fraktionsbericht 1926/27, im Geschäftsbericht der SPS pro 1927, S. 32.) Auch in der Frühjahrsession 1931 wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Gefahren übertriebener Schutzzollpolitik hingewiesen. (Vgl. Fraktionsbericht 1931, im Geschäftsbericht der SPS pro 1931, S. 28.)

190) Geschäftsbericht der SPS pro 1925, S. 12.

191) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1928, S. 11 ff., und Protokoll des Parteitags der SPS, S. 91-120 und S. 176-178 (Thesen zur Agrarfrage).

die SPS das bäuerliche Arbeitseigentum anerkenne<sup>192</sup>, schlägt die SPS verschiedene Massnahmen zur Überwindung der Landwirtschaftskrise und zum Schutz der bäuerlichen Bevölkerung vor. Die leitende Idee dieses sozialdemokratischen Agrarprogramms besteht darin, nicht durch eine Politik hoher Lebensmittelpreise und schutzzöllnerischer Massnahmen, sondern durch genossenschaftlichen Zusammenschluss, der wesentlich zur Rationalisierung und damit zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen könnte, ein ausreichendes landwirtschaftliches Einkommen zu gewährleisten. «Die sozialdemokratische Partei», so heisst es in den Thesen, «ist der Auffassung, dass das Agrarproblem der Schweiz nur im Rahmen der gesamten Wirtschaft des Landes und unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen Bedürfnisse gelöst werden kann. Die zum Schutz der bäuerlichen Bevölkerung zu ergreifenden Massnahmen dürfen in ihren Auswirkungen weder eine Bedrohung der Existenz anderer Bevölkerungskreise herbeiführen, noch die Aufrechterhaltung rückständiger, durch die Entwicklung längst überholter Produktions- und Verteilungsmethoden zur Voraussetzung haben»<sup>193</sup>. Ausgehend von diesen Gesichtspunkten trete die SPS «in erster Linie für die Errichtung gemeinsamer, von Bauern und Konsumenten betriebenen Verwertungsgenossenschaften ein»<sup>194</sup>.

### **Folgende Forderungen werden aufgestellt:**

«Die Reorganisation des landwirtschaftlichen Subventionswesens des Staates im Sinne einer gerechten Verteilung der Beträge, unter Berücksichtigung besonderer Bedürftigkeit und Notlagen;

die Kompetenz des Bundes zur Gewährung von Subventionen für Alp- und Weidverbesserungen, Bewässerungsanlagen, Meliorationen usw. unabhängig von der Beitragshöhe der Kantone;

die Zusammenlegung der Nebenbetriebe des Weidganges durch die genossenschaftliche Organisation der Milchverwertung und der Käseproduktion;

die genossenschaftliche Verwertung der Produkte des Wein-, Obst- und Gemüsebaues;

die unter staatlicher Mitwirkung zu schaffende Kreditversicherung für den Zuchtviehexport»<sup>195</sup>.

Abschliessend werden dann noch die von der schweizerischen Sozialdemokratie befürworteten sozialpolitischen Massnahmen genannt.

192) «In Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm anerkennt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Notwendigkeit des bäuerlichen Einzelbetriebes und des bäuerlichen Arbeitseigentums.» (Protokoll des Parteitags der SPS 1928, S. 177.)

193) Ebenda, S. 177.

194) Ebenda, S. 177.

195) Ebenda, S. 178.



Mit der Agrarfrage wollen wir uns hier nicht näher befassen, haben wir doch diesen vielschichtigen Problemkreis zum Vornherein von unseren Untersuchungen ausgenommen. Aus unsern wenigen Bemerkungen dürfte aber wenigstens klar geworden sein, dass gegenüber der schweizerischen Sozialdemokratie nicht der Vorwurf einer bauernfeindlichen Haltung erhoben werden kann. Und in diesem Zusammenhang möchten wir besonders Ernst Nobs erwähnen, der den Sorgen und Nöten des Bauernstandes stets das grösste Verständnis entgegengebracht hat. – Wenn wir auf dieses Agrarprogramm der SPS überhaupt eingetreten sind, so vor allem deshalb, weil es sehr deutlich zeigt, wie sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz im Laufe der Entwicklung allmählich von der engen Bindung an die Interessen der Arbeiterschaft löste. Darauf hat ja auch Robert Grimm in seinem Referat über das Landwirtschaftsprogramm hingewiesen: «Heute – und das ist ein Zeichen der Kraft und der Grösse der Partei – sind wir so stark geworden, dass wir uns nicht mehr nur ausschliesslich mit den engem Problemen der Arbeiterbewegung befassen können. Wir sind genötigt, zu Fragen Stellung zu nehmen, die ausserhalb des unmittelbaren Interessenkreises der Arbeiterbewegung liegen. Zu diesen Fragen gehört das Agrarproblem»<sup>196</sup>. So stellt denn das sozialdemokratische Agrarprogramm von 1928 in der Entwicklung vom Parteiprogramm aus dem Jahre 1920, das sich ausgesprochen an die Arbeiterschaft richtet, zum Parteiprogramm von 1935, das sich an alle unter dem Kapitalismus leidenden Schichten wendet, eine entscheidende Etappe dar.

Zum Schluss sei noch kurz auf eine Frage hingewiesen, die Ende 1929 zur Entscheidung kam, und zwar in einem für die Einstellung der schweizerischen Sozialdemokratie recht charakteristischen Sinne, wir meinen die Frage einer sozialdemokratischen *Beteiligung am Bundesrat*. «Seit Jahren blieb diese Frage innerhalb der Partei schwebend, ohne eine präzise Lösung zu finden. Anfänglich grundsätzlich bekämpft, wurde sie später als eine Zweckmässigkeitsfrage behandelt, die näher zu prüfen sei, wenn die Umstände dies erheischen»<sup>197</sup>. Die Frage der Betei-

196) Protokoll des Parteitag der SPS 1928, S. 91. – Grimm wies auch darauf hin, dass «sich die Reibungsflächen zwischen Bauer und Arbeiter vermindert» hätten. (Ebenda, S. 92.) Ernst Nobs machte auf die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Bauer und Arbeiter aufmerksam. So schrieb er in der Roten Revue: «Die Gemeinsamkeit der Interessen, die zwischen dem Lohnverdiener und dem Bauersmann besteht, liegt darin, dass beide mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen und dass beide in der Fronarbeit des Kapitals stehen, des Industriekapitals der eine, des Hypothekarkapitals der andere.» (E. Nobs, Landwirtschaftskrise und Agrarprogramm, Rote Revue, 6. Jg. 1926/27, Heft 6/7, S. 192.)

ligung wurde dann im Jahre 1929 aktuell, da zwei Sitze in der Bundesexekutive neu besetzt werden mussten. In der Parteivorstandssitzung vom 29. November 1929 sprachen sich die Anhänger der Beteiligung dahin aus, «es solle nur ein Sitz beansprucht werden, um die möglichst besten Erfolgschancen unserem Parteikandidaten zu sichern und für den Fall eines Misserfolges mit umso grösserer Stärke die Ungerechtigkeit der bürgerlichen Parteien festnageln zu können. Mit 29 gegen 2 Stimmen entschied der Parteivorstand für den Antrag, der Nationalratsfraktion eine gewisse Freiheit hinsichtlich der zu befolgenden Taktik zu belassen, und mit 24 gegen 16 Stimmen sprach er sich dahin aus, es sei zurzeit nur auf einen Sitz im Bundesrat Anspruch zu erheben»<sup>198</sup>. Bei der Auseinandersetzung über die Bundesratsbeteiligung waren es vor allem die Gewerkschaften, die auf eine positive Stellungnahme drängten, was zu gewissen Spannungen zwischen Partei und Gewerkschaften führte, denn seitens der Partei wurde geltend gemacht, dass die Entscheidung über diese ausgesprochen politische Frage ins Gebiet der politischen und nicht der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterbewegung falle<sup>199</sup>.

Am sozialdemokratischen Parteitag vom 30. November/1. Dezember 1929 war es bezeichnenderweise der Gewerkschaftsführer Robert Bratschi, der namens der Mehrheit der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion den Antrag auf Beteiligung am Bundesrat begründete<sup>200</sup>. Dass mit der Beteiligung gewisse Risiken verbunden seien, bestritt Robert Bratschi nicht, glaubte aber, die Vorteile würden die Nachteile bei Weitem überwiegen, wobei er auf die positiven Ergebnisse der sozialdemokratischen Mitarbeit in den Exekutiven der Kantone und Gemeinden hin weisen konnte<sup>201</sup>. Bei den Gegnern einer sozialdemokratischen Beteiligung am Bundesrat stand vor allem der Gedanke im Vordergrund, ein oder auch zwei Vertreter der SPS in der Landesregierung könnten ja doch nicht viel zugunsten der Arbeiterschaft ausrichten, hingegen würde die Be-

197) Geschäftsbericht der SPS pro 1929, S. 15.

198) Ebenda, S. 15.

199) Vgl. dazu besonders A. Schmid, Gewerkschaften und Politik, Rote Revue, 9. Jg. 1929/30, Heft 4, S. 113 ff., und R. Bratschi, Der 12. Dezember und die Neutralität der Gewerkschaften, Rote Revue, 9. Jg. 1929/30, Heft 10, S. 305 ff. Wir verweisen auch auf die Schrift von Robert Grimm, Der 12. Dezember des Bürgertums, Aarau 1930. – Robert Bratschi erklärte, die Gewerkschaften hätten auch zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, sofern die Interessen ihrer Organisationen oder Mitglieder berührt würden. Ein solcher Fall sei die Bundesratswahl gewesen. (Vgl. R. Bratschi, a.a.O., S. 308/09.)

200) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1929, S. 55-74.

201) Vgl. ebenda, S. 61.

folgung einer konsequent sozialistischen Politik in den eidgenössischen Räten sicher erschwert<sup>202</sup>. Wenn der Parteitag schliesslich mit 324 gegen 137 Stimmen deutlich für die Beteiligung am Bundesrat entschied und Emil Klöti einstimmig als sozialdemokratischen Kandidaten bezeichnete, so sollte bei der Beurteilung dieses Ergebnisses berücksichtigt werden, dass kaum alle Ja-Stimmen ein wirkliches Ja für die Beteiligung bedeuteten, da wohl manche Delegierten zum Vornherein mit einem Misserfolg rechneten, die Forderung der SPS aber doch unterstützten, weil sie von einer Ablehnung des sozialdemokratischen Anspruches eine nicht ungünstige propagandistische Wirkung erwarteten. Selbst Robert Bratschi erklärte ja: «Die Konsequenzen, die sich aus der Übergehung unseres ohne Zweifel begründeten Anspruches ergeben, wären für den zukünftigen politischen Kampf ja gar nicht so unangenehm»<sup>203</sup>. Und Parteisekretär E.-Paul Graber sagte: «Si la bourgeoisie commet cette erreur envers nous de nous refuser notre candidat, nous saurons exploiter cette attitude. Ce sera une sorte de stimulant qui nous assurera de nouveaux progrès»<sup>204</sup>. Nachdem die mehrheitlich bürgerliche Bundesversammlung die Kandidatur Klöti am 12. Dezember 1929 abgelehnt hatte, versuchte denn auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nach Möglichkeit, die Situation zu ihren Gunsten auszunützen.

Als Abschluss der in diesem ersten Teil unserer Arbeit besprochenen Periode, die wegen einiger hervorstechender Eigentümlichkeiten – wir erinnern an die Ablehnung der Landesverteidigung oder etwa an die im Parteiprogramm von 1920 enthaltene Forderung nach der Diktatur des Proletariats – in hohem Masse zu vor-eiligen und einseitigen Interpretationen Anlass gibt und im Urteil von Freund und Gegner der Sozialdemokratie verschieden bewertet werden dürfte, sei nochmals auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Demokratie hingewiesen.– Einerseits

202) Arthur Schmid, die hervorragendste Persönlichkeit der aargauischen Kantonalpartei und Redaktor des «Freien Aargauer», bezeichnete wohl die sukzessive Eroberung einer Position nach der andern als die grundsätzlich richtige Taktik, sprach aber trotzdem gegen eine Beteiligung am Bundesrat. (Ebenda, S. 84-95.) – Fritz Schneider wies besonders darauf hin, dass eine Beteiligung am Bundesrat ein Zeichen der Schwäche wäre: «Der Beschluss, sich im gegenwärtigen Moment am Bundesrat zu beteiligen, ist nach meiner Überzeugung nicht ein Ausfluss unserer Kraft, sondern ein Ausfluss von Schwäche.» (Ebenda, S. 108.) Wir verweisen auch auf den Artikel von Hans Vogel, Keine Bundesratsbeteiligung, Rote Revue, 9. Jg. 1929/30, Heft 4, S. 97 ff.

203) Protokoll des Parteitags der SPS 1929, S. 70.

204) Ebenda, S. 82.

müssen wir feststellen, dass die schweizerische Sozialdemokratie in dieser Zeit die Demokratie zweifellos unterschätzt und ihre Bedeutung nicht voll erkannt hat; andererseits haben wir zu betonen, dass sich die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in den zwanziger Jahren im Rahmen der Demokratie abspielte. So ist es denn gar nicht überraschend, dass die Entwicklung in den dreissiger Jahren zum entschiedenen und vorbehaltlosen Bekenntnis zur Demokratie führte, weil ja die mannigfachen Bande, die die Sozialdemokratie mit der demokratischen Staatsform der schweizerischen Eidgenossenschaft verknüpften, nie durchschnitten wurden. Im Laufe der zwanziger Jahre verlor die im Parteiprogramm vertretene Anschauung, wonach die zur Macht gelangte Arbeiterklasse gezwungen werde, als Übergangsstadium die Diktatur des Proletariats zu errichten, jede praktische Bedeutung, und es begann sich die Auffassung durchzusetzen, dass nur die Demokratie als Kampfboden und als Weg zum Sozialismus in Frage kommen könne<sup>205</sup>. So schrieb Ernst Nobs Anfang 1929 in der Roten Revue: «Nein, unsere Sozialdemokratische Partei rangiert nicht unter den Feinden der Demokratie, denn das wäre ihr eigener Untergang.» «In unserem Parteinamen *Sozial-Demokratie* ist es ausgesprochen, dass *Sozialismus und Demokratie* die beiden grossen Elemente der Arbeiterbewegung sind, die der menschlichen Gesellschaft eine neue Form und einen neuen Gehalt geben wollen: der Sozialismus als wirtschaftliches und kulturelles Ziel, die Demokratie als der Weg dazu!»<sup>206</sup>.

205) Mit den Ereignissen in Deutschland im Jahre 1933 wurde sich dann die schweizerische Sozialdemokratie des Werts der Demokratie wieder voll und ganz bewusst. (Vgl. dazu E. Reinhard, Landesverteidigung? Flugschrift Nr. 6 des VPOD Zürich, Januar 1934, S. 56.)

206) E. Nobs, Antidemokratische Kräfte in der schweizerischen Politik, Rote Revue, 8. Jg. 1928/29, Heft 5, S. 154.

## ZWEITER TEIL

### Sozialdemokratische Neuorientierung in den dreissiger Jahren

#### 1. Die Wirtschaftsdepression

Eine ideengeschichtliche Darstellung der schweizerischen Sozialdemokratie während der dreissiger Jahre muss von zwei Ereignissen, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann, ausgehen: die grosse Wirtschaftsdepression und der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland.

Wenn wir uns in diesem Abschnitt mit der Wirtschaftskrise<sup>1</sup> befassen, die, ohne in der Schweiz jene verheerenden Ausmasse anzunehmen wie in andern Industriestaaten, der schweizerischen Arbeiterbewegung gewaltige und neue Aufgaben stellte, so liegt es nicht in unserer Absicht, eine Analyse der wirtschaftlichen Depression der dreissiger Jahre zu geben. Wir wollen nur zeigen, was für wirtschaftspolitische Massnahmen die Sozialdemokratie zur Lösung der durch die Wirtschaftskrise entstandenen Probleme vorschlug. Die von der SPS aufgestellten Forderungen lassen sich aber erst dann richtig verstehen, wenn man weiss, wie in der Arbeiterbewegung die Wirtschaftskrise interpretiert wurde. Im Allgemeinen wurden zwei Punkte in den Vordergrund gestellt:

1. die Interpretation der Krise als Überproduktionskrise und
2. deren Kennzeichnung als Krise des Kapitalismus, als Dauerkrise.

Der schwere wirtschaftliche Zusammenbruch wurde nicht einfach als eine jener periodisch wiederkehrenden Krisen angesehen, sondern man sprach von einer *Dauerkrise*. In der vom Berner Parteitag 1931 einstimmig angenommenen «Resolution zu den Nationalratswahlen» heisst es: «Einer kurzen Periode der Stabilisierung des Kapitalismus und seines vorübergehenden Aufschwunges folgte eine über den ganzen Erdball verbreitete Dauerkrise, die sich noch fortwährend verschärft»<sup>2</sup>. Ganz ähnlich formuliert das Gutachten Grimm/Rothpletz: «Die gegenwärtige

1) Da in der politischen Diskussion zumeist nicht der wissenschaftlich korrekte Ausdruck «Depression» verwendet wurde, sondern von der «Wirtschaftskrise» gesprochen wurde, sehen wir uns gezwungen, auch von dieser Terminologie Gebrauch zu machen.

2) Protokoll des Parteitags der SPS 1931, S. 157.

*Weltwirtschaftskrise* trägt keinen vorübergehenden Charakter. Sie bildet einen Dauerzustand»<sup>3</sup>. Und Robert Grimm sagt in einem Ende 1930 in der Roten Revue erschienenen Artikel: «Die kapitalistische Krise der Gegenwart ist zugleich *die Krise des Kapitalismus*, die die Verwandlung der periodischen Überproduktion in die *chronische Überproduktion* anzeigt»<sup>4</sup>.

Die Beurteilung der Krise als Dauerkrise hatte eine bedeutungsvolle Umstellung der sozialdemokratischen Anschauung in Bezug auf den Weg zum Sozialismus zur Folge. Es liess sich nun nicht mehr die kapitalistische Prosperität als Voraussetzung der Verwirklichung des Sozialismus annehmen. Robert Grimm sagt denn auch: «Der Sozialismus kann nicht Ergebnis der kapitalistischen Prosperität sein. Er wird hervorgehen als das Resultat der kapitalistischen Krise»<sup>5</sup>. Arthur Schmid kommt zu demselben Schluss: «Es ist die *Tragik des proletarischen Befreiungskampfes*, dass das Proletariat *nicht in einer Epoche wirtschaftlichen Aufstieges zur Macht gelangt*, sondern dass der Aufstieg zur Macht nur in Perioden wirtschaftlichen Niederganges, unter Umständen kriegerischer Auseinandersetzungen, möglich ist.»<sup>6</sup>

Der Charakterisierung der Krise als Unterkonsumtions- oder Überproduktionskrise entsprach der wichtigste Grundsatz der sozialistischen Krisenpolitik, nämlich die Forderung nach *Erhaltung der Kaufkraft*. Die Bekämpfung der Deflationspolitik, die in der Ablehnung des eidgenössischen Lohnabbaugesetzes (28. Mai 1933) ihren Höhepunkt fand, zieht sich wie ein roter Faden durch die Krisenpolitik der Sozialdemokratie und des schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Die Sozialisten sagten dem Abbau den Kampf an, weil sie nicht glaubten, auf diesem Wege lasse sich ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht erreichen und zudem befürchteten, dass von einem allgemeinen Abbau der Preise und Einkommen schlussendlich nur der Lohnabbau übrigbleibe. Der Misserfolg der Brüningschen Deflationspolitik in Deutschland, der Hitler den Weg zur Macht ebnete, bestärkte die schweizerische Arbeiterbewegung in ihrer ablehnenden Haltung allen Abbauversuchen gegenüber.

3) R. Grimm/F. Rothpletz, *Krisenbekämpfung – Arbeitsbeschaffung*, Bern 1934, S. 121.

4) R. Grimm, *Zum Krisenproblem*, Rote Revue, 10. Jg. 1930/31, Heft 4, S. 99/100.

5) R. Grimm, *Voraussetzungen des Sozialismus*, Rote Revue, 11. Jg. 1931/32, Heft 7, S. 196. Vgl. auch R. Grimm, *Das Ende der deutschen Demokratie*, Rote Revue, 12. Jg. 1932/33, Heft 2, S. 51.

6) A. Schmid, *Was lehrt uns die Entwicklung in Deutschland?* Rote Revue, 12. Jg. 1932/33, Heft 1, S. 20/21.

Während der Krise wuchs die antikapitalistische Stimmung im Volke, und es sahen sich die Sozialisten in ihrer Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem bestätigt; aber sie konnten sich selbstverständlich nicht darauf beschränken, voller Schadenfreude auf das Versagen des Kapitalismus hinzuweisen, denn dem Sozialismus geht es ja um den Menschen, und dem ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen zu helfen, musste seine vordringlichste Aufgabe sein. Für die schweizerische Sozialdemokratie ergab sich damit die Pflicht, neben dem grundsätzlichen Kampf für eine sozialistische Planwirtschaft, deren Verwirklichung letzten Endes – nach Ansicht der Sozialisten – allein aus dem wirtschaftlichen Chaos herausführen konnte, alles zu tun, um die Opfer der Krise vor Not zu bewahren, um die Folgen der Krise zu lindern, so dass die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik vorerst auf zwei Ebenen geführt wurde, die zu vereinen eines der Ziele des Plans der Arbeit werden sollte.

Obwohl die Sozialisten die Wirtschaftskrisen stets als unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus betrachtet haben, war die Arbeiterbewegung auf diesen schweren wirtschaftlichen Zusammenbruch wenig vorbereitet, eine klare und zielbewusste Politik zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Depression fehlte eigentlich und musste erst aus der Praxis heraus entwickelt werden. «Es ist ein grosses geschichtliches Unglück für den Sozialismus», schrieb der deutsche Sozialdemokrat Carl Landauer, «dass die furchtbare Krise der Jahre 1929/30/31 ihn nicht in solcher theoretischen Klarheit getroffen hat, dass er imstande gewesen wäre, den Weg zur krisenlosen Wirtschaft den Menschen zu zeigen und dafür zu werben»<sup>7</sup>. Wenn auch in der schweizerischen Arbeiterbewegung nicht jene theoretische Klarheit herrschte, die wünschenswert gewesen wäre, so heisst das keineswegs, dass die Sozialdemokraten überhaupt nicht wussten, welche Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ergriffen werden sollten. In verschiedenen Programmen fassten sie ihre Forderungen zusammen, die nicht nur die Arbeiterschaft vor Not bewahren, sondern auch einen Weg aus der Krise aufzeigen sollten. Mit diesen *sozialdemokratischen Krisenprogrammen* wollen wir uns nun befassen<sup>8</sup>.

7) C. Landauer, *Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft*, München/Leipzig 1931, S. 221.

8) Neben den Ausführungen in den Geschäftsberichten der SPS verweisen wir besonders auf den «Vertrauensmann», Nr. 5, Juni 1934, sowie auf die beiden von der SPS herausgegebenen Schriften von Parteisekretär August Huggler: «Unser Kampf gegen Krisennot und Massenelend», Bern 1932, und «Aus der Krisennot heraus bessern Zeiten entgegen», Bern 1935. Selbstverständlich nahmen auch die Gewerkschaften den Kampf gegen die Krise und ihre Folgen auf,

Schon im Jahre 1930, als in der Schweiz die Arbeitslosigkeit noch relativ gering war, setzte sich die SPS mit den durch die Krise entstandenen Problemen auseinander; Geschäftsleitung und Parteivorstand fassten die Forderungen der Partei in 14 Punkten zusammen<sup>9</sup>. Die schon zitierte Resolution zu den Nationalratswahlen des Parteitags 1931 verlangt nicht nur Massnahmen zur «Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit» (Ausbau der Arbeitslosenversicherung und Ergänzung durch staatliche Krisenkassen, Verhinderung des Lohnabbaues, Anhandnahme von Notstandsarbeiten, Verwirklichung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung), sondern fordert auch «den Übergang zu planmässigem Wirtschaften, zur Anpassung der heute desorganisierten Volkswirtschaft an den organisierten Einzelbetrieb», und zwar durch: staatliche Einflussnahme und öffentliche Kontrolle privatmonopolistischer Wirtschaftsgebilde, staatliche Beaufsichtigung des Finanzkapitals, Errichtung staatlicher Postsparkassen, Schaffung gemeinwirtschaftlicher Handelsmonopole und Besteuerung der Einzelunternehmungen<sup>10</sup>.

Während die vom Bieler Parteitag 1933 (8./9. April) angenommenen Thesen zur wirtschaftlichen und politischen Lage<sup>11</sup> mehr in allgemeiner Form zu den aktuellen wirtschaftlichen Problemen Stellung nehmen, werden in den «12 Forcierungen der schweizerischen Arbeit», die von der Parteileitung der SPS im Sommer 1933 aufgestellt wurden, die wichtigsten Postulate der Arbeiterschaft zusammengefasst, wobei zu sagen ist, dass die Verwirklichung einiger dieser Forderungen einen tiefen Eingriff in die kapitalistische Wirtschaftsordnung zur Folge gehabt hätte, so z.B. die Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften, die Errichtung von Aussenhandelsmonopolen, die Kontrolle der Kartelle und Trusts. In diesem 12-Punkte-Programm fordert die SPS<sup>12</sup>:

wir müssen uns jedoch darauf beschränken, die Tätigkeit der Partei zur Darstellung zu bringen. Bezüglich der gewerkschaftlichen Krisenpolitik verweisen wir speziell auf die Schrift von Robert Bratschi, Die Krisenpolitik der Gewerkschaften, Heft 12 der Schriften des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Bern 1934; vgl. ferner Gewerkschaftliche Rundschau, 22. Jg., Heft 9, September 1930, S. 281-288, und 24. Jg., Heft 4, April 1932, S. 101-115.

- 9) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1930, S. 10/11. Auf eine Wiedergabe dieser 14 Punkte verzichten wir, da wir auf die wichtigeren dieser Forderungen an anderer Stelle noch stossen werden.
- 10) Protokoll des Parteitags der SPS 1931, S. 158.
- 11) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1933, S. 146-149.
- 12) Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934 (in einem Band), S. 53-55. – Wir zitieren hier nur die eigentlichen Forderungen, die im Original in Kursivschrift stehen; auf die Wiedergabe der zu den verschiedenen Punkten gegebenen Erläuterungen verzichten wir!



1. «Einen umfassenden Arbeitsbeschaffungsplan; Aufnahme von Arbeitsanleihen zu billigem Zins, Schaffung einer Krisenkasse zugunsten der notleidenden Wirtschaft.»
2. «Einreihung der Jugendlichen in den Arbeitsprozess! Ausreichende Fürsorge für die Alten!»
3. «Die staatliche Regulierung des Kapitalexportes zugunsten schweizerischer Arbeitsbeschaffung.»
4. «Staatliche Zusammenfassung von Einfuhr und Ausfuhr. Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit.»
5. «Gemeinwirtschaftliche Leitung der Kartelle und Trusts.»
6. «Die Senkung des Hypothekarzinsfusses auf Kosten des arbeitslosen Einkommens.»
7. «Umfassende Entschuldung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe; Stillhalteabkommen für notleidende, mit Vernichtung bedrohte gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe; Umwandlung in Heimstätten»<sup>13</sup>.
8. «Die Sicherung eines Existenzminimums für alle Werktätigen.»
9. «Die Krisensteuer auf grossen Vermögen und Einkommen.»
10. «Die Nationalisierung der Banken und Versicherungsgesellschaften.»
11. «Verbot der faschistischen Wehrverbände; Waffenverbot für alle politischen Kampforganisationen!»
12. «Ausbau der Demokratie zur sozialistischen Wirtschaftsdemokratie, unter Wahrung der Gewerkschaftsfreiheit und Ablehnung des Ständestaates und der Korporationsidee.»

Wir müssen nun von jener Aktion sprechen, die zwar zur Hauptsache vom schweizerischen Gewerkschaftsbund getragen wurde, aber doch auch die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz genoss; wir meinen die *Kriseninitiative*<sup>14</sup>. Nachdem der vom «Verband Personal öffentlicher Dienste» (VPOD) um die Jahreswende 1933/34 zur Diskussion gestellte «Plan der Arbeit»<sup>15</sup> nicht die Zustimmung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes fand, lancierte dieser – zusammen mit einigen andern Arbeitnehmerorganisationen – im Jahre 1934 die Kriseninitiative. Mit diesem Volksbegehren sollte versucht werden, den

13) Wenn wir uns auch nicht mit dem Agrarproblem befassen, so sei doch betont, dass die SPS während der Wirtschaftskrise grosses Verständnis für die Nöte der heimischen Landwirtschaft hatte, was in den vom Parteitag 1934 gebilligten Leitsätzen zur schweizerischen Landwirtschaftskrise deutlich zum Ausdruck kommt. (Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1934, S. 145 ff.) Wir verweisen auch auf das Referat von Ernst Nobs sowie die anschliessende Diskussion. (Ebenda, S. 81 ff.)

14) «Die Kriseninitiative wurde durch den Gewerkschaftsbund und einige andere Arbeitnehmerorganisationen lanciert. Sie stiess innerhalb der Arbeiterschaft auf grosse Zustimmung und wurde selbst in landwirtschaftlichen Kreisen entschieden bejaht.» Die SPS hatte «mit der Vorbereitung der Initiative nichts zu tun und war auch bei der Lancierung nicht beteiligt.» (Geschäftsbericht der SPS pro 1935, S. 12.)

15) Über den schweizerischen Plan der Arbeit siehe unsere Ausführungen im 6. Kapitel.

Bundesrat zu veranlassen, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise erforderlichen Massnahmen zu treffen, zu welchem Zwecke er berechtigt würde, vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abzuweichen<sup>16</sup>. Die *Kriseninitiative* verlangt, dass der Bund Sorge für:

- «a) Erhaltung der Konsumkraft des Volkes durch Bekämpfung des allgemeinen Abbaus der Löhne, der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktpreise;
- b) Gewährung eines Lohn- und Preisschutzes zur Sicherung eines genügenden Arbeitseinkommens;
- c) planmässige Beschaffung von Arbeit und zweckmässige Ordnung des Arbeitsnachweises;
- d) Erhaltung tüchtiger Bauern- und Pächterfamilien auf ihren Heimwesens durch Entlastung überschuldeter Betriebe und durch Erleichterung des Zinsendienstes;
- e) Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe im Gewerbe;
- f) Gewährleistung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe;
- g) Ausnützung der Kaufkraft und der Kapitalkraft des Landes zur Förderung des industriellen und landwirtschaftlichen Exports sowie des Fremdenverkehrs;
- h) Regulierung des Kapitalmarktes und Kontrolle des Kapitalexports;
- i) Kontrolle der Kartelle und Trusts.»

Wenn auch die Kriseninitiative nicht die sozialistische Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur bezweckte, sondern lediglich die Wirtschaftskrise auf möglichst wirksame Art und Weise bekämpfen wollte, die Annahme der Initiative also keineswegs dem Schweizervolk den Sozialismus gebracht hätte, so lag dieses Volksbegehren, das immerhin recht empfindliche Eingriffe in das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft vorsah, doch in der Richtung einer sozialistischen Wirtschaftspolitik. Und es ging bei der Abstimmung vom 2. Juni 1935 um einen grundsätzlichen und richtunggebenden Entscheid, wobei die Gegner der Initiative mit 560'000 Nein- gegen 425'000 Ja-Stimmen den Sieg davontrugen<sup>17</sup>.

16) Der Wortlaut der Kriseninitiative (Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not) findet sich in der Roten Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 10, S. 292/93.

17) Fritz Giovanoli schreibt dazu: «Nach der Verwerfung der Kriseninitiative, die für die Arbeiterbewegung trotzdem einen moralischen Sieg bedeutete und gewaltige Kräfte zur Entfaltung brachte, holte die Partei für die Forderung der planmässigen Arbeitsbeschaffung und Konjunkturpolitik des Staates zu einer Aktion nach der andern aus. Unter ihrem Druck wurde denn auch das Steuer der staatlichen Wirtschaftspolitik herumgerissen.» (F. Giovanoli, Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, S. 45.)

Trotz der in der Volksabstimmung erlittenen Niederlage bekannte sich die Arbeiterbewegung weiterhin zu den in der Kriseninitiative erhobenen Forderungen. Der am 23. Juni 1935 tagende Parteausschuss der SPS, der die Lage nach der Verwerfung der Initiative prüfte, forderte in einer von Robert Grimm entworfenen *Resolution*:

- «1. Niemand darf in der Schweiz hungern und niemand obdachlos sein;
2. Schutz der lebendigen Arbeit und der das Arbeitseinkommen darstellenden Preise;
3. Ausschöpfung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten;
4. Gerechter Ausgleich von Einkommen, Besitz und öffentlichen Lasten;
5. Gleichberechtigung der politischen Parteien, Einflussnahme auf Staat und Verwaltung gemäss ihrer Stärke und Bedeutung.

Zu diesem Zweck ist eine planmässige Ordnung der nationalen Wirtschaft notwendig durch

- die ungesäumte Verwirklichung der Arbeitsbeschaffungsprojekte;
- die nationale Exportförderung durch restlose Ausnützung der Kapital- und Kaufkraft des Landes;
- die staatliche Kreditleitung durch Ausbau der Volksbank zu einem staatlichen Kreditinstitut und Nationalisierung des Kreditwesens;
- die Umwandlung gefährdeter Auslandskredite in produktive Anlagen unter Verfügungsgewalt des Bundes;
- die Entlastung überschuldeter bäuerlicher und gewerblicher Betriebe und Herabsetzung der Schuldzinse zur Sicherung des Arbeitseigentums;
- die Sicherung und Aufrechterhaltung der Arbeitslosenfürsorge;
- die Ausrichtung von Subventionen nach dem Grundsatz der Bedürftigkeit;
- die Heranziehung der Gewinne der Versicherungsgesellschaften zu vermehrten öffentlichen Leistungen;
- die Vermehrung der Besitzessteuern als Sozialleistung der Reichen»<sup>18</sup>.

Für die im Herbst 1935 stattfindenden Nationalratswahlen stellte die Partei ein zehn Punkte umfassendes *Sofortprogramm* auf: Inventar über die Wirtschafts- und Finanzlage des Landes, Bereinigung des Bankenproblems durch planmässige Kreditleitung, Handelspolitik durch zweiseitige Verträge, Sanierung der Verkehrs Wirtschaft, Kampf der allgemeinen Abbaupolitik, Reform der staatlichen Subventionen, Arbeitsbeschaffung auf breiter Grundlage, Sicherung der Arbeitslosenunterstützung, Entlastung der Landwirtschaft und des Gewerbes, Reform der öffentlichen Finanzen<sup>19</sup>.

Die Erklärung für diese Vielzahl verschiedener Programme, die sich grundsätzlich nicht sehr stark voneinander unterscheiden, ist in erster Linie in dem raschen Wechsel der wirtschaftlichen Daten zu suchen, wodurch einzelne Forderungen

18) Geschäftsbericht der SPS pro 1935, S. 14.

19) Ebenda, S. 15/16.

gen in kurzer Zeit überholt sein konnten. Wenn beispielsweise in den «12 Forderungen der schweizerischen Arbeit» die Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften postuliert wurde, so liess sich dieselbe Forderung im Sofortprogramm 1935 nicht mehr vertreten, weil, wie Robert Grimm an der Parteausschuss-Sitzung vom 23. Juni 1935 erklärte, in diesem Zeitpunkt eine derartige Massnahme lediglich einer Sozialisierung der Verluste gleichgekommen wäre<sup>20</sup>.

Zu Beginn dieses Kapitels haben wir gesagt, es sei die von der schweizerischen Sozialdemokratie entwickelte Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Depression aus der Erfahrung herausgewachsen. Dem ist nun beizufügen, dass die wesentlichen Forderungen, die von der SPS aufgestellt wurden und zur Hauptsache eine Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft und damit des Konsums bezweckten, in unsern Tagen ziemlich allgemeine Anerkennung gefunden haben. So wird denn die von den Arbeiterorganisationen in den dreissiger Jahren empfohlene Politik *heute* auch vom schweizerischen Bundesrat geteilt. Im «Zwischenbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über Massnahmen der Arbeitsbeschaffung» vom 12. Juni 1950 kommt die Ablehnung der Deflationspolitik deutlich zum Ausdruck: «Eine Deflation im eigentlichen Sinne, d.h. eine künstliche Herabdrückung des Preis- und Lohnstandes hat sich als Mittel der Arbeitserhaltung und der Konjunkturpolitik bis dahin ausnahmslos als unwirksam und sogar schädlich erwiesen. Es kann daher in Zukunft keine Rede davon sein, der schweizerischen Beschäftigungspolitik solche Methoden zugrunde zu legen»<sup>21</sup>.

## 2. Die schweizerische Sozialdemokratie und der Nationalsozialismus

Die Gründe für den Aufstieg und für die im Jahre 1933 erfolgte Machtübernahme des deutschen Nationalsozialismus liegen nicht nur beim Versailler Frieden, bei der durch die Wirtschaftsdepression verursachten Notlage<sup>22</sup> und der überhand-

20) Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteausschusses der SPS vom 23. Juni 1935, Seite 7.

21) Zwischenbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über Massnahmen der Arbeitsbeschaffung (12. Juni 1950), im Bundesblatt, 102. Jg., II. Band, Nr. 24, 15. Juni 1950, S. 96.

22) «Die Wurzel des Faschismus ist die durch den Kapitalismus hervorgerufene allgemeine Notlage, ist die durch ihn bewirkte Korruption der öffentlichen und privaten Moral, ist die auf diesen Voraussetzungen beruhende geistige und politische Verwirrung, die von Tag zu Tag

nehmenden Zersetzung und Auflösung des Mittelstandes<sup>23</sup> sowie beim Unvermögen der demokratischen Regierungen, die für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme keine Lösung fanden, sondern auch beim Versagen der sozialistischen Bewegung in Deutschland<sup>24</sup>. Weder die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betriebene Politik des Nachgebens und Zurückweichens vor dem Angriff des Gegners noch der revolutionäre Antikapitalismus der deutschen Kommunisten wurden der historischen Situation gerecht und entsprachen nicht dem Wünschen und Wollen des proletarisierten Mittelstandes, der nicht den Weg zur sozialistischen Bewegung fand, sondern seine Hoffnungen auf den Nationalsozialismus setzte. Zudem führte der kräfteraubende Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer verhängnisvollen Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung<sup>25</sup>.

Nach dem deutschen Umsturz bestand ein Kennzeichen der Politik der schweizerischen Sozialdemokraten in dem Bestreben, die Fehler ihrer nördlichen Bruderpartei nicht zu wiederholen<sup>26</sup>.

Mit dem Untergang der deutschen Sozialdemokratie wurde der Nationalsozialismus zum Hauptfeind des europäischen und auch des schweizerischen Sozialismus<sup>27</sup>. Den Kampf gegen den Faschismus und die «Fronten», die in der Schweiz

fortschreitende Vertrauenskrise, die der Menschheit den Glauben an ihre geschichtliche Aufgabe raubt.» (R. Grimm, Randglossen zur Programmdebatte, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35,

23) «So erzeugte die ökonomische Zersetzung des deutschen Mittelstandes einen Teil jener Atmosphäre, aus der allmählich die nationalsozialistische Bewegung hervorgehen sollte.» (V. Gitermann, Die historische Tragik der sozialistischen Idee, Seite 297.)

24) Wir verweisen speziell auf das Werk von Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, S. 53-83, besonders S. 72 ff. «Man kann sich zwar der Auffassung nicht verschließen, dass es die allereigenste Aufgabe der Arbeiterbewegung gewesen wäre, die wirtschaftlichen und politischen Kräfte der Nation im Kampf gegen die Krise zusammenzufassen, und dass ohne das Versagen der Arbeiterbewegung der Nationalsozialismus keine Chance gehabt hätte, sich in Deutschland durchzusetzen; aber gleichzeitig empfindet man dieses Versagen als «zwangsläufig», nicht als Schuld, sondern als Tragik.» (S. 73.)

Hendrik de Man schrieb: «Die Hauptbedingung für den Erfolg Hitlers war das Versagen der sozialistischen Bewegung vor den Aufgaben, die der Marxismus so gern als ihre historische Mission verkündete.» (H. de Man, Gegen den Strom, Stuttgart 1953, S. 201.)

25) Vgl. V. Gitermann, a.a.O., S. 304 ff.

26) Vgl. A. Schmid, Was lehrt uns die Entwicklung in Deutschland? Rote Revue, 12. Jg. 1932/33, Heft 1, S. 14-22. «Das deutsche Beispiel lehrt uns also, dass die Politik des Ausweichens und des Verschiebens der Arbeiterklasse nichts nützt, sondern nur schadet.» (S. 20.) Wir verweisen auch auf folgenden Artikel von Robert Grimm: R. Grimm, Das Ende der deutschen Demokratie, Rote Revue, 12. Jg. 1932/33, Heft 2, S. 41-51, besonders S. 50/51.

zum Träger des faschistischen und nationalsozialistischen Gedankens wurden<sup>28</sup>, nahm die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ohne Zögern auf. Der Parteivorstand der SPS beschloss, im Herbst 1933 eine grosse Aktion gegen den Faschismus und für die sozialistische Schweiz durchzuführen<sup>29</sup>. In seinem grossen Referat am Berner Parteitag 1934 (24. und 25. Februar) bezog Robert Grimm klar gegen den Faschismus Stellung und befasste sich mit der gegenwärtig wichtigsten Frage, wie in der Schweiz die Machtergreifung des Faschismus verhindert werden könne<sup>30</sup>. Zu einer entscheidenden Auseinandersetzung mit den faschistischen Tendenzen in der Schweiz kam es dann bei der Volksabstimmung über die frontistische Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung vom 8. September 1935<sup>31</sup>.

27) Doch hatten die sozialdemokratischen Parteien und die SAI schon früher ihre kompromisslose Ablehnung des Faschismus zum Ausdruck gebracht. So unterstrich Robert Grimm in seinem Referat «Nationalratswahlen und Arbeiterklasse» am Parteitag der SPS im Jahre 1928 die eindeutig antifaschistische Einstellung der schweizerischen Sozialdemokratie und brandmarkte die liebedienerische Politik des bürgerlichen Bundesrates gegenüber dem Faschismus. «Wenn aber die fascistische Anmassung weitergeht, wenn man den Fascismus nicht würdig und fest in bestimmte Schranken zurückweist, dann entsteht eine ungleich grössere Gefahr für die Sicherheit unseres Landes, als alles, was in den nächsten Jahren sonst passieren kann. Wir stellen diese Verantwortlichkeit vor dem Lande, vor der Öffentlichkeit fest und fordern, dass gegenüber dem Fascismus eine andere Haltung eingenommen werde als bisher.» (Protokoll, S. 155.)

28) Was die von frontistischer Seite über die Frontenbewegung verfasste Literatur betrifft, so weisen wir ganz besonders auf die Schrift von Robert Tobler, Wesen und Ziele der nationalen Bewegung, Sonderabdruck der Schweizer Monatshefte, 13. Jg., Heft 4/5, 6, Juli/August, September 1933. Aus der sozialdemokratischen Literatur über die Fronten wären vor allem zu nennen: F. Marbach, Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, Bern 1933; Robert Grimm, Nationale Fronten und Arbeiterbewegung, o. O. und o. J.; Bruno Grimm, Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz, hg. von der SPS, Zürich 1939; Bruno Grimm, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940, mit weiterer Literaturangabe.

29) Vgl. Der Vertrauensmann, Nr. 2, Juli 1933 und Nr. 3, Dezember 1933.

30) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1934, S. 109 ff.

31) Der sozialdemokratische Parteitag 1935 beschloss einstimmig die Ablehnung der Initiative. (Vgl. Protokoll, S. 89/90.) In seinem Referat über diese Initiative erklärte Arthur Schmid: «Das Ziel dieser Totalrevisionsbewegung ist, wie wir schon ausführten, ein rückschrittliches. Man will den fascistischen Strömungen der Gegenwart Rechnung tragen. Die Totalrevision der Initianten richtet sich gegen die Demokratie und insbesondere gegen den Sozialismus, den man als Marxismus denunziert und schlecht zu machen sucht.» (Ebenda, S. 87.) «Deshalb kann unsere Stellungnahme gegen den fascistischen, reaktionären Anschlag, den die Totalrevisions-Initiative enthält, nur die Ablehnung dieses Begehrens sein. Wir müssen das Volk zur Ver-

Die Sozialisten waren überzeugt, dass dem Faschismus am besten mit einer Politik des sozialen Fortschritts entgegengetreten werde. In den von der Geschäftsleitung der SPS im Jahre 1933 entworfenen Thesen zur Frage «Militarismus und Landesverteidigung» heisst es: «Die Arbeiterbewegung erblickt die wirksamste Methode der Abwehr des Faschismus in einer entschlossenen Politik des sozialen Fortschritts»<sup>32</sup>. In einer im November 1933 in der Berner Tagwacht erschienenen Artikelserie über «Faschismus und Landesverteidigung» schrieb Robert Grimm: «Abwehr gegen den Fascismus, das heisst Mittelbeschaffung nach Massgabe der wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Abwehr gegen den Fascismus, das heisst entschlossenen Zugriff auf den grossen Reichtum, auf die grossen angehäuften Vermögen, auf die Tantiemen und Übergewinne; Abwehr gegen den Fascismus, das heisst Verstaatlichung der Banken und reichen Versicherungsgesellschaften, wenn sie sich nicht zu erheblichen Nachlässen an die Schuldner und an die Zinspflichtigen, Staat und Gemeinden ausgenommen, entschliessen wollen»<sup>33</sup>.

Trotzdem der Faschismus und auch die schweizerische Frontenbewegung am Kapitalismus Kritik übten, einen Teil der sozialistischen Kritik am kapitalistischen System übernahmen<sup>34</sup>, hat man in der SPS von allem Anfang an erkannt, dass es sich hier nur um einen scheinbaren Antikapitalismus handelte. «Äusserlich zeigt die Frontenbewegung antikapitalistische Züge, ohne den Grundsatz des kapitalistischen Gesellschaftsprinzips anzutasten. *Sie gibt sich antikapitalistisch, hütet sich aber vor jedem Angriff auf die kapitalistischen Grundlagen selbst*»<sup>35</sup>.

teidigung der Volksrechte aufrufen. Wir müssen die Gelegenheit benützen, um den Fascismus dem Volke in seiner ganzen verhängnisvollen Entwicklung zu zeigen und das Volk zu einer antifascistischen Front zusammenschweissen.» (Ebenda, S. 88.)

Mit nicht einmal 200'000 Ja gegenüber 500'000 Nein wurde die Initiative vom Schweizervolk ganz eindeutig abgelehnt, was von den Sozialdemokraten als ein Sieg der Demokratie gefeiert wurde. (Vgl. A. Schmid, Ein Sieg der Demokratie, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 2, S. 54 ff.)

32) Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934, S. 57.

33) Berner Tagwacht, Nr. 272, 20. November 1933.

34) «Der Sozialist stösst unvermutet auf einen Gegner, der mit ihm einen Teil seiner Kritik am Kapitalismus gemeinsam hat, der ebenso wie er für organisierte Wirtschaft, für ‚Planwirtschaft eintritt ...» (Adolf Sturmthal, Die grosse Krise, Zürich 1937, S. 340.) «Immer deutlicher tritt bei der Nazi-propaganda das antikapitalistische Schlagwort in den Vordergrund.» (W. Bringolf, Perspektiven der sozialistischen Bewegung in der Schweiz, S. 10.)

35) R. Grimm, Nationale Fronten und Arbeiterbewegung, S. 9. – Vgl. auch R. Grimm, Zur Taktik der Arbeiterbewegung, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 3, S. 69.

Es waren aber bei den Sozialdemokraten weniger wirtschaftliche als ausgesprochen ethische Motive für die kompromisslose Ablehnung jeder Form des Faschismus ausschlaggebend, denn die schweizerische Arbeiterschaft – und nicht nur diese – verabscheute diese völlige Missachtung der Menschenwürde und der demokratischen Rechte und Freiheiten, dieses Zurückfallen in die Barbarei. Man kann sogar sagen, der Nationalsozialismus habe der schweizerischen Sozialdemokratie Wert und Bedeutung der Demokratie und der Freiheitsrechte recht eigentlich vor Augen geführt<sup>36</sup>. Dabei handelte es sich jedoch weniger um eine neue Erkenntnis, sondern vielmehr um eine Bewusstwerdung, ging doch trotz gelegentlicher Unterschätzung der Demokratie in der Vergangenheit und der proletarischen Diktaturforderung das demokratische Ideal in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nie verloren<sup>37</sup>. Die Ereignisse in Deutschland bewirkten demnach nicht eine eigentliche Änderung, wohl aber eine Bestätigung dessen, was in der schweizerischen Arbeiterbewegung stets lebendig gewesen, jedoch zeitweise von revolutionären Strömungen und Schlagworten überdeckt war; sie beschleunigten jene Klärung, die sich früher oder später zwangsläufig aufgedrängt hätte.

Der Bieler Parteitag vom 8./9. April 1933 stand unter dem unmittelbaren Eindruck des nationalsozialistischen Sieges in Deutschland und im Zeichen geschlossener Abwehr gegen jede Form des Faschismus. Robert Grimm wies in seinem Referat darauf hin, dass die veränderten Verhältnisse die Partei vor grosse und neue Aufgaben stelle. «So leben wir in einer völlig veränderten Situation. Wir haben uns zu fragen, welches die Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in dieser neuen Lage sind. Wir werden unsere Grundsätze, Kampfmittel und Kampf-

36) «Wir haben die Demokratie, selbst im kapitalistischen Staate, vielleicht doch unterschätzt. Wir haben sie nie abgelehnt oder bekämpft; aber wir fühlten uns zu sicher in ihrem Besitz. Wir haben ihren Wert vielleicht erst dann praktisch erkannt, als wir in Deutschland den Kanzler Brüning mit seinen Notverordnungen die Demokratie abbauen und dem Faschismus den Weg bereiten sahen ... *Der ungeheure Wert der Demokratie für die Arbeiterbewegung wird klar, wenn man bedenkt, dass im Mai 1933 der Faschismus in Deutschland die Gewerkschaften zerschmetterte und die sozialdemokratische Partei als illegal erklärte ...*» (E. Reinhard, Landesverteidigung? S. 56.)

37) «Auf dem Luzerner Parteitag hat die schweizerische Sozialdemokratische Partei die letzten Reste der früheren Auffassung abgestreift, das heisst in ihren Statuten etwas legalisiert, was lange vorher *praktisch* vorhanden war und bloss noch theoretisch bestritten war: Die Anerkennung der Demokratie als ausschliesslichen Kampfboden für eine Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in unserem Lande.» (P. Meierhans, Richtlinien und Sozialdemokratie, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 4, S. 117.)



methoden zu überprüfen, und wir werden bei dieser Prüfung die Wirklichkeit, die Realität und die Tatsachen zum Ausgangspunkt zu nehmen haben»<sup>38</sup>. Dass sich die SPS nun eindeutig zur Demokratie bekennen müsse, kam in verschiedenen Voten zum Ausdruck. So erklärte z.B. Jutzler-Riehen: «Denn wir sehen erst jetzt, nach der Katastrophe in Deutschland, was die Demokratie, und wenn sie auch bürgerliche Demokratie geschimpft wird, wert ist für die Arbeiterschaft; sie ist die Luft für die Arbeiterschaft, ohne die unsere Bewegung gar nicht leben kann»<sup>39</sup>. Und Parteisekretär Graber sagte, «nous devons nous constituer les défenseurs de la démocratie dans notre pays»<sup>40</sup>.

Dass Grimm die Neuüberprüfung der Grundsätze und Methoden im Sinne eines klaren Bekenntnisses zur Demokratie verstand, ergab sich mit aller Deutlichkeit aus seiner Rede am Parteitag 1934. «Wenn es uns mit dem Kampf gegen den Faschismus ernst ist, dann hat die Partei und die Arbeiterbewegung zu erklären, dass sie auf dem Boden der demokratischen Volksrechte steht. Wenn sie auf diesem Boden steht, dann muss sie auf dem Boden der Verfassung stehen, wo diese demokratischen Rechte niedergelegt sind.» «Aber wenn wir uns auf diesen Boden der Verfassung und der Wahrung der demokratischen Volksrechte stellen, ohne die Sozialdemokratie nicht leben kann, dann müssen wir wenigstens in gewissen Sektoren unserer Bewegung umlernen»<sup>41</sup>.

Die Vorgänge in Deutschland haben der schweizerischen Sozialdemokratie jedoch nicht nur den Wert der Demokratie wieder zu vollem Bewusstsein gebracht, sondern auch die Bedeutung der geistig-ideellen Kräfte für die sozialistische Bewegung. Früher mag die Betonung der materiellen Interessen berechtigt gewesen sein; in einer Zeit jedoch, wo die Menschenrechte so vollständig missachtet wurden, galt es in erster Linie, die hohen ethischen und kulturelle Ziele des demokrati-

38) Protokoll des Parteitags der SPS 1933, S. 22.

39) Ebenda, S. 99.

40) Ebenda, S. 58. – Auch Robert Bratschi sprach sich zugunsten des Kampfes auf dem Boden der demokratischen Volksrechte aus. (Ebenda, S. 92-96.) In dem Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das in den Grundlinien vom Gewerkschaftskongress am 18./19. November 1933 gutgeheissen wurde, bekannte sich der SGB ausdrücklich zu den Grundsätzen der Demokratie. «Die Gewerkschaften bekennen sich zu den Grundsätzen der Demokratie. Durch Aufklärung und praktische Arbeit wollen sie die Bevölkerung gewinnen für ihre Ideen über eine gerechte soziale Ordnung. Voraussetzung für diese Arbeit ist das Bestehen eines demokratischen Staatswesens und der demokratischen Freiheitsrechte. Die Gewerkschaften werden daher alle Kraft einsetzen für die Demokratie und ihren Ausbau.» (Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund Bern, S. 4.)

41) Protokoll des Parteitags der SPS 1934, S. 124.

schen Sozialismus und die Ideale der Menschlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Dies hat vor allem Arthur Schmid getan. In vielen Artikeln hat er in der Roten Revue auf «die hohen Menschheitsziele, die der Sozialismus verfolgt»<sup>42</sup>, hingewiesen. «Der Sozialismus ist nicht nur Lohnerhöhung, kürzere Arbeitszeit, Sozialreform, sondern er ist *gesellschaftliche Umwälzung im Interesse des Kulturaufstieges der Menschen*»<sup>43</sup>. «*Im Sozialismus selbst ist seit jeher das eine grosse Ziel gelegen, die Menschwerdung des arbeitenden Volkes zu verwirklichen. Aus armen, gedrückten Arbeitssklaven sollten freie Menschen werden*»<sup>44</sup>. Stärker als bisher wurden nun auch die subjektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus betont, und es wird gesagt, wie wichtig der Glaube an den Sozialismus sei. «Wir müssen unsere ganze Aktivität darauf verlegen, den Menschen sozialistischen Glauben zu vermitteln. Wir müssen sie *Hingabe im Interesse der Gesamtheit* lehren. Wenn uns dies gelingt, dann werden die Menschen für den Sozialismus reifer, und die heute für den Sozialismus reife Wirtschaft wird von ihnen übernommen werden»<sup>45</sup>. Am Parteitag 1934 erklärte Robert Grimm: «Wir glauben an die Kraft der Idee, wir glauben an den Sieg der Menschlichkeit, wir glauben an das Ideal des Sozialismus»<sup>46</sup>.

So stellte die schweizerische Sozialdemokratie der nationalsozialistischen Ideologie einen *humanitären, demokratischen Sozialismus* gegenüber, und es setzte sich in dieser schweren Zeit die Überzeugung durch, dass angesichts der faschistischen Bedrohung von aussen und gewisser faschistischer Tendenzen im schweizerischen Staatswesen gerade die sozialistische Arbeiterbewegung als Hüterin des demokratischen Gedankens zu wirken habe. «*Wir Sozialdemokraten haben in der heutigen Zeit das Erbgut wahrer Demokratie zu verteidigen*»<sup>47</sup>. Der Wert der Demokratie aber bestehe vor allem darin, dass sie, wie Parteipräsident Ernst Reinhard erklärte, «den Kampf für die bessere, die sozialistische Demokratie von morgen» ermöglicht<sup>48</sup>.

Diese grundsätzliche Bejahung der Demokratie und die kompromisslose Ablehnung des Faschismus mussten zwangsläufig zu einer Änderung in der Frage der

42) A. Schmid, Was uns die Entwicklung in Deutschland lehrt, Rote Revue, 12. Jg. 1932/33, Heft 8, S. 269.

43) Ebenda, S. 269.

44) A. Schmid, Sehnsucht nach Totalität, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 7, Seite 196.

45) A. Schmid, Was uns die Entwicklung in Deutschland lehrt, S. 269.

46) Protokoll des Parteitags der SPS 1934, S. 128.

47) A. Schmid, Demokratie und Gegenwartsprobleme, in «Im Kampf um den Staat der Arbeit», Handbuch für den sozialdemokratischen Vertrauensmann, hg. von der SPS, Bern 1935, S. 120.

48) E. Reinhard, a.a.O., S. 56; im Original gesperrt.

Landesverteidigung führen. Bevor wir aber darauf eingehen, wollen wir uns noch mit einem andern Problem kurz befassen, dem Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Kommunistischen Partei und zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

### 3. Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei und zum Gewerkschaftsbund

Die Wirtschaftskrise und die vom Nationalsozialismus her drohende Gefahr verliehen in den dreissiger Jahren dem Wunsch nach Überwindung der Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung höchste Aktualität, und einige hervorragende Sozialisten sahen in der Verwirklichung der Einheit eine der dringendsten Aufgaben. So schrieb Otto Bauer: «Die Zeit ist reif geworden, die Verirrungen auf beiden Seiten zu überwinden, um den Sozialismus nach der traurigen Periode des Zwiespalts zu einigen und auf neue Wege zu führen»<sup>49</sup>. An die Stelle der erstarrten Dogmen des Kommunismus und des reformistischen Sozialismus will er als einheitliche Konzeption den integralen Sozialismus setzen, der «die Spaltung des Weltproletariats überwinden soll»<sup>50</sup>. Auch Hendrik de Man hatte mit seiner Forderung nach Bildung einer antikapitalistischen Front und mit der Idee einer auf die Machtpositionen des Kapitalismus gerichteten sozialistischen Aktion die Überwindung der Spaltung im Auge<sup>51</sup>. – Der zweifellos bedeutungsvollste praktische Versuch einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten war die französische Volksfrontregierung unter Léon Blum.

In der schweizerischen Arbeiterbewegung wurde zu dieser Zeit viel von der *Bildung einer antikapitalistischen Front gesprochen*. Dabei fand auch die Möglichkeit eines Einschlusses der Kommunisten in eine derartige Zusammenfassung aller antikapitalistischen Kräfte Erwägung, doch gingen die Meinungen in diesem Punkt stark auseinander. Man war sich wohl darüber einig, dass die Überwindung der Spaltung wünschenswert wäre, aber es gab tiefgehende Differenzen in Bezug auf die Frage, ob sich mit den Kommunisten auf loyale Weise Zusammenarbeiten lasse, ob ein ehrlicher Wille zur Einheit hinter den kommunistischen Einheitsfrontangeboten stehe, von denen die Kommunistische Partei eine ganze Reihe an die SPS richtete – nachdem das Exekutivkomitee der III. Internationale Anfang

49) O. Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Zur Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936, S. 302/03.

50) Ebenda, S. 314.

51) Vgl. H. de Man, Die sozialistische Idee, Jena 1933, S. 337 ff.

März 1933 zugunsten einer Einheitskampffront des Proletariats Stellung bezogen hatte. Die Parteileitung konnte auf Grund der gemachten Erfahrungen nicht an die Aufrichtigkeit der Kommunisten glauben und lehnte es ab, auf die Einheitsfrontangebote einzutreten. Die ganze Frage war aber von solcher Tragweite, dass sie an einem Parteitag abgeklärt werden musste.

Am Bieler Parteitag der SPS im Jahre 1933 wurde die Frage der Einheitsfront eingehend und lebhaft diskutiert und die Stellung der Partei zu den *kommunistischen Einheitsfrontmanövern* umschrieben. In den vom Parteivorstand vorgelegten Thesen zur wirtschaftlichen und politischen Lage wird die Einheit grundsätzlich bejaht, die jedoch erst möglich werde, wenn die KPS nicht mehr blind den Befehlen der Moskauer Zentrale gehorche und ihre Spaltungspolitik und die Unterstützung der bürgerlichen Reaktion aufgebe<sup>52</sup>. Im selben Sinne ist auch die Resolution «An die Arbeiterschaft der Schweiz» abgefasst. Darin heisst es, «solange die Kommunistische Partei der Schweiz ihre aktive Spaltungspolitik in der Arbeiterbewegung und ihre aktive Unterstützung der bürgerlichen Reaktion durch den Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeitermassen und Gewerkschaften nicht aufgibt, fehlt die grundlegende Voraussetzung für eine Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Partei der Schweiz»<sup>53</sup>. In dem vom Parteitag stillschweigend gutgeheissenen Antrag der Sektion Riehen heisst es, der Parteitag weise «alle Einheitsfrontangebote lokaler und nationaler kommunistischer Organisationen zurück, die er als unehrliche Manöver brandmarkt, solange sich die Exekutive der Komintern nicht zu direkten Verhandlungen mit der Exekutive der SAI bereit erklärt hat»<sup>54</sup>.

Robert Grimm sagte in seinem Referat, «solange die Kommunistische Partei der Schweiz nicht eine selbständige, eigene Politik treibt, die diktiert wird durch das Interesse der schweizerischen Arbeiterschaft selbst, solange fehlen die Voraussetzungen für ein Zusammengehen mit der kommunistischen Partei»<sup>55</sup>. Auch Arthur Schmid warnte vor den nicht ernst und nicht ehrlich gemeinten Einheitsfrontmanövern<sup>56</sup>. Robert Bratschi erklärte klipp und klar: «Wir lehnen die Einheitsfront, wie sie da verlangt wird, ab»<sup>57</sup>. Zu den unentwegten Befürwortern der Einheitsfront zählte Ernst Walter, Sekretär der Zürcher Kantonalpartei<sup>58</sup>, dessen Ab-

52) Protokoll des Parteitags der SPS 1933, S. 148.

53) Ebenda, S. 152.

54) Ebenda, S. 153.

55) Ebenda, S. 47.

56) Ebenda, S. 86 ff.

57) Ebenda, S. 95.

58) Ebenda, S. 74 ff.

änderungsanträge aber mit 421 gegen 72 Stimmen verworfen wurden. Die Anträge des Parteivorstandes wurden schliesslich mit 458 gegen 4 Stimmen angenommen<sup>59</sup>.

Im Geschäftsbericht für das Jahr 1935 wurde erklärt, die KPS hätte «Die Bemühungen zur Sammlung aller antikapitalistischen Kräfte eher erschwert als gefördert. Bevor auf Verhandlungen eingetreten werden kann, müssen uns Garantien dafür geboten werden, dass mit den bisherigen politischen Methoden der KP Schluss gemacht wird. Wir wollen nicht die Arbeiter in ein illusionäres Experiment hineinmanövrieren lassen, wir wollen, dass die Bedingungen zur Annäherung loyal und ernst gemeint sind.» «Die beste Lösung wäre die, dass die KP angesichts der Aussichtslosigkeit ihrer Politik in der Schweiz den Mut fände, sich aufzulösen und in die SPS überzutreten»<sup>60</sup>.

Wenn die schweizerische Partei gegenüber den Kommunisten eine klare Politik betrieb und alle Einheitsfrontangebote ablehnte, so lässt sich dasselbe nicht von allen Lokal- und Kantonalparteien sagen. Besonders ausgeprägt waren die Einheitsfrontbestrebungen in den Städten Zürich und Basel. So stand z.B. der 1. Mai 1935 in Basel im Zeichen der Einheitsfront, und Anfang 1938 ging die SP-Baselstadt für die Kantons- und Regierungsratswahlen mit der KP eine Listenverbindung ein<sup>61</sup>. Im Kanton Zürich kam es zwischen der SP und der KP anlässlich der Nationalratswahlen vom 27. Oktober 1935 zu einer Listenverbindung<sup>62</sup>. Solche Erscheinungen – auch wenn es Einzelfälle blieben – liessen dann den Eindruck aufkommen, die schweizerische Sozialdemokratie befolge gegenüber den Kommunisten keine eindeutige Politik und trugen nicht wenig zur Trübung des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bei.

59) Ebenda, S. 144.

60) Geschäftsbericht der SPS pro 1935, S. 8.

61) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 125, Fussnote 251.

62) Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich vom 15. September 1935 hatte beschlossen, jenen Parteien, die am 2. Juni 1935 für die Kriseninitiative eingetreten waren, die Listenverbindung anzubieten. (Vgl. den Bericht über diesen Parteitag im Volksrecht, Nr. 217, 16. September 1935.) Der Aufruf erging an die Demokratische Partei, die Jungbauern, den Freiwirtschaftsbund und die Kommunisten; aber nur die Kommunisten lehnten das Angebot nicht ab. So kam es zur Listenverbindung zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei des Kantons Zürich. (Vgl. Volksrecht, Nr. 233, 4. Okt. 1935.) – Für die Nationalratswahlen kam es übrigens auch im Kanton Basel-Stadt zur Listenverbindung zwischen SP und KP. (Vgl. Volksrecht, Nr. 229, 30. September 1935.)

Im Geschäftsbericht der SPS pro 1935 heisst es: «Neue Versuche zugunsten der sogenannten Einheitsfront gehen von Basel und Zürich aus.» (S. 6.)

Wir müssen nun dieses Problem, *das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften*, ansdineiden, war doch davon in der Arbeiterbewegung während der Jahre 1933-1935 immer wieder die Rede. Vorausschickend sei bemerkt, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Gewerkschaften trotz aller freundschaftlicher Bande und innerer Verbundenheit auch früher gegeben hat und in Zukunft geben wird, dass die Politik der beiden Organisationen nie identisch war und nie identisch sein wird, allein schon deshalb, weil für die Gewerkschaften mehr die unmittelbaren Interessen der Gegenwart im Vordergrund stehen, während der politische Flügel der Arbeiterbewegung, wie Robert Bratschi erklärte, «mehr die endgültige Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung im Auge» habe. «Die Verbesserung der Verhältnisse in der Gegenwart kommt bei ihm in zweiter Linie»<sup>63</sup>.

In der ersten Hälfte der dreissiger Jahre war eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund unverkennbar<sup>64</sup>, und es wurde auf beiden Seiten – mit aufrichtigem Bedauern – von der Kluft gesprochen, die den politischen und den gewerkschaftlichen Flügel der schweizerischen Arbeiterbewegung trennte. Kamen die Differenzen in der unterschiedlichen Beurteilung aktueller politischer und wirtschaftlicher Probleme deutlich zum Ausdruck, so erschöpfte sich darin der Konflikt nicht, lag doch die eigentliche, tiefere Ursache letzten Endes im Ideellen. Dies ist allein schon daraus ersichtlich, dass sich *nach* der Revision des Parteiprogramms im Jahre 1935, womit sich die SPS vorbehaltlos auf den Boden der Demokratie stellte und die Landesverteidigung bejahte, das Verhältnis zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung merklich besserte und das gute Einvernehmen früherer Jahre wieder hergestellt wurde.

Auf zwei aktuelle Probleme, die vom Gewerkschaftsbund und von der Sozialdemokratie verschieden beurteilt wurden, wollen wir hinweisen:

1. das eidgenössische Finanzprogramm I und
2. das Staatsschutzgesetz.

Dem eidgenössischen *Finanzprogramm*<sup>65</sup>, das von den Räten am 13. Oktober 1933 beschlossen wurde, wollten die Gewerkschaften ihre Zustimmung nicht ver-

63) R. Bratschi, Die Gewerkschaften und das Finanzprogramm, Gewerkschaftliche Rundschau, 25. Jg., Heft 11, November 1933, S. 348.

64) Im I. Teil haben wir gesehen, wie sich Partei und Gewerkschaften bei vielen wichtigen Abstimmungskämpfen zu gemeinsamer Aktion zusammengefunden haben.

65) Wir verweisen besonders auf Robert Bratschis Schrift über die Krisenpolitik der Gewerkschaften, worin dieser «Bundesbeschluss über die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt» (vom 13. Oktober 1933) eingehend diskutiert und im Anhang im Wortlaut wiedergegeben wird.

sagen, denn es erschien ihnen immerhin als annehmbarer Kompromiss<sup>66</sup>. Diese von den Gewerkschaften an den Tag gelegte Kompromissbereitschaft wurde von der SPS nicht geteilt, vor allem deshalb nicht, weil sie in der Umgehung der Volksabstimmung durch die Aufnahme der Dringlichkeitsklausel einen Abbau der Demokratie erblickte; sie forderte «Respektierung der Verfassung für die Einführung des Finanzprogramms (das ist Unterstellung des Bundesbeschlusses unter das Referendum)»<sup>67</sup>. «Der Parteivorstand beschloss mehrheitlich, das Finanzprogramm inhaltlich als ungenügend zu erklären und abzulehnen. Er gestattete aber ausdrücklich, dass die Mitglieder der Fraktion, die gewerkschaftlich am Programm interessiert waren, in der Schlussabstimmung zustimmen dürften. In Ausführung dieses Beschlusses hat die Fraktion den mehrfach erwähnten zehn Mitgliedern erlaubt, zuzustimmen»<sup>68</sup>.

Zu grösseren Unstimmigkeiten kam es bei der Auseinandersetzung über das *Staatsschutzgesetz*. Während in Parteikreisen befürchtet wurde, dieses Ordnungsgesetz könne auch zum Vorgehen gegen die Sozialdemokratie benützt werden, so war es in den Augen der Gewerkschaften in erster Linie eine Warnung an die Adresse der Fronten und der äussersten Linken. Der Parteivorstand der SPS beschloss am 4. November 1933, das Referendum gegen diese Gesetzesvorlage zu ergreifen – ohne die Beteiligung des Gewerkschaftsbundes<sup>69</sup>. Am sozialdemokratischen Parteitag vom 24./25. Februar 1934 fiel dann bei der Diskussion über das Staatsschutzgesetz<sup>70</sup> gegen die Politik des Gewerkschaftsbundes manche kritische Äusserung, und Parteipräsident Ernst Reinhard gab seiner Besorgnis über die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften Ausdruck; er sprach von einer «geradezu katastrophalen Zerrissenheit»<sup>71</sup>. Er gab aber auch deutlich zu verstehen, dass die sozialdemokratische Opposition gegen das Ordnungsgesetz nicht die Billigung mutwilliger Unruhen und Aufstände bedeute. Das schlechte Gesetz müsse jedoch fallen, «damit eine gerechte Ordnung, die grosse Ordnung der sozialen Solidarität durch die Arbeitenden aller Stände, bei uns geschaffen werden kann»<sup>72</sup>. Als am 11. März 1934 die Volksabstimmung mit einem überraschenden Erfolg der Sozial-

66) Vgl. R. Bratschi, *Die Krisenpolitik der Gewerkschaften*, S. 27 ff.

67) *Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934*, S. 10.

68) R. Bratschi, a.a.O., S. 32.

69) Vgl. *Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934*, S. 13.

70) Vgl. *Protokoll des Parteitags der SPS 1934*, S. 65-80.

71) *Ebenda*, S. 80.

72) *Ebenda*, S. 69.

demokratie endete, legte die Geschäftsleitung, um Missverständnisse bezüglich der Stellung der SPS zur Demokratie zu beseitigen, in einer Erklärung ein entschiedenes Bekenntnis zur Demokratie ab. «Infolge dieses Abstimmungsresultates (Verwerfung des Gesetzes über den Schutz der öffentlichen Ordnung, B. H.) veröffentlichte unsere Geschäftsleitung eine Erklärung, in der sie ein Bekenntnis zur Demokratie kundgibt und darauf verweist, dass sie schon vor dem 11. März für Massnahmen gegen ausländische Spitzel, gegen das Treiben von Agenten gewisser Staaten sich aussprach und die Notwendigkeit, die Bildung von bewaffneten, militärisch gedrillten Gruppen zu verbieten, sowie das Bedürfnis und die sozialen Ursachen von Ruhestörungen und Agitation geltend machte, wobei insbesondere die Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose und Jugendliche zu fördern sei»<sup>73</sup>.

#### 4. Militarismus und Landesverteidigung

Seit jeher hat sich die sozialistische Bewegung nicht nur die Abschaffung der Ausbeutung und Armut zum Ziel gesetzt, sondern auch die Überwindung des Krieges, und wenn die schweizerische Sozialdemokratie die Landesverteidigung ablehnte, so tat sie es in der Überzeugung, dass damit diesem Ziel am besten gedient sei. «Die schweizerische Arbeiterschaft hat die Landesverteidigung – mag ihre Stellungnahme richtig gewesen sein oder nicht – nicht deshalb abgelehnt, weil der Arbeiter seine Heimat und sein Vaterland weniger liebte als der Bürger. Ganz im Gegenteil, glaubte der schweizerische Arbeiter stets, dass seine kriegsfeindliche Einstellung und seine pazifistischen Methoden letzten Endes auch dem Lande dienen, das ihm sozial allerdings nicht alles bietet, was es ihm bieten könnte, das er aber in nicht minderem Masse schätzt und achtet als irgendeiner. Nie wäre ein ernsthafter Arbeiter oder ein Glied der schweizerischen Arbeiterbewegung fähig gewesen, das Land auch nur in einem kleinsten Dinge zu verraten. Nie hat sich der Schweizerarbeiter als Heimatloser gefühlt, und er war stets der Ansicht, ein besserer Bürger zu sein als etwa Leute, welche, sobald ihnen im Vaterland etwas nicht passt, das Portefeuille unter den Arm nehmen und das Kapital über die Grenze in abgabesichere Hut zu bringen wissen. Es ist also so – man muss das sehr unterstreichen –, dass die militärfeindliche Haltung der Schweizerarbeiterschaft nicht Feindschaft zu Heimat, Land und Volk gewesen ist, sondern Liebe zu aller menschlichen Kreatur schlechthin, über alle nationalen Grenzen hinaus»<sup>74</sup>.

73) Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934, S. 69/70.

74) F. Marbach, a.a.O., S. 128/29.



Wir haben im ersten Teil unserer Arbeit über den Antimilitarismus der schweizerischen Sozialdemokratie gesprochen und auch gesagt, dass nicht durchwegs Befriedigung darüber herrschte, dass sich die Partei auf die antimilitaristische Propaganda beschränkte. Anfang der dreissiger Jahre verminderte sich allerdings die Zahl jener Kritiker, die der Parteileitung in Bezug auf den antimilitaristischen Kampf zu grosse Zurückhaltung vorwarf, und es begann sich allmählich ein Umschwung der sozialdemokratischen Politik in der Wehrfrage anzubahnen. – Mit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland setzte dann innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die entscheidende Änderung in der Stellungnahme zur militärischen Landesverteidigung ein.

Angesichts der gegenüber 1917 völlig veränderten Situation konnte der Sozialdemokratie, die sich stets bemühte, ihre Politik den jeweils vorhandenen historischen Gegebenheiten anzupassen, eine Revision des Parteitagsbeschlusses aus dem Jahre 1917 eigentlich nicht schwerfallen. Es versteht sich aber, dass man sich nicht über Nacht von einer alten sozialistischen Parole lossagen konnte, nicht nur weil es in der Arbeiterbewegung neben der taktischen Beweglichkeit immer auch eine Tendenz zur dogmatischen Erstarrung gab, vielmehr weil in der Eidgenossenschaft die Ausstrahlungen der Frontenbewegung deutlich wurden. Zur Armee konnte die Arbeiterschaft noch nicht volles Vertrauen haben, die Erinnerung an den Einsatz militärischer Einheiten gegenüber der Arbeiterschaft war noch nicht ausgelöscht<sup>75</sup>, und wenn man sich in Offizierskreisen nicht überall von faschistischen Einflüssen freizuhalten wusste, so war dies auch nicht dazu angetan, das Misstrauen völlig zu beseitigen. War man zur Überzeugung gelangt, dass sich die Verteidigung der Demokratie gegenüber dem Faschismus lohne, so stellte sich nun die Frage, ob sich auch die Verteidigung einer mit faschistischen Tendenzen durchsetzten Demokratie rechtfertigen lasse, da ja gerade der Faschismus bekämpft werden sollte. «Die Hauptfrage wird somit die sein, wie man die soziale Struktur der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft einschätzt. Kommt man zur Überzeugung, dass der schweizerische Staat selbst faschistisch ist, dann wird jeder Versuch, diesen Staat durch die Arbeiter verteidigen zu lassen, scheitern. Freiwillig werden die Arbeiter niemals mitmachen»<sup>76</sup>.

75) Es muss in diesem Zusammenhang speziell an die blutigen Genfer Vorfälle vom 9. November 1932 erinnert werden. Wir wollen jedoch auf diese Ereignisse nicht eintreten, sondern verweisen auf die Dissertation von Jakob Ragaz, wo auch die entscheidenden Dokumente genannt werden. Vgl. J. Ragaz, Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz, S. 193 ff.

76) E. Reinhard, Zur Wehrfrage, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 5, S. 131.

Den Sozialdemokraten ging es deshalb in erster Linie darum, die Demokratie so umzuformen, dass sie als soziale Demokratie für die Arbeiterschaft wirklich verteidigungswert wurde.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Artikel von Ernst Reinhard, Arthur Schmid und Hans Oprecht im Januar-Heft 1934 der Roten Revue zu betrachten, die zwar die Landesverteidigung noch nicht vorbehaltlos bejahen, einer klaren Antwort ausweichen, in denen aber das Ringen um eine zeitgemässe Stellungnahme zur Landesverteidigung deutlich zum Ausdruck kommt und die den grundsätzlichen Entscheid des Parteitags im Jahre 1935 zweifellos zugunsten der Bejahung der Landesverteidigung beeinflusst und vorbereitet haben. Alle drei Artikel haben das gemein, dass sie den Kampf für die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie als vordringlichste Aufgabe bezeichnen. Diese Einstellung kann wohl erst richtig verstanden und in ihrer Bedeutung gewürdigt werden, wenn sie mit der aus der Planidee hervorgegangenen Forderung nach unmittelbarer und entschiedener sozialistischer Aktion in Zusammenhang gebracht wird, denn dann erkennt man, dass sich in der Arbeiterbewegung die Überzeugung durchgesetzt hatte, es könne sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet (Überwindung der Wirtschaftskrise) als auch auf politischem Gebiet (Abwehr der faschistischen Gefahr) nur *eine* wirkliche und dauerhafte Lösung geben: die Verwirklichung des Sozialismus.

In seinem Artikel zur Wehrfrage betont *Ernst Reinhard* nicht nur, dass die Schweiz «auf Gedeih und Verderb mit dem demokratischen Gedanken verknüpft» sei<sup>77</sup>, er glaubt auch, die Schweiz lasse sich gegen den Faschismus nur verteidigen, wenn sie zur sozialistischen Demokratie ausgebaut werde<sup>78</sup>. Allein, auf die Frage, ob die Arbeiterschaft die Schweiz, so wie sie ist, verteidigen soll oder nicht, gibt Ernst Reinhard keine klipp und klare Antwort. Für ihn lautet die Frage: «Sind wir bereit, die sozialistische Demokratie von morgen mit allen Mitteln zu verteidigen? Und darauf kenne ich nur eine Antwort: Ja»<sup>79</sup>.

77) Ebenda, S. 132.

78) Ebenda, S. 133. – In seiner Anfang 1934 erschienenen Broschüre über die Landesverteidigung, worin sich Ernst Reinhard noch eingehender als in seinem Artikel in der Roten Revue mit der sozialdemokratischen Stellungnahme zur Landesverteidigung befasst, schreibt Reinhard: «Die Voraussetzung für die Verteidigungsmöglichkeit des Landes ist geradezu die Errichtung der sozialistischen Demokratie; nur diese kann auch die gegen den Faschismus wirkliche Wehrform schaffen, weil es ihre eigene ist.» (E. Reinhard, Landesverteidigung? S. 50; im Original gesperrt.)

79) E. Reinhard, Zur Wehrfrage, S. 134.

Arthur Schmid gibt ohne Weiteres zu, «dass die bürgerliche Demokratie eine bessere Basis für die Entwicklung zur sozialen Demokratie bedeutet, als der faschistisch-mittelalterlich organisierte Staat»<sup>80</sup>. «Es würde sich also lohnen, eine bürgerlich-demokratische Staatseinrichtung zu verteidigen, als Entwicklungsbasis für die sozialistische Bewegung, wenn dieser bürgerlichdemokratische Staat etwas Feststehendes wäre. Das ist leider nicht der Fall»<sup>81</sup>. Es bestehe die Gefahr, dass die Demokratie abgebaut werde. Vor allem sei der Kampf um die Macht zu führen. Ein sozialistischer Staat müsse und könne dann verteidigt werden. Arthur Schmid bejaht jedoch nicht nur die sozialistische Landesverteidigung, d.h. die Verteidigung eines sozialistischen Staates, die militärische Landesverteidigung wäre auch in einem nicht-sozialistischen Staate denkbar, vorausgesetzt, dass die Sozialdemokratie in diesem Staat über einen entscheidenden Einfluss verfüge<sup>82</sup>.

In ähnlichem Sinne äussert sich auch Hans Oprecht: «Wir sind nicht der Meinung, dass die Arbeiterschaft nur einen sozialistischen Staat dem Faschismus gegenüber zu verteidigen habe. Wir sind der Meinung, dass die Arbeiterschaft einen Staat auch dann zu verteidigen hat, wenn sie gemeinsam mit den ihr nahestehenden Volksschichten darin an der Macht ist. Deswegen muss heute die Arbeiterklasse mit allen Mitteln dafür kämpfen, gemeinsam mit den Mittelschichten, den Kleinbauern, den Gewerbetreibenden, den Angestellten die politische Macht zu erlangen»<sup>83</sup>. «Aber jede gemeinsame Herrschaft von Arbeiterschaft und Mittelschichten verdient gegenüber faschistischen Angriffen verteidigt zu werden»<sup>84</sup>.

Wir wollten auf diese Artikel von Reinhard, Schmid und Oprecht hinweisen, weil sie deutlich die Entwicklungslinie aufzeigten, die nur zur Anerkennung der Landesverteidigung führen konnte. Wurden vorerst noch Vorbehalte gemacht, so sollten diese bald fallen gelassen werden und einem unbedingten Ja zur militärischen Landesverteidigung Platz machen. In der Folge zählten ja auch die Verfasser dieser Artikel zu den entschiedensten Befürwortern einer die militärische Landesverteidigung vorbehaltlos unterstützenden sozialdemokratischen Politik. – Das ei-

80) A. Schmid, Um die Revision der Beschlüsse des Parteitages 1917, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 5, S. 139.

81) Ebenda, S. 140.

82) Vgl. ebenda, S. 141/42.

83) H. Oprecht, Der Krieg droht! – Was tun? Rote Revue, 13. Jg., 1933/34, Heft 5, S. 149.

84) Ebenda, S. 150.

gentliche Bekenntnis zur Landesverteidigung brachte dann die am Luzerner Parteitag 1935 beschlossene und gebilligte Programmrevision<sup>85</sup>.

Mit der Programmrevision werden wir uns noch eingehend zu befassen haben. In diesem Zusammenhang geht es uns lediglich um den umstrittenen Abschnitt «Schutz der Demokratie». Parteipräsident Ernst Reinhard wandte sich in seinem grossen Referat über das neue Parteiprogramm am Luzerner Parteitag 1935<sup>86</sup> sowohl gegen die Pazifisten als auch gegen die Parteilinke, die in der alten Anschauung verharnte, dass sich die militärische Verteidigung nur im sozialistischen Staat rechtfertigen lasse<sup>87</sup>. «Weil die Arbeiterschaft nur kämpfen kann auf dem Boden der Demokratie», erklärte E. Reinhard, «ist diese Demokratie es auch wert, verteidigt zu werden gegen ihre Angreifer von aussen»<sup>88</sup>. Auch Arthur Schmid, E. Nobs, R. Bratschi und andere prominente Parteileute (Grimm konnte infolge Erkrankung am Parteitag nicht teilnehmen) sprachen sich zugunsten des vom Parteivorstand beantragten Programmabschnittes aus, der nach ausserordentlich lebhafter Diskus-

85) In derselben Januar-Nummer der Roten Revue wurden auch die Thesen zur Wehrfrage veröffentlicht, die von der vom Parteivorstand zu diesem Zweck eingesetzten Kommission entworfen wurden. Darin wird einmal mehr gesagt, dass die schweizerische Sozialdemokratie grundsätzlich Militarismus und Krieg ablehne; es wird aber auch die Bereitschaft zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten ausgesprochen. Der wirksamste Schutz bestehe «in einer entschlossenen Politik des sozialen Fortschrittes» und «in einer mutigen und würdigen Zurückweisung aller faschistischen Übergriffe und aller geistigen und ideologischen Beeinflussungsversuche, die auf eine moralische Aussöhnung mit der Gedankenwelt des Faschismus hinauslaufen.» «Falls trotz einer solchen Politik faschistische Horden des Auslandes die Rechte und Freiheiten der Schweiz durch territoriale Angriffe bedrohen sollten, erachtet die SPS auch eine mit den Mitteln der militärischen Gewalt organisierte Notwehr für berechtigt und wird ihr im Interesse der proletarischen Klassenverteidigung die Zustimmung nicht versagen.» (Die Thesen zur Wehrfrage, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 5, S. 152.)

86) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 99-116.

87) Als Wortführer der Linken sprach Fritz Schneider (vgl. Protokoll, S. 126 ff., sowie F. Schneider, Zur Wehrfrage, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 5, S. 164-172), während für die pazifistische Minderheit E.-Paul Graber das Wort ergriff (Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 139 ff.). R. Grimm schrieb über die beiden Minderheiten: «Mit Redewendungen, wenn die Sozialdemokratie einmal an der Macht sei, werde sie *auch* für den Grenzschutz eintreten, machen wir uns einfach lächerlich. Wir können auch nicht, wie es eine zweite Minderheit vorschlägt, 'die zwingende Notwendigkeit anerkennen, die Unabhängigkeit des Landes gegen jede Gefahr, die ihr von aussen droht, zu schützen', und gleichzeitig die Frage ignorieren, was wir konkret tun werden, wenn diese Gefahr unmittelbar wird.» (R. Grimm, Randglossen zur Programmdebatte, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 5, S. 152.)

88) Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 113.

sion mit 382 gegen 294 Stimmen angenommen wurde<sup>89</sup>. Der entscheidende Passus des neuen Programms lautet: «Zur Abwehr drohender Gefahren faschistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für die staatliche Selbständigkeit bildet, anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet und, um seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muss. Für eine solche Wehr ist die Sozialdemokratische Partei zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel bereit»<sup>90</sup>.

Ernst Reinhard erklärte nach dem Parteitag: «*Die Partei hat in der Militärfrage eine eigene Haltung eingenommen!*»<sup>91</sup> Es wurde die Landesverteidigung bejaht, wenn auch nicht ohne Vorbehalte und ohne zum Vornherein alle vom Bürgertum getroffenen und empfohlenen Massnahmen auf dem Gebiete der Landesverteidigung zu billigen<sup>92</sup>. Das neue Programm, sagt Robert Grimm, bejaht die Landesverteidigung, «auch wenn sie zunächst nicht der Verteidigung des Sozialismus oder eines sozialistischen Staates, sondern vorerst nur der Verteidigung der demokratischen Volksrechte und der Neutralität dient. *Oh diese Voraussetzung zutrifft, darüber entscheidet die Partei, die sie auf st eilt*»<sup>93</sup>. Es behält sich die Partei «das selbstverständliche Recht vor, die einzelnen Forderungen der Regierung oder des Parlaments zu prüfen und, vom Einzelfall ausgehend, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen»<sup>94</sup>. Von diesem Recht machte die SPS am Luzerner Parteitag gleich Gebrauch und beschloss mit 343 gegen 220 Stimmen, für die am 24. Februar 1935 zur Volksabstimmung gelangende Wehrvorlage (Verlängerung der Rekrutenschule) die Nein-Parole herauszugeben<sup>95</sup>.

Schon vor dem Parteitag hatte Arthur Schmid darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die SPS zur Landesverteidigung eine positive Stellung einnehme, denn

89) Ebenda, S. 216.

90) Parteiprogramm der SPS 1935, Abschnitt «Schutz der Demokratie».

91) E. Reinhard, Der Parteitag hat gesprochen, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 6, S. 179.

92) Die Bestimmungen des Parteiprogramms «über den Schutz der Demokratie enthielten allerdings noch ein Bekenntnis zur Landesverteidigung mit gewissen Vorbehalten.» (H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, S. 8.)

93) R. Grimm, Randglossen zur Programmdebatte, S. 151.

94) R. Grimm, Eine neue Politik, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 8, S. 255.

95) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 231. – Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung mit geringem Mehr gutgeheissen.

dann könne sie an der Landesverteidigung des bürgerlichen Staates viel wirksamer Kritik üben. «Sie wird jetzt aufzeigen können, dass zur *Landesverteidigung die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Landes-Verteidigung gehören*. Sie wird feststellen können, dass eine *frontistisch-faschistische Einstellung der Offiziere und anderer Machthaber die Landesverteidigung untergräbt und das Land an den Abgrund des Unterganges bringt*. Die Massen der Werktätigen werden erkennen lernen, dass diese Führung geändert werden muss, und dass eine wirkliche Landesverteidigung nur dann möglich ist, wenn man die *Freiheitsrechte* dem Volke erhält, ihm eine richtige Existenz garantiert, das *eigene Land zur wirklichen Heimat aller macht*. Die Menschen werden begreifen, dass jene, die die Existenz verschlechtern, faschistische Ideen propagieren, die Freiheitsrechte dem Volke rauben wollen, die *Totengräber des eigenen Volkes und des eigenen Landes sind*»<sup>96</sup>.

Der Luzerner Parteitag hatte die Stellung der Sozialdemokratie nur im Grundsätzlichen umschrieben, noch fehlte eine klare Konzeption der Landesverteidigung, die die Sozialdemokraten der bürgerlichen Vorstellung hätten entgegenhalten können<sup>97</sup>. Immerhin war von Anfang an klar, dass die Sozialdemokraten das Problem der Landesverteidigung nicht vom ausschliesslich militärischen Gesichtspunkt aus lösen wollten<sup>98</sup>. Dass der Anpassungsprozess noch im Flusse war und die Neuorientierung durch alte gefühlsmässige Bindungen stark verzögert wurde, zeigte sich deutlich bei der Auseinandersetzung im Jahre 1936 über die vom Bundesrat verlangten Wehrkredite in der Höhe von 235 Millionen Franken. Am 16. Mai 1936 stimmte der Parteivorstand mit 39 gegen 14 Stimmen diesen Krediten zu, forderte aber, «weil für eine umfassende Landesverteidigung unerlässlich:

- a) die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die staatliche Kontrolle der für die Rüstungszwecke arbeitenden Nebenindustrien;

96) A. Schmid, Zur Wehrfrage, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 3, S. 91.

97) Vgl. E. Reinhard, Zur Aktion der Partei, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 7, S. 237.

98) «Wer die Landesverteidigung will», sagt Robert Grimm, «wer sie ernsthaft will, muss die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände so gestalten, dass sich an ihnen der Verteidigungswille entzünden kann.» (Berner Tagwacht, Nr. 274, 22. November 1933.) Diese Auffassung haben die Sozialisten in allen Ländern immer wieder, auch während der Aufrüstungsperiode nach dem zweiten Weltkrieg, vertreten und darauf hingewiesen, dass ob der militärischen Seite der Landesverteidigung die Sicherung der Lebenshaltung und die soziale Wohlfahrt weder vergessen noch vernachlässigt werden dürfen, da davon in hohem Masse der Verteidigungswille eines Volkes abhängen wird.

- b) die Indienstellung der für Heereslieferungen arbeitenden Fabriken, unter Ausschluss von Sonderprofiten;
- c) eine Wirtschaftspolitik schon in der Friedenszeit, die den Bürger vor Not und Entbehrung schützt und ihm auch in der Krisenzeit eine ausreichende Existenz ermöglicht;
- d) eine Finanzpolitik, die die grossen Vermögen und Einkommen für die Kostendeckung der neuen Wehrmassnahmen heranzieht, sei es in der Form einer besonderen Wehrabgabe oder in der Form einer umfassenden Wehranleihe zu niedrigem Zinsfuss zugunsten der militärischen und der wirtschaftlichen Landesverteidigung;
- e) Ausmerzung aller faschistischen Einflüsse in der Armee und auf dieser Grundlage Gleichberechtigung aller Wehrpflichtigen zur Bekleidung von militärischen Chargen nach Eignung und Fähigkeiten;
- f) Verbot aller faschistischen und halbfaschistischen Organisationen, die andere Staaten im Interesse ihrer höheren Kriegsbereitschaft auf Schweizer Boden unterhalten;
- g) Bekämpfung aller innerpolitischen Tendenzen, die, im Widerspruch zum schweizerischen Volkswillen, eine Verkümmern der demokratischen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürger und die Ausschaltung des Einflusses der verfassungsmässigen Instanzen auf den Staat und seine Politik anstreben»<sup>99</sup>.

Am Zürcher Parteitag 1936 trugen aber die Gegner der Wehrkredite (Antrag Schneider-Nicole-Nägeli-Graber) mit einem Zufallsmehr von 263 gegen 255 Stimmen gegenüber dem Antrag der Mehrheit des Parteivorstandes den Sieg davon<sup>100</sup>. Wenn E. Reinhard erklärte, die Wehrkredite würden nicht dem Bundesrat bewilligt, sondern dem Land<sup>101</sup>, so sagte F. Schneider: «Mit der Bewilligung dieser Kredite dienen wir nicht der Verteidigung der Demokratie, nicht der Verteidigung der Rechte und Freiheiten unseres Volkes, sondern ihren Feinden im Bundesrat, die diese als Ermutigung für ihre Politik betrachten»<sup>102</sup>. E.-Paul Graber gab unter Beifall der Befürchtung Ausdruck, dass diese Armee, der man 235 Millionen Franken bewilligen sollte, gegen die Arbeiterschaft verwendet werden könnte und betonte, die Partei müsse gerade in dieser schweren Zeit den Ideen der Humanität treu bleiben<sup>103</sup>. Ernst Nobs beurteilte die Gegner der Wehrkredite wohl richtig, wenn er (noch vor dem Parteitag) schrieb, es wünsche «wohl auch die Minderheit, soweit es sich nicht um Antimilitaristen aus religiösen Gründen handelt, gar nicht, dass die Viertelmilliarde Rüstungskredite verworfen werde. Die Minderheit meint vielmehr,

99) Protokoll des Parteitags der SPS 1936, S. 9/10. (Aus den Thesen des Parteivorstandes zur «Aussenpolitik und Wehrfrage».)

100) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1936, S. 67.

101) Ebenda, S. 48.

102) Ebenda, S. 51.

103) Ebenda, S. 55.

diese Kredite würden auch ohne unsere Zustimmung beschlossen, und es läge daher besser in der Linie oppositioneller Politik, sie abzulehnen, als – wie gesagt worden ist – durch die Zustimmung dem Bundesrat eine Vertrauenskundgebung vor die Füsse zu legen»<sup>104</sup>.

Der Entscheid des Parteitags 1936 hatte die *Verlegung des Vororts der SPS von Bern nach Zürich* zur Folge. Nachdem schon vor dem Parteitag Ernst Reinhard, der das Parteipräsidium seit 1919 innehatte, zufolge seiner Wahl zum Gemeinderat der Stadt Bern als Parteipräsident demissionierte, wurde Robert Grimm als neuer Präsident in Aussicht genommen<sup>105</sup>. Die Ablehnung der Wehrkredite veranlassten jedoch Grimm, Giovanoli, Ilg, Reinhard und Frau Bögli, eine Wiederwahl in die Geschäftsleitung abzulehnen. «Als eine schwache Mehrheit sich gegen die Militärkredite aussprach, erklärten die Genossen des bisherigen Vorortes Bern, eine Wiederwahl nicht annehmen zu können. Man übertrug dem Parteiausschuss die Vorbereitung der Wahl eines neuen Vorortes, eines Parteipräsidenten und eines Zentralsekretärs, sowie die Einsetzung ständiger Kommissionen. Der Parteiausschuss schlug Zürich als neuen Vorort vor. Genosse Hans Oprecht wurde als neuer Parteipräsident berufen ...»<sup>106</sup>. Der Parteitag 1937 wählte Werner Stocker zum neuen Zentralsekretär.

So hatte nach dem grundsätzlichen Luzerner Entscheid die Auseinandersetzung über die Wehrfrage nochmals eine Zuspitzung erfahren. Eine Parteikrise wurde aber, trotz des heftigen Aufeinanderprallens der Meinungen, nicht ausgelöst. «Heute können wir es mit voller Gewissheit aussprechen, dass die Wehrfrage keine Parteikrise heraufbeschworen hat und es auch in Zukunft nicht tun wird»<sup>107</sup>.

Es wäre auch falsch, wenn man auf Grund des Zufallsentscheids des sozialdemokratischen Parteitags im Jahre 1936 behaupten wollte, dass die schweizerische Sozialdemokratie mit der Bejahung der Landesverteidigung lediglich ein taktisches Manöver vollzogen habe. Die SPS handelte zweifellos richtig, als sie die Landesverteidigung bejahte, und ihr Bekenntnis war nicht bloss Lippenbekenntnis, wofür sie im Jahre 1937 einen unmissverständlichen Beweis erbrachte, indem sie der

104) E. Nobs, Der Parteitag der Wehrkredite, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 10, S. 339.

105) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1935, S. 9, und Geschäftsbericht pro 1936, Seite 4/5.

106) Geschäftsbericht der SPS pro 1936, S. 5.

107) E. Nobs, Partei und Wehrfrage, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 11, S. 374.



Richtlinienbewegung beitrug und «dabei ausdrücklich die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung ohne jede Bedingung anerkannte»<sup>108</sup>.

## 5. Die Revision des Parteiprogramms

Die neuen Tendenzen und Erkenntnisse, die sich vor allem seit 1933, dem Jahr der entscheidenden Wende<sup>109</sup>, innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie in immer stärkerer Masse durchsetzten und die wir in unseren bisherigen Ausführungen aufgezeigt haben, fanden in dem vom Luzerner Parteitag 1935 angenommenen Parteiprogramm ihren programmatischen Niederschlag<sup>110</sup>. Damit kam eine Periode der schweizerischen Arbeiterbewegung zum Abschluss, in deren Verlauf tiefgehende Meinungsverschiedenheiten und manche theoretische Unklarheit die praktische Tätigkeit der Partei zur Umgestaltung der Schweiz gehemmt hatten. Das neue Programm bildete den Ausgangspunkt für eine äusserst fruchtbare Entwicklung. Nun konnte sich die Sozialdemokratie, da sie sich vorbehaltlos auf den Boden des demokratischen Rechtsstaates stellte, mit aller Kraft – und unter Ausnützung aller von der modernen Wirtschaftstheorie zur Verfügung gestellten Mittel – für die demokratische Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen.

Bei seiner Begründung der Programmrevision am Luzerner Parteitag ging Ernst Reinhard von den vier Pfeilern des Parteiprogramms aus dem Jahre 1920 aus:

1. Der Glaube an den Zusammenbruch des Kapitalismus und die bevorstehende Weltrevolution;
2. der Glaube, das Proletariat werde alleiniger Träger der neuen Gesellschaftsordnung sein und seine Herrschaft in der Form der Diktatur des Proletariats errichten;
3. der Glaube an die Internationale und
4. der Glaube an die Abrüstung<sup>111</sup>.

108) H. Oprecht, a.a.O., S. 8.

109) «Das Jahr 1933 bedeutet eine *entscheidende Wende der europäischen Arbeiterbewegung*, eine tiefgreifende Zäsur.» «Die Arbeiterbewegung muss neu geboren, ja geradezu neu geschaffen werden. Vor allem geistig.» (E.J. Walter, Konservativer Radikalismus, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 2, S. 72.)

110) In der Parteivorstandssitzung vom 21. April 1934 wurde die Programmrevision mit 28 gegen 16 Stimmen beschlossen (vgl. Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934, S. 63), und im Laufe des Jahres 1934 nahm das von Robert Grimm verfasste Programm feste Gestalt an.

111) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 99/100.

Diese vier Pfeiler erwiesen sich aber nicht als tragfähig. «Und da, Genossen, ist es für jede Partei äusserst schmerzlich, festzustellen, dass sie sich, wie andere, in wesentlichen Dingen geirrt hat»<sup>112</sup>. Der Kapitalismus ist nicht zusammengebrochen. Das Proletariat ist nicht zur Macht gelangt. Die internationale Abrüstung wurde nicht Wirklichkeit. Die gespaltene Internationale konnte keinen entscheidenden Machtfaktor darstellen. – Das neue Programm musste deshalb von einer anderen Konzeption getragen sein. Es widerspiegelt, wie das alte Parteiprogramm, eine bestimmte historische Situation. «Der Programmentwurf geht vom *Boden der Wirklichkeit*, und zwar der eigenen, nicht einer fremden Wirklichkeit, aus. Er schildert die neue Epoche, in die wir durch das Aufkommen des Faschismus eingetreten sind. Er korrigiert das alte Programm, wo es mit den neuen Entwicklungsstatsachen in Widerspruch steht. Er erweitert es dort, wo sich die Partei den neuen Verhältnissen anzupassen hat. Er bricht mit der Auffassung, als ob die Emanzipation nur und nur das alleinige Werk der Arbeiterklasse sein könne, und schafft einen neuen Begriff für die Bildung der Front der Ausgebeuteten: *den Begriff der antikapitalistischen Front*. Für oder wider den Kapitalismus, das ist die Hauptthese, die den ganzen Entwurf beherrscht»<sup>113</sup>.

So findet denn die *neue Konzeption im Gedanken der Zusammenfassung aller antikapitalistischen Kräfte Ausdruck*. Auf die Diktatur des Proletariats wird ein für allemal verzichtet. Das bewusste Abrücken von der engen Bindung an die Interessen der Arbeiterschaft ist ein wesentliches Merkmal des neuen Programms. Aus der Erkenntnis, dass die zu erstrebende Gesellschaftsordnung nicht nur auf dem Proletariat beruhen kann, die Arbeiterschaft allein kaum imstande sein dürfte, die Macht im Staate auf demokratischem Wege zu erobern, ergab sich die Notwendigkeit, eine neue Basis für den Kampf gegen Faschismus und Finanzkapital und für den Sozialismus zu finden. «Darum weg von der rein klassenmässigen Bindung, hinüber von der proletarischen Diktatur zur weiter gespannten Volksfront der Arbeit, zur Solidarität aller Volksgenossen, die arbeiten und mit uns vom Fascismus bedroht sind, von der Krise zerrieben werden»<sup>114</sup>. «So bleibt eine Methode und ein Ziel; die Methode der Solidarität aller Opfer der Krise; das Ziel aber ist die sozialistische Demokratie der Schweiz. Und wir haben einen Feind: wir haben das Finanzkapital

112) Programmrede von Parteipräsident Ernst Reinhard am Parteitag 1935, Protokoll, S. 101.

113) R. Grimm, Randglossen zur Programmdebatte, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 5, S. 146/47.

114) Programmrede von E. Reinhard, a.a.O., S. 106.

und den von ihm ausgehaltenen Fascismus als Feind, und diesen Feind haben wir im Kampfe niederzuringen. Es gibt keine Solidarität mit diesem Gegner»<sup>115</sup>.

Dass die Sozialdemokratie eine über die unmittelbaren Interessen des Proletariats hinausgehende Mission zu erfüllen habe, im Sinne einer menschheitsgeschichtlichen und humanitären Aufgabe, kommt in den dem Parteiprogramm vorausgeschickten Grundsätzen zum Ausdruck. «Endziel, Mittel und Weg, das Streben nach der Verwirklichung einer sozialistischen Demokratie heben die Sozialdemokratie aus dem Rahmen einer politischen Partei weit hinaus. Als Volkspartei ist sie die Fahnenträgerin des grossen Kulturkampfes aller ausgebeuteten Schichten für die Erringung der vollen Menschenrechte und für die Schaffung einer wirklichen Volksgemeinschaft. Deshalb besteht das letzte Ziel der Sozialdemokratie in der Aufhebung der Klassen und in der Wohlfahrt und der gesicherten Zukunft des ganzen Volkes.»

*Der erste Teil des Programms*, eine Darstellung und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, zeigt deutlich den Unterschied zum Parteiprogramm von 1920. Im Zentrum der sozialistischen Kritik am Kapitalismus steht nun die Wirtschaftskrise, als dem krassesten Beispiel für das Unvermögen, dem Volke im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dauernde Beschäftigung und Wohlstand zu garantieren. Dabei gilt die Kritik ganz besonders dem *Finanzkapital*. «Weil die Verfügungsgewalt über das Finanzkapital und die Produktionsmittel, statt bei der Volksgemeinschaft, bei der profitsüchtigen kapitalistischen Klasse liegt, kann die Dauerkrise nicht überwunden werden. Der Kapitalismus schafft durch seine innern Widersprüche immer neue Voraussetzungen für die Verschärfung der Wirtschaftskrise»<sup>116</sup>. Durch planmässige Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit soll der Arbeitslosigkeit gesteuert werden; aber eine «vollständige Befreiung der Menschheit von der Geissel der Arbeitslosigkeit ist nur möglich durch die Aufhebung der Verfügungsgewalt der Privaten über die Produktionsmittel und ihre Übertragung an die Gesamtheit des Volkes. Gemeinsam mit dem Kampf für die Arbeitsbeschaffung, für die Herabsetzung der Arbeitszeit und für eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge fördert die Sozialdemokratie unter den Arbeitslosen die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit einer vollständigen Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der sozialistischen Gemeinwirtschaft»<sup>117</sup>.

Ist ein Hauptstoss des Angriffs gegen das Finanzkapital gerichtet, so gilt der andere dem *Faschismus*. Die auf Terror und Willkürherrschaft gegründete faschis-

115) Ebenda, S. 106/07.

116) Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Niedergang der Wirtschaft».

117) Ebd., Abschnitt «Die Arbeitslosen» (im zweiten Teil des Parteiprogramms).

tische Diktatur wird mit schärfsten Worten kritisiert. Der Faschismus sei nicht nur «der Ausdruck der niedergehenden kapitalistischen Gesellschaft», sondern auch die «Kriegsgefahr in Permanenz»<sup>118</sup>. Es wird darauf hingewiesen, dass in der Schweiz gewisse bürgerliche Kreise in einen Abbau der Demokratie einwilligen, angeblich um diese zu retten. «Massgebende Vertreter der bürgerlichen Demokratie suchen mit den Fronten zu paktieren, weil sie sich durch die wachsende Bewegung der notleidenden Arbeitermassen bedroht fühlen. Sie suchen die Demokratie abzubauen und damit den Faschisten entgegenzukommen. Sie finden in diesem Bestreben Unterstützung bei den kleinbürgerlichen Demokraten, die vorgeben, die Demokratie durch ihren Abbau retten zu können»<sup>119</sup>.

*Der zweite Teil des Programms* befasst sich mit dem Weg zum Sozialismus, wobei gleich zu Beginn die Notwendigkeit einer neuen Volksmehrheit, die auf antikapitalistischer Grundlage zu schaffen wäre, hervorgehoben wird<sup>120</sup>. Dass sich das Parteiprogramm nicht nur an die Arbeiterklasse richtet, ist schon rein äusserlich daraus ersichtlich, dass neben den Arbeitslosen, den werktätigen Frauen und den werktätigen Jugendlichen auch dem Mittelstand und den Bauern spezielle Abschnitte gewidmet sind. Ausdrücklich wird «das als Arbeitsmittel dienende Eigentum» anerkannt. «Die Sozialdemokratie anerkennt das als Arbeitsmittel dienende Eigentum ausdrücklich, lehnt seine Sozialisierung ab und tritt für eine wirksame öffentliche Hilfe an die bedrängten Mittelschichten im Rahmen des allgemeinen Interesses des arbeitenden Volkes ein»<sup>121</sup>.

118) Ebenda, Abschnitt «Der Faschismus». – Die «Fronten», wie man die Ableger der nationalsozialistischen Bewegung in der Schweiz bezeichnete, werden als «Schrittmacher der politischen Reaktion» abgestempelt. (Ebenda, Abschnitt «Bürgerliche Demokratie und politische Reaktion».)

119) Ebenda, Abschnitt «Bürgerliche Demokratie und politische Reaktion».

120) Es wird auch gesagt, wie diese neue Volksmehrheit zu erringen sei. «Die neue, sozialistische Volksmehrheit muss errungen werden:  
durch Betätigung des ehrlichen Willens gegen jede Verschlechterung der sozialen Errungenschaften,  
durch den unablässigen Kampf für die Entwicklung des sozialen Fortschrittes und einer der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Einzelnen angepassten Lastenverteilung des öffentlichen Gemeinwesens,  
durch den Schutz der Rechte und Freiheiten des Volkes und ihrer Erweiterung, durch den Kampf für den Plan der Arbeit, der, ausgehend von den durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst geschaffenen Tatsachen, planmässig den Übergang zur sozialistischen Gemeinschaft in Angriff nimmt und dabei den geschichtlichen Besonderheiten und der Struktur der Wirtschaft Rechnung trägt.» (Ebenda, Abschnitt «Sammlung der Volksmehrheit».)

In diesem zweiten Programmteil ist der Abschnitt über die Demokratie von besonderem Interesse, wird doch darin das *Verhältnis der SPS zur Demokratie* umschrieben. Es wird betont, dass die Sozialdemokraten die Demokratie als Grundlage ihrer Tätigkeit annehmen und mit den Mitteln der Demokratie kämpfen. Gleichzeitig wird auf die Bedrohung der demokratischen Rechte und Freiheiten hingewiesen und zur Rettung der Demokratie ihre «Weiterentwicklung von der politischen zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie» gefordert. «Die Weiterentwicklung der schweizerischen Demokratie bedarf einer neuen Volksmehrheit. War diese Mehrheit in der Vergangenheit auf kapitalistischen Kräften begründet, muss sie in der Zukunft auf den Opfern des Kapitalismus, also auf antikapitalistischer Grundlage beruhen und von sozialistischer Erkenntnis geleitet werden»<sup>122</sup>. – In diesem *eindeutigen Bekenntnis zur Demokratie* liegt ja die eigentliche, die entscheidende Bedeutung der ganzen Programmrevision. Dies ist auch die Meinung von Robert Grimm: «Die tiefere Bedeutung des Parteitag liegt auf einem ganz andern Gebiete als auf dem der Militärfrage. Sie liegt im Bekenntnis zur Demokratie und zum Staat»<sup>123</sup>. Und dieses Bekenntnis zur Demokratie erhält sein ganz besonderes Gewicht dadurch, dass in dieser so wichtigen Frage in der Partei kaum Meinungsverschiedenheiten bestanden. «Und diese beiden Probleme: Ersetzung der Vormacht des Proletariats durch die Volksfront der Arbeit, der Diktatur durch die wirtschaftliche Demokratie, haben am Parteitag überhaupt keine Diskussion mehr hervorgerufen!»<sup>124</sup>

*Der dritte und letzte Programmteil* ist mit «Die sozialistische Gesellschaft» überschrieben und behandelt das sozialistische Werden und die sozialistische Vollendung. Neben den in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten objektiven Voraussetzungen des Sozialismus wird der entscheidende Faktor des menschlichen Wollens herausgestrichen. «Drängen die objektiven Verhältnisse zwangsläufig zu

121) Ebenda, Abschnitt «Der Mittelstand und die Bauern». Aus diesem Abschnitt geht deutlich hervor, dass die Sozialdemokratie entschieden für Schutz und Hilfe zugunsten der in Not geratenen Bauern, Gewerbetreibenden, Händler und anderer mittelständischen Schichten eintritt, wobei besonders die Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe unterstrichen wird. – In dem schon zitierten Werk «Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten» schrieb Fritz Marbach: «Diese Tatsache, dass die Arbeiterschaft nicht Gegner der mittelständischen Existenz sein will, müsste einmal programmatisch niedergelegt sein, damit eine Missdeutung der proletarischen Politik ohne sichtbare Böswilligkeit nicht mehr möglich wäre.» (S. 50.) Dieser Forderung dürfte im neuen Parteiprogramm Genüge getan sein!

122) Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Die Demokratie».

123) R. Grimm, Eine neue Politik, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 8, S. 255/56.

124) E. Reinhard, Der Parteitag hat gesprochen, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 6, S. 178.

einer gesellschaftlichen Umgestaltung, so sind für ihre Durchführung die Willensbildung und die Kampffentschlossenheit gegen die ihr entgegenwirkenden Kräfte Bedingung.» «Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft kann darum nicht das fatalistische Produkt einer mechanisch sich vollziehenden Entwicklung sein. Sie erheischt vielmehr die ganze Hingabe und Opferfreudigkeit des sozialistisch denkenden Menschen für die Ziele des Sozialismus»<sup>125</sup>.

Das Parteiprogramm endet mit folgendem Satze: «So verwirklicht die sozialistische Gesellschaft in ihrer Vollendung das tiefste Sehnen und die höchsten Ziele der Menschheit»<sup>126</sup>. Dieser Schlusssatz scheint uns recht bedeutungsvoll, geht doch aus der Formulierung «das tiefste Sehnen und die höchsten Ziele der Menschheit» hervor, dass es dem Sozialismus letztlich um die Verwirklichung einer Idee geht, worauf in dieser Zeit vor allem Hendrik de Man hingewiesen hat. In seiner 1933 erschienenen «Sozialistischen Idee» schrieb de Man: «Wenn einerseits die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung gegeben ist, andererseits die menschliche Natur und die von der Menschheit akkumulierte Kulturerbmasse an sittlichen Urteilsnormen, Rechtsgefühlen und Erkenntnisinhalten überhaupt, so muss daraus die sozialistische Idee mit derselben elementaren Kraft hervorgehen, wie beim Schiffbrüchigen die Idee der Rettung oder beim Gefangenen die Idee der Befreiung. Es gibt nur ein den Menschen zugängliches Mittel, die sozialistische Idee zu überwinden: das ist, die Verhältnisse aufzuheben, gegen die sich der Sozialismus auf lehnt und damit den Sozialismus zu verwirklichen; denn verwirklichte Ideen sind gestorbene Ideen. Solange man das nicht tut, könnte man alle Sozialisten töten und alle bestehende sozialistische Literatur vernichten – die Idee des Sozialismus würde trotzdem wieder auferstehen»<sup>127</sup>.

Der Sozialismus erwächst nicht einfach aus dem Interessenkampf des Proletariats, wie dies die ältere sozialistische Theorie zumeist annahm<sup>128</sup>; das sozialistische

125) Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Das sozialistische Werden».

126) Ebenda, Abschnitt «Die sozialistische Vollendung».

127) H. de Man, a.a.O., S. 242.

In seiner nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Schrift «Vom Standort des schweizerischen Sozialismus» schrieb Mathias Eggenberger: «Was der Sozialismus anstrebt, ist im tiefsten Grunde nicht die Verwirklichung einer Theorie, sondern die Erfüllung eines Jahrhunderte alten ethischen Prinzips: der Gerechtigkeit im Zusammenleben aller Einzelmenschen und aller Menschengruppen in einer neuen Gesellschaftsordnung. Verwirklichung des Sozialismus bedeutet Erfüllung des grundlegenden Postulates und Ideals aller Ethik überhaupt, bedeutet damit aber auch Erfüllung alles dessen, was an grundlegenden Werten in unserer menschlichen Kultur überhaupt enthalten ist.» (S. 21; im Original Kursivschrift.)

Ziel entspringt vielmehr einer Idee, die in dieser oder jener Form lebendig war, lange bevor das Proletariat zu deren Träger wurde. Diese Idee lässt sich rein rational nicht völlig erfassen, doch kann man zum mindesten so viel sagen, dass sie Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlfahrt in sich schliesst. Im Zeitalter des Kapitalismus versucht das Proletariat mit andern Mitteln das zu verwirklichen, worum sich schon in der Vergangenheit die Menschen bemühten. «Am heutigen Ende der Entwicklung, in der die humanistische Idee sich entfaltete und immer konkreteren Verwirklichungen nachstrebte, steht die sozialistische Auffassung, die das vom Christentum gesteckte Ziel – die Überwindung der Angst der Menschen vor Menschen durch die Brüderlichkeit – auf einem neuen Wege zu verwirklichen sucht»<sup>129</sup>.

Wie sehr sich das neue Parteiprogramm der schweizerischen Sozialdemokratie vom Programm aus dem Jahre 1920 unterscheidet, dürfte aus unsern Ausführungen wohl klar geworden sein. Es sind nicht so sehr die einzelnen Forderungen, die den Unterschied ausmachen, als vielmehr die ideelle Grundkonzeption, auf der das Programm beruht. – Wenn auch das neue Parteiprogramm nicht ausdrücklich für oder gegen den Marxismus Stellung nimmt, so ist doch offensichtlich, dass man sich dem Marxismus weniger verpflichtet fühlt als früher. Da die Frage nach der *Beziehung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Marxismus* immer wieder gestellt wird, wollen wir darauf noch etwas näher eingehen, ohne aber den Versuch zu unternehmen, dieses vielschichtige Problem erschöpfend zu behandeln<sup>130</sup>.

Die Sozialdemokratie konnte an der Tatsache nicht vorbeisehen, dass die Geschichte wesentliche Bestandteile der marxistischen Lehre *nicht* bestätigt hat. Besonders der erste Weltkrieg hat manche Anschauung des marxistischen Sozialismus als Illusion enthüllt, denken wir nur etwa an die These von der internationalen So-

128) In «Der Weg zur Macht» schrieb Robert Grimm: «Auch der Sozialismus wird nicht die Frucht der Einsicht und der Vernunft der Menschen sein. Er entsteht nicht, weil die Menschen finden, der Sozialismus sei besser als der Kapitalismus. Dieses Bewusstsein setzt sich in einzelnen Köpfen fest, den breiten Massen fehlt es. Der Sozialismus ist eine Frage der unmittelbaren Interessen und Verhältnisse und damit eine Frage der Wirksamkeit dieser Faktoren auf das menschliche Handeln.» (R. Grimm, *Der Weg zur Macht*, Zürich 1932, S. 19.)

129) H. de Man, a.a.O., S. 223.

130) Bis heute wurde leider keine Untersuchung veröffentlicht, die abzuklären versucht, welche Ideen die SPS vom Marxismus übernommen hat und wo die schweizerische Sozialdemokratie andere, eigene Wege gegangen ist.

lidarität des Proletariats oder an die Vorstellung einer zwangsläufigen Entwicklung zum Sozialismus, wozu Fritz Sternberg schreibt: «Zerstörte der erste Weltkrieg so die bürgerlichen Vorstellungen, dass Kapitalismus gleich Fortschritt sei, so zerstörte er bei den sozialistischen Arbeitern die Vorstellungen, dass auf den Kapitalismus der Sozialismus folgen *müsse*»<sup>131</sup>.

Wir sind der Ansicht, dass die Irrtümer in den Marxschen Theorien und Prognosen ihre Ursache nicht zuletzt in Marxens Vorstellung vom Wesen des Menschen haben. Für Marx ist der Mensch ein rationales Wesen<sup>132</sup>, eine Annahme, die deutlich auf die Verwurzelung der Marxschen Lehre im rationalistisch-optimistischen Zeitgeist des 18. und 19. Jahrhunderts hinweist. Marx glaubte, das Verhalten der Menschen werde durch seine Interessen bestimmt, das Verhalten der Klassen richte sich nach den Klasseninteressen. Hat aber die Arbeiterklasse immer gemäss ihren Klasseninteressen gehandelt? Diese Frage wird man wohl schwerlich bejahen können. Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte hat in geradezu tragischer Weise gezeigt, wie sich die menschliche Verhaltensweise von irrationalen Elementen beeinflussen lässt. Neben dem Interesse sind eben Sitte, Lebens- und Glaubensformen, Gefühle ganz allgemein wesentliche Bestimmungsfaktoren menschlichen Verhaltens.

Auf diese allzu vereinfachende und zu einseitige Annahme vom Wesen und Verhalten des Menschen wollten wir hinweisen, da dies u. E. zu wenig beachtet wurde, während die bekannteren Theorien von Marx, wie etwa die Konzentrations-, die Verelendungs- oder die Werttheorie u.a., von Wissenschaftlern und Politikern immer wieder diskutiert und analysiert wurden. Unsere Aufgabe kann es selbstverständlich nicht sein, den Marxismus auf die Richtigkeit seines Aussagewertes zu untersuchen. Wir möchten lediglich zeigen, inwiefern, wenn wir das Parteiprogramm der SPS aus dem Jahre 1935 als Grundlage nehmen, in der schweizerischen Sozialdemokratie die marxistischen Elemente im Vergleich zum Parteiprogramm von 1920 in den Hintergrund gedrängt wurden. Dies ist nun allerdings schon recht problematisch, da ja ein Programm über die in der Partei herrschenden theoretischen und ideologischen Anschauungen nicht erschöpfend Auskunft gibt, und zu-

131) F. Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg 1951, S. 144.

132) Walter Theimer schreibt: «Er nimmt an, dass die Menschen stets fähig seien, ihre Interessen zu erkennen, und dann die notwendige Charakterstärke aufbringen, für diese Interessen zu kämpfen. Er nimmt also an, dass der Mensch ein rationales Wesen sei, ausserdem auch ein mutiges, aufrechtes Wesen.» (W. Theimer, Der Marxismus, Bern 1950, S. 67.)



dem die Lehre von Karl Marx recht unterschiedlich interpretiert werden kann und interpretiert worden ist. Wird beispielsweise im Programm der SPS von 1935 gegenüber dem von 1920 das liberale Element zusehends in den Vordergrund gerückt, so kann man darin wohl eine Loslösung vom Marxismus erblicken; es liesse sich aber auch sagen, es werde nur eine andere, allerdings weniger hervorstechende Seite des Marxismus betont, denn auch im marxistischen Sozialismus ist ein starker freiheitlich-individualistischer Zug vorhanden – das freie Individuum in der freien Gesellschaft, das ist auch für Marx das erstrebenswerte Ziel<sup>133</sup>.

Die sozialistische Bewegung hat den Begründern des Marxismus so viele wertvolle und bleibende Erkenntnisse zu verdanken, dass wir es als Selbstverständlichkeit hinnehmen, wenn auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1935 marxistische Einflüsse sich widerspiegeln. Bei der Behandlung dieses Programms haben wir gesehen, wie sich die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem zu einem guten Teil auf die wissenschaftliche Leistung von Marx und Engels stützt. Auch das Vorhandensein marxistischer Elemente ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass für das neue Parteiprogramm der SPS gerade das Abrücken vom Marxismus charakteristisch ist. Am deutlichsten kommt dies wohl im eindeutigen Bekenntnis zur *Demokratie* zum Ausdruck. Vom zwanziger Programm hingegen wissen wir, dass es sich nicht ausschliesslich auf den demokratischen Weg festlegte, die Möglichkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum in Rechnung stellte und insofern der Marxschen Vorstellung näher stand<sup>134</sup>. Bezeichnend ist auch, dass im Parteiprogramm von 1935 nicht mehr vom *Absterben des Staates* die Rede ist, während es im alten Programm noch geheissen hat: «Der Staat als Unterdrückungsorganisation stirbt ab und weicht der Gemeinschaft aller freier ar-

133) Über das liberale und individualistische Element im Marxismus vgl. besonders W. Theimer, a.a.O., S. 43 ff., und V. Gitermann, a.a.O., S. 92 ff.

134) Marx und Engels, die über die Form der proletarischen Revolution keine Prognosen aufstellten, erwarteten wohl kaum, dass sich diese im Rahmen der Demokratie vollziehen würde. Im Kommunistischen Manifest heisst es: «Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgen wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.» (K. Marx/F. Engels, Das Kommunistische Manifest, S. 19.) Später schrieb Friedrich Engels allerdings: «Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmässig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; ...» (Die Neue Zeit, 20. Jg. 1901/02, Band I, Seite 10.)

beitenden Menschen»<sup>135</sup>. Die Frage, ob mit der Verwirklichung des Sozialismus der Staat absterbe oder nicht, wird im neuen Programm eigentlich offengelassen; es findet sich keine Formulierung, die das Absterben direkt in Aussicht stellt, aber im Abschnitt über die sozialistische Vollendung wird nie vom sozialistischen Staatswesen, sondern immer nur von der sozialistischen Gesellschaft gesprochen.

Als Zeichen für das Abrücken vom Marxismus ist es auch zu werten, wenn im neuen Programm in sehr viel stärkerem Masse als im alten Programm auf die entscheidende Bedeutung des *menschlichen Wollens* hingewiesen wird, wobei allerdings zu sagen ist, dass die Hauptvertreter des Marxismus den Willensfaktor nicht in Abrede stellten. Valentin Gitermann schreibt denn auch: «Wir kommen zum Ergebnis, dass der Marxismus den Willen als geschichtlichen Faktor durchaus nicht verneint, dass er ihn aber für unfrei, für sozial determiniert hält und diese Determiniertheit soziologisch zu erklären sucht. Ist auch die Bahn, welche der menschliche Wille, soweit er sich gesellschaftlich betätigt, einschlagen muss, ökonomisch bedingt, so wird deswegen nicht geleugnet, dass er die treibende Kraft des historischen Geschehens darstellt, eine Kraft, ohne deren Wirken eben nichts geschähe»<sup>136</sup>. Ob aber der Marxismus tatsächlich die innere Problematik einer Verknüpfung von historischem Determinismus und zielbewusstem menschlichem Wollen (auf Verwirklichung des Sozialismus gerichtet) zu überwinden vermochte, kann immerhin bezweifelt werden. Und Walter Theimer dürfte nicht unrecht haben, wenn er dem Marxismus die Tendenz zuschreibt, «den Geltungsbereich des menschlichen Willens einzuengen und demgegenüber den objektiven Ablauf zu betonen»<sup>137</sup>.

Was nun die Marxsche *Konzentrationstheorie* sowie die *Verelendungstheorie* anbelangt, so ist zu sagen, dass in beiden Programmen diese Theorien wenigstens in ihrer strengen Form nicht enthalten sind. Die Formulierung im zwanziger Programm, wir haben darauf hingewiesen, erinnert im besten Fall an die abgeschwächte Theorie von der relativen Verelendung der Arbeiterklasse. Im neuen Parteipro-

135) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die Diktatur des Proletariats». Am Parteitag 1920 sagte Ernst Nobs: «So wird es auch wieder eine Zeit der staatenlosen Gesellschaft geben, d.h. eine Periode, die keine Unterdrückung kennt. Das ist die sozialistische Gesellschaft, die wir erstreben.» (Protokoll des Parteitags der SPS 1920, S. 174.)

136) V. Gitermann, a.a.O., S. 71/72. – Den gegen den Marxismus erhobenen Vorwurf des Fatalismus hat Karl Kautsky sehr entschieden zurückgewiesen: «Die *materialistische* Auffassung ist keine *fatalistische*.» (Die Neue Zeit, 15. Jg. 1896/97, Band I, S. 237.)

137) W. Theimer, a.a.O., S. 54.

gramm wird wohl von der Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen gesprochen, als Folge der Arbeitslosigkeit<sup>138</sup>, eine eigentliche Tendenz zur Verelendung wird aber doch nur der Frühzeit der industriellen Entwicklung zugeschrieben<sup>139</sup>. Im Übrigen macht man besonders auf die dem Kapitalismus abgerungenen Reformen aufmerksam. – Dass in der kapitalistischen Wirtschaft eine Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration besteht, kommt in beiden Programmen zum Ausdruck – es ist vom «Sieg des Grossbetriebes über Handwerk und Kleinbetrieb»<sup>140</sup> die Rede. Aus der betont positiven Einstellung zur mittelständischen Existenz im Programm von 1935 lässt sich aber der Schluss ziehen, dass die marxistische Konzentrationstheorie zum mindesten nicht als allgemein gültige Theorie angesehen wird.

Während das alte Programm erklärt, es vollziehe sich unter den heutigen Verhältnissen «die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes»<sup>141</sup>, formuliert das neue Parteiprogramm in Bezug auf den *Klassenkampf*, der in der politischen Lehre des Marxismus eine wichtige Rolle spielt, sehr viel vorsichtiger. In den einleitenden Grundsätzen wird gesagt, dass die Sozialdemokratie gegen die Klassenherrschaft der Ausbeuter werde ankämpfen müssen, dass sich in der Vergangenheit die Geschichte in der Form von Klassenkämpfen abspiele, aber es wird vermieden, für die Gegenwart vom Klassenkampf der Arbeiterschaft zu sprechen. Dies ist wohl kein Zufall und spricht für den Charakter des ganzen Programms, das sich im Unterschied zum zwanziger Programm nicht mehr ausgesprochen an das Proletariat richtet, sondern an alle antikapitalistischen Schichten. Wie der Marxismus scheint das Parteiprogramm von 1920 die Bedeutung und Eigenartigkeit der Mittelschichten zu verkennen, indem einfach mit dem Absinken eines Teils derselben in das Proletariat gerechnet wird. Sehr viel differenzierter ist das neue Parteiprogramm, das unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftskrise abgefasst wurde. Zwar wird von der Proletarisierung gesprochen<sup>142</sup>, doch erkannte man in dieser Zeit, dass dies nicht schlechthin eine Zunahme des Proletariats be-

138) Vgl. Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Niedergang der Wirtschaft».

139) Vgl. ebenda, Abschnitt «Soziale Ergebnisse».

140) Parteiprogramm 1920, Abschnitt «Die kapitalistische Produktion», und Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Wandlungen der Wirtschaft».

141) Parteiprogramm 1920, Prinzipienklärung.

142) «Die Proletarisierung, die Verwandlung selbständiger Existenzen in unselbständig Erwerbende hat sich unaufhörlich weiterentwickelt.» (Parteiprogramm 1935, Abschnitt «Niedergang der Wirtschaft».)

deutet, da die Mittelschichten auch bei weitgehender materieller Proletarisierung bewusstseinsmässig nicht dem Proletariat zugezählt werden können. – Der Mittelstand soll nun für den Kampf gegen den Kapitalismus gewonnen werden, unter voller Respektierung seiner Eigenständigkeit im ideologischen Bereiche.

Mit diesen Hinweisen auf die Beziehung der schweizerischen Sozialdemokratie zum Marxismus wollen wir uns begnügen. Es dürfte damit angedeutet worden sein, *dass die sozialdemokratischen Ideen in wesentlichen Punkten von der marxistischen Lehre und Ideologie abweichen und die Bindung an den Marxismus im Parteiprogramm aus dem Jahre 1935 sehr viel schwächer ist als im Programm von 1920.*

Mit dem neuen Parteiprogramm fand die SPS den Anschluss an die vor dem ersten Weltkrieg in der schweizerischen Sozialdemokratie herrschenden Ideen. Die vom neuen Programm ausgehende Entwicklungslinie knüpft an die von Albert Steck vertretene Auffassung des Sozialismus an. Steck hatte schon gegen Ende des letzten Jahrhunderts verlangt, der Sozialismus müsse zur Sache des ganzen Schweizervolkes werden. Er rückte von der strengen Klassenkampfdiee ab und hielt es nicht für wünschenswert, dass die Sozialdemokratie allzu einseitig die Interessen des Proletariats vertrete; die SPS sollte mehr als nur Interessenpartei sein. Die Demokratie betrachtete er als notwendige Basis für die Tätigkeit der Partei<sup>143</sup>. «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat», so erklärte Hans Oprecht, «mit der Programmrevision 1935 an eine frühere Epoche der Entwicklung der sozialistischen Idee in der Schweiz angeschlossen, die durch ein dreissig Jahre dauerndes Intervall unterbrochen worden war. Vor 1905 war der Einfluss des westeuropäischen Sozialismus in der schweizerischen Arbeiterbewegung fast entscheidend gewesen. Von 1905 an dagegen dominierte der Einfluss der deutschen und der russischen Sozialdemokratie. Das Programm, das Steck 1888 der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bei ihrer Neukonstituierung gegeben hat, entspricht in seiner Grundhaltung dem Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz des Jahres 1935. Der Sozialismus ist für Steck nicht nur eine Klassen-, sondern eine Volksbewegung»<sup>144</sup>.

Der Vollständigkeit halber sei daran erinnert, dass am Luzerner Parteitag neben dem vom Parteivorstand vorgelegten Programm noch ein Programmentwurf einiger Genossen aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Zürich und Aargau zur Diskussion gestellt wurde (Entwurf Kramer), der sich von jenem vor allem dadurch

143) Vgl. M. Gridazzi, a.a.O., S. 217 ff.

144) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg u. die schweizerische Arbeiterschaft, S. 9.

unterschied, dass er in der Ablehnung der militärischen Landesverteidigung verharrte und in besonders starkem Masse auf die geistigen und sittlichen Grundlagen des Sozialismus Wert legte<sup>145</sup>. «Zur Erfüllung seiner Sendung bedarf der Sozialismus», so heisst es im Entwurf Kramer, «aller sittlichen und religiösen Kräfte. Er verwirft den Missbrauch der Religion zu kapitalistischen, nationalistischen und militärischen Zwecken, achtet aber die Freiheit des Glaubens und Gewissens und sucht die aus tiefsten Quellen stammenden menschlichen Antriebe für die Begründung einer Welt der Freiheit und der Gerechtigkeit fruchtbar zu machen.» «Der Sozialismus kommt aus den Jahrhunderten her. Er ist der Erbe und Willensvollstrecker mächtiger Menschheitsbewegungen, der Fortsetzer grosser Überlieferungen, deren bleibenden Gehalt, gereinigt von zeitbedingten Trübungen, er aufnimmt und weiterführt»<sup>146</sup>. Das Ziel wird wie folgt umschrieben: «Das Ziel der schweizerischen Sozialdemokratie ist eine freie Volksgemeinschaft ohne Armut und Unterdrückung. Sie erstrebt eine völlige Neuordnung der Gesellschaft, in der die heutigen Gegensätze von Reich und Arm, Herren und Knechten, Ausbeutern und Ausgebeuteten aufgehoben sind und die Zerrissenheit des Volkskörpers überwunden ist durch ein Gemeinschaftsleben, das allen Volksgenossen Menschenwürde, wirtschaftliche Sicherheit und Entfaltung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte sichert»<sup>147</sup>.

Der Parteitag wählte aber mit grosser Mehrheit die Vorlage des Parteivorstandes als Diskussionsgrundlage für die Programmdebatte<sup>148</sup>.

## 6. Der Plan der Arbeit

«Der erste und bemerkenswerteste Versuch des demokratischen Sozialismus, die Erfahrungen der grossen Krise zu verarbeiten, war die *belgische Planidee*. Sie enthielt die drei wichtigsten Merkmale aller Versuche, sich der neuen Situation anzupassen: das vorbehaltlose Bekenntnis zur Demokratie, die Einsicht, dass die Industriearbeiterschaft allein nicht imstande ist, in absehbarer Zeit auf demokrati-

145) Hugo Kramer, der sich nach dem zweiten Weltkrieg von der SPS abwenden sollte, sagte am Luzerner Parteitag: «Unser Entwurf legt daher Wert auf die geistigen und sittlichen Grundlagen des Sozialismus, die im offiziellen Entwurf arg vernachlässigt sind oder doch nur mit ein paar Redensarten abgetan werden . . .» (Protokoll des Parteitages der SPS 1935, S. 97.)

146) Ebenda, S. 21.

147) Ebenda, S. 20/21.

148) Ebenda, S. 98.

schem Wege die Macht zu erobern, die Erkenntnis, dass eine tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaft im Gange und notwendig ist, wenn die Krise überwunden werden soll»<sup>149</sup>. Für die Geschichte des Sozialismus ist die Planidee aber auch in einem weiteren Sinne bedeutungsvoll, zeigt sie doch, wie sich im Laufe der Zeit die Aufgaben der sozialistischen Parteien geändert haben. Vom Stadium der Propaganda ist der Sozialismus in dasjenige der Verwirklichung eingetreten. Fortan sollte weniger die Umschreibung des sozialistischen Endzieles und die blosser Aufstellung eines Kataloges von Forderungen die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, als vielmehr das Aufzeigen sozialistischer Lösungen für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegenwartsprobleme, um auf diese Weise dem sozialistischen Ziel allmählich näher zu kommen.

Bevor wir uns dem schweizerischen Plan der Arbeit zuwenden, müssen wir uns mit dem Wesen der Planidee Hendrik de Mans vertraut machen, denn diese Planidee, die zuerst im belgischen Plan der Arbeit ihren Niederschlag fand und damit zu politischer Wirksamkeit gelangte, stand nicht nur dem schweizerischen Plan der Arbeit Pate, sie beeinflusste die Arbeiterbewegung in ganz Westeuropa. In vielen Ländern fanden die planwirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft in einer Art von Arbeitsplänen ihren adäquaten Ausdruck. «Der schweizerische Plan der Arbeit ist ein Glied in den planwirtschaftlichen Bestrebungen, wie sie seit einiger Zeit in der Arbeiterbewegung verschiedener Länder sich durchsetzen»<sup>150</sup>.

### *Die Planidee Hendrik de Mans*

Die Planidee ist einerseits eng verknüpft mit der sozialistischen Gesamtkonzeption des belgischen Sozialisten Hendrik de Man, getragen von der Auffassung, dass der Sozialismus nicht aus dem Interesse einer bestimmten Klasse zu erklären sei, sondern eine zur Verwirklichung drängende Menschheitsidee darstelle, ander-

149) Struthahn, Wandlungen der Arbeiterbewegung, Rote Revue, 17. Jahrgang 1937/38, Heft 2, S. 67.

150) Der Plan der Arbeit – Ein Ausweg aus Krise und Not, Zürich o. J., S. 18. In der Folge wird diese Schrift als Kommentar zum Plan der Arbeit zitiert. – Wir verweisen besonders auf «Planwirtschaft und Arbeitspläne», hg. vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Paris, als Nr. 1/4, 15. Jg., Januar/April 1935, des offiziellen Organs des IGB «Die Internationale Gewerkschaftsbewegung». Vgl. auch die Protokolle der Pontigny-Konferenzen 1934 und 1937: Konferenz zur Besprechung der Probleme der Planwirtschaft, vom 14. bis 16. September 1934, Abbaye de Pontigny (Frankreich), hg. vom VPOD Zürich; III<sup>e</sup> Conference Internationale des Plans du Travail, Abbaye de Pontigny, 23-24 Octobre 1937, Editions «Labor», Bruxelles.

seits bedingt und bestimmt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der dreissiger Jahre, woraus sich als unmittelbares Ziel des Plans die Überwindung der Depression ergab<sup>151</sup>. Zur Erreichung dieses Zieles fordert de Man eine *Wende des Sozialismus*, die Abkehr vom Reformismus. Diese Forderung sollte nicht ungehört verhallen, denn die Ereignisse in Deutschland hatten die sozialistisch gesinnten Massen aufgerüttelt und eine ausserordentliche Bereitschaft zu einer sozialistischen Neuorientierung geschaffen.

Die reformistische Epoche der Arbeiterbewegung, die im wesentlichen Verteilungsreformen erstrebte, war zwar nach der Ansicht de Mans «ausserordentlich erfolgreich und wertvoll»<sup>152</sup>, doch die Strukturkrise des kapitalistischen Wirtschaftsystems<sup>153</sup> ruft nach Strukturreformen, worunter in erster Linie Sozialisierungsmassnahmen zu verstehen sind<sup>154</sup>. «Es geht fortan darum, in demselben Geiste der Unmittelbarkeit und praktischen Verantwortung, in dem man früher Verbesserungen erstrebte, die Umwälzung einer verbesserungsunfähig gewordenen Ordnung zu fordern»<sup>155</sup>. «Die bestehende Gesellschaftsordnung wird mit jedem Tag unerträglicher, sie ist nicht mehr verbesserungsfähig, sie ist nur noch umwälzungsfähig»<sup>156</sup>. Zur Begründung seiner These, dass nur eine strukturelle Umwälzung der Besitz- und Produktionsordnung helfen könne, verwendet Hendrik de Man ein treffendes Bild: «Ein jeder versucht, für sich ein grösseres Stück herauszuschneiden aus einem Kuchen, der immer kleiner wird. Das ging früher, solange der Kuchen mit dem Wachstum der Produktion und mit der Erweiterung des Weltmarktes grös-

151) Vgl. H. de Man, *Gegen den Strom*, S. 211.

152) H. de Man, *Wende des Sozialismus*, Flugschrift Nr. 5 des VPOD Zürich, Januar 1934, S. 15.

153) An der Pontigny-Konferenz 1934 erklärte de Man: «La crise économique actuelle est une crise de régime. Elle résulte de ce que l'évolution du capitalisme, après avoir été progressive, est entrée dans un stade régressif.» (Protokoll, S. 4.) Wenn de Man die Krise als Strukturkrise bezeichnet und davon spricht, dass der Kapitalismus in sein rückschrittliches Stadium getreten sei, gekennzeichnet durch drei Hauptmerkmale: Finanzkapitalismus, Monopole, wirtschaftlicher Nationalismus, so sagt er aber auch: «Man sollte allerdings daraus nicht auf zwangsläufigen Zusammenbruch des Systems im Sinne einer rein wirtschaftlich bestimmten Katastrophe schliessen.» «Das Todesurteil über das System kann sich nicht von selbst vollstrecken, es muss – freilich im Namen der wirtschaftlichen Vernunft, des Interesses der Allgemeinheit und der sozialen Gerechtigkeit schlechthin – von denen gesprochen und vollstreckt werden, die unter diesem System zu viel leiden, um es nicht als unerträglich zu empfinden.» (H. de Man, *Die sozialistische Idee*, S. 323.)

154) Vgl. H. de Man, *Wende des Sozialismus*, S. 30.

155) H. de Man, *Die sozialistische Idee*, S. 324.

156) Ebenda, S. 324.

ser wurde. Jetzt aber geht es nicht mehr; wenn man den Hunger stillen will, muss man sich dazu entschliessen, einen neuen Kuchen zu backen»<sup>157</sup>. Nach de Man ist die Forderung nach strukturellen Änderungen nicht nur wirtschaftlich vernünftig, sondern auch politisch möglich, denn: «Die Krise vermindert zugleich die Fähigkeit der Arbeiterbewegung zur Erringung von Reformen und erhöht ihre Chancen zur Durchführung radikaler Veränderungen der Gesellschaftsordnung selbst»<sup>158</sup>.

Beim *Übergang von der defensiven Taktik zur Offensivaktion* ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Unterschied zwischen praktischem Minimalprogramm und grundsätzlichem Maximalprogramm aufgehoben wird und «an die Stelle der Programme mit ihren verschiedenen Graden von Verbindlichkeit der Plan tritt»<sup>159</sup>. Der Plan ist ein einheitliches Ganzes, in ihm werden die sozialistischen Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftskrise zusammengefasst, wobei auch eine Prioritätsordnung der zu ergreifenden Massnahmen aufgestellt und damit die Planmässigkeit des Vorgehens festgelegt wird<sup>160</sup>. In seiner Autobiographie sagt Hendrik de Man: «Die Benennung Plan – statt Programm – bedeutete, dass es sich um ein zusammenhängendes Gebilde von Vorschlägen handelte, die auf ein beschränktes, aber bestimmtes Ziel gerichtet waren»<sup>161</sup>. Der Plan dient nicht nur der Propaganda, er zielt als *Regierungsprogramm* auf unmittelbare Verwirklichung<sup>162</sup> und sagt unmissverständlich, was getan würde, falls man die Macht erhielte.

Im Plan nehmen die *Sozialisierungsforderungen* eine zentrale Stellung ein. In der «Sozialistischen Idee» schreibt Hendrik de Man: «Im Vordergrund steht dabei die Überführung des Bank- und Kreditwesens in vergesellschafteten Gemeinbesitz, unmittelbar dahinter die Vergesellschaftung der grossen kapitalistischen Schlüssel-

157) Ebenda, S. 326/27.

158) Ebenda, S. 327.

159) Ebenda, S. 328.

«Der erste Schritt beim Übergang von der reformistischen zur radikalen Aktionsmethode besteht in der Aufhebung des Unterschiedes zwischen dem praktischen Minimalprogramm und dem grundsätzlichen Maximalprogramm, der bis jetzt das formale Zeichen der Trennung von Endziel und Mitteln war.» (Ebenda, S. 327.) «Der Plan als Ausdruck und Sinnbild der neuen Phase der sozialistischen Aktion bedeutet, dass die Umwälzung der Produktionsordnung selber fortan zur unmittelbaren Forderung zu machen ist.» (Ebenda, S. 328.)

160) «Die Aktionspläne sollten sich von den heutigen Minimalprogrammen auch dadurch unterscheiden, dass sie eine Prioritätsordnung der zu verwirklichenden Massregeln vorsehen.» (Ebenda, S. 330.)

161) H. de Man, *Gegen den Strom*, S. 211.

162) Vgl. H. de Man, *Die sozialistische Idee*, S. 329.



industrien, die bereits in das Stadium der monopolistischen Konzentration eingetreten sind, und in den Ländern, in denen es noch eine Klasse von Grossagrariern gibt, die Enteignung des Grossgrundbesitzes»<sup>163</sup>. Bei der Sozialisierung geht es aber nicht mehr wie früher hauptsächlich um eine Frage des Besitzes. Die Verstaatlichung wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Tauglichkeit und Notwendigkeit für die Planung der Volkswirtschaft beurteilt; es handelt sich um *ein Problem der Wirtschaftslenkung*. Zum Zwecke der planwirtschaftlichen Lenkung der Wirtschaft sind die wirtschaftlichen Kommandostellen vom Staate zu besetzen. Neben dem öffentlichen Sektor der Wirtschaft soll ein freier, privatwirtschaftlicher Sektor bestehen bleiben, der lediglich einer allgemeinen Planung unterworfen wird. Es ist dies die *Konzeption der «mixt economy»* (économie mixte), die heute vom demokratischen Sozialismus vertreten wird, so dass man direkt sagen kann, es sei diese Scheidung der Wirtschaft in zwei Sektoren charakteristisch für eine sozialistische Wirtschaft, die auf diese Weise unter Vermeidung einer gefährlichen Machtballung durch den Staat und seine Organe die wirtschaftliche Planung mit grösstmöglicher Freiheit zu verbinden sucht. Die positive Stellung zum freien Sektor der Wirtschaft entspringt dabei, wie de Man betont, nicht nur der Überlegung, dass man es mit der Bauernschaft und den Mittelschichten nicht verderben darf, da man auf deren Unterstützung angewiesen ist; «sie ergibt sich schon mit zwingender Kraft aus dem demokratischen Grundcharakter des europäischen Sozialismus»<sup>164</sup>.

Ein weiteres wesentliches Merkmal der Planidee besteht darin, dass die sozialistische Aktion zur Umwälzung der Wirtschaftsordnung nicht von einem gemeinsamen Vorgehen der internationalen Arbeiterbewegung abhängig gemacht wird, sondern die «Sozialisierung in einem Lande» entschieden bejaht. «Je mehr ich mich mit praktischen Sozialisierungsproblemen beschäftige», so schreibt Hendrik de Man, «desto stärker wird meine Überzeugung, dass man mit der Durchführung einer Teilsozialisierung wie der oben skizzierten *nicht zu warten braucht*, bis man sie in der ganzen kapitalistischen Welt durchführen kann. Sonst müsste man bis zum Sanktnimmerleinstag warten»<sup>165</sup>. De Man betont aber auch, dass dies keine Absage an den Internationalismus sei; es gehe lediglich darum, zuerst im eigenen Lande zu tun, was getan werden könne, ohne dabei auf die internationalen Forderungen zu verzichten<sup>166</sup>. Diese Auffassung, wonach die Arbeiterschaft zuerst die

163) Ebenda, S. 328.

164) Ebenda, S. 333.

165) H. de Man, *Wende des Sozialismus*, S. 26.

eigenen, nationalen Probleme in Angriff zu nehmen hat, entspricht ja auch der schon im Kommunistischen Manifest erhobenen Forderung. Es heisst dort: «Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden»<sup>167</sup>.

Wir haben nun noch auf einen Punkt hinzuweisen, der vor allem für die praktische Verwirklichung des Plans von allergrösster Bedeutung ist, wir meinen die Forderung nach Zusammenfassung aller antikapitalistischen Kräfte. – Ausgehend von der Tatsache, dass es entgegen den marxistischen Voraussagen weder zu einer ständigen Zunahme des Proletariats noch zu einer Vereinheitlichung der proletarischen Interessen kam<sup>168</sup>, sich im Gegenteil innerhalb der Arbeiterschaft eine weitgehende Differenzierung durchsetzte, fordert de Man den Zusammenschluss aller unter dem Kapitalismus leidenden Schichten und Gruppen, denn allein wäre das Proletariat nicht imstande, die zur Verwirklichung des Plans der Arbeit nötige Mehrheit zu schaffen<sup>169</sup>. Die Mittelschichten, die von der Krise hart betroffen und zum Teil proletarisiert wurden, jedoch die proletarische Sozialideologie nicht annahmen<sup>170</sup>, sollen in die antikapitalistische Front eingegliedert werden. «Das Gesamtinteresse aller antikapitalistischen Klassen, das auf der Ebene des reformistischen Kampfes um die unmittelbaren Erwerbsinteressen durch den rückschrittlich gewordenen Kapitalismus immer mehr gespalten wird, lässt sich nur herstellen auf

166) «Quoi qu'il en soit, je ne voudrais laisser subsister aucun doute quant à ceci: *Il ne s'agit pas de capituler devant le nationalisme en renonçant à nos revendications internationalistes. Il s'agit tout simplement de faire d'abord ce qui peut se faire dans le cadre national et ne peut se faire que dans celui-ci*, sans attendre la réalisation de notre programme internationaliste, mais sans renoncer à poursuivre sa réalisation en partant de la nouvelle situation que nous aurons créée dans notre pays.» (H. de Man, Pour un Plan d'Action, 2. Aufl., Bruxelles 1934, S. 24.)

167) K. Marx/F. Engels, Das Kommunistische Manifest, S. 19.

168) Vgl. H. de Man, Die sozialistische Idee, S. 308 ff. – «Die Sozialstatistik aller hochkapitalistischen Länder widerlegt die Hypothese, dass die Industriearbeiterschaft durch die Weiterentwicklung des Kapitalismus dazu bestimmt sei, eine Mehrheit zu bilden. Wer heute noch darauf baut, um den Sozialismus zu verwirklichen, baut auf dem Sand.» (Ebenda, S. 308/09.) «Auch die Voraussetzung der zwangsläufig wachsenden Vereinheitlichung der proletarischen Interessen hat sich als Trugschluss erwiesen.» (Ebenda, S. 309.)

169) Vgl. Protokoll der Pontigny-Konferenz 1934, S. 6.

170) Vgl. dazu auch F. Marbach, a.a.O., S. 34 ff. – Fritz Marbach hat sich ja ganz besonders mit den Problemen des Mittelstandes auseinandergesetzt und auf die (vor allem ideologischen) Unterschiede zwischen Mittelstand und Arbeiterschaft hingewiesen.

der Ebene des gemeinsamen 'entfernteren' Interesses an der Überführung der wirtschaftlichen Macht in Gemeinbesitz. Die antikapitalistischen Schichten ausserhalb des Proletariats sind darum leichter für eine radikale Sozialisierungspolitik zu gewinnen als für einen auf eine Sonderschicht des Proletariats begrenzten Interessenopportunismus, der noch, dazu weder die Werbekraft des energischen Selbstvertrauens noch die des entschiedenen Macht willens hat»<sup>171</sup>.

Wenn auch zu sagen ist, dass die Planidee bei den demokratischen Sozialisten selten auf grundsätzliche Opposition stiess, sondern im Allgemeinen mit Begeisterung aufgenommen wurde, da sie eine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme aufzeigte und gleichzeitig eine als notwendig empfundene Erneuerung des sozialistischen Gedankengutes und der sozialistischen Bewegung darstellte, so gab es doch auch kritische Stimmen. In der Schweiz unterzog Max Weber Anfang 1934 den belgischen Aktionsplan in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» einer Kritik, wobei er besonders auf die Fragwürdigkeit einer strengen Abgrenzung zwischen reinem Reformismus und einer auf Strukturänderungen hinzielenden sozialistischen Aktion hinwies<sup>172</sup>.

### *Der schweizerische Plan der Arbeit*

Der schweizerische Plan der Arbeit beruht auf den von Hendrik de Man entwickelten Grundgedanken und ist mit dem belgischen Plan der Arbeit eng verwandt, der als sein eigentliches Vorbild bezeichnet werden muss. Vom schweizerischen Plan der Arbeit kann man nicht sprechen, ohne Dr. Hans Oprecht zu nennen, denn ihm ist in erster Linie das Zustandekommen dieses Plans zu verdanken. – An der Ausarbeitung des schweizerischen Arbeitsplans waren die Sozialdemokratische Partei und der Verband Personal öffentlicher Dienste (VPOD) gemeinsam beteiligt<sup>173</sup>. Am Lausanner Verbandstag des VPOD vom 1. bis 3. Juni 1934 wurde der Plan der Arbeit gutgeheissen, während die SPS ihren etwas anders formulierten Plan der Arbeit am Luzerner Parteitag 1935 zusammen mit dem neuen Parteiprogramm annahm.

171) H. de Man, Die sozialistische Idee, S. 337/38.

172) Vgl. M. Weber, Zum belgischen Aktionsplan, Gewerkschaftliche Rundschau, 26. Jg., Heft 2, Februar 1934, S. 33-39; sowie – als Entgegnung zum Artikel von Max Weber – Wohin des Wegs? Unsere Politik in der Arbeiterbewegung, hg. vom VPOD, Zürich o. J., S. 161 ff. (Diese Schrift enthält eine Anzahl von Artikeln, die im «Öffentlichen Dienst», dem Verbandsorgan des VPOD, erschienen sind.)

173) Vgl. Geschäftsberichte der SPS pro 1933 und 1934, S. 64.

Für unsere Betrachtungen nehmen wir den Plan der Arbeit in der Formulierung der Partei als Grundlage.

«Das Ziel dieses Planes ist eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz mit dem unmittelbaren Zweck, dem gesamten Schweizervolk eine auskömmliche Existenz zu sichern»<sup>174</sup>. Um das also gesetzte Ziel zu erreichen, soll durch *planmässiges Vorgehen* die Verwirklichung der im *Gesamtplan* enthaltenen Forderungen und Massnahmen erstrebt werden. Die Wirtschaft muss entsprechend dem allgemeinen Plan gelenkt werden, weil nach Ansicht der Sozialisten nur eine vernünftige Planung für eine dauernde Vergrösserung des Sozialprodukts und für die richtige Abstimmung von Produktion und Verbrauch bürgen kann und damit die Voraussetzung schafft, um dem Volke eine «auskömmliche Existenz» zu garantieren. Im Kommentar zum Plan der Arbeit heisst es: «Grundsätzlich ist das Ziel der Planwirtschaft die Garantierung eines Existenzminimums unter allen Umständen für alle am gesellschaftlichen Erwerb Beteiligten und ihre Angehörigen. Das heisst also auch der noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähigen. Zu dieser Aufgabe gehört auch die Sicherung gegen die Wechsel- und Unglücksfälle des Lebens. Dass sie an sich mehr und mehr eingeschränkt werden, gehört zum Sinn und Wesen des Plans der Arbeit, dessen Ziel es ja ist, den Wechsel zwischen Hochkonjunktur und Krise auszuschalten»<sup>175</sup>. Und an anderer Stelle wird gesagt, Produktion und Bedürfnisse in Einklang zu bringen, «den Bedarf zu decken, arbeitswillige Menschen mit Arbeit zu versorgen, die Arbeit selbst zu erleichtern und zu verkürzen und doch das Erzeugnis der gesellschaftlichen Arbeit dauernd bis zum Wohlstand aller zu steigern, ist der eigentliche Zweck der Planwirtschaft»<sup>176</sup>.

Die zu erstrebende Umwandlung der Wirtschaft setzt nun aber eine *Änderung der politischen Machtverhältnisse* voraus<sup>177</sup>, was gerade durch den Plan der Arbeit erreicht werden soll. Nach den Intentionen der Verfasser des Plans der Arbeit hat der Arbeitsplan die Plattform für eine alle antikapitalistischen Kreise umfassende Volksbewegung zu schaffen<sup>178</sup>, und aus dieser Volksbewegung würde dann eine

174) Der Plan der Arbeit, Einleitung.

175) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 55.

176) Ebenda, S. 62.

177) «Zwei Aufgaben hat der Plan der Arbeit zu erfüllen. Einmal die Mehrheit des Schweizervolkes für sich zu gewinnen, und das heisst, die politischen Machtverhältnisse ändern, zum andern eine schlecht funktionierende Wirtschaft in eine gut funktionierende umzuwandeln. Das zweite ist ohne das erste nicht möglich/ (Ebenda, S. 39.)

178) «Mit dem ‚Plan der Arbeit‘ soll eine Volksbewegung auf gezogen werden, getragen von den Arbeitern, Bauern, den kleinen Leuten in Handel, Gewerbe und den Intellektuellen. Platt-

Änderung der Machtverhältnisse resultieren, womit der Weg für die Verwirklichung des Plans frei wäre. Mit Recht konnte deshalb Hans Oprecht erklären, dass die wichtigste Aufgabe darin bestehe, «aus der Arbeiterbewegung eine Volksbewegung zu machen»<sup>179</sup>.

Entsprechend der von Hendrik de Man vertretenen Auffassung bezweckt der schweizerische Plan der Arbeit nicht eine Verbesserung, sondern eine *Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung*<sup>180</sup>. Dabei wird aber betont, dass die Verwirklichung des Plans noch keine sozialistische Wirtschaft schaffen würde, sondern eine Übergangswirtschaft, die man als dirigierte Wirtschaft bezeichnete. Oprecht sagte: «Der Plan bildet damit für die Schweiz die Abkehr vom Reformismus; er führt noch keine sozialistische Wirtschaft ein, aber eine Übergangswirtschaft»<sup>181</sup>. «Das Programm der dirigierte Wirtschaft ist nicht Sozialismus. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewusst»<sup>182</sup>. Und Robert Grimm schrieb: «Auch der Plan der Arbeit ist ein Zwischenprogramm, das viel weniger sozialistischen als antikapitalistischen Charakter trägt und sich der gegebenen Struktur der Schweiz weitgehend anpasst»<sup>183</sup>. Damit wird zugegeben, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Sozialismus noch nicht verwirklicht werden könne, was Robert Grimm in seinem Referat am Parteitag 1934 auch deutlich ausgesprochen hat. «Ich habe die Überzeugung, dass wir in einem Zwischenstadium leben. Es gibt keine Rückkehr mehr zu den alten Formen der kapitalistischen Herrschaft, aber auf der anderen Seite sind objektiv und subjektiv, sachlich und persönlich in der Schweiz die Voraussetzungen noch nicht vorhanden, um den Sozialismus, die Gemeinwirtschaft so verwirklichen zu können, wie sich der eine oder andere das vorstellen mag»<sup>184</sup>.

Wenn die Sozialdemokraten betonten, dass der Plan der Arbeit nicht den Sozialismus bringe – andererseits wurde in dieser Zeit verschiedentlich gesagt, der Sozialismus sei kein Zukunftsideal mehr, sondern Gegenwartsaufgabe<sup>185</sup> –, so macht es den Eindruck, als ob dies wenigstens zum Teil darin begründet war, dass

form der Volksbewegung bildet dabei der ‚Plan der Arbeit‘.» (H. Oprecht, Plan oder Programm? Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 1, Seite 29.)

179) Protokoll der Pontigny-Konferenz 1934, S. 18.

180) Vgl. Referat von H. Oprecht am Parteitag 1935, Protokoll, S. 246

181) Protokoll der Pontigny-Konferenz 1934, S. 19.

182) H. Oprecht, Der Weg der Sozialdemokratie, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 12, S. 403.

183) R. Grimm, Eine neue Politik, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 8, S. 256.

184) Protokoll des Parteitags der SPS 1934, S. 116.

man offenbar mögliche Bundesgenossen aus dem Mittelstand mit dem Wort Sozialismus nicht vor den Kopf stossen wollte, aber auch weil der Plan der Arbeit der damals bestehenden Vorstellung vom Sozialismus, so unbestimmt diese auch gewesen sein mag, eben doch nicht ganz entsprach. Es war ohne Zweifel die Ansicht vorherrschend, dass die von der sozialistischen Bewegung erstrebte Umwandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weiter gehen müsse, als im Plan der Arbeit vorgesehen. – Wir sind auch nicht der Auffassung, dass die Verwirklichung des Plans der Arbeit schon den Sozialismus gebracht hätte, schon aus dem einfachen Grunde, weil sich der Sozialismus nicht auf das Institutionelle beschränkt und sich deshalb nicht die Grenzlinie festlegen lässt, bei deren Überschreitung sich sagen liesse, nun sei man im Reiche des Sozialismus. Der Sozialismus kann immer nur ein Werden sein. Aber der Plan der Arbeit sah doch jene für den Sozialismus entscheidenden Änderungen vor, die, wenn sie auch den Sozialismus keineswegs automatisch verwirklichen, doch Voraussetzung des Sozialismus sind, damit aber als sozialistisch bezeichnet werden können.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen wollen wir nun die *wichtigsten Massnahmen des Plans der Arbeit* schlagwortartig zusammenfassen und uns nachher einigen besonderen Problemen zuwenden. – An erster Stelle steht die Forderung nach *Organisierung des Kredits als öffentlicher Dienst*, denn: «Die Organisierung des Kredits ist der erste Schritt zur Planwirtschaft und der entscheidende»<sup>186</sup>. Nur die Grossbanken und privaten Versicherungsgesellschaften sollen aber verstaatlicht werden, die Kleinbanken und Sparkassen sind lediglich einem Bankengesetz zu unterstellen. In der *Industrie* wird die Sozialisierung der «Unternehmungen mit monopolistischem Charakter» verlangt und der Zusammenschluss der Unternehmungen der einzelnen Industriezweige in Industrieverbänden. Die *Landwirtschaft* soll besonders geschützt und gefördert werden: Sicherung eines ausreichenden bäuerlichen Einkommens, Entschuldung, Förderung des Genossenschaftswesens etc. Dem *Schutze der Handwerker und Kleinhändler* (das Arbeitseigentum bleibt erhalten) hat der genossenschaftliche Zusammenschluss zu dienen sowie die Bewilligungspflicht für die Eröffnung neuer oder die Erweiterung bestehender Betriebe. Ein spezieller Abschnitt ist der *Boden-, Bau- und Mietpolitik* gewidmet: planmässige Siedlungs- und Baupolitik, Schaffung gesunder Wohnverhältnisse, Verhinderung der Spekulation auf dem Wohnungsmarkt, das sind die wichtigsten

185) So sagte zum Beispiel Robert Grimm: «Durch diese Problemstellung wird der Sozialismus gerade heute immer mehr zur Gegenwartsaufgabe.» (R. Grimm, Zur Taktik der Arbeiterbewegung, Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 3, S. 70.)

186) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 59.

Forderungen. Je ein besonderer Abschnitt betrifft das *Verkehrswesen* und den *Fremdenverkehr*, wobei auch hier – wie im Baugewerbe – ein verbandsmässiger Zusammenschluss erfolgen soll. Der Plan der Arbeit befasst sich auch mit dem *Schutz der Arbeit*; es wird jeder Senkung des Lohnniveaus der Kampf angesagt und u.a. die Forderung nach Anpassung der Löhne an die steigende Produktivität aufgestellt, ferner wird auf die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hingewiesen; die Koalitionsfreiheit ist zu garantieren; die Regelung des Arbeitsverhältnisses hat durch den Gesamtarbeitsvertrag zu erfolgen usw. Der *Aussenhandel* soll geplant werden; die Einfuhr erfolgt über die Einfuhrgenossenschaften, die Ausfuhr über die Industriedirektorien und landwirtschaftlichen Ausfuhrgenossenschaften. *Die Finanzpolitik* hat auch einer gerechten Lastenverteilung und dem Ausgleich der Einkommens- und Vermögensunterschiede zu dienen. «Die Mittel zur Deckung des öffentlichen Finanzbedarfes und im Besondern zur Durchführung der Entschuldungsaktionen werden u.a. beschafft:

1. durch den Ausbau der Bundessteuer vermittels scharfer, progressiver Erfassung hoher Einkommen und Vermögen;
2. durch die allgemeine Einführung von radikalen Erbschaftssteuern;
3. durch Luxussteuern;
4. durch den Ausbau der Grundstückgewinn- und Wertzuwachssteuern im Sinne der Wegsteuerung ungerechtfertigter Gewinne;
5. durch Anleihen oder
6. vermittels der nationalisierten Banken- und Versicherungsgesellschaften»<sup>187</sup>.

Damit haben wir einige Punkte – bei Weitem nicht alle – aufgezählt, wohl wissend, dass nicht diese einzelnen Forderungen die Bedeutung des Plans der Arbeit ausmachen, sondern vielmehr der Gesamtzusammenhang, die wirtschaftliche Planung, wodurch diese Einzelmassnahmen verknüpft und koordinierend einem Ziele unterordnet werden. Im Gegensatz zur Politik der unkoordinierten Staatseingriffe, die auch vom schweizerischen Bundesrat betrieben wurde, welche bald da, bald dort ein Pflästerchen aufsetzt, je nachdem, wo die Not am grössten oder die Hilferufe gerade am stärksten sind, stellt der Plan der Arbeit einen *Gesamtplan* dar. Wenn nun aber gesagt wurde, die neue Wirtschaft (wozu der Plan der Arbeit die Grundlage schaffen soll) bekenne sich «zum Prinzip einer umfassenden Plan-

187) Der Plan der Arbeit, Abschnitt über Finanz- und Währungspolitik.

mässigkeit»<sup>188</sup>, so wird damit nicht einer bis ins kleinste Detail gehenden Planwirtschaft im sowjetrussischen Sinne das Wort geredet; die Planung ist wohl umfassend, da sie sich auf die gesamte Wirtschaft bezieht, aber sie beschränkt sich in der Hauptsache auf die Erteilung allgemeiner Direktiven. Mit dem Plan der Arbeit will man zu einer umfassenden, aber flexiblen Wirtschaftslenkung gelangen, die sich vor allem indirekter Methoden der Lenkung bedient. «Es geht nicht um eine starre Wirtschaft, in der nach genauer Vorschrift Güter erzeugt werden, in der eine zentralistisch bestimmte Güterverteilung vorgenommen würde, wie etwa kommunistische Staatswesen in der Literatur beschrieben worden sind»<sup>189</sup>. Im Plan der Arbeit selber heisst es: «Die Eidgenössische Volkswirtschaftsdirektion als zentrales Organ der schweizerischen Wirtschaftspolitik stellt nach den Direktiven der Bundesbehörden die allgemeinen Richtlinien für die planmässige Entwicklung der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft auf»<sup>190</sup>.

Entsprechend der wirtschaftlichen Struktur der Schweiz – es fehlt die eigentliche Schwerindustrie – haben die *Sozialisierungsforderungen* des schweizerischen Arbeitsplanes nicht dieselbe Bedeutung wie beispielsweise die im belgischen Arbeitsplan vorgesehenen Verstaatlichungsmassnahmen. Trotzdem sind aber auch im schweizerischen Plan der Arbeit die Sozialisierungspläne von grosser Wichtigkeit, denn die Sozialisten betrachteten – in den dreissiger Jahren – die Verstaatlichung eines Teils der Wirtschaft als Voraussetzung für eine sozialistische Wirtschaftsplanung. Es sind zur Hauptsache die Grossbanken, die Versicherungsgesellschaften und die industriellen Unternehmen monopolistischen Charakters, die im Plan der Arbeit für die Sozialisierung vorgesehen werden<sup>191</sup>. Neben diesem sozialisierten Sektor der Wirtschaft soll ein privatwirtschaftlicher Sektor erhalten bleiben, in dem

188) *Wohin des Wegs?* S. 185.

189) *Der Plan der Arbeit – Nationale Planwirtschaft in der Schweiz*, Flugschrift Nr. 9 des VPOD Zürich, Juli 1934, S. 27.

190) *Der Plan der Arbeit*, Abschnitt über die «Volkswirtschaftsdirektion».

191) In einer Besprechung des Plans der Arbeit betont Hugo Kramer, dass nur «ein verhältnismässig kleiner Teil der Industriebetriebe» zur Sozialisierung reif sei. «Zu ihnen gehört nach der Auffassung der Urheber des Planes der Arbeit vor allem die Elektrizitätswirtschaft, dann auch die Industrie der Baustoffe (Zement und Ziegel), vielleicht die Gas- und Wasserversorgung, sicher die Rüstungsindustrie im engeren Sinn. Es ist aber die Frage, ob nicht auch weitere Industrien sozialisierungsreif sind, so die chemische Industrie, die Aluminiumindustrie, ein Teil der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.» (H. Kramer, *Was soll werden? Gedanken zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz*, hg. von der SPS, 1941, S. 16.) Hugo Kramer betont auch, dass die Sozialisierung «unter *Entschädigung* der Eigentümer zu erfolgen» habe. (S. 16.)



auch das Konkurrenzprinzip weiterhin gelten würde. «Der Plan geht so weit, zu erklären, dass im privatwirtschaftlichen Sektor das liberale Konkurrenzprinzip volle Geltung behalten soll»<sup>192</sup>. Es soll auch der Markt nicht abgeschafft werden, da er als «Signalstation» notwendige Dispositionsänderungen anzuzeigen hätte<sup>193</sup>. «Der Markt, auf dem Güter angeboten und nachgefragt werden, bleibt aufrecht erhalten, ebenso im Prinzip, wenn auch geregelt, die heutige Preisrechnung und nicht minder die Institution des Kapitalzinses, die freie Einkommensverwendung und ein gesunder Wettbewerb zwischen den Wirtschaftenden. Freie wirtschaftliche Tätigkeit und damit persönliche Verantwortlichkeit des Einzelnen bleibt bestehen, aber diese Freiheit wird in die Grenzen gewiesen, die der zentralistische Plan zieht»<sup>194</sup>.

Dass der Plan der Arbeit dem *Staate* auf wirtschaftlichem Gebiet wichtige Funktionen übertragen will, ergibt sich deutlich aus unseren bisherigen Ausführungen. Der Staat wird zum entscheidenden Faktor in der Volkswirtschaft. Er zwingt der Wirtschaft den Rhythmus auf und kann sich dazu der verschiedensten Methoden bedienen; wo blosser Lenkungsmassnahmen nicht genügen, sollen direktere Eingriffe in die Wirtschaft vorgenommen werden, falls nötig sogar Sozialisierungen. Der Staat «ist nicht mehr Objekt einer seinem Einfluss entzogenen Wirtschaft, er ist vielmehr das erste, stärkste und ausschlaggebende Wirtschaftssubjekt. Sein Wirkungsbereich geht weit hinaus über den Umkreis der nationalisierten Betriebe; er hat zwar begrenzten, aber doch gestaltenden Einfluss auf die privaten Sektoren der Wirtschaft, einen direkten und einen indirekten, diesen in erster Linie durch die Verfügung über das Kreditwesen. Er sitzt, wenn man es so ausdrücken darf, an der Quelle selbst. Er hat dadurch zugleich mit der gewaltig gesteigerten Verantwortung auch die entsprechend grössere Bewegungsfreiheit. Sein Wirken umfasst das gesamte gesellschaftliche Leben. Er kann nunmehr umfassend disponieren. Man muss sich das gesamte nationale Gebiet als ein ‘Wirtschaftsunternehmen’ vorstellen, dessen oberster Leiter eben der Staat ist, der Staat, um es noch einmal zu betonen, als der Komplex der gemein- und planwirtschaftlichen Leitung»<sup>195</sup>.

Die schweizerische Sozialdemokratie erblickte nun aber nicht einfach in einer möglichst weitgehenden Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität des Staates die Lösung für die wirtschaftlichen Probleme. Man war sich der Gefahren einer zu

192) Wohin des Wegs? S. 159.

193) Vgl. Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 141.

194) Der Plan der Arbeit – Nationale Planwirtschaft in der Schweiz, S. 28.

195) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 133.

grossen Machtballung in den Händen des Staates voll bewusst und suchte ihr durch *Dezentralisation* zu steuern. Es sollte ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung gefunden werden, und der Kommentar zum Plan der Arbeit sieht darin zu Recht eine der wichtigsten Aufgaben. «Die goldene Mitte zwischen der notwendigen Zentralisation und der ebenso notwendigen Dezentralisation zu finden, wird dauernd die Aufgabe der Planwirtschaft bleiben»<sup>196</sup>.

Dezentralisation bedeutet die Überlassung wirtschaftlicher Machtbefugnisse an untere Stellen. Der Plan der Arbeit will deshalb den verschiedenen Genossenschaften und Verbänden – in der Industrie, im Kleinhandel und Kleingewerbe, im Baugewerbe, im Verkehrswesen und Hotelgewerbe sowie in der Landwirtschaft und im Aussenhandel sollen ja die Einzelwirtschaften zu Verbänden und Genossenschaften zusammengefasst werden – bei der Erfüllung ihrer für die Gesamtwirtschaft bedeutungsvollen Aufgaben grösstmögliche Freiheit und Selbständigkeit gewähren<sup>197</sup>. «Der gesamte Aufbau des Planes der Arbeit, wie er bisher sich darstellt, zeigt, dass er der Selbstbestimmung der verschiedenen Wirtschaftszweige, seien sie nationalisiert oder privat, dass er ebenso der regionalen Selbstverwaltung soviel Raum wie möglich gewährt. Die Grenze liegt da, wo die Einzelpläne miteinander in Konflikt kommen, wo die Beordnung und Zusammenarbeit gestört werden könnte»<sup>198</sup>. Innerhalb des Verbandes oder der Genossenschaft ist auch die einzelne Wirtschaftseinheit weitgehend frei in der Gestaltung der Betriebspolitik.

Es spricht für den freiheitlich-demokratischen Charakter des Plans der Arbeit, dass der *Geld- und Kreditpolitik* eine grosse Bedeutung beigemessen wird, denn die Kreditpolitik ist zweifellos eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Instrument indirekter Wirtschaftsplanung. – Im Kommentar heisst es, es werde «innerhalb der vorgesehenen Planwirtschaft das Streben des zentralen Kreditinstituts sein müssen, den Zinssatz so niedrig wie möglich zu halten»<sup>199</sup>. Also eine Politik des billigen Geldes! Die Kreditlenkung habe von einer Dringlichkeitsskala

196) Ebenda, S. 140.

197) Besonders wichtig sind die Industrieverbände, die «man sich als Selbstverwaltungskörper zu denken» hat. (Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 67.) – Um allzu hohe Differentialgewinne zu verunmöglichen, schlägt der Kommentar die Einschaltung nationalisierter Betriebe in die Industrieverbände vor. (Ebenda, S. 69.) – Weitreichende Befugnisse sollen auch die Handwerker- und Kleinhandelsgenossenschaften erhalten; sie stellen die Preistarife auf, besorgen den gemeinsamen Einkauf und sorgen für eine zweckmässige Rationalisierung. (Vgl. Der Plan der Arbeit, Abschnitt über «Förderung von Kleingewerbe und Kleinhandel».)

198) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 140.

199) Ebenda, S. 53.

der Bedürfnisse auszugehen<sup>200</sup>. Auf diese Weise sollen die Investitionen in die richtigen Bahnen gelenkt und volkswirtschaftliche Verluste vermieden werden. Da aber Eigenfinanzierungen die Wirksamkeit der allgemeinen Kreditpolitik illusorisch machen können, bedürfen Neuinvestitionen der Genehmigung<sup>201</sup>. Es wird aber auch betont, dass das private Sparen keineswegs unterbunden werden soll. «Der privaten Kapitalbildung sind nach wie vor ausgedehnte Möglichkeiten gelassen; das Sparen wird anerkannt als eine legitime Form der Versicherung gegen die wirtschaftlichen Wechselfälle im Leben des Einzelnen»<sup>202</sup>.

Die *Währungspolitik* wird im Plan der Arbeit (und auch im Kommentar) nur gestreift. Es wird lediglich gesagt, die Währungspolitik habe die «planmässige Entwicklung der Kaufkraft des Schweizervolkes zu fördern»<sup>203</sup>. Bevor die Frage der Abwertung in der Mitte der dreissiger Jahre zu einem vieldiskutierten und aktuellen Problem der eidgenössischen Politik wurde, befasste sich die schweizerische Sozialdemokratie recht selten mit der Währungspolitik, und es begnügten sich die Sozialdemokraten meistens damit, gegenüber gewissen bürgerlichen Kreisen, die sich von rein monetären Massnahmen die Lösung des Beschäftigungsproblems versprachen, «die Produktion und ihre Erweiterung» als das Primäre zu bezeichnen. «Die gesamte Wirtschaft allein von der Geldseite her regulieren zu wollen, die rein 'monetäre' Sanierung, ist ein Irrtum, der verhängnisvoll werden müsste, wenn man ihn zur Tat werden liesse»<sup>204</sup>.

Im Plan der Arbeit kommt deutlich zum Ausdruck, dass das *Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft* nicht nur auf betrieblicher Ebene Wirklichkeit werden soll, sondern auch auf höherer Stufe, in den Direktorien der verschiedenen Verbände. Dazu heisst es im Kommentar: «Wie immer man sich die Industrieverbände vorstellt, ob straffer oder lockerer organisiert, in jedem Fall verfügen die Direktionsstellen über eine relativ sehr hohe Machtbefugnis, tragen freilich zugleich auch hohe Verantwortung. Das schliesst nicht aus, darf nicht ausschliessen, die kontrollierende und produktionsfördernde Beteiligung aller Mitarbeitenden und der als Abnehmer mit einem bestimmten Produktionszweig Verbundenen. Der Plan der

200) «Die Kreditlenkung kann danach gemäss einer Dringlichkeitsskala der Bedürfnisse verfahren. Das ist ihr wesentlicher Massstab.» (Ebenda, S. 51.)

201) Vgl. ebenda, S. 69.

202) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 58.

203) Der Plan der Arbeit, Abschnitt über die «Organisierung des Kredits als öffentlicher Dienst».

204) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 138.

Arbeit zählt die einzelnen Kategorien auf. Das Mitspracherecht, so ausgedehnt es sein soll, darf jedoch die Leitung des Direktoriums und der Betriebe in ihrer Entschlussfähigkeit, Entschlusskraft und ihrem Entschlusstempo nicht behindern»<sup>205</sup>. Näher erörtert wird aber die Frage des Mitsprache- und Mitbestimmungsrechts nicht. Es scheint auch, dass man die Abklärung und Regelung dieser Frage eher den Gewerkschaften überlassen wollte, heisst es doch im Arbeitsplan: «Das Arbeitsverhältnis ist durch den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen zu regeln. Dabei ist besonders die Vertretung der Belegschaft in den Betriebsausschüssen, in den Betriebsdirektionen sowie in den Verwaltungsräten zu ordnen»<sup>206</sup>.

Wir haben in unseren Ausführungen über den Plan der Arbeit in erster Linie jene Punkte herausgegriffen, denen wir für die ideengeschichtliche Weiterentwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie spezielle Bedeutung zuschreiben. Der Plan der Arbeit kann in seiner ganzen Tragweite wohl kaum überschätzt werden; er ist ein Markstein in der Geschichte des schweizerischen Sozialismus. Zwar kann er im Einzelnen kritisiert werden<sup>207</sup>, gleichwohl scheint er uns als Ganzes etwas vom Besten und Positivsten, was die Sozialdemokratische Partei der Schweiz jemals geschaffen und vertreten hat. Nicht unwesentliche Akzentverschiebungen und die Abänderung einzelner Forderungen erwiesen sich in der Folge als unvermeidlich, aber der Plan der Arbeit kann trotzdem als die Basis betrachtet werden, auf der die wirtschaftspolitischen Anschauungen der SPS noch heute beruhen, ist doch selbst die «Neue Schweiz» zur Hauptsache ein Ausbau, eine Fortführung, eine Anpassung des Plans der Arbeit.

Die Bedeutung des Plans der Arbeit wird auch durch die Tatsache nicht geschmälert, dass es um die Verwirklichung nicht so gut bestellt war<sup>208</sup>, dass es nicht

205) Kommentar zum Plan der Arbeit, S. 70.

206) Der Plan der Arbeit, Abschnitt über den «Schutz der Arbeit».

207) Emil J. Walter hat den Plan einer Kritik unterzogen; vgl. Rote Revue, 13. Jg. 1933/34, Heft 12, S. 363 ff.; 15. Jg. 1935/36, Heft 5, S. 171 ff.; «Der öffentliche Dienst», Verbandsorgan des VPOD, 10. August 1934.

208) Auch in Belgien entsprachen die praktischen Erfolge des Plans der Arbeit nicht ganz den hochgespannten Erwartungen. Die Koalitionsregierung van Zeelandde Man war nicht eine Regierung zur Verwirklichung des Plans, sie hatte sich nicht auf den Plan verpflichtet und die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, im März 1935 (vgl. H. de Man, Gegen den Strom, S. 214 ff.), stand eigentlich im Widerspruch zu der Idee, dass der Plan nur als Ganzes durchgeführt werden könne. – Für die Sozialisten ist aber das belgische Beispiel gleichwohl von grösster Bedeutung, zeigt es doch mit aller Deutlichkeit die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich schon bei einer nur teilweisen Verwirklichung des Aktionsplanes ergaben. Es fehlten

gelang, in der Schweiz jene antikapitalistische Volksmehrheit zu bilden, die zur Durchführung des Plans erforderlich gewesen wäre, denn die Wirkung einer Idee hängt ja nicht von ihrer praktischen Realisierung ab.

Da sich der Gewerkschaftsbund nicht hinter den Plan der Arbeit stellte – Bedenken wegen einer möglichen Konkurrenzierung der Kriseninitiative und die Befürchtung, mit einem Bekenntnis zum Plan der Arbeit könnte die im Zusammenhang mit der Kriseninitiative zustande gekommene Front der Arbeit auseinanderfallen, mögen dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben –, bestand zum Vorn herein wenig Aussicht, auf Grund dieses Aktionsplanes eine umfassende Volksbewegung auszulösen. Der Plan der Arbeit verschwand denn auch trotz reger Propaganda, vor allem während der Jahre 1934 und 1935, bald von der Bildfläche der politischen Diskussion.

## 7. Die SPS nach der Programmrevision von 1935

Im Sommer 1941 schrieb Parteipräsident Hans Oprecht: «Ich will nicht behaupten, dass seit 1935 die Partei immer die Grundsätze ihres Programms befolgt hat»<sup>209</sup>. Tatsächlich war ja mit der Revision des Parteiprogramms die Diskussion über die sozialdemokratische Politik noch keineswegs abgeschlossen und die in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen zu befolgende Linie musste erst noch gefunden werden. Hatte die Vergangenheit gezeigt, dass sich die schweizerische Sozialdemokratie einerseits gelegentlich zu sehr von den Parolen ausländi-

die geschulten Leute zur Durchführung einer auch nur beschränkten Verstaatlichung, und ebenso fehlte die klare Vorstellung über die Funktionen und das Funktionieren der verstaatlichten Unternehmungen. (Vgl. das von Max Buset an der Pontigny-Konferenz 1937 gehaltene Referat: L’Idée et l’Action planistes en Belgique, Protokoll S. 37 ff.) So erklärte der belgische Sozialist Max Buset: «Il nous apparaît, à nous, Belges, de plus en plus que les nationalisations qu’on avait mises au point de départ seront très probablement un point d’arrivée.» (Ebenda, S. 44.) «Je vous étonnerai peut-être de prime abord, mais mon devoir est de vous dire qu’un des raisonnements que tient volontiers notre ami de Man, c’est que s’il avait eu, en 1935, tous les éléments nécessaires à la réalisation du plan, il ne l’eût pas fait parce qu’il n’eût pas trouvé autour de lui les concours techniques indispensables et parce qu’il n’aurait pas eu au départ la vision lucide et sûre des choses qu’il fallait réaliser.» «En d’autres termes, il nous apparaît que la réalisation du plan présuppose un certain temps de maturation. Il faut former des hommes, il faut former l’opinion qui soutiendra l’effort, et ce sont là deux tâches immenses.» (Ebenda, Seite 42.)

209) H. Oprecht, Zum Parteitag, Rote Revue, 20. Jg. 1940/41, Heft 10, S. 3 31.

scher Bruderparteien hatte beeinflussen lassen<sup>210</sup>, andererseits aber auf eidgenössischem Boden die Befolgung einer einheitlichen sozialdemokratischen Politik nicht selten durch die selbständige und mitunter recht eigenwillige Politik der Kantonalparteien erschwert wurde<sup>211</sup>, so ging nun das Bestreben der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz dahin, zu einer möglichst einheitlichen Stellungnahme zu gelangen, die schweizerische Partei zu stärken und die Politik der Kantonalparteien auf diejenige der SPS abzustimmen, um in der eidgenössischen Politik eine möglichst schlagkräftige Front bilden zu können. Die Erreichung dieses Zieles musste aber unter den gegebenen Umständen eher noch schwieriger sein als in der Vergangenheit, denn wenn früher in Bund, Kantonen und Gemeinden die Sozialdemokraten durchwegs in der Opposition standen, so hatte sich dies im Laufe der Zeit geändert. Mitte der dreissiger Jahre waren in einigen Kantonen (Genf, Basel-Stadt) und Gemeinden (z.B. auch in der Stadt Zürich) mehrheitlich sozialistische Regierungen an der Macht, oder es teilten doch die Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung mit den Bürgerlichen. Infolgedessen konnte es geschehen, dass lokal oder kantonal eine sozialistische Regierung das tun musste, was anderorts von der sozialdemokratischen Opposition bekämpft wurde, sofern es von einer bürgerlichen Regierung ausging. Dadurch wurde das erstrebte «Aufschliessen der Kräfte zu einer einheitlicheren Stellungnahme nach aussen»<sup>212</sup> erheblich erschwert<sup>213</sup>.

210) «Die Vergangenheit lehrt, dass die Politik der SPS nur allzu oft zum Spielball internationaler Strömungen und Meinungen geworden ist, die sich unter ganz anderen Voraussetzungen herausbildeten, als wie sie in der Schweiz bestanden. Die Krisenzustände erlauben dieses Spiel nicht mehr, die SPS muss die schweizerischen Probleme selbständig durchdenken und sie zum Gegenstand einer selbständigen schweizerischen Landespolitik machen.» (R. Grimm, Expose über die Lage der Partei, datiert vom 14. Dezember 1935, S. 12.) Auch Struthahn fordert «von der schweizerischen Arbeiterbewegung selbständige theoretische und konstruktive Arbeit, wenn sie ihre besonderen Aufgaben mit ihnen angepassten besonderen Mitteln lösen soll. Keine Übernahme fremder Parolen ohne kritischen Anpassungsprozess an die besonderen Umstände vermag ihr über diese Arbeit hinwegzuhelfen.» Die schweizerische Arbeiterbewegung habe «aus den besonderen Lebensbedingungen, die sie umgeben, ihre eigene Taktik, Strategie und Zielvorstellung abzuleiten.» (Struthahn, Wandlungen der Arbeiterbewegung, Rote Revue, 17. Jg. 1937/38, Heft 2, S. 74.)

211) Ernst Nobs fordert darum einen Verzicht auf die «kantonesenhafte Eingängerei». «Nun aber dürfte es der kantonesenhaften Eingängerei genug sein.» Die Zeit erfordere eine einheitlichere Stellungnahme. «Dem hochfahrenden kantonalen Dünkel, wie er sich bei uns etwa spreizte, bleibt nicht die mindeste Berechtigung übrig.» (E. Nobs, Sozialdemokratische Wahniederlagen, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 12, S. 379.)

212) Ebenda, S. 379.

In diesem Kapitel sei nun *die von der schweizerischen Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre befolgte Politik* dargestellt. Dabei haben wir, weil dies für das Verständnis der in dieser Zeit eingeleiteten Verständigungspolitik wichtig ist, von der Tatsache auszugehen, dass es der SPS bei den Nationalratswahlen im Oktober 1935 nicht gelang, die Zahl ihrer Vertreter in der eidgenössischen Legislative zu erhöhen. Die Sozialdemokratie konnte gerade ihre 50 Mandate halten, gewann jedoch etwa 8'000 Stimmen<sup>214</sup> und wurde «wegen der weiteren Mandatsverluste der freisinnig-demokratischen Gruppe» zur stärksten Nationalratsfraktion<sup>215</sup>, was jedoch nach Arthur Schmid «kein Beweis dafür» ist, «dass wir einen erfolgreichen Wahlgang hinter uns haben»<sup>216</sup>. Wohl konnte Robert Grimm vor den Wahlen von der Sozialdemokratie sagen: «Mit ihrer Auffassung und Weltanschauung, mit ihrem Plan der Arbeit und ihrem Sofortprogramm, mit ihrem Willen, den Weg freizumachen für den Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft, wandelt sie sich zur *Volkspartei*, in der die Interessen aller aufbauwilligen Kreise des Schweizervolkes zusammengefasst werden»<sup>217</sup>. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass diese «Volkspartei» wenig mehr als ein Viertel der abgebenen Stimmen auf sich vereinte. Die Wahlkommentare von E. Nobs, R. Grimm und A. Schmid in der Roten Revue waren denn auch nicht überaus optimistisch<sup>218</sup>. Emil J. Walter sprach von einem «relativen Misserfolg»<sup>219</sup> und dürfte damit das Ergebnis nicht schlecht charakterisiert haben<sup>220</sup>.

213) Natürlich waren es auch die für die Schweiz charakteristischen wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen Differenzierungen sowie die auf subjektiven Faktoren beruhenden Unterschiede – die Meinungen über das Wesen und die praktische Gestaltung der sozialdemokratischen Politik wurden ja in der SPS nie gleichgeschaltet, und die Verschiedenheit widerspiegelt sich in der Politik der Lokal- und Kantonalparteien –, die die Entwicklung einer einheitlicheren Politik erschwerten. Doch diese Unterschiede bestanden seit jeher und können darum nicht angeführt werden, wenn es zu zeigen gilt, dass die genannte Aufgabe im Vergleich zu früheren Jahren noch komplizierter wurde.

214) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1935, S. 10/11.

215) E. Nobs, Das Ergebnis der Nationalratswahlen, Rote Revue, 15. Jg. 1935/36, Heft 3, S. 89; im Original Kursivschrift.

216) A. Schmid, Voraussetzungen des Wahlerfolges, Rote Revue, 15. Jg., Heft 4, Seite 121.

217) R. Grimm, Vor den Wahlen, Rote Revue, 15. Jg., Heft 2, S. 53/54.

218) Vgl. die oben zitierten Artikel von E. Nobs und A. Schmid, sowie Robert Grimm, Nach den Wahlen, Rote Revue, 15. Jg., Heft 3, S. 95 ff.

219) E.J. Walter, Ursachen des Stillstandes, Rote Revue, 15. Jg., Heft 5, S. 171.

220) Besonders ungünstig war das Ergebnis für die Zürcher Sozialdemokraten, die zwei Mandate verloren. Dies war vor allem auf das Auftreten des «Landesring der Unabhängigen» und die

Auch in dem hier zur Diskussion stehenden Zeitabschnitt standen *die wirtschaftlichen Probleme* noch stark im Vordergrund. Vorerst hatte sich die schweizerische Sozialdemokratie mit den Problemen der eidgenössischen Finanzpolitik zu befassen. Dem von Bundesrat Musy entworfenen Finanzprogramm II stellte sie ein *schweizerisches Finanzprogramm*<sup>221</sup> gegenüber, das vom sozialdemokratischen Parteitag 1935 einstimmig gutgeheissen wurde<sup>222</sup>. Darin fordert die Arbeiterschaft:

«A. Einsparungen im Bundeshaushalt:

1. Abschaffung der monopolfreien Lösung der Getreideversorgung und Wiedereinführung des Getreidemonopols.
2. Senkung des Anleihezinses für Anleihen des Bundes und der S.B.B.
3. Verlangsamung und Gleichbehandlung aller Tilgungen.

B. Neue Einnahmen:

1. Strikte Durchführung der Alkoholgesetzgebung.
2. Durchführung der Getränkesteuer; Schonung der Produzenten, Belastung des Weinhandels.
3. Eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer auf grossen Vermögen.
4. Ersatz des privaten Zündholzmonopols durch ein staatliches Zündholzmonopol.

C. Verzicht auf:

neue Lohnsenkungen, neue Konsum- und Massensteuern, neue Verkehrssteuern.

D. Sicherung

der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsbeschaffung, der Krisenhilfe für Schuldbauern und Kleingewerbler, der Hilfe für Krisengemeinden»<sup>223</sup>.

Auch im Jahre 1936 hatte sich die Partei in erster Linie mit wirtschaftspolitischen Gegenwartsaufgaben auseinanderzusetzen. Die Frage der *Abwertung des Schweizerfrankens* rückte in den Brennpunkt der Diskussion. Der Parteitag 1936 «hat sich mit grosser Mehrheit gegen die Abwertung des Schweizer Frankens ausgesprochen»<sup>224</sup>. Grimm erklärte, die Abwertung sei «im Grunde nur eine Anpassung in anderer Form. Sie ist die Fortsetzung der Deflationspolitik mit anderen Mitteln. Sie wird unter allen Umständen die Opfer den breiten Schichten des Vol-

Parteikrise – einige mit der KP sympathisierende Mitglieder, u.a. Ernst Walter, kantonalzürcherischer Parteisekretär, mussten aus der Partei ausgeschlossen werden – zurückzuführen. – Die Listenverbindung der Zürcher SP mit den Kommunisten kritisierte Robert Grimm mit scharfen Worten. (Vgl. R. Grimm, Nach den Wahlen, S. 95.)

221) Protokoll des Parteitags der SPS 1935, S. 6-8.

222) Ebenda, S. 92.

223) Ebenda, S. 7/8.

224) W. Bringolf, am Parteitag 1937, Protokoll, S. 37.



kes auferlegen. Da und dort kann sie gewisse Erleichterungen zur Folge haben; aber sie ist kein Weg aus der Krise. Entscheidend für die Behebung der Krise ist die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse»<sup>225</sup>. Er lehnte die Alternative Deflation oder Devaluation ab und stellte ihr die Konzeption der dirigierten Wirtschaft gegenüber<sup>226</sup>. In den vom Parteitag mit grosser Mehrheit angenommenen Thesen über die Währungsfrage heisst es: «Die SPS lehnt die Politik der Deflation und die Verantwortung für ihre Folgen ab und bekämpft diese verhängnisvolle Politik mit allen geeigneten Mitteln. Sie vermag auch in der Forderung nach einer Devaluation des Schweizerfrankens keinen Ausweg aus der Krise oder gar ihre Überwindung zu erblicken»<sup>227</sup>. Und im selben Sinne äussert sich auch die Resolution über Deflationspolitik und Vollmachten. Die Deflationspolitik schütze «auch nicht vor der Abwertung. Sie führt im Gegenteil zur Abwertung des Schweizerfrankens . . .»<sup>228</sup>

Als dann der Schweizerfranken am 26. September 1936 um 30% abgewertet wurde, sahen die Sozialdemokraten in diesem Abwertungsbeschluss des Bundesrates «das Eingeständnis, dass die Deflationspolitik, die angeblich auf dem Wege des Abbaues der Preise und Löhne die Abwertung vermeiden wollte, völlig Fiasko gemacht hat»<sup>229</sup>. Sie setzten sich noch entschiedener für eine Politik des wirtschaftlichen Aufbaus ein. In Erwartung einer Teuerung wurden folgende Forderungen aufgestellt: «Erhaltung des Realeinkommens, Kampf gegen missbräuchliche Preiserhöhungen und Mietzinssteigerungen, Wahrung des Rechtes auf Lohnbewegungen zur Anpassung des Einkommens an die Verteuerung der Lebenskosten, strenge Strafmassnahmen gegen Abwertungsspekulanten und Konfiskation des Spekulationsgewinnes, Reduktion der Zölle auf den notwendigsten Lebensmitteln zur Vermeidung einer brutalen Preissteigerung»<sup>230</sup>. Max Weber erklärte in der Roten Revue, es gelte nun vor allem, eine weitere Deflation zu verhindern. «*Weitere Deflation wäre ein Verbrechen am Schweizervolk*»<sup>231</sup>.

Immer wieder vertrat die SPS die Forderung nach planmässiger und grosszügiger *Arbeitsbeschaffung*. Das Gutachten Grimm/Rothpletz hatte grundsätzlich den Weg gezeigt, der beschritten werden sollte. Da sich der Bundesrat nicht be-

225) Protokoll des Parteitags der SPS 1936, S. 76.

226) Vgl. ebenda, S. 77/78.

227) Ebenda, S. 8.

228) Ebenda, S. 10.

229) Protokoll des Parteitags der SPS 1937, S. 4. (Die Politik der SPS nach der Abwertung.)

230) Geschäftsbericht der SPS pro 1936, S. 9.

231) M. Weber, Nach dem 26. September, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 3, Seite 74.

müssigt fühlte, den Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen, sah sich die SPS gezwungen, vom Initiativrecht Gebrauch zu machen. Im September 1936 «wurde ein Volksbegehren ins Auge gefasst, das vom Bunde die Durchführung einer umfassenden Arbeitsbeschaffungsaktion fordern sollte»<sup>232</sup>. Das «Volksbegehren für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm» nahm dann bald feste Form an und Anfang 1937 begann die Unterschriftensammlung, die an die 300'000 Unterschriften einbrachte<sup>233</sup>.

Die Initiative verlangte zum Zwecke der Wiederbelebung der Wirtschaft und Überwindung der Arbeitslosigkeit vom Bund die Aufstellung eines innert drei Jahren durchzuführenden nationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Dieses sollte Arbeiten des Bundes sowie die Subventionierung kantonaler, kommunaler und privater Arbeiten umfassen. Für die Finanzierung hätte der Bund bis zu 300 Millionen Franken bereitzustellen, wozu er auf den Abwertungsgewinn der Nationalbank greifen *könnte*<sup>234</sup>. – Die Arbeitsbeschaffung sollte das Verbrauchseinkommen vermehren, wodurch die Nachfrage erhöht und die Wirtschaft in Gang gebracht würde. Dabei wurde auch auf die kumulative Wirkung einer derartigen Massnahme hingewiesen<sup>235</sup>.

Die Arbeitsbeschaffungsinitiative wurde zwar verschleppt<sup>236</sup> und «vom Bundesrat und der bürgerlichen Presse als unmögliche oder zum mindesten unnötige (!) Aktion bezeichnet»<sup>237</sup>, hatte aber doch zur Folge, dass die Regierung gezwungen wurde, etwas zu tun. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr entwarf der Bundesrat ein umfassendes Landesverteidigungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm. «Die eidgenössischen Räte und ihre Kommissionen hatten – nach langem und zähem Kampf unserer Vertreter und unter dem Druck der politischen Verhältnisse – schliesslich die wesentlichsten Vorschläge der Arbeitsbeschaffungs-Initiative gutgeheissen. So kam eine Vorlage zustande, die den Rückzug unserer Initiative rechtfertigte ...»<sup>238</sup> Die Vorlage wurde dann am 4. Juni 1939 vom Schweizervolk ange-

232) Geschäftsbericht der SPS pro 1936, S. 9.

233) Die Initiative wurde nicht nur vom Gewerkschaftsbund unterstützt, sondern auch von den Jungbauern, den Gewerbetreibenden, den Unabhängigen und den Freigeldlern. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1937, S. 15.)

234) Die Initianten lehnten auch andere Finanzierungsarten nicht ab. Vgl. die von der SPS herausgegebene Broschüre über das «Volksbegehren für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm», o. J., S. 17.

235) Vgl. ebenda, S. 19 ff.

236) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 21.

237) Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 23.

238) Ebenda, S. 30.

nommen, womit die sozialdemokratische Idee schlussendlich doch noch Anerkennung gefunden hatte.

Wenn es in der Partei bezüglich dieser wirtschaftspolitischen Forderungen keine nennenswerte Opposition gab, so lässt sich dasselbe im Hinblick auf jene Bestrebungen, die man unter dem Schlagwort *Verständigungspolitik* zusammenfassen kann, nicht sagen.

Das Ergebnis der Nationalratswahlen 1935 – keine wesentliche Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis – liess keine Zweifel darüber, dass es unter diesen Umständen keiner Partei gelingen dürfte, den entscheidenden Ton in der eidgenössischen Politik zu setzen und betont parteipolitische Postulate zu verwirklichen. Da sich aber die wirtschaftlichen und politischen Probleme nicht aufschieben liessen, ergab sich zwangsläufig die Folgerung, dass nur eine grössere Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit die Erhaltung der Unabhängigkeit und die Lösung der dringendsten Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen konnte. – Dass die Sozialdemokratie zur Zusammenarbeit bereit war, bewies sie mit ihrem Beitritt zur *Richtlinienbewegung* im Jahre 1937.

Die «Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» wurden im Jahre 1936 von Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Angestelltenverbände, des Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellten und der schweizerischen Bauernheimatbewegung ausgearbeitet<sup>239</sup>. Das Ziel, die Überwindung der Krise und die Erhaltung der Demokratie und der Freiheitsrechte, sollte durch eine Verständigung zwischen demokratischen Organisationen und Parteien – auf der Grundlage eines klar umrissenen Programms – erreicht werden. «Die *Richtlinienbewegung*», schrieb Robert Grimm, «war gedacht als eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Ihre moralische Rechtfertigung liegt in ihren Zielen und Forderungen, in dem Versuch, über die Parteien hinweg ein Sammelbecken zu werden, aus dem die erforderlichen Kräfte für einen wirtschaftlichen Neuaufbau der Schweiz hervorgehen sollten»<sup>240</sup>. Als gemeinsame Basis wurden

239) Vgl. P. Meierhans, *Richtlinien und Sozialdemokratie*, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 4, S. 113. – «Für die Durchführung der Kriseninitiative und ähnlicher Aktionen versuchte man mit Erfolg mit dem fortschrittlichen Flügel der Bauernpartei, den sogenannten Jungbauern und kleinen linksbürgerlichen Gruppen zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck wurde unter der Führung des Gewerkschaftsbundes die sogenannte Richtlinienbewegung als Organisation mit einem klaren Programm geschaffen. Sie fiel später auseinander, weil die objektiven Voraussetzungen für ein gemeinsames Aktionsprogramm brüchig waren.» (F. Giovanoli, a.a.O., S. 44.)

vier Grundsätze aufgestellt, zu denen sich die Mitglieder bekennen mussten:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Überzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann»<sup>241</sup>.

Die *Frage des Beitritts zur Richtlinienbewegung* war für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nicht ganz leicht zu entscheiden. Zwar wurden Ziel und einzelne Aufgaben der Richtlinien kaum kritisiert<sup>242</sup>, aber es gab Sozialdemokraten, die von einem Beitritt nichts wissen wollten aus Furcht, es werde damit der Sozialismus preisgegeben<sup>243</sup>. Demgegenüber betonten Walther Bringolf und Max Weber, der eigentliche Initiator der Richtlinienbewegung, am sozialdemokratischen Parteitag 1937, dass die Zustimmung zu den Richtlinien die Selbständigkeit der sozialistischen Bewegung nicht beeinträchtigt<sup>244</sup>. In der *Roten Revue* erklärte Paul Meierhans, zu dieser Zeit Redaktor des «Volksrecht», dass die in den Richtlinien aufgestellten Postulate «ein *Maximum des überhaupt Erreichbaren* darstel-

240) R. Grimm, Um die Wirtschaftsgesetzgebung des Landes, *Rote Revue*, 17. Jg. 1937/38, Heft 1, S. 6. – «Abgesehen von den extremen Gruppen der Kommunisten und Frontisten soll auf der Grundlage des Richtlinienprogrammes die Zusammenarbeit aller Parteien möglich sein. Die Richtlinienbewegung *will keine Blockbildung und keine Partei sein*. Sie möchte nur die *Brücke* bilden zwischen all den Parteien, Verbänden und Einzelpersonlichkeiten, die die Not der Zeit erkannt haben und bereit sind, an ihrer Überwindung mitzuarbeiten.» (Paul Schmid-Ammann, *Richtlinienbewegung – Ihr Ziel und ihre Arbeit*, Schriftenreihe der Richtlinienbewegung, Bern o. J., S. 12.)

241) Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie, Drucksache, o. O. und o. J., S. 2.

242) Vgl. P. Meierhans, a.a.O., S. 115.

243) Hugo Kramer z.B. bezeichnete es als eine Täuschung, wenn man glaube, «neben der Mitarbeit an der Richtlinien-Bewegung» könnte man die «sozialistische Grundsatzpolitik ruhig weiter betreiben». (Protokoll des Parteitags der SPS 1937, Seite 49.)

244) Vgl. ebenda, S. 41/42 bzw. S. 55.

Paul Schmid-Ammann erklärte: «Jede der ihr angeschlossenen Organisationen behält ihre volle Selbständigkeit und ideelle Eigenart.» (P. Schmid-Ammann, a.a.O., S. 12.)

len». «Natürlich ist das *kein Sozialismus*, der hier postuliert ist; aber es ist *beste Sozialpolitik*, wie sie die Sozialdemokratie seit Jahr und Tag in den Gemeinden, Kantonen und im Bund betreibt. Niemand wird verhindert, noch weitergehende Pläne zu verfechten, . . .» «Wenn wir die Auffassung haben, dass die hier vorgeschlagenen Wege zu einer *Milderung* der Krise führen werden, so haben wir diesen Weg entschlossen und ohne Rückhalt zu betreten, unbeschadet unserer innern Überzeugung, dass die wahrhaft durchgreifende und dauerhafte Lösung nur in der Überwindung des Kapitalismus, in der Verwirklichung des Sozialismus bestehen kann»<sup>245</sup>.

Der eindeutige Entscheid des Parteitags 1937 zugunsten des Anschlusses an die Richtlinienbewegung<sup>246</sup> war vor allem aus dem Grunde von Bedeutung, weil sich die Partei damit zu den vier Grundsätzen – man sprach auch von politischen Vorbedingungen – bekannte und infolgedessen *ausdrücklich auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten verzichtete* und die «Landesverteidigung ohne jede Bedingung anerkannte»<sup>247</sup>. Letzteres war nicht ganz überflüssig, denn die Luzerner Parteitagsbeschlüsse haben, wie W. Bringolf ausführte, «trotzdem sie grundsätzlich die Bejahung der militärischen Landesverteidigung enthalten, so viel Unklarheiten und Missverständnisse, ja auch Missstimmung erzeugt, oder hinterlassen, dass eine verantwortliche Parteiführung alles daransetzen musste, die erforderliche Klarheit endlich zu schaffen»<sup>248</sup>.

Auch die schärfere Abgrenzung gegenüber den Kommunisten war ein Gebot der Stunde. War das klare Bekenntnis der SPS zur Demokratie «durch die politische Praxis in einzelnen Kantonen (Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei) wieder verwischt worden»<sup>249</sup>, so sollte nun jedes Paktieren mit der KP unterbunden werden, denn «die Anerkennung des ersten Grundsatzes der Richtlinien bedingt die Lösung der Beziehungen zur Kommunistischen Partei auf der ganzen Linie»<sup>250</sup>. Dementsprechend heisst es denn in der Resolution über die Politik der SPS nach der Abwertung, mit der sich die Partei auf den Boden der Richtlinien stellte:

«Die SPS ist sich bewusst, dass ein Paktieren mit antidemokratischen Organisationen die Demokratie gefährdet und den Faschismus stärkt.

245) P. Meierhans, a.a.O., S. 115.

246) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1937, S. 58.

247) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, Seite 8.

248) Protokoll des Parteitags der SPS 1937, S. 35.

249) F. Schmidlin, Neue Wege in der Politik, Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 4, S. 123.

250) Ebenda, S. 124.

Aus dieser Überzeugung lehnt die SPS jede Bindung und Zusammenarbeit mit Bewegungen und Organisationen, die nicht auf dem Boden der Demokratie stehen, ab. Dieser Beschluss ist für alle kantonalen und lokalen Organisationen verbindlich»<sup>251</sup>.

Aus dieser Formulierung geht hervor, dass die Partei die Abgrenzung nicht einseitig gegen links vornehmen wollte, sondern auch gegen rechts, was auch Walther Bringolf in seinem Referat deutlich zum Ausdruck brachte<sup>252</sup>. «Die offenen und versteckten Feinde der Demokratie, die gefährlichen Feinde, stehen rechts»<sup>253</sup>.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz schloss sich als einzige grosse Landespartei der Richtlinienbewegung an. Alle eidgenössischen Regierungsparteien lehnten einen Beitritt ab. – Trotzdem die Richtlinienbewegung einige praktische Erfolge verzeichnen konnte<sup>254</sup>, erfüllte sie kaum alle in sie gesetzten Erwartungen; die weltanschaulichen Unterschiede und die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Bewegung bildeten ein schweres

251) Protokoll des Parteitags der SPS 1937, S. 5.

Nach dem Parteitag achtete denn auch die SPS besonders scharf darauf, dass sich die Lokal- und Kantonalparteien an die Parteitagsbeschlüsse hielten. Das zeigte sich besonders anlässlich der Basler Kantons- und Regierungsratswahlen Anfang 1938. Als die SP Basel-Stadt mit der KP eine Listenverbindung einging, beschloss die Geschäftsleitung der SPS, «die Vereinbarung der SP Basel-Stadt mit der KP zu desavouieren.» (Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 11.) – Und im Geschäftsbericht der SPS pro 1937 heisst es: «Weiter ergeben sich Schwierigkeiten, weil vereinzelt Sektionen gemeinsame Versammlungen mit den Kommunisten abhalten. Die Geschäftsleitung dringt darauf, dass mit solcher Praxis, die im Widerspruch steht mit den geltenden Parteitagsbeschlüssen, Schluss gemacht wird.» (S. 13.)

252) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1937, S. 39/40.

253) Ebenda, S. 40. – Einige Redner gingen sogar noch weiter und erklärten, die Demokratie werde nicht von links, sondern «ausschliesslich von der rechten Seite her» bedroht. (Hugo Kramer, ebenda, S. 47.) So bedauerte Fritz Schneider, «dass die Abgrenzung gegen die KP vorgenommen wird, weil ich der Auffassung bin, dass alle, die im Gegensatz zum Kapitalismus und zur kapitalistischen Politik stehen, gesammelt werden müssen.» (Ebenda, S. 52.)

254) Vgl. P. Schmid-Ammann, a.a.O., S. 9 ff., sowie das Referat von Walther Bringolf am Parteitag 1938, Protokoll, S. 30.

Als die wichtigste Aktion der Richtlinienbewegung kann die Initiative gegen die Ausschaltung der Volksrechte, die am 11. Februar 1938 in der Bundeskanzlei eingereicht wurde, genannt werden. Es ging den Initianten um die Sicherung der Demokratie. «Das Volksbegehren will den *dringlichen Bundesbeschluss*, für den künftig *zwei Drittel* der Stimmenden in jedem der beiden eidgenössischen Räte sich erklären müssen, auf die Fälle wirklich *zeitlicher* Dringlichkeit beschränken und ihn auf *höchstens drei Jahre* befristen.» (P. Schmid-Ammann, a.a.O., S. 11; vgl. auch das Referat von Max Weber am Parteitag 1938, Protokoll, S. 60 ff.) Die Initiative wurde dann von der Richtlinienbewegung zugunsten des bundesrätli-

Hindernis für eine wirklich erspriessliche Zusammenarbeit. Langsam fiel die Richtlinienbewegung auseinander.

Während die begrenzten Möglichkeiten der Richtlinienbewegung immer offenkundiger zutage traten, gewann die sogenannte *int er parteiliche Zusammenarbeit* immer grössere Bedeutung. Ohne auf die Frage einzutreten, ob nun der Ruf nach interparteilicher Zusammenarbeit zuerst von der Sozialdemokratie oder vom Bürgertum erhoben wurde, sei die Tatsache festgehalten, dass die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz an ihrem Parteitag vom 11. Juli 1937 eine Resolution annahm, worin sie sich bereit erklärte, «zur *Zusammenarbeit der Parteien*, die sich zu unserer demokratischen Staatsauffassung und vorbehaltlos zur Landesverteidigung bekennen, auf dem Boden des Privateigentums und seiner sozialen Verpflichtung stehen, den Klassenkampf ablehnen und die grundsätzliche Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen anerkennen»<sup>255</sup>. Auf Grund folgender Postulate sollte die Geschäftsleitung der Freisinnig-demokratischen Partei mit den anderen Parteien in Verbindung treten:

1. Weiterführung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch eine den Notwendigkeiten Rechnung tragende vermehrte zusätzliche *Arbeitsbeschaffung* und durch Anregung der Bautätigkeit;
2. fortgesetzte Überwachung der *Preisbildung* und Massnahmen gegen ungerechtfertigte Verteuerung der Lebenshaltung;
3. Rückkehr zu vermehrter *wirtschaftlicher Freiheit*;
4. Ausbau der Institution des *Gesamtarbeitsvertrages* und des Schlichtungswesens im Arbeitsrecht;
5. Sanierung und Neuordnung der Bundesfinanzen;
6. Reform der *Verkehrswirtschaft*;
7. Lösung des *Alkoholproblems*;
8. Schaffung eines Gesetzes für die *nationale Erziehung* der Jugend unter Berücksichtigung der Eigenart der Kantone»<sup>256</sup>.

«Unsere Geschäftsleitung antwortete eindeutig mit Bezug auf die Stellungnahme zum Privateigentum. Das acht Punkte umfassende Programm bietet für uns keine besonderen Schwierigkeiten, da darin vielfach Forderungen vorhanden sind, die wir selber früher schon aufgestellt hatten. Angesichts der sich geltend machenden

chen Gegenentwurfs zurückgezogen, da dieser wesentliche Punkte der Initiative enthielt, wodurch die Annahme der Vorlage des Bundesrates in der Volksabstimmung vom 22. Januar 1939 gesichert war. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 25, und Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 30.)

255) Neue Zürcher Zeitung, Morgenblatt vom 12. Juli 1937, Nr. 1258.

256) Ebenda.

Widerstände musste die freisinnige Parteileitung ihre Taktik ändern. Sie sandte uns ihre Einladung zur interparteilichen Konferenz vom 20. November. Die Geschäftsleitung delegierte die Genossen Oprecht, Meierhans, Bringolf und Stocker»<sup>257</sup>.

*Die entscheidende Annäherung erfolgte dann im Frühjahr 1938*, als mit dem Zusammenbruch Österreichs und der wachsenden Kriegsgefahr der Verständigungswille in allen Lagern zunahm. Die SPS «erklärte sich nach dem Zusammenbruch Österreichs bereit zur *Verständigung* mit allen aufbauwilligen Parteien und Gruppen, im Interesse einer wirklichen *Neutralität*, einer würdigen und tapferen Aussenpolitik, einer aufbauenden und freiheitlichen Innen- und Wirtschaftspolitik, – im Interesse der Unabhängigkeit des Landes»<sup>258</sup>. Einmütig schloss sich die Partei der gemeinsamen Erklärung der vereinigten Bundesversammlung (21. März 1938) an, die den Willen zur Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit unmissverständlich zum Ausdruck brachte<sup>259</sup>. Es kam nun auch zu den ersten gemeinsamen Aktionen. «An Kundgebungen in den grösseren Städten sprachen neben Sozialdemokraten Vertreter bürgerlicher Parteien und hohe aktive Offiziere»<sup>260</sup>.

Am sozialdemokratischen Parteitag vom 21./22. März 1938 fand eine gründliche *Aussprache über die Politik der interparteilichen Zusammenarbeit* statt. Ein Antrag des Parteivorstandes, der die Parteileitung zur Fortsetzung der interparteilichen Zusammenarbeit ermächtigte, wurde mit 272 gegen 46 Stimmen angenommen<sup>261</sup>. Walther Bringolf verteidigte in seinem Referat über die innenpolitische Lage die von der Partei eingeschlagene Politik. «Die interparteiliche Zusammenarbeit ist ein erster Versuch der gegenseitigen Fühlungnahme und der Verständigung unter den demokratischen Parteien über die wichtigsten Aufgaben der Innenpolitik»<sup>262</sup>. Gleichzeitig betonte er, dass es bei der interparteilichen Zusammenarbeit weder um «die Preisgabe unserer organisatorischen und politischen Selbständigkeit» noch «um die Einleitung einer Burgfriedenspolitik» gehe<sup>263</sup>. Dass mit einer

257) Geschäftsbericht der SPS pro 1937, S. 19.

258) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 3.

259) In der Sitzung der Politischen Kommission der SPS vom 18. März 1938 sagte Parteipräsident H. Oprecht, mit einer solchen gemeinsamen Erklärung biete sich eine Chance, die nicht verpasst werden dürfe. «Wenn eine solche Erklärung zustande kommt, so bedeutet das einen Wendepunkt in der schweizerischen Politik. Der Sinn einer solchen Erklärung kann nur sein, dass Bundesrat und Regierungsparteien in allen entscheidenden Punkten Verständigung mit uns suchen wollen.» (Protokoll der Sitzung, S. 5.)

260) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 19.

261) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1938, S. 5 und 38.

262) Ebenda, S. 31.



solchen Zusammenarbeit auch gewisse Gefahren verbunden seien, leugnete Bringolf nicht, doch eine Gefahr bedeute auch die Isolierung<sup>264</sup>; eine frischfröhliche Oppositionspolitik sei eben nicht mehr möglich<sup>265</sup>.

Die Diskussion über die Frage der interparteilichen Zusammenarbeit wurde sehr lebhaft, aber ohne Erbitterung geführt. Es gab Gegner und Befürworter, wobei die Opposition gegen die offizielle Parteipolitik nicht einfach als Linke bezeichnet werden kann, dazu war diese Gruppe viel zu uneinheitlich. Es ist überhaupt zu sagen, dass die Aufspaltung in Rechte, Linke und Zentrum, die früher berechtigt war, da es sich tatsächlich um drei verschiedene Gruppierungen mit mehr oder weniger bestimmter Konzeption handelte, an Bedeutung verlor und sich Trennungslinien nur mehr schwer ziehen liessen. Will man gleichwohl noch weiter von der «Rechten» und der «Linken» sprechen, so ist zudem der Tatsache Rechnung zu tragen, dass im Laufe der Zeit nicht unbedeutende personelle Verschiebungen erfolgten. Darauf hat auch Parteipräsident Oprecht hingewiesen: «Die geistige und soziale wie auch die politische Entwicklung der letzten Jahre hat auch innerhalb der Partei die Lage nach verschiedenen Gesichtspunkten geändert: Während führende Parteileute einstmals ganz links stunden, finden wir sie heute auf dem rechten Flügel der Partei, und umgekehrt stehen ehemals rechtsorientierte Partei- und Gewerkschaftsfreunde heute auf dem – wenn man so sagen darf – linken Flügel der Partei»<sup>266</sup>.

Nach dem Parteitag setzte die Geschäftsleitung der SPS «die von ihr eingeleiteten Bemühungen um eine fruchtbare interparteiliche Zusammenarbeit zur Lösung der dringendsten Landesprobleme fort»<sup>267</sup>. Die Schwierigkeiten liessen aber nicht auf sich warten. «Im Verlaufe des Jahres begegnete jedoch eine wirkliche und für die Arbeiterschaft tragbare Verständigung immer grösseren Schwierigkeiten, als es sich darum handelte, die *wirtschafts- und finanzpolitischen Grundlagen* und Voraussetzungen für die geschlossene Abwehrkraft des Volkes zu schaffen. Die von den interparteilichen Konferenzen eingesetzten Unterausschüsse zur Behandlung der wirtschaftlichen und finanziellen Hauptprobleme, sowie der aussen- und militärpolitischen Fragen blieben in den Anfängen stecken»<sup>268</sup>. An eben demselben

263) Ebenda, S. 31.

264) Gegenüber Bringolf erklärte Léon Nicole: «Bringolf craint l'isolement du PSS. Moi, je crains l'isolement du parti socialiste des masses socialistes.» (Ebenda, Seite 35.)

265) Vgl. ebenda, S. 33.

266) H. Oprecht, am Parteitag 1938, Protokoll, S. 18.

267) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 19.

268) Ebenda, S. 20.

Parteitag im Jahre 1938, an dem die Fortführung der Verständigungspolitik beschlossen wurde, kritisierte Robert Bratschi die *Finanzreformvorlage*<sup>269</sup> – diese sollte bekanntlich das im Oktober 1937 von den eidgenössischen Räten angenommene Finanzprogramm III durch eine definitive Regelung ersetzen –, so wie sie aus den Beratungen des Ständerates und der nationalrätlichen Kommission hervorgegangen war. Bratschis Kritik galt vor allem dem mangelnden Verständigungswillen des Bürgertums, das die Forderungen der Richtlinienbewegung missachtete<sup>270</sup>; die Vorlage bezeichnete er als unannehmbar. «Das Wort hat nun der Nationalrat. Er kann die Lage noch ändern, indem er mehr Verständigungswillen zeigt als der Ständerat und als die nationalrätliche Kommission. Erfolgt keine Umstellung in entscheidenden Punkten, so können wir der Vorlage nicht zustimmen; die Verantwortung fällt dann aber auf den Bundesrat und den Bürgerblock»<sup>271</sup>. Diese Umstellung erfolgte nicht, und die SP-Fraktion stimmte gegen die Vorlage, die mit 62 gegen 61 Stimmen am 24. Juni 1938 knapp verworfen wurde<sup>272</sup>.

Die Verständigungspolitik hatte zweifellos einen schweren Schlag erlitten, aber die SPS war trotzdem um deren Weiterführung bemüht<sup>273</sup>. Als der Bundesrat beschloss, weiterhin die Finanzpolitik auf dringlichen Bundesbeschlüssen zu basieren, protestierte sie in einem offenen Brief (15. Juli 1938). «Sie gelangte zugleich an die drei bürgerlichen Regierungsparteien und verlangte die unverzügliche Einberufung einer Konferenz aller Fraktionsvertreter, um durch eine aktive Zusammenarbeit eine *verfassungsmässige* Lösung endlich herbeizuführen»<sup>274</sup>. Ihre Kompromissbereitschaft stellte die Sozialdemokratie unter Beweis, als sie sich dem an der interparteilichen Aussprache vom 2. August 1938 von freisinniger Seite gemachten Vorschlag zugunsten einer dreijährigen, der Volksabstimmung unterstellten Übergangslösung nicht widersetzte<sup>275</sup> und schliesslich der Übergangsordnung

269) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 193 8, S. 57-60.

270) «Von der Richtlinienseite wurden die von Genosse Klöti im Ständerat erhobenen Forderungen wieder aufgenommen: die Kapitalertragsteuer als dauernde Einnahme; die teilweise Zuweisung der Tabakerträge an den Alters- und Hinterbliebenenfonds schon vor 1948; der Verzicht auf die Beschneidung der Rechte des Parlaments, und beim Vollzug der Finanzartikel die Wahrung der Referendumsrechte des Volkes.» (Ebenda, S. 59).

271) Ebenda, S. 59.

272) Vgl. dazu R. Bratschi, Die Finanzartikel verworfen, Rote Revue, 17. Jg. 1937/38, Heft 11, S. 369 ff.

273) Vgl. H. Oprecht, Fiasco der interparteilichen Zusammenarbeit? Rote Revue, 17. Jg. 1937/38, Heft 12, S. 406.

274) Geschäftsbericht der SPS pro 193 8, S. 21/22.

275) Vgl. Protokoll der Sitzung der Politischen Kommission mit der Geschäftsleitung, 8. August 1938.

zustimmte, obwohl sie nicht gerade den Wünschen der Arbeiterschaft entsprach. In der politischen Kommission der SPS (Sitzung vom 12. November) waren die Meinungen über die Vorlage völlig geteilt. Die Mehrheit des Parteivorstandes war aber gewillt, «noch einmal die Verständigungsbereitschaft der Sozialdemokratie unter Zurückstellung eigener Forderungen im Interesse der Einigung des Landes klar zu dokumentieren»<sup>276</sup> und entschied für die Ja-Parole.

Mit der Annahme der Finanzvorlage (Übergangsordnung) in der Volksabstimmung vom 27. November 1938 schien die interparteiliche Zusammenarbeit gerettet<sup>277</sup>. Doch fand diese Zusammenarbeit wenige Wochen später ihr Ende, «als am 15. Dezember das Bürgertum die Gelegenheit, *seinerseits* den Willen zur Zusammenarbeit und Sammlung aller Kräfte zu beweisen, völlig missachtete»<sup>278</sup> und die Wahl des Sozialdemokraten Dr. Emil Klöti zum Bundesrat ablehnte<sup>279</sup>. Für die Sozialdemokratie war damit die Verständigungspolitik an der Haltung der bürgerlichen Parteien gescheitert. Im Geschäftsbericht heisst es: «Der Parteivorstand musste am Jahresende konstatieren, dass an der Haltung massgebender bürgerlicher Gruppen die Verständigung in der bisherigen Form sich *zerschlagen* hatte»<sup>280</sup>.

Über das *negative Ergebnis dieses ersten Versuchs einer interparteilichen Zusammenarbeit* war man in der Sozialdemokratischen Partei enttäuscht und auch etwas verbittert. Da und dort mag allerdings auch eine gewisse Erleichterung verspürt worden sein, und uns scheint, dieses Gefühl habe in der nachträglichen Beurteilung sogar vorgeherrscht – wenigstens kam dies im Referat von Parteipräsident Oprecht am Parteitag 1941 zum Ausdruck: «Ein Versuch, auf Grund interparteilicher Zu-

276) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 23.

Grimm wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Verständigung hin. «Die Parole der Verständigungspolitik, der Politik der Mitte, drängt sich bei der gegebenen politischen Lage förmlich auf. Für die Sozialdemokratische Partei wie für die bürgerlichen Regierungsparteien. Scheitert diese Zusammenarbeit, dann scheitern nicht nur die politischen Parteien. Dann scheitert die Demokratie, dann scheitert das Land.» (R. Grimm, Bruch oder Entwicklung? Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 4, S. 112.) Auch Ernst Nobs setzte sich immer wieder für eine Verständigung ein. (Vgl. z.B. E. Nobs, Eidgenössische Regierungskrise, Rote Revue, 17. Jg. 1937/38, Heft 12, S. 408; E. Nobs, Besinnung auf die Schweiz, Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 3, S. 77.)

277) Vgl. H. Oprecht, Nadi dem 27. November, Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 4, S. 105.

278) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 23.

279) Die Antwort der Arbeiterschaft auf die Bundesratswahl vom 15. Dezember 1938 bestand in der Lancierung einer Initiative auf Volkswahl des Bundesrates. Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 22.

280) Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 24.

sammenarbeit, vor allem zwischen den grossen Landesparteien, eine neue Volksmehrheit zu schaffen, misslang schon in den Anfängen, weil eine programmatische Verständigung überhaupt nicht versucht worden ist. Der Parteitag 1938 in Basel erteilte der Parteileitung wohl seine Zustimmung zur interparteilichen Zusammenarbeit, aber schon ein Jahr später, 1939, in Lausanne, wurde auch diese politische Taktik einer Revision unterzogen. Damit war die Partei wieder frei. Sie konnte, wie früher, ihre Entscheidungen von Fall zu Fall treffen und Strategie und Taktik den herrschenden Umständen anpassen»<sup>281</sup>.

Nach dem Misserfolg der interparteilichen Zusammenarbeit bemühte sich die SPS vor allem um eine vermehrte Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund<sup>282</sup>. Wenn die Sozialdemokraten in der Folge eine geringere Kompromissbereitschaft an den Tag legten, so änderte sich doch ihre Politik grundsätzlich nicht. Anfang 1939 schrieb H. Oprecht in der Roten Revue: «Die schweizerische Arbeiterschaft ist stark. Sie glaubt an die schweizerische Demokratie, sie weiss, was ihr die Demokratie wert ist. Die Politik der schweizerischen Arbeiterschaft wird darum auch in Zukunft in derselben Richtung der Verständigung, über Parteien und Klassen hinweg, sich bewegen»<sup>283</sup>. Das Aktionsprogramm aus dem Jahre 1939 ist denn auch keineswegs ein radikales sozialistisches Programm, und am sozialdemokratischen Parteitag 1939 sprach Parteisekretär W. Stocker von der «Bescheidenheit unseres heutigen Aktionsprogramms»<sup>284</sup>. «Wir werden heute kein sozialistisches Endprogramm aufstellen. Wir werden manches Postulat, das wir erstreben, zurückstellen müssen, weil es heute nicht im Bereich des Möglichen liegt»<sup>285</sup>.

Das *Aktionsprogramm*<sup>286</sup> will die Verwirklichung der *sozialen* Demokratie. «Sie sichert das Recht auf Arbeit und fördert den Wohlstand des werktätigen Volkes. Ihre erste Pflicht und dringende Aufgabe in der Gegenwart heisst: Überwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel kann erreicht werden und muss erreicht werden durch: Arbeitsbeschaffung. Exportförderung. Belebung des Reise- und Fremdenverkehrs. Sicherung der Kaufkraft zum Schutz des Arbeiters und An-

281) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, Seite 8.

<sup>\*</sup> 282) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 28.

283) H. Oprecht, Zu einer Bundesratswahl, Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 5, Seite 148.

284) Protokoll des Parteitags der SPS 1939 (in einem Band mit dem Parteitagprotokoll 1938), S. 119.

285) Ebenda, S. 112.

286) Ebenda, S. 78/79.

gestellten vor der Verarmung. Soziale Kredit- und Zinspolitik zum Schutz des Mittelstandes in Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie vor dem wirtschaftlichen Ruin. Verbot der Spekulation mit landwirtschaftlichem Grund und Boden zum Schutz des Bauers vor der Verschuldung.» Verlangt wird auch die Schaffung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung und die Volkswahl des Bundesrates. In Bezug auf die Armee heisst es: «Unabhängigkeit und Neutralität des Staates bedürfen des Volksheeres zu ihrem Schutze: Volk und Armee sind ein und dasselbe. Darum ist im Heer kein Platz für die Feinde des Volkes und der Demokratie. Darum freie Bahn dem tüchtigen Soldaten aus allen Schichten des Volkes. Darum im Militärdienst gerechte Entschädigung, Ersatz des Lohnausfalles und Verhütung des Existenzverlustes. Grossbesitz und Grossverdienst sind mit den Kosten der Verstärkung der Wehrkraft zu belasten.» Auf die Frage, was die schweizerische Demokratie lebendig erhalte, wird erklärt: «Der Geist der Freiheit, der allein sie stets erneuern kann, der Opferwille jedes freien Bürgers für ein freies Land. Die Entfaltung des geistigen Schaffens ist nationale Aufgabe. Jeder junge Schweizer hat Anspruch auf die harmonische Entwicklung seiner körperlichen und geistigen Kräfte, Kunst und Wissenschaft, Schule und Sport sind in den Dienst des ganzen Volkes zu stellen. Das Schweizervolk will sich einigen. Es kann sich einigen in der sozialen, lebendigen Demokratie. Es wird geeint im Kampf um die freie und unabhängige Eidgenossenschaft.»

Wir wollten in diesem Kapitel zeigen, wie die schweizerische Sozialdemokratie – nach der Programmrevision – nach der besten Form der Mit- und Zusammenarbeit im Staate suchte. Es konnte dies keine ganz leichte Aufgabe sein. Die SPS musste die nötigen Erfahrungen machen, die ihr dann in der Kriegszeit erlaubten, die so entscheidend wichtige Rolle einer verantwortungsbewussten Opposition zu spielen. – Bevor wir uns aber der Kriegszeit zuwenden, wollen wir noch ganz kurz, um das Bild abzurunden, auf die sozialdemokratische Stellungnahme zur Frage der Neutralität und auf die Parteispaltung in der Westschweiz zu sprechen kommen<sup>287</sup>.

287) Natürlich hatte sich die Sozialdemokratie noch mit anderen Problemen zu befassen, vorab mit aktuellen Fragen der Tagespolitik, denn die Jahre 1935 bis 1939 brachten eine ganze Reihe wichtiger eidgenössischer Abstimmungen, von denen wir die wichtigsten, sofern wir sie nicht schon genannt haben, wenigstens nennen wollen. Am 28. November 1937 wurde die von frontistischem Geist getragene Antifreimaurerinitiative vom Volk verworfen. Am 20. Februar 1938 wurde das Rätoromanische mit grossem Mehr als vierte Landessprache anerkannt und die kommunistische Initiative auf Revision des Art. 89 BV (Dringlichkeitsklausel) eindeutig verworfen. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 29/30.) In eine heikle Lage kam die Partei bei der Abstimmung über die Initiative betr. Kontrolle der priva-

In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre wurde die *Mitgliedschaft der Schweiz heim Völkerbund* wegen der damit verbundenen Verpflichtung zur Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen für unser Land immer problematischer, denn es bestand die Gefahr, «dass die totalitären Staaten darin einen Vorwand finden, um uns unter ihre Macht zu bringen»<sup>288</sup>. Es wurden in der Schweiz sogar Stimmen laut, die deshalb den Austritt aus dem Völkerbund verlangten. Als dann aber der Völkerbund im Jahre 1938 der Schweiz die Befreiung von allen Sanktionsverpflichtungen zubilligte, erhielt die Schweiz die Möglichkeit, zum Grundsatz der umfassenden Neutralität zurückzukehren<sup>289</sup>. *Die SPS bekannte sich am Parteitag 1938 zur Neutralität* – es war dies eigentlich nur eine Bestätigung, denn die SPS hatte stets vom Bundesrat eine wirkliche Neutralitätspolitik verlangt – und lehnte einen Austritt

ten Rüstungsindustrie. Die Partei hatte an dieser Initiative «intensiv mitgearbeitet» (ebenda, S. 30), doch schien der Gegenentwurf der Bundesversammlung das zurzeit politische Mögliche darzustellen, weshalb das Initiativkomitee sich zur Unterstützung des Gegenentwurfs entschloss. «Ein formeller Rückzug der Initiative zugunsten des Gegenentwurfes war indes mangels Rückzugsklausel nicht möglich, so dass die Partei im gleichen Sinne wie das Initiativkomitee die Stimmenthaltung oder Neinparole für das Volksbegehren und die Zustimmung zum Gegenentwurf empfahl.» (Ebenda, S. 30.) Der Gegenentwurf wurde dann am 20. Februar angenommen. – Für die in der Volksabstimmung vom 3. Juli 1938 angenommene Revision des Schweizerischen Strafgesetzbuches hatte der Parteitag 1938 einstimmig die Ja-parole herausgegeben. (Protokoll des Parteitags der SPS 193 8, S. 29.) Das Jahr 193 8 war ferner durch eine Reihe kantonaler Wahlen gekennzeichnet. Im Kanton Bern zogen mit Robert Grimm und Georges Möckli zum erstenmal die Sozialdemokraten in die Regierung ein. In der Stadt Zürich gelang es, die rote Mehrheit in der Exekutive zu halten, ebenso im Kanton Basel-Stadt, wo SP und KP im Grossen Rat die «eindeutig absolute Mehrheit» errangen. (Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 29.) Am 22. Januar 1939 lehnte das Schweizer Volk die Initiative betr. Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit ab; auch die SPS hatte die Verwerfungsparole herausgegeben. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 29/30.) Am selben Tage «führte das von uns unterstützte und in der Unterschriftensammlung wesentlich geförderte Volksbegehren betreffend *Einschränkung der Dringlichkeitspolitik* zu einem Teilerfolg: Der im Sinne der Initiative gehaltene Gegenentwurf der Bundesversammlung wurde mit 346 024 Ja gegen 155 032 Nein und mit 21 gegen 1 Ständesstimme *angenommen*.» (Ebenda, S. 30.) Wie schon bei den Nationalratswahlen 1935 so erfolgten auch 1939 in den eidgenössischen Räten keine wesentlichen Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien.

28 8) Paul Meierhans, am Parteitag 193 8, Protokoll, S. 39.

289) «Im gleichen Jahre, 1938, erwirkte die Schweiz beim Völkerbundsrat die Anerkennung ihrer integralen, also allumfassenden Neutralität.» (W. Bringolf, *Die Schweiz und die Sowjetunion, Zur Krise unserer Aussenpolitik*, hg. von der SPS, November 1944, S. 10.)

aus dem Völkerbund ab<sup>290</sup>, obwohl die Arbeiterschaft kein allzu grosses Vertrauen zum Völkerbund hatte<sup>291</sup>. In der vom Parteitag mit 258 gegen 91 Stimmen angenommenen Resolution heisst es auch, die Neutralität gelte nicht für den einzelnen und berechtere das Ausland nicht, zu verlangen, dass schweizerische Freiheitsrechte eingeschränkt würden<sup>292</sup>. Als Berichterstatter der Parteileitung erklärte Paul Meierhans: «Die politische Neutralität darf nicht zur moralischen Gleichgültigkeit werden. Die Neutralität ist auch keine Einschränkung der Souveränität der Staaten. Das heisst, dass die innere Ordnung in unserem Staate keine Angelegenheit der Neutralitätspolitik ist. Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassung, dass wir uns mit der 'Neutralitätspolitik'<sup>4</sup>, wie sie etwa im Politischen Departement getrieben wird, solidarisieren würden»<sup>293</sup>.

Auf die Frage, welche Aussenpolitik das Schweizervolk wolle, gab die SPS in ihrem Aktionsprogramm 1939 eine klare Antwort: «Keine ängstliche Verehrung von Grösse und Macht. Keine Bücklinge vor den Tyrannen der Welt. Keine Neutralisierung der öffentlichen Meinung und der Presse, sondern eine tapfere und stolze Haltung, die das Recht vor die Gewalt setzt, die eine von jeder fremden Beeinflussung unabhängige, wahre Neutralität pflegt, die mit allen Staaten korrekte, mit den Demokratien freundschaftliche Beziehungen unterhält und damit die vornehmste Mission der Schweiz erfüllt: dem Frieden zu dienen»<sup>294</sup>. Die schwächliche Haltung des Bundesrates gegenüber dem Faschismus kritisierte die Sozialdemokratie und ebenso die von der Landesregierung geübte Pressezensur<sup>295</sup>.

290) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1938, S. 51.

291) «Das Vertrauen zum *Völkerbund* in seiner heutigen Form und Auswirkung ist begreiflicherweise in der schweizerischen Arbeiterschaft sehr erschüttert. Trotzdem konnte eine Abkehr vom Völkerbundsgedanken, wie der Parteitag feststellte, nicht in Frage kommen, – wäre sie doch in der gegebenen Situation als Stärkung der Achsenmächte deutbar gewesen, welche mit ihrer Politik der systematischen Unterhöhnung der Genfer Institution die heutige Kriegslage verschuldet haben.» (Geschäftsbericht 1938, S. 27/28.)

292) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1938, S. 51.

293) Ebenda, S. 39.

294) Protokoll des Parteitags der SPS 1939, S. 78.

295) Dagegen protestierte die SPS schon im Jahre 1935 mit der Einreichung eines Volksbegehrens zum Schutz der Pressefreiheit, doch wurde diese Initiative wie so manche andere verschleppt. Vgl. E. Nobs, Pressefreiheit und Pressschutz-Initiative, Rote Revue, 14. Jg. 1934/35, Heft 3, S. 106-112. Über die Pressefreiheit und Pressezensur vgl. auch: A. Schmid, Die Vorgänge im Ausland und die Schweizerpresse, Rote Revue, 18. Jg. 193 8/39, Heft 6, S. 203-207; F. Schmidt,

Aus derselben Sorge um die Erhaltung der Demokratie und der verfassungsmässigen Volksrechte, die die SPS für die Pressefreiheit kämpfen liess, entsprang ihre *Einstellung zu den Kommunistenverboten*<sup>296</sup>. Die schweizerische Sozialdemokratie wandte sich gegen eine solche Politik der Freiheitsbeschränkung und opponierte gegen den Erlass eines eidgenössischen Antikommunistengesetzes, umso mehr, als sich diese Massnahmen einseitig gegen links richteten. Die sozialdemokratische Opposition bezüglich der Kommunistenverbote war jedoch keineswegs ein Zeichen kommunistenfreundlicher Einstellung. Ernst Nobs schrieb: «Wenn wir Sozialdemokraten uns gegen das Verbot der Kommunistischen Partei wenden, so geschieht das keineswegs aus einer besonderen Vorliebe für die Partei, mit der wir seit den Tagen der Spaltung in unablässigem Kampfe standen und die wir stets als Schädling an der Sache des Sozialismus betrachtet haben»<sup>297</sup>.

Es war der unüberbrückbare Gegensatz zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politik die Ursache der *Parteisplaltung in der Westschweiz*. «Seit Jahren bildete Léon Nicole mit seinen Anhängern in Genf und in der Waadt eine Partei in der Partei. In dem Masse, als sich seine Politik mit jener der SPS in Widerspruch setzte, näherte sie sich immer mehr der Politik der Dritten Internationale, bis sie mit ihr schliesslich in völlige Übereinstimmung gebracht wurde. Diese Situation musste eines Tages zu einem verhängnisvollen Ende führen: zur Spaltung»<sup>298</sup>. Die seit langer Zeit gespannten Verhältnisse zwischen dem «Parti socialiste genevois» (der SPS angeschlossene Kantonalpartei) und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz<sup>299</sup> erfuhren im Jahre 1938 eine Zuspitzung, als die Genfer Kantonalpartei entgegen den Beschlüssen des Parteivorstandes der SPS für die Übergangslösung des eidgenössischen Finanzhaushaltes die Nein-Parole herausgab<sup>300</sup>. Dies veranlasste die Parteileitung der SPS, an Nicole und die Genfer Partei eine letzte Warnung zu richten, denn die Genfer Sektion hatte sich immer gröbere

Werden wir die Pressfreiheit erhalten können? Ebenda, Heft 7, S. 233-239; Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 26/27 und pro 1939, S. 20/21; H. Oprecht, Die Bewährung der Freiheit, hg. von der SPS, 1942, S. 13 ff.

296) 1937 wurde die Kommunistische Partei in den Kantonen Neuenburg und Genf verboten und 1938 in der Waadt und im Kanton Schwyz. Am 27. November 1940 trat das vom Bundesrat beschlossene Verbot sämtlicher kommunistischen Organisationen in der Schweiz in Kraft. (Vgl. Volksrecht, Nr. 281, 28. November 1940.)

297) E Nobs, Verbot der Kommunistischen Partei? Rote Revue, 16. Jg. 1936/37, Heft 8, S. 255.

298) Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 33.

299) Vgl. J. Ragaz, a.a.O., S. 192 ff.

300) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1938, S. 11/12.



Ausfälle gegenüber der schweizerischen Geschäftsleitung und ihren Beschlüssen erlaubt.

Nach dem Abschluss des deutsch-russischen Bündnisses erliess die SPS einen Aufruf «An die schweizerische Arbeiterschaft», worin es u.a. heisst: «*Angesichts des Bündnisses Moskau-Berlin ist jegliche Politik der Annäherung an die Kommunisten, wie sie immer wieder versucht wurde und sogar heute noch propagiert wird, vollends unmöglich geworden. Wer sich jetzt noch dafür einsetzt, hat seinen Platz in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verwirkt*»<sup>301</sup>. Nicole aber schenkte dieser unmissverständlichen Warnung keine Beachtung; er wich von der Linie der kommunistischen Internationale nicht ab und bezeichnete den Pakt zwischen Stalin und Hitler als einen Beitrag zum Weltfrieden<sup>302</sup>. Das musste das Fass zum Überlaufen bringen. «So beschloss die Geschäftsleitung in ihrer Sitzung vom 8. September, dem Parteivorstand den Ausschluss des Genossen Léon Nicole und der mit ihm sich solidarisierenden Parteimitglieder zu beantragen, ebenso die Ausschaltung des ‘Travail – Droit du Peuple’ als offizielles Parteiorgan»<sup>303</sup>. Den Anträgen der Geschäftsleitung mit 44 gegen 6 Stimmen Folge leistend, beschloss der Parteivorstand der SPS am 16. September 1939 den Ausschluss von Léon Nicole, was zur Parteispaltung in Genf und in der Waadt führte<sup>304</sup>.

Es war klar und die Parteileitung war sich dessen bewusst, dass der Ausschluss Nicoles, der vor allem in Genf und in der Waadt über eine beträchtliche Zahl von Anhängern verfügte, zur Spaltung führen musste<sup>305</sup>. Aus diesem Grunde hat man wohl auch den Entscheid so lange als möglich hinausgeschoben. Diese Klärung und Abgrenzung gegenüber dem linksextremen Flügel war aber zweifellos eine Notwendigkeit, und wenn eine gewisse Schwächung der Partei auch die unmittelbare Folge gewesen sein mochte, so konnte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz auf lange Sicht durch diese klare Trennungslinie nach links doch nur gewinnen.

301) Volksrecht, Nr. 202, 29. August 1939.

302) Vgl. L. Nicole, La guerre ne passera pas! Le Droit du Peuple, No. 197, 25 août 1939; ferner Volksrecht, Nr. 205, 1. September 1939.

303) Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 34.

304) Vgl. Volksrecht, Nr. 219, 18. September 1939, sowie Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 33 ff. Ferner: Le Droit du Peuple, No. 217, 18 septembre 1939; No. 220, 21 septembre 1939; No. 225, 27 septembre 1939.

305) Nach der Spaltung stellte sich der SPS die Aufgabe, in der welschen Schweiz eine neue Parteiorganisation und, was sich als besonders schwierig und kostspielig erweisen sollte, eine neue Parteipresse aufzubauen.

## DRITTER TEIL

### Die schweizerische Sozialdemokratie während der Kriegszeit

#### 1. Der Kampf um die Erhaltung der Unabhängigkeit

Wir haben im zweiten Teil unserer Arbeit gezeigt, wie die schweizerische Sozialdemokratie im Laufe der dreissiger Jahre die letzten Unklarheiten in Bezug auf ihre Stellung zum demokratischen Rechtsstaat beseitigte und sich zur militärischen Landesverteidigung bekannte, so dass bei Kriegsausbruch der Rahmen der sozialdemokratischen Politik eindeutig festgelegt war. «Das Problem der Stellung der Partei zur militärischen *Landesverteidigung* und zur Frage der staatlichen *Neutralität* war bei Kriegsbeginn bereits in eindeutigem, positivem Sinne gelöst: Die seit dem Luzerner Parteitag 1935 durchgeführte, in Zürich 1937, Basel 1938 und Lausanne 1939 abgeklärte und erhärtete Einstellung der Partei hatte sich als notwendig – weil von der Zeit selbst befohlen – und fruchtbar erwiesen. Bejahung der militärischen Verteidigung unseres demokratischen Landes, Wahrung der Unabhängigkeit durch bewaffnete Neutralität, Schutz der Volksfreiheit und Förderung der sozialen Demokratie im Innern – dieses Programm entsprach der geschichtlichen Situation, und heute dürfte in unseren Reihen kaum mehr bezweifelt werden, dass es im Laufe der tragischen Ereignisse der jüngsten Zeit sich als richtig und für die schweizerische Sozialdemokratie notwendig bestätigt hat»<sup>1</sup>. In dem von der Geschäftsleitung der SPS am 1. September 1939 erlassenen Aufruf «An die Arbeiterschaft der Schweiz»<sup>2</sup> wird denn auch die Bereitschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit nochmals nachdrücklich betont. Und eines ist sicher: der Arbeiterschaft fehlte es in keinem Moment am Willen, die Schweiz im Falle eines militärischen Überfalls zu verteidigen; in den kritischen Jahren hat sie ihre Treue zu Land, Volk und Verfassung unter Beweis gestellt<sup>3</sup>.

1) Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 4/5.

2) Vgl. ebenda, S. 26/27.

3) Dazu schreibt Giovanoli: «Sie (die SPS, B. H.) war ohne Zweifel die stärkste Kraft in der Verteidigung der Demokratie, und es wird für immer ein Ehrentitel der Arbeiterorganisationen bleiben, dass *aus ihren Reihen kein Landesverräter hervorging*, während es in Kreisen des reaktionären Flügels des Bürgertums,

Von den zwei Hauptaufgaben, auf die sich die SPS nach Kriegsbeginn konzentrierte, nämlich «die Sicherung der Wehrbereitschaft unseres Landes, die Wahrung seiner territorialen und politischen Integrität» und die «Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse unter den gegebenen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen», stand die erstere, wie Walther Bringolf am Parteitag 1945 erklärte, im Vordergrund<sup>4</sup>. Deutlich kam dies auch in dem von der Geschäftsleitung der SPS am 7. August 1940 herausgegebenen Manifest zum Ausdruck: «Nicht um Ideologien und Endziele geht jetzt der Kampf, sondern um die *Erhaltung der freien Schweiz in der Stunde der Gefahr*, um den Aufbau unserer Wirtschaft unter neuen, schweren und opferreichen Bedingungen, um die Sicherung der Eidgenossenschaft auf dem Boden einer starken, selbstgewachsenen Demokratie»<sup>5</sup>.

Im Kampf um die Stärkung des Widerstandswillens des Schweizervolkes stand die Sozialdemokratie mit in vorderster Linie<sup>6</sup>, stets bereit, den Umtrieben landes- und freiheitsfeindlicher Elemente Einhalt zu gebieten, und die Ausmerzung aller nazistischen Einflüsse in Armee und öffentlicher Verwaltung fordernd<sup>7</sup>. Sie wies besonders auf die wirtschaftliche, soziale und geistige Seite der Landesverteidigung hin<sup>8</sup>. Zur Erreichung einer maximalen Verteidigungsbereitschaft forderte sie nicht allein die Aufstellung einer schlagkräftigen Armee, sondern auch

des Unternehmertums und der Finanz ausgesprochene Anpasser und entsprechende Kapitulationsbereitschaft gab.» (F. Giovanoli, Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, S. 49.)

4) Protokoll des Parteitags der SPS 1945, S. 103.

5) Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 17.

6) «Die Leitung der SPS darf für sich beanspruchen, an der Wahrung und Stärkung des Volkswillens zum unbedingten, nationalen Widerstand tatkräftig mitgearbeitet zu haben.» (Ebenda, S. 5.)

7) In einer Resolution des Parteivorstandes der SPS vom 13. April 1940 heisst es: «*Der Parteivorstand der SPS fordert mit aller Entschiedenheit, dass alle frontistischen oder sonstwie national unzuverlässigen Elemente ohne Verzug aus der Armee und Staatsverwaltung entfernt werden.*» (Volksrecht, Nr. 88, 15. April 1940.) Gegen und unmittelbar nach Kriegsende verstärkte sich der Ruf nach durchgreifender Säuberung. «Die zahlreichen Säuberungsanträge der Sektionen an den Bieler Parteitag beweisen, wie tief diese Frage von der Arbeiterschaft und von der Bevölkerung empfunden wurde. Besonders wurde die Säuberung in der Bundesverwaltung und in der Armee verlangt.» (Geschäftsbericht der SPS pro 1945/46, Seite 25.)

8) Vgl. unsere Ausführungen im Kapitel über Militarismus und Landesverteidigung. – Über die geistige Landesverteidigung siehe auch W. Stocker, Geistige Landesverteidigung, Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 4, S. 113-117; Arthur Schmid, Geistige Abwehr, ein Stück Verteidigung des Landes, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 4, S. 129-134.

eine gerechte Lastenverteilung, «Gerechtigkeit gegenüber allen Schichten des Volkes»<sup>9</sup>. Und wenn die SPS wichtige Entscheidungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesem Sinne zu beeinflussen suchte, so sah sie darin einen Teil des Kampfes um die Erhaltung der Unabhängigkeit der freien Eidgenossenschaft.

Dass die schweizerische Arbeiterbewegung während des Krieges eine sichere Stütze des schweizerischen Staatswesens war, zeigte sich besonders in der kritischen Zeit nach dem Zusammenbruch Frankreichs. In dieser schweren Bewährungsprobe des Sommers 1940, als sich auch im Schweizervolk ein gewisser Defaitismus breit machte, trat die Sozialdemokratie all den Tendenzen und Bestrebungen entgegen, die auf eine Anpassung an die in Europa herrschende «neue Ordnung» hintendierten<sup>10</sup>. «In diesem Jahr, da der Druck der Achse täglich wuchs und in gewissen führenden bürgerlichen Kreisen bedenkliche Auswirkungen zeitigte – man denke an die Pilet-Rede vom 25. Juni und an den Fröntierempfang im Bundeshaus vom September 1940! – hat die Leitung der SPS sich *eine* innerpolitische Hauptaufgabe gestellt und dieser Aufgabe unablässig gedient: Erhaltung und Verstärkung der *demokratischen* Prinzipien unseres Volkes und Staates; Kampf gegen jede Anpasserei an Diktaturideen; Kampf aber auch gegen die unheilvolle Illusion, der Krieg stehe bereits vor seinem Ende und werde mit dem Sieg der Achsenmächte abschliessen»<sup>11</sup>. Scharf kritisierte die Sozialdemokratie die Politik Pilet-Golaz<sup>2</sup>, besonders seine Rede vom 25. Juni 1940<sup>12</sup>, die auch von bürgerlichen Kreisen missbilligt wurde, und den Fröntierempfang vom 10. September desselben Jahres<sup>13</sup>. Dieser Empfang führender Nationalsozialisten durch den Bundespräsi-

9) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg u. die schweizerische Arbeiterschaft, S. 10.

10) Wir verweisen besonders auf den Aufruf der Geschäftsleitung der SPS vom 25. Mai 1940 «An die schweizerische Arbeiterschaft!» (Volksrecht, Nr. 121, 25. Mai 1940) und auf das Manifest vom 7. August 1940 (Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 16 ff.). Am Parteitag 1941 erklärte H. Oprecht: «Wir fürchten, dass in führenden Kreisen der Wirtschaft, des Handels, der Industrie und der Banken die Meinung verbreitet sei, jeder Widerstand sei nutzlos, die Schweiz müsse sich anpassen. Ihre wirtschaftliche Lage zwingt dazu. Wir müssen uns aber darüber klar werden, dass jede Anpassung, auch die wirtschaftliche, die Aufgabe unserer Freiheit und damit den Untergang bedeutet.» (H. Oprecht, a.a.O., S. 17.) Vgl. auch «Wie war es damals?» Volksrecht, Nr. 39-41, 15., 16. u. 18. Februar 1946.

11) Volksrecht, Nr. 40, 16. Februar 1946.

12) Vgl. Volksrecht, Nr. 148, 26. Juni 1940.

13) Neben der Diskussion in der Tagespresse verweisen wir besonders auf: Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 6; Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung nach dem Fröntierempfang vom 10. September 1940, Rote Revue, 24. Jg. 1944/45, Heft 4,

dentem stellte «ein Glied in einer schon langen Serie von Zugeständnissen dar, die in der gleichen Linie liegen»<sup>14</sup>. Ohne Erfolg verlangte die sozialdemokratische Fraktion den Rücktritt von Pilet-Golaz. (Erst infolge der russischen Ablehnung des schweizerischen Ersuchens auf Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern – Ende 1944 – liess sich Bundesrat Pilet-Golaz unter dem Druck der öffentlichen Meinung zum Rücktritt bewegen.)<sup>15</sup> Die heftige Reaktion hatte immerhin zur Folge, dass der Bundesrat am 19. November 1940 beschloss, die «Nationale Bewegung der Schweiz» aufzulösen<sup>16</sup>. Am 27. November wurden auch die kommunistischen Organisationen restlos verboten<sup>17</sup>.

Mit diesen wenigen Hinweisen wollen wir uns begnügen; sie zeigen zur Genüge, wie sich die Sozialdemokratie aktiv in den Kampf um die Erhaltung einer unabhängigen und freien Schweiz einschaltete. Während des ganzen Krieges blieb sie der hier angedeuteten Politik treu, auch dann, wenn andere Fragen die politische Bühne beherrschten. Aus den folgenden Ausführungen wird die Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz noch deutlicher werden.

## 2. Zur Diskussion aktueller Tagesfragen

Es geht uns in diesem Kapitel nicht um eine erschöpfende Auseinandersetzung mit den mannigfachen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen während der Kriegszeit. Wir wollen lediglich einen summarischen Überblick geben und auf die sozialdemokratischen Lösungsversuche hinweisen. Auf diesen Überblick glauben wir aber nicht verzichten zu können, denn die ideengeschichtliche

S. 130/31; H. Oprecht, Volk und Regierung, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 12, S. 425-427; P. Meierhans, Eine Audienz, Rote Revue, 20. Jg. 1940/41, Heft 2, S. 49-58; W. Bringolf, Die Schweiz und die Sowjetunion, S. 6/7.

14) P. Meierhans, a.a.O., S. 51.

15) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 38 ff., sowie H. Oprecht, Pilet-Golaz' Fall und die politischen Konsequenzen, Rote Revue, 24. Jg. 1944/45, Heft 4, S. 121 ff.

16) Vgl. Volksrecht, Nr. 274, 20. November 1940. – Die «Nationale Bewegung der Schweiz» wurde aufgelöst, weil sie auf illegalem Weg eine Umgestaltung der schweizerischen Staatsordnung erstrebte. Bei der NBS handelte es sich eigentlich um einen Teil der sogenannten «Fünften Kolonne». Das Verbot bezog sich auch auf eventuelle Nachfolgeorganisationen der verbotenen NBS.

17) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 135, Fussnote 296.

Entwicklung muss im Zusammenhang mit den Entscheidungen der praktischen Tagespolitik verfolgt werden.

Wenn sich die Sozialdemokraten der Einsicht nicht verschliessen konnten, dass man im Interesse der Erhaltung der Unabhängigkeit gezwungen sein könne, «vorrübergehend den Kampf für jene Postulate, die den Ausbau des schweizerischen Staatswesens zur sozialen Demokratie anstreben, zugunsten der Verteidigung des Bestehenden hintanzusetzen»<sup>18</sup>, so wurde doch gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer fortschrittlichen Sozialpolitik hingewiesen. Die SPS unterstützte deshalb nicht nur alle Anstrengungen zur Organisation der Kriegswirtschaft und Sicherung der Landesversorgung, was sie anderseits nicht hinderte, dort zu kritisieren, wo sich Mängel und Fehler zeigten, sie setzte sich auch für sozial gerechte Lösungen in den aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.

Zur Hauptsache ging es der schweizerischen Arbeiterbewegung um die Durchsetzung folgender Forderungen: Schutz der Wehrmänner und ihrer Familien, Erhaltung der Kaufkraft der Massen (Verhinderung ungerechtfertigter Preissteigerungen, Ausrichtung von Teuerungszulagen), gerechte Verteilung der Kosten für die Landesverteidigung, Kontrolle der Nutzniesser des Krieges (Verhinderung der Kapitalflucht und der Bodenspekulation, Besteuerung der Kriegsgewinne, sozial gerechte Rationierung), Ausbau der Sozialgesetzgebung, Wahrung der Freiheitsrechte, Arbeitsbeschaffung<sup>19</sup>.

### **Der sozialdemokratische Parteitag 1941 verlangte:**

«Die nationale Wirtschaft ist planmässig zu organisieren und in den Dienst der gesamten Verteidigung des Landes zu stellen.

Die Kriegswirtschaft ist auf der Grundlage gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltung unter Respektierung persönlicher Tüchtigkeit und Initiative auszubauen.

Wer arbeitet, hat Anrecht auf einen angemessenen Anteil an dem Gesamtertrag der Produktion.

Die Löhne sind der Teuerung sofort anzupassen. Übersetzte Einkommen sind wegzusteuern, zu grosse Unterschiede in den Einkommen zu beseitigen.

Preiserhöhungen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind, müssen rücksichtslos unterdrückt werden.

Alle Kriegs- und Übergewinne sind zu konfiszieren.

18) Bruno Grimm, Parteiarbeit, Rote Revue, 20. Jg. 1940/41, Heft 2, S. 67.

19) Vgl. dazu «Unsere Aufgaben in dieser Zeit», Volksrecht, Nr. 248, 21. Okt. 1939; Aufruf der SPS «An das Schweizervolk», Volksrecht, Nr. 249, 23. Okt. 1939; E. Nobs, Wirtschaft und Sozialpolitik in Grenzbesetzungszeiten, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 2, S. 45-51; Manifest der SPS vom 7. August 1940, im Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 16 ff.

Die finanziellen Erfordernisse des Staates, der Kantone und Gemeinden sind durch eine gerechte und einheitliche Steuerpolitik aufzubringen.

Steuerhinterziehung ist durch die allgemeine Erfassung des Kapitals an der Quelle zu verhindern und streng zu bestrafen.

Die Arbeitsbeschaffung und die Alters- und Hinterbliebenenversicherung sind so vorzubereiten, dass sie als Teil eines Gesamtplanes der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Massnahmen des Staates spätestens auf Kriegsende in Kraft gesetzt werden können»<sup>20</sup>.

Da die Hauptprobleme der eidgenössischen Politik während des Krieges im Grossen und Ganzen die gleichen blieben, erfuhren die in der Kundgebung des Parteitags 1943<sup>21</sup> zusammengefassten sozialdemokratischen Postulate gegenüber den Forderungen von 1941 keine wesentliche Veränderung. Inzwischen hatte sich aber die Aufmerksamkeit der SPS von der unmittelbaren Gegenwart immer mehr auf die nahe Zukunft verschoben, denn je näher das Kriegsende rückte, desto dringender wurde die Aufgabe, die Probleme der Nachkriegszeit zu durchdenken und sich über die grundsätzliche Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Klarheit zu verschaffen<sup>22</sup>. Damit gewannen die innerpolitischen Probleme an Bedeutung, und während Hans Oprecht am Parteitag 1941 noch betonte, «dass während dieses Krieges der Aussenpolitik unseres Landes das Primat zukommt»<sup>23</sup>, erklärte W. Bringolf 1943, «dass die aussenpolitische Lage ihre Vorherrschaft, ihr Übergewicht im Vergleich zu den vergangenen Jahren verloren hat. Heute kann man von einem Gleichgewichtszustand zwischen der aussenpolitischen Situation und der Innenpolitik sprechen. Die Aufgaben auf beiden Sektoren sind heute von gleichwertiger Bedeutung»<sup>24</sup>.

Einige der wichtigsten Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik wollen wir nun noch speziell herausgreifen.

Im Jahre 1940 stand einmal mehr die eidgenössische *Finanzreform* im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung. Heisst es in einem sozialdemokratischen Geschäftsbericht, die Partei hatte sich «immer wieder für die Ablehnung ungerechter Massensteuern, für die Lösung des Quellensteuerproblems, für die Erfas-

20) Protokoll des Parteitags der SPS 1941, S. 75.

21) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 90-92.

22) Im Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44 heisst es denn auch, dass «in den Berichtsjahren die Politik der SPS, wie es der Parteitag mit Nachdruck gefordert hatte, unter der Devise des Kampfes um die *Neue Schweiz*» stand. (S. 24.) Da wir uns an anderer Stelle eingehend mit dem Programm der Neuen Schweiz befassen werden, wollen wir diesen Gedanken hier nicht weiterverfolgen.

23) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg u. die schweizerische Arbeiterschaft, S. 11.

24) Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 75/76.

sung der Kriegs- und Übergewinne einzusetzen»<sup>25</sup>, so gilt dies ganz besonders im Zusammenhang mit der Finanzreform. Die von der bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten durchgesetzte Übergangslösung fand nicht die Billigung der sozialdemokratischen Fraktion, die u.a. die Einführung der Quellensteuer, Massnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht, eine Erhöhung des Wehropfers und die Ersetzung der Umsatzsteuer durch eine eidgenössische Erbschaftssteuer verlangt hatte<sup>26</sup>. «Die Kleinen haben ihren Opferwillen bewiesen», schrieb Walther Bringolf, «und beweisen ihn weiter. Nun erwarten wir, dass der Staat die Kraft und die Entschlossenheit aufbringt, um die Grossen im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit ebenfalls heranzuziehen»<sup>27</sup>. Besonders heftig war der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Einführung der Warenumsatzsteuer<sup>28</sup>, die jedoch vom Bundesrat am 3. Oktober 1941 allen Protesten zum Trotz eingeführt wurde.

Am meisten und leidenschaftlichsten wurden aber die mit der *Teuerung* zusammenhängenden Probleme diskutiert. Preissteigerungen erschwerten die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und liessen den Kampf gegen die Teuerung und um die Anpassung der Löhne zur wichtigsten innenpolitischen Aufgabe der schweizerischen Arbeiterbewegung werden. «Scharfe Preissteigerungen liessen bei der Arbeiterschaft wiederholt Zweifel an der sozialen Gestaltung der Kriegswirtschaft und Preiskontrolle entstehen und veranlassten die Partei zu Protestschritten»<sup>29</sup>. Im Frühjahr 1940 schrieb Ernst Nobs: «Wir wollen keine Verteuerung der Lebenskosten durch ungerechtfertigte Preisaufschläge; wir wollen keine Kriegsspekulanten reich werden lassen an den Gütern des Massenbedarfs; wir wollen auch unserer inländischen Produktion keine erhöhten Kriegskonjunkturpreise zugestehen, die nicht durch eine vorausgegangene Erhöhung der Produktionskosten erzwungen

25) Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 27.

26) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 14/15; H. Oprecht, Die Finanzreform im Bund, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 5, S. 161-168; P. Meierhans, Betrachtungen zur Finanzreform, Rote Revue, 19. Jg., Heft 8, S. 281-291; Werner Stocker, Finanzreform – Steuerreform! Rote Revue, 19. Jg., Heft 8, S. 291-303; Resolution des Parteivorstandes der SPS vom 13. April 1940 zur Finanzreform, Volksrecht, Nr. 88, 15. April 1940.

27) W. Bringolf, Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz, S. 22. (Im Original gesperrt!)

28) «Schwere Bedenken muss die geplante Einführung der allgemeinen Warenumsatzsteuer erwecken. Sie ist die ungerechteste Steuer, die es, sozial gesehen, gibt.» (H. Oprecht, a.a.O., S. 167.)

29) Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 10.

30) E. Nobs, Preisstop und Preisauftrieb, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 7, S. 244. (Im Original Kursivschrift!)



sind»<sup>30</sup>. Im sozialdemokratischen Manifest «Arbeiter, heraus zum Kampf!»<sup>31</sup> wurde «zum Kampf gegen die unerträgliche Lohn- und Preispolitik von Bundesrat und Bürgerblock» und «für gerechte Verteilung der Kriegs- und Teuerungslasten» aufgerufen<sup>32</sup>. Und im Geschäftsbericht für die Jahre 1941/42 konnte mit Genugtuung festgestellt werden, dass der Ruf nicht ungehört verhallte. «Machtvolle Demonstrationen in allen grösseren Orten brachten die Empörung der Arbeiter gegen eine unsoziale, volksfeindliche und letzten Endes die innere Verteidigungskraft der Schweiz beeinträchtigende Politik des Bundesrates und Bürgerblocks zum Ausdruck»<sup>33</sup>.

Am Parteitag 1941 erklärte Parteipräsident Hans Oprecht, infolge der Verschlechterung der lohnpolitischen Lage der Arbeiterschaft bleibe «den Gewerkschaften gar nichts anderes übrig, als sofort und rücksichtslos Lohnforderungen zu stellen. Die sozialen Spannungen würden sonst zu gross werden»<sup>34</sup>. Und obwohl der Lohnkampf «naturgemäss in erster Linie von den *Gewerkschaften* geführt» werden musste<sup>35</sup>, fand er die Unterstützung der Sozialdemokraten. In der grossen Aussprache über das Lohn-Preis-Problem in der Herbstsession 1942 des Nationalrates verlangten die Vertreter der Arbeiterschaft eine bessere Anpassung der Löhne an die Teuerung. «Dabei wurde die Forderung erhoben, dass alle Löhne, die vor dem Kriege das Existenzminimum nicht überschritten, zu 100 Prozent an die Teuerung anzugleichen seien»<sup>36</sup>. «Vollen Teuerungsausgleich für kleine Einkommen» verlangte der sozialdemokratische Parteitag 1943<sup>37</sup>. Und es ist bezeichnend, dass ein so besonnener Mann wie Max Weber, der spätere sozialdemokratische Bundesrat, auch der Meinung war, die Anpassung der Lohneinkommen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten sei gerechtfertigt<sup>38</sup>.

31) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 27/28.

32) Ebenda, S. 28.

33) Ebenda, S. 28.

34) H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg u. die schweizerische Arbeiterschaft, S. 20. Schon ganz zu Beginn des Krieges hatte Ernst Nobs erklärt: «Wenn nicht eine folgenschwere Verelendung der lohnarbeitenden Volksschichten eintreten soll, hat der Lohnindex mit dem Lebenskostenindex Schritt zu halten.» (E. Nobs, Wirtschaft und Sozialpolitik in Grenzbesetzungszeiten, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 2, Seite 48.)

35) Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 26.

36) Bericht der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion 1942, im Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 50.

37) Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 91.

38) Vgl. M. Weber, Preise und Löhne, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 9, Seite 334.

Auf sozialpolitischem Gebiet stand je länger desto mehr die *Alters- und Hinterbliebenenversicherung* im Vordergrund. Im Geschäftsbericht der SPS für die Jahre 1945/46 heisst es: «An erster Stelle stand der Kampf der Partei für die *Verwirklichung der Alters- und Hinterlassenenversicherung*. Diesen Kampf hat die SPS in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften geführt»<sup>39</sup>.

Damit sollte aber die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie noch lange nicht erschöpft sein. Die SPS hatte sich auch für *Arbeitsbeschaffung für die Nachkriegszeit* einzusetzen<sup>40</sup>. Ebenso wurde dem dornigen und dringlichen *Problem des Wohnungsbaues* volle Aufmerksamkeit geschenkt. Der Parteitag der SPS im Jahre 1943 forderte eine «vermehrte Förderung des Wohnungsbaues»<sup>41</sup>, und in den eidgenössischen Räten setzte sich die sozialdemokratische Fraktion immer wieder für eine planmässige Lenkung und Förderung des Wohnungsbaues ein. Daneben musste noch über die *Einhaltung der Freiheitsrechte* gewacht werden. Die Wachsamkeit der sozialdemokratischen Opposition hat sicherlich dazu beigetragen, dass die Freiheitsrechte nicht in noch stärkerem Masse eingeschränkt wurden. Eine Lockerung erfuhr die Pressezensur allerdings erst gegen Kriegsende, und die Parteiverbote wurden am 1. März 1945 aufgehoben, nachdem der Winterthurer Parteitag 1943 mit 440 gegen 8 Stimmen die Aufhebung der Verbote der Kommunistischen Partei der Schweiz, der *Fédération socialiste suisse* und der Sozialistischen Jugend verlangt hatte<sup>42</sup>.

39) Geschäftsbericht der SPS pro 1945/46, S. 30.

Auf die Auseinandersetzung über die AHV treten wir nicht näher ein, die ganze Frage gehört ja mehr in die Nachkriegszeit; wir verweisen aber besonders auf die Diskussion im Schosse der Partei am Parteitag 1945 (vgl. Protokoll, S. 67 ff.) und betonen auch, dass sich führende Köpfe aus Partei und Gewerkschaft – Nobs, Klöti, Spühler, Bratschi u.a.m. – für die Verwirklichung dieses Sozialwerkes restlos einsetzten.

40) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 33/34 und pro 1945/46, S. 33.

41) Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 91.

42) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 74.

Wir haben gesehen, wie die Sozialdemokraten vor dem Kriege gegen den Erlass von Kommunistengesetzen opponierten. Das änderte sich nach Abschluss des deutschrussischen Paktes – aber auch jetzt fiel der Partei die Stellungnahme nicht leicht, da sie sich grundsätzlich für die Wahrung der Freiheitsrechte einsetzte, andererseits aber nur zu gut erkannte, dass die Tätigkeit der frontistischen und kommunistischen Gruppen eine Gefahr für die schweizerische Demokratie bedeutete. «Die Haltung unserer Parteinstanzen war bisher recht zwiespältig. Meist wurde von sozialdemokratischer Seite die Stellungnahme zu den Kommunistenverboten abhängig gemacht vom Verbot der Naziorganisationen . . .» (F. Schmidt, Kommunistenverbote und Einheit der Arbeiterbewegung, *Rote Revue*, 23. Jg. 1943/44, Heft 1/2, S. 31.) «Die sozialdemo-

Zum Abschluss noch einige Worte zur *Flüchtlingspolitik*. Die mit der Asylgewährung zusammenhängenden Fragen lagen der Sozialdemokratie besonders am Herzen. Das unentwegte Eintreten der Arbeiterorganisationen für die Opfer des Nationalsozialismus war praktischer Sozialismus im besten und tiefsten Sinne des Wortes. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die segensreiche Tätigkeit des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes erinnert, das sich nach bestem Wissen und Können, im Rahmen der verfügbaren Mittel, der zahlreichen Flüchtlinge annahm und ihre Not zu lindern suchte. Immer wieder zeigte sich die Solidarität der schweizerischen Arbeiterschaft mit diesen Ärmsten unter den Armen. – Die engherzige, harte und oft ungerechte Flüchtlingspolitik des Bundesrates kritisierten die Sozialdemokraten mit aller Schärfe und verlangten entschieden eine humanere Einstellung der Bundesbehörden<sup>43</sup>. «Mit der Zuspitzung der Situation in Frankreich im Sommer und Herbst 1942 drangen neue Flüchtlingsströme an unsere Grenzen. Bei aller Anerkennung der vermehrten Sorgen, die mit der Aufnahme einer Grosszahl von Menschen für unsere Wirtschaft entstehen mochten, musste gegenüber einer anfänglich brutalen Rückweisungspraxis der Bundesbehörden von der Arbeiterschaft der Kampf um die Hochhaltung des schweizerischen Asylrechtes geführt werden. Die Parteibehörden, sowie Parteipresse und Arbeiterhilfswerk setzten sich, gemeinsam mit andern Organisationen der Flüchtlingshilfe, für diese vornehme Aufgabe ein und erreichten, nach lebhaften Auseinandersetzungen mit den Instanzen der Bundespolizei, schliesslich eine etwas menschlichere Praxis»<sup>44</sup>.

kratische Partei der Schweiz hat erst in den Gefahren der Kriegszeit und nach langem Zögern sich für das Verbot der frontistischen Gruppen und später auch der kommunistischen Gruppe ausgesprochen.» (E. Nobs, Die Auflösung der Komintern, Rote Revue, 22. Jg. 1942/43, Heft 10, S. 340.) Als nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges sich die Kommunisten wieder als erklärte Gegner des Nationalsozialismus gaben (und Befürworter der Landesverteidigung), mehrten sich die Stimmen, die eine Aufhebung der Kommunistenverbote verlangten. (Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 25.) «Bei Behandlung der Petition zugunsten der Aufhebung des Verbotes (März 1943) hat sich die sozialdemokratische Fraktion, in der sich verschiedene Freunde und Gegner des Verbotes geäussert haben, für eine motivierte Stimmenthaltung ausgesprochen.» (E. Nobs, a.a.O., S. 341.) Der Parteitag 1943, der sich mit den Möglichkeiten zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung befasste, sprach sich dann eindeutig zugunsten der Aufhebung der Kommunistenverbote aus.

43) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 34 ff. – «In der grossen *Flüchtlingsdebatte* setzten sich zahlreiche Mitglieder der Fraktion erneut für die Respektierung des Asylrechtes und für menschlicheres Vorgehen der Polizeiorgane ein.» (Bericht der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion 1942, im Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 51.)

### 3. Der Standort der schweizerischen Sozialdemokratie <sup>45</sup>

Nachdem wir uns im vorhergehenden Kapitel mit der Stellung der Partei zu aktuellen Sachfragen befasst haben, wollen wir nun versuchen, den Standort der SPS während der Kriegszeit noch etwas genauer zu umschreiben, womit das Bild der mit Annahme des neuen Parteiprogramms von 1935 einsetzenden ideengeschichtlichen Entwicklung vervollständigt werden soll. Wir gehen dabei in der Weise vor, dass wir zuerst über den Standort der schweizerischen Sozialdemokratie innerhalb der sozialistischen Bewegung sprechen, dann werden wir nach der Position der SPS auf aussenpolitischem Gebiete fragen, und uns abschliessend noch dem Standort der Sozialdemokratie im Rahmen des schweizerischen Parteiengefüges zuwenden<sup>46</sup>.

Was die erste Frage betrifft, so können wir uns auf einige ergänzende Bemerkungen beschränken, da sich aus der Besprechung des neuen Parteiprogramms und des Plans der Arbeit im zweiten Teil unserer Arbeit die *Stellung der SPS innerhalb der sozialistischen Bewegung* ohne Weiteres ergibt. An der dort beschriebenen grundsätzlichen Haltung der Sozialdemokratie hat sich während des Krieges nichts wesentlich geändert. Die Konzeption des freiheitlich-demokratischen Sozialismus hat eine weitere Vertiefung erfahren, das Bekenntnis zur Demokratie und zur demokratischen Methode erhärtete sich. Wollte man sich der früher gebräuchlichen Terminologie bedienen, so müsste man die SPS zweifellos zum reformistischen Flügel der sozialistischen Bewegung zählen, denn sie will sich schrittweise dem Idealbild einer sozialistischen Gesellschaft nähern (welcher Weg ja der schweizerischen Referendumsdemokratie allein adäquat ist).

Dass die schweizerische Sozialdemokratie einen die freie Persönlichkeit unterdrückenden, autoritären Sozialismus ablehnte, kam im Kriege mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. In den «Perspektiven» sagt Walther Bringolf: «Der Begriff des Sozialismus war bei seiner Geburt ein Freiheitsbegriff und ist es bis heute geblieben. Darum ist der Faschismus, darum sind Hitler und Stalin Feinde des wahren Sozialismus»<sup>47</sup>. Der schweizerische Sozialismus sei freiheitlich und demokratisch,

44) Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 10.

45) Wir sind uns bewusst, dass eine eindeutige Standortsbestimmung der SPS – sofern man sich nicht ausschliesslich auf parteioffizielle Erklärungen stützen will – nicht möglich ist, denn in einer Partei (abgesehen von den totalitären Parteien) gibt es immer verschiedene Strömungen. Es kann sich im Folgenden demnach nur um eine *annäherungsweise* Standortsbestimmung handeln, indem wir besonders auf die für diese Zeit charakteristischen Ideen hinweisen.

46) Die wirtschaftspolitischen Anschauungen der SPS werden wir im Kapitel über die Neue Schweiz diskutieren.

47) W. Bringolf, a.a.O., S. 20.

erklärt Franz Schmidt. «Er sichert die Freiheit des Geistes und der Wissenschaft, die Freiheit der politischen Meinungsbildung, die Freiheit des Gewissens und des Glaubens»<sup>48</sup>. «Der schweizerische Sozialismus wird sich immer orientieren an den Massstäben der menschlichen Sittlichkeit, des Rechts und der persönlichen Freiheit; ...»<sup>49</sup>. Emil J. Walter schreibt: «*Sozialismus ohne die Magna Charta der demokratischen Menschenrechte* wäre ein unwürdiges Zerrbild des grossen humanitären Gedankens des sozialen Fortschrittes»<sup>50</sup>. Auf die Bedeutung der Freiheitsrechte, als dem liberalen Erbe, das der demokratische Sozialismus übernommen hat und weiterführt, wies besonders auch Max Weber hin. «Die Grundsätze der Freiheit der Person, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Rechtsgleichheit (theoretisch wenigstens) und der darauf sich gründenden demokratischen Staatseinrichtungen sind Ausfluss der liberalen Idee. Das wird vom Sozialismus anerkannt und übernommen»<sup>51</sup>.

Was schon in den dreissiger Jahren betont wurde, erhielt nun ein noch grösseres Gewicht, nämlich die ethische Seite und die ethische Begründung des Sozialismus. «Der Sozialismus», sagt Max Weber, «ist aber weit davon entfernt, nur eine ökonomische Theorie zu sein. Er ist eine Welt- und Lebensanschauung mit einer bestimmten Ethik. Die wirtschaftliche Umgestaltung soll nur die Voraussetzungen schaffen, damit *die sittlichen Gebote des Sozialismus* verwirklicht werden können»<sup>52</sup>. Während im Marxismus die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft an die Stelle der Ethik tritt<sup>53</sup>, wird gerade durch diese Betonung des ethischen Momentes deutlich, wie stark die schweizerische Sozialdemokratie von der Marxschen Konzeption des Sozialismus abgerückt ist. Wir haben im Zusammenhang mit der Programmrevision von 1935 die Frage der Beziehung der sozialdemokratischen Ideen zum marxistischen Gedankengut erörtert, wir wollen darauf nicht zurückkommen<sup>54</sup>. Wir gestatten uns jedoch an dieser Stelle, die angedeutete Entwicklungslinie, die durch das Abrücken vom Marxismus und die Hervorhebung der geistig-ethischen Basis des demokratischen Sozialismus charakterisiert ist,

48) F. Schmidt, Über die Quellen des Sozialismus in der Schweiz, hg. von der Gruppe «Neue Demokratie», 3. Aufl., Frühling 1941, S. 39.

49) Ebenda, S. 40.

50) E.J. Walter, Europäischer Sozialismus, Zürich/New York 1942, S. 66.

51) M. Weber, Sozialismus und Sozialdemokratie, S. 7.

52) Ebenda, S. 13.

53) «An die Stelle der Ethik tritt die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft. So steht es in unzähligen marxistischen Schriften.» (W. Theimer, Der Marxismus, S. 66.)

54) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 94 ff.

noch etwas weiter zu verfolgen, wobei wir die zeitliche Begrenzung unserer Arbeit blitzlichtartig werden durchbrechen müssen. Wenn wir nun in wenigen Sätzen auf die *Zeit nach dem zweiten Weltkrieg* zu sprechen kommen, so bedarf dies allerdings keiner besonderen Rechtfertigung, denn auf einen historischen Rückblick oder Ausblick kann man mitunter nicht verzichten, will man zu einer richtigen Würdigung und Gewichtsbestimmung gelangen.

In seiner nach dem Kriege erschienenen, den jüngsten Erkenntnissen und Erfahrungen innerhalb der sozialistischen Bewegung in hohem Masse Rechnung tragenden Schrift erklärte Mathias Eggenberger: «*Der sogenannte Marxismus genügt als alleinige Basis für den Sozialismus nicht mehr*»<sup>55</sup>. Der Sozialismus könne auch «von den Verstandeskräften allein nie getragen werden». «*Der Schritt zum Sozialismus wird nicht getan auf Grund noch so grossartiger wissenschaftlicher Theorien, sondern weil gerade wissenschaftlich irrelevante Kräfte der menschlichen Seele dazu drängen. Die sozialistische Bewegung muss daher ruhen auf allen geistigen Kräften des Menschen. Sie muss in den Tiefen der Gefühlswelt und der Willensimpulse, im Bereiche der ethischen Kräfte, ebenso fest verankert sein, wie sie dem Seziermesser verstandesmässigen Fragens und Grübelns standhalten muss*»<sup>56</sup>.

Die Besinnung auf die ethischen Fundamente des demokratischen Sozialismus war nach dem zweiten Weltkrieg ganz besonders in jenen Ländern ausgeprägt, die in der Nachkriegszeit eine sozialistische Regierung an der Macht sahen. Die Sozialdemokraten empfanden das Bedürfnis, die bis anhin geltende ideelle Grundlage, auf der die sozialistische Bewegung beruhte, auf ihre Tragfähigkeit zu untersuchen<sup>57</sup>. Als nach dem Kriege in manchen Ländern entscheidende Schritte zur Si-

55) M. Eggenberger, Vom Standort des schweizerischen Sozialismus, S. 17/18.

56) Ebenda, S. 20.

57) In der *englischen Labour Party* führte die sechsjährige Regierungstätigkeit zu einer Überprüfung des alten sozialistischen Gedankengutes. Die während dieser Zeit gemachten Erfahrungen riefen nach einer Neuformulierung der ethischen Basis der Bewegung. «Today, therefore, more than ever, is it important to re-formulate the ethical basis on which our movement rests. The 'scientific' dogmas of the past are broken reeds. They have led to an over-emphasis on machinery and methods.» (Socialism – A New Statement of Principles, S. 25.) In *Frankreich* lieferte Jules Moch mit seinem 1952 erschienenen Buch «Confrontations» einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion der ideellen Grundlagen der Sozialdemokratie. Er setzt sich darin sehr eingehend mit dem Marxismus auseinander. – Mit den Grundlagen des demokratischen Sozialismus befasste sich auch Pierre Bonnet in einer lesenswerten Artikelserie in der französischen *Revue Socialiste*. (P. Bonnet, Signification du socialisme démocratique, *Revue Socialiste*, No. 70, octobre 1953; No. 73, janvier 1954; No. 75, mars 1954.) In *Deutschland* bildete die Wahlniederlage der sozialdemokratischen Partei der Bundesrepu-

cherung der Vollbeschäftigung, zum Ausgleich der Einkommens- und Vermögensunterschiede, zur Demokratisierung der Wirtschaft und Verwirklichung der sozialen Sicherheit unternommen wurden, zeigte sich sehr deutlich, dass der Sozialismus, um die ihm als Idealbild vorschwebende Ordnung zu verwirklichen, einer ethischen Fundierung bedarf<sup>58</sup>, dass institutionelle Änderungen nicht genügen, der freie Sozialismus erst möglich wird, wenn sich die Menschen aus einem tiefempfundenen Verantwortungsbewusstsein heraus solidarisch verhalten<sup>59</sup>. – Es war nur eine andere Seite derselben Entwicklung,

blik am 6. September 1953 den Ausgangspunkt für eine eingehende Diskussion über Grundsatzprobleme des demokratischen Sozialismus. Die Forderung nach geistiger Erneuerung ging in erster Linie von Carlo Schmid aus. Man sprach von «Ballast abwerfen» und meinte damit das alte marxistische Gedankengut und die überlieferten Parteisymbole. Die Diskussion in der SPD geht vor allem um die Fragen, ob die westdeutsche Sozialdemokratie eine Weltanschauungspartei sei, ob sie eine Arbeiterpartei oder eine Volkspartei sein soll und das immer wieder besonderes Interesse beanspruchende Verhältnis zum Marxismus. (Wir verweisen besonders auf die Ende 1953 in «Geist und Tat», Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur, einsetzende Diskussion. Vgl. auch den Artikel von F. M., «Zur Frage der Programmänderung westlicher sozialdemokratischer Parteien», erschienen in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 4, 27. Januar 1954.)

In der Schweiz hat in allerjüngster Zeit die von Emil J. Walter aufgeworfene Frage einer Programmrevision der SPS die Diskussion über fundamentale Probleme des demokratischen Sozialismus im Allgemeinen und der schweizerischen Sozialdemokratie im Besonderen in Gang gebracht. (Vgl. E.J. Walter, Eine grundsätzliche Revision des Parteiprogramms der SPS, Rote Revue, 31. Jg. 1952, Heft 10, S. 279 ff.) Dazu erklärte der ehemalige Parteisekretär der SPS und jetzige Bundesrichter, Dr. Werner Stocker, die wichtigste Aufgabe bestehe nicht in einer Revision des angeblich veralteten Parteiprogrammes. «Notwendig erscheint mir vielmehr gerade heute, in einer Epoche grösster Spannungen, wirtschaftlicher Umwälzungen und ideologischer Unklarheit: *eine Besinnung auf Fundamente, Herkunft und Werden unserer Partei*; eine Diskussion und Klarstellung der weltanschaulichen und staatspolitischen Grundgedanken, die vor 80 Jahren zum Entstehen der schweizerischen Sozialdemokratie führten und seither ihr Programm *und* ihre praktische Tätigkeit bestimmten; eine Prüfung der Fragen: Wie hat die SPS den ‚Marxismus‘ auf gefasst und angewendet? Welche Theorien von Marx und Engels haben wir übernommen, welche haben wir abgelehnt, um eigene Wege zu gehen?» (W. Stocker, Programmrevision? Rote Revue, 31. Jg. 1952, Heft 11/12, S. 294/95.) Vgl. auch H.U. Amberg, Der Fortschritt und die Arbeiterbewegung, Rote Revue, 32. Jg. 1953, Heft 4/5, S. 112 ff. Ferner Artikel von Götsch, Kleineibst, Kaplan, Breton und Walter im Heft 7/8 desselben Jahrganges der Roten Revue, sowie die Diskussion über das Wesen des Sozialismus im «Neuen Bund». (Der neue Bund, Mai- u. Juni-Heft 1952.)

58) Wir verweisen in diesem Zusammenhang ganz besonders auf die schon zitierte, von der Socialist Union herausgegebene Schrift «Socialism – A New Statement of Principles».

59) Die Socialist Union spricht von der Notwendigkeit einer «responsible participation» (vgl.

wenn sich in den Nachkriegsjahren bei den meisten sozialdemokratischen Parteien Europas eine mehr oder weniger bewusste Absage an den Marxismus feststellen liess. Dies trat bei der Formulierung des wohl wichtigsten Dokumentes des modernen Sozialismus augenfällig in Erscheinung, wir meinen die Frankfurter Erklärung der sozialistischen Internationale. In dieser anlässlich der Neugründung am 3. Juli 1951 beschlossenen Erklärung wird sehr stark die ethische Komponente und der freiheitlich-demokratische Charakter des Sozialismus herausgestrichen. «Sie ist im Gegensatz zur marxistischen Tradition der Internationale ausgesprochen demokratisch-freiheitlich gehalten und bildet dadurch einen markanten Wendepunkt in der Geschichte des internationalen Sozialismus»<sup>60</sup>.

*Der Standort der SPS auf aussenpolitischem Gebiet.* Das Neutralitätsbekenntnis – «Feststehender Grundsatz unserer Aussenpolitik ist die absolute und integrale Neutralität allen fremden Händeln gegenüber»<sup>61</sup> – entthob die schweizerische Arbeiterbewegung nicht der Aufgabe, zum Kriege Stellung zu beziehen. Eine aussenpolitische Standortbestimmung der schweizerischen Sozialdemokratie drängte sich besonders nach Abschluss des Paktes zwischen Hitler und Stalin im Sommer 1939 auf, denn die Wendung der russischen Aussenpolitik «musste zu einer ungeheuren, tragischen Überraschung und *Verwirrung* in der gesamten europäischen Arbeiterschaft führen»<sup>62</sup>. Walther Bringolf hat dann in seiner 1940 erschienenen Schrift «Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz», die in der «Gesamtlinie» der «allgemeinen Haltung der Partei» entspricht<sup>63</sup>, die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz dargelegt.

Aus der kompromisslosen Ablehnung und Verurteilung des Nationalsozialismus ergab sich von selbst, dass die Sympathien der Sozialdemokratie von allem Anfang an der gegen Faschismus und Nationalsozialismus gerichteten Mächte-

Socialism – A New Statement of Principles, S. 59 ff.), H.U. Amberg vom freiwillig solidarischen Verhalten aller Menschen. «Der Sozialismus will einerseits einen neuen, möglichst fortschrittlichen Wirtschaftsaufbau, mit Förderung des kollektiven Eigentums, und eine bewusste, demokratische Planung des Wirtschaftsablaufes, mit möglichst fortschrittlichen Methoden, und er will andererseits für alle wirtschaftliche Tätigkeit das freiwillig solidarische Verhalten aller Menschen, die dazu fähig sind; beides ist integrierender Bestandteil der sozialistischen Konzeption einer neuen Gesellschaft.» (H.U. Amberg, a.a.O., S. 121.)

60) Der neue Bund, Mai 1952, S. 79.

61) H. Oprecht, a.a.O., S. 11.

62) Geschäftsbericht der SPS pro 1939, S. 5.

63) W. Bringolf, Perspektiven, S. 1. (Vorwort von H. Oprecht.)



gruppierung gehörten, wozu bis zum Sommer 1939 auch Russland zu zählen war. Als Folge des aussenpolitischen Frontwechsels der Sowjetunion, wodurch nun einer nationalsozialistisch-bolschewistischen Koalition die kapitalistischen Westmächte gegenüberstanden, trat in der Arbeiterschaft ein Moment der Verwirrung ein, denn man hatte bis zu diesem Zeitpunkt gehofft, Russland gehöre zu den unterschiedenen Gegnern des Nationalsozialismus und stehe wenigstens aussenpolitisch auf der Seite der Freiheit und der Demokratie. Diese Hoffnung musste begraben werden. Die momentane Verwirrung in den Reihen der Arbeiterschaft war jedoch von kurzer Dauer. Abgesehen von den unentwegten Kommunisten war die Reaktion der Arbeiterschaft auf den Abschluss des deutsch-russischen Bündnisses überall gleich: Enttäuschung und Entrüstung über das Verhalten der UdSSR. In einem Aufruf der SPS «An die schweizerische Arbeiterschaft» heisst es: «Die Arbeiterschaft Europas ist um die grosse Hoffnung betrogen worden, dass Sowjetrußland zu den Mächten zähle, auf die die Freunde der Freiheit aller Völker unter allen Umständen bauen dürfen»<sup>64</sup>. Die Sozialdemokraten verurteilten die russische Politik, die in ihren Methoden eine immer deutlicher werdende Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus erkennen liess<sup>65</sup>. Nationalsozialismus und Bolschewismus waren nun in gleicher Weise die Widersacher des demokratischen Sozialismus. Walther Bringolf schrieb: «Seit dem 23. August 1939 haben wir es mit Hitler und Stalin zu tun. Unser Hauptfeind bleibt der Nationalsozialismus, erscheine er mit dem Hakenkreuzbanner oder mit Hammer und Sichel»<sup>66</sup>.

Mit dem Angriff Russlands auf Finnland, der wie keine andere Handlung der Sowjetregierung den imperialistischen Charakter der russischen Aussenpolitik aufdeckte und alle aufrichtigen Demokraten für die finnische Republik Partei ergreifen liess<sup>67</sup>, verschärfte sich die sozialdemokratische Kritik am Bolschewismus. Der ehemalige Parteipräsident der SPS, Ernst Reinhard, schrieb in der Roten Revue: «Es gibt keinen schlimmeren Gegner eines menschlichen, demokratischen und auf

64) Volksrecht, Nr. 202, 29. August 1939.

65) Vgl. W. Bringolf, a.a.O., S. 5/6.

66) W. Bringolf, Vom Sinn dieses Krieges, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 7, S. 243. – Vgl. auch R. Bratschi, Gegen Stalin – und Lenin, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 7, S. 249-253.

67) In einer Resolution des Parteivorstandes heisst es: «Der Parteivorstand der SPS verurteilt den Angriff der Sowjetunion auf ein kleines, friedliches und demokratisches Land. Er drückt seine Sympathie für Finnland aus und bewundert dessen heroischen Widerstand gegen den russischen Koloss.» (Volksrecht, Nr. 36, 12. Febr. 1940.)

der Gerechtigkeit beruhenden Sozialismus, als den Beherrscher aller Reussen, Herrn Stalin»<sup>68</sup>.

Es lag der militärische Sieg der Westmächte ganz im Interesse der schweizerischen Sozialdemokratie. «Wir Sozialisten sind an diesem Siege mehr als nur interessiert. Wir müssen ihn nicht nur wünschen, sondern wollen. Im militärischen Siege der demokratischen Mächtegruppierung, in der militärischen Niederwerfung der Diktaturen liegt die oben erwähnte Voraussetzung für die freie Bahn im Kampfe um ein neues, fortschrittliches, dem Sozialismus näher gerücktes Europa»<sup>69</sup>. So viel aber auch der Sozialdemokratie am Sieg der westlichen Demokratien gelegen war, sie identifizierte sich nie mit der von kapitalistischen Gruppen und Interessen bestimmten Politik der Westmächte, die letzten Endes nur die Erhaltung der bestehenden Ordnung erstrebte<sup>70</sup>. Reinhard fragt: «Sind wir aber nun deswegen, weil wir Stalin, die russische Politik und den Block Hitler mit aller Deutlichkeit ablehnen, zu Anhängern der Westmächte und ihrer Politik geworden?» Und er gibt zur Antwort, dass die Haltung der SPS «auch dem Westblock gegenüber eine kämpferische» bleibe<sup>71</sup>.

An dieser prinzipiellen Haltung der Sozialdemokratie – die Hoffnung auf einen Sieg der gegen Hitler gerichteten Allianz, ohne sich aber die Politik irgendeiner Mächtegruppierung zu eigen zu machen – änderte auch der deutsche Angriff auf Russland nichts, der ja bekanntlich jene Periode einleitete, in der das Prestige Russlands in der ganzen Welt einen ungeahnten Höhepunkt erreichen sollte. «Wir haben aber als schweizerische Sozialisten», schrieb Parteipräsident H. Oprecht Ende 1942 in der Roten Revue, «uns weder mit der russischen Aussenpolitik noch mit der anglosächsischen Aussenpolitik zu identifizieren.» Da aber die Interessen der Arbeiterschaft *heute* denjenigen entsprächen, «die im Kampfe gegen Nationalsozialismus und Faschismus stehen», könne die sozialistische Arbeiterbewegung mit den Westmächten und mit Russland marschieren, «soweit ihr Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus geht. Wir trennen uns von ihnen aber, sobald ihr Kampf nur darauf gerichtet ist, bestehende Ordnungen zu erhalten»<sup>72</sup>.

*Der Standort der SPS im Rahmen des schweizerischen Parteiengefüges.* Obwohl der erste, missglückte Versuch einer Verständigungspolitik in der zweiten

68) E. Reinhard, Der Krieg gegen Finnland, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 6, Seite 198.

69) W. Bringolf, Perspektiven, S. 14.

70) Vgl. ebenda, S. 14.

71) E. Reinhard, a.a.O., S. 199.

72) H. Oprecht, Inmitten des neuen Weltkrieges, Rote Revue, 22. Jg. 1942/43, Heft 3, S. 82.

Hälfte der dreissiger Jahre sowohl beim Bürgertum als auch bei der Sozialdemokratie gewisse Ressentiments zurückgelassen hatte, war man sich auf beiden Seiten bewusst, dass die Verteidigung der Unabhängigkeit ein Mindestmass an Vertrauen und Zusammenarbeit erforderte. Dies umso mehr, als es infolge der grossen Stabilität des Kräfteverhältnisses zwischen den verschiedenen Parteien – die Nationalratswahlen im Jahre 1939 brachten keine nennenswerte Verschiebung – keiner bestimmten Gruppe oder Partei gelingen konnte, stark interessen- oder parteipolitisch gefärbte Postulate durchzusetzen. So war man auf die Zusammenarbeit einfach angewiesen. «In den ersten Kriegsjahren, als der Druck der Achsenmächte schwer auf dem Lande lastete und die Tendenzen zur Anpassung – nicht im Volke, aber im Bundeshaus – zur akuten Gefahr zu werden drohten, war eine Fühlungnahme und ein gewisser Zusammenschluss mehrerer grosser Landesparteien zum Abwehrkampf gegen den totalen Freiheitsabbau erfolgt. So vor allem im Kanton Bern, wo am 1. August 1940, nach der ‘Anpasserrede’ von Bundesrat Pilet-Golaz, die vier Regierungsparteien eine ‘Politische Arbeitsgemeinschaft’ (PAG) eingegangen waren. Andere Kantone folgten diesem Beispiel in mehr oder weniger ausgeprägter Weise, während die SPS eine solche formelle Bindung in gesamtschweizerischem Ausmasse ablehnte»<sup>73</sup>.

Von den führenden Sozialdemokraten war es ganz besonders Ernst Nobs, der sich für Verständigung und Zusammenarbeit einsetzte. «Durch die Verständigung und Zusammenarbeit der Parteien zur Lösung der dringlichsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen Probleme dieser Zeit geben sie (die politischen Organisationen, B. H.) von ihren Gesinnungen und Programmen, von ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit nichts preis. Diese Verständigung aber und diese Zusammenarbeit sind das Gebot der Stunde, wenn aus dem Versagen vor den Notwendigkeiten dieser Zeit nicht eine eidgenössische Regierungskrise und daraus die Krise des Staates werden soll»<sup>74</sup>.

73) Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 29. – Über die PAG siehe: Die Vereinbarung der Berner Parteien, Rote Revue, 20. Jg. 1940/41, Heft 1, S. 7 ff. – «In Zürich wurde in etwas loserer Form eine Vereinbarung zu periodischer Fühlungnahme und Zusammenarbeit getroffen, und eine Reihe weiterer Kantonalparteien traten in der Folge ähnlichen Arbeitsgemeinschaften bei.» (Geschäftsbericht der SPS pro 1940, S. 23.)

74) E. Nobs, Zusammenarbeit, Rote Revue, 20. Jg., Heft 1, S. 2.  
Vgl. auch E. Nobs, Die Pflichten der Stunde, Rote Revue, 19. Jg., Heft 11, S. 393-398; E. Nobs, Politische Gegenwartsarbeit, Rote Revue, 20. Jg., Heft 4, S. 127-131; E. Nobs, Schweizerische Neuorientierung, Rote Revue, 20. Jg., Heft 7, S. 233-241.

In einem im Juli 1939 erschienenen Artikel hatte Robert Grimm zugunsten des realpolitischen

Wenn die schweizerische Sozialdemokratie die Verständigung als eine aus der besonderen Situation sich ergebende Notwendigkeit hinnahm und bereit war, die Volksinteressen über ihre eigenen Sonderinteressen zu stellen<sup>75</sup>, so war es für sie ebenso selbstverständlich, dass sie ihre Unabhängigkeit und volle Entscheidungsfreiheit bewahren musste, weil sie nur unter dieser Voraussetzung ihre Aufgabe als *verantwortungsbewusste Opposition* erfüllen konnte. Indem wir die Haltung der Sozialdemokratie als die einer verantwortungsbewussten Opposition kennzeichnen, glauben wir das Wesentliche über die Funktionen der SPS auszusagen: Die SPS ist zwar grundsätzlich Oppositionspartei, übt aber als solche nicht nur Kritik, sondern ist auch zu positiver Mit- und Aufbauarbeit bereit und erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, die Politik der regierenden Parteien zu überwachen – nicht nur im Sinne einer Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung, vielmehr um die Stimme der Menschlichkeit zu erheben und die Erhaltung der Freiheitsrechte zu garantieren<sup>76</sup>.

Es versteht sich, dass im Rahmen dieser Konzeption je nach den Umständen der Hang zur Verständigung oder die Oppositionsstimmung vorherrschen konnte. Im Kriege zeigte sich nun, dass mit zunehmender Kriegsdauer (besonders *nach* der gefährvollen Zeit nach dem französischen Zusammenbruch) in der Arbeiterschaft die Widerstände gegen eine zu ausgeprägte Verständigungspolitik wuchsen und eine mehr sozialistisch orientierte Politik der SPS gewünscht wurde. Die Ursache für diese Entwicklung ist u. E. nicht nur bei der kriegsbedingten Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen und bei der in Arbeiterkreisen wenig populä-

Denkens eine Lanze gebrochen, denn aus einem solchen Denken könne die Verständigung erwachsen. «Realpolitik bedeutet, dass man seine politischen Handlungen nach den Tatsachen und den aus ihnen fließenden Notwendigkeiten richtet, unbekümmert um das Einverständnis des andern. Und je mehr auch der andere von den Tatsachen ausgeht, je besser er sie erkennt, umso eher ist eine Übereinstimmung des praktischen Handelns möglich. Die Verständigung erwächst dann nicht als Produkt eines vorgefassten Verständigungswillens, eines Wunschgedankens, sie ergibt sich zwangsläufig aus der übereinstimmenden Auffassung der Tatsachen oder – um konkreter zu werden – der lauernden Gefahren, die an das Lebensmark des Volkes gehen.» (R. Grimm, Realpolitik, Rote Revue, 18. Jg. 1938/39, Heft 11, S. 371.)

75) «Der politische Kurs der schweizerischen Arbeiterbewegung im zweiten Weltkrieg ist damit bestimmt. Sie hat als sozialdemokratische Volkspartei die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten.» (H. Oprecht, Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft, S. 28.)

76) Vgl. H. Oprecht, Sinn und Aufgabe der Opposition in der Bundesversammlung, Rote Revue, 19. Jg. 1939/40, Heft 2, S. 41-44, besonders S. 44.

ren Politik des Bundesrates zu suchen; die Ursache lag sehr viel tiefer, entsprang dem bewussten Willen nach Schaffung einer neuen Ordnung, die den Menschen Frieden, Freiheit und Wohlfahrt garantieren würde. Schon zu Beginn des Krieges schrieb H. Oprecht: «Die Erkenntnis, dass die Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft unumgänglich geworden ist, war noch nie so allgemein verbreitet wie heute»<sup>77</sup>. Was immer aber auch die eigentlichen Gründe gewesen sein mögen, die Tendenz war unverkennbar und der Parteipräsident selbst trug ihr Rechnung, wenn er erklärte, es gelte, «auf die Notwendigkeit sozialistischer Lösungen hinzuweisen»<sup>78</sup>. Als Oppositionspartei müsse die SPS ihre Politik «wieder mehr sozialistisch orientieren». «Die oppositionelle Stellung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz muss verschärft werden»<sup>79</sup>.

Am sozialdemokratischen Parteitag vom 24./25. Mai 1941 wurde in verschiedenen Anträgen eine selbständigere Politik der SPS verlangt, und in der Begründung und Diskussion dieser Anträge kamen die *Widerstände gegen die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum*, wie sie vor allem in einigen Kantonen Gestalt angenommen hatte, zum Ausdruck; die von der schweizerischen Parteileitung befolgte Politik wurde kritisiert<sup>80</sup>. Besonders Ernst Reinhard, Robert Grimm und Arthur Schmid sprachen zugunsten der in einzelnen Kantonen eingeschlagenen Verständigungspolitik. Robert Grimm sagte: «Selbstverständlich ist auch jetzt der Klassencharakter des Staates geblieben. Der Klassenkampf à outrance könnte uns aber neu isolieren. Wir kämen in eine ähnliche Situation, wie 1927 die österreichischen Arbeiter, die sich auch isoliert hatten. Wenn wir auch nicht in der Regierung des Landes vertreten sind, so haben wir doch eine gewisse Verantwortung, an der niemand vorbeigehen kann»<sup>81</sup>. Walther Bringolf, der in seinem Votum im Grossen und Ganzen den Standpunkt der Geschäftsleitung der Partei vertreten haben dürfte, wies auf die möglichen Gefahren dieser kantonalen Zusammenarbeit hin: «Wenn in einzelnen Kantonen diese Zusammenarbeit weitergeht, so enthält sie gewisse

77) Ebenda, S. 44.

78) H. Oprecht, *Der zweite Weltkrieg u. die schweizerische Arbeiterschaft*, S. 22.

79) H. Oprecht, *Inmitten des neuen Weltkrieges*, Rote Revue, 22. Jg. 1942/43, Heft 3, S. 83.

80) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1941, S. 62 ff. Der Antrag Wabern lautet beispielsweise: «Die schweizerische Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in Zürich wird ersucht, zu einer unabhängigen, vom gesamten Parteivolk und nicht von Bürgertums Gnaden getragenen Politik zurückzukehren.» (Ebenda, S. 6.)

81) Ebenda, S. 70/71. – In der Roten Revue hatte Ernst Reinhard die bernische politische Arbeitsgemeinschaft verteidigt. (E. Reinhard, *Die politische Arbeitsgemeinschaft*, Rote Revue, 20. Jg. 1940/41, Heft 10, S. 331-338.)

Gefahren, nämlich dann, wenn sie die selbständige Politik der Partei beeinflusst und beeinträchtigt und wenn sie die Gesamtpartei mit Verantwortungen belastet, die sie schon deshalb nicht übernehmen kann, weil sie zu diesen politischen Arbeitsgemeinschaften nichts zu sagen hatte. Es ist nicht uninteressant, dass nach dem Scheitern der von unserer Seite in loyaler Weise angestrebten politischen Zusammenarbeit im Landesmasstabe, nach dem völligen Versagen der bürgerlichen Parteien einzelne Kantone zu dieser Zusammenarbeit übergegangen sind»<sup>82</sup>.

Die verstärkte Oppositionsstellung der SPS gegenüber dem regierenden Bürgertum wurde dann Ende 1942 besonders deutlich, als die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihr Programm «Die Neue Schweiz» veröffentlichte und damit zeigte, in welchem Sinne die Sozialisten in der Nachkriegszeit die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgestalten möchten. Und wenn die Sozialdemokratie nach ihrem Erfolg bei den Nationalratswahlen 1943 – es konnten elf Mandate gewonnen werden, so dass nun die sozialdemokratische Fraktion 56 Mitglieder zählte – in der Person von *Ernst Nobs* ihren ersten Vertreter in den Bundesrat delegieren konnte<sup>83</sup>, so wurde doch immer wieder betont, dass für die SPS kein Grund zu einer Kurs- oder Sinnesänderung bestehe<sup>84</sup>. Trotz ihrer Mitarbeit in der eidgenössischen Exe-

82) Protokoll des Parteitags der SPS 1941, S. 71/72.

83) Wie schon am Basler Parteitag 1928, wo ja die Frage der Bundesratsbeteiligung auch zur Diskussion stand, so gab es auch im Jahre 1943 in den Reihen der SPS Gegner und Befürworter einer Beteiligung. Die Meinungen darüber waren geteilt, ob die SPS infolge des Verzichts der Freisinnigen Partei auf den frei gewordenen Bundesratsplatz Anspruch erheben sollte oder nicht. «Nicht etwa so, dass auf der einen Seite die Partei und auf der andern die Gewerkschaften standen, was einen Riss in der Arbeiterbewegung und den Schatten einer Spaltung hätte bedeuten können. In der Partei wie in den Gewerkschaften zeichneten sich drei Nuancen der Auffassungen ab: die Anhänger der Beteiligung um jeden Preis, die unbedingten Gegner der Beteiligung und die Beteiligungsfreunde unter gewissen Voraussetzungen. Die unbedingten Gegner waren überall in so verschwindender Minderheit, dass sie sehr bald das Feld räumten und nicht mehr in Erscheinung traten.» (P. Meierhans, Zum 15. Dezember 1943, Rote Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 5, S. 150/151.) «Am 27. November versammelte sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in Bern, um zur Neuwahl des Bundesrates Stellung zu beziehen. Er erhob grundsätzlich Anspruch auf eine *Zweiervertretung*, ohne allerdings daraus eine Bedingung für den Eintritt zu machen. Er lehnte jede Einmischung anderer Parteien in die Bezeichnung der Kandidaten ab.» (Ebenda, S. 152.) Bekanntlich wurde dann *Ernst Nobs* gewählt, während die mehrheitlich bürgerliche Bundesversammlung Pilet-Golaz dem sozialdemokratischen Gegenkandidaten Henri Perret vorzog.

84) Vgl. dazu die Auszüge aus Pressekommentaren in der Roten Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 5,

kutive könne und wolle die schweizerische Sozialdemokratie ihre Oppositionspolitik, verstanden als Opposition zur kapitalistischen Ordnung, nicht aber im Sinne einer Verneinung jeglicher Zusammenarbeit, nicht preisgeben. In einem sozialdemokratischen Geschäftsbericht heisst es, «dass die Sozialdemokratie als *Opposition* in den Bundesrat einzog und dass sie, vertreten mit einer Minderheit von 1:6, keineswegs schlechthin die Mitverantwortung für die Politik des Gesamtbundesrates übernommen hat. Diese Auffassung kam in Parteibehörden wie Mitgliedschaft eindeutig zum Ausdruck»<sup>85</sup>. Da also zu dieser Zeit auf den oppositionellen Grundcharakter der schweizerischen Sozialdemokratie grosses Gewicht gelegt wurde, empfand man auch eher eine gewisse Erleichterung, als die bernische Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1944 in die Brüche ging<sup>86</sup>. «Dieser Gang der Dinge zeigt, dass weder der Einzug der SPS ins Bundeshaus noch die in der bedrohlichsten Kriegszeit erfolgte überparteiliche Zusammenarbeit die SPS zur ‘Burgfriedenspolitik’ verurteilen musste, wie es die Propagandisten der Spaltung zu ihrer Rechtfertigung verkündet hatten. Der grundlegende Widerspruch zwischen Sozialdemokratie und kapitalistischem Bürgertum ist mit der Entwicklung der Kriegsjahre und mit dem Kampf um die Neue Schweiz nicht schwächer, sondern klarer und schärfer geworden»<sup>87</sup>.

Robert Grimm wies darauf hin, dass die Kommunisten das Schlagwort von der Burgfriedenspolitik als Propagandamittel gegen die SPS benützen, während die von der Sozialdemokratie befolgte Politik mit der sogenannten Burgfriedenspolitik tatsächlich nichts gemein habe. «*Mit keinem ihrer Gegner hat die Sozialdemokratie einen Pakt geschlossen, der ihre Selbständigkeit und ihre Entschlussfreiheit, ihre Grundsätze und ihre Weltanschauung oder ihren Kampf für die sozialdemokratischen Forderungen aufhöbe.* Dagegen hat die Sozialdemokratie, in Würdigung der Entwicklungsstufe und der gegebenen Machtverhältnisse nicht gezögert, gewisse Notwendigkeiten einzusehen, mit ihnen zu rechnen, durch eine geeignete Taktik, in Anlehnung an die nackten Tatsachen, das Beste für die Arbeiterschaft herauszuholen.» Die SPS könne «nicht eine sogenannte kompromisslose Politik treiben»<sup>88</sup>.

S. 154 ff. – Es wurde auch vor Illusionen bezüglich des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses des Bundesrates nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Landesregierung gewarnt, da es nicht ein einzelner Mann sei, der die Politik des Bundesrates bestimme.

85) Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 23.

86) Vgl. ebenda, S. 29/30.

87) Ebenda, S. 30.

88) R. Grimm, Ziel und Weg, Rote Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 1/2, S. 4.

Und Walther Bringolf schrieb: «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz betreibt keine Burgfriedenspolitik. Sie weiss, was sie in dieser Zeit der Arbeiterklasse und unserem Lande schuldig ist. Sie hat jedoch keine irgendwie gearteten schriftlichen oder mündlichen Vereinbarungen, keine Abkommen mit bürgerlichen Parteien geschlossen. Nur in diesem Fall könnte man mit einigem Recht von Burgfriedenspolitik sprechen. In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein Schlagwort aus der Antiquitätenkammer des Krieges 1914/18, das Leute, an denen die Ereignisse der letzten zehn Jahre spurlos vorübergingen, gedankenlos kolportieren oder nachplappern»<sup>89</sup>.

#### 4. Die Parteispaltung

«Über alle erbitterten Bruderkämpfe hinweg wuchs immer wieder der Wunsch nach ideologischer und organisatorischer Einheit und das Bewusstsein, dass nur die Verwirklichung dieser Einheit den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu schaffen vermag»<sup>90</sup>.

Als man in der schweizerischen Arbeiterbewegung begann, die Probleme der Nachkriegszeit eingehend zu erörtern, wurde dieser Wunsch nach Überwindung der Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten besonders lebendig<sup>91</sup>, denn aus den Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg zog man den Schluss, dass

89) W. Bringolf, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei – Einheit oder Spaltung? Referat, gehalten vor dem Parteiausschuss der SPS, 9. Juli 1944, S. 15.

90) F. Schneider, Um die Einheit der politischen Arbeiterbewegung, Rote Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 1/2, S. 26.

91) Der Einwand, dass ja während des Krieges durch die Kommunistenverbote sozusagen von Gesetzes wegen die Einheit der Arbeiterbewegung geschaffen wurde, die Sozialdemokratie die einzige sozialistische Partei war und sich deshalb die Frage einer Vereinigung der beiden Richtungen der sozialistischen Bewegung gar nicht stellte, ist deshalb nicht stichhaltig, weil die kommunistischen Organisationen formell zwar verboten waren, diese Verbote aber nicht streng gehandhabt wurden. Der Bundesrat hat denn auch eine Ersatzorganisation der FSS, den «Parti ouvrier Genève», zugelassen. (Vgl. die Ausführungen von Parteipräsident H. Oprecht am sozialdemokratischen Parteitag 1943, Protokoll, S. 52 ff.)

Da wir die Frage der Einheit und der Parteispaltung im Rahmen unserer Arbeit nicht erschöpfend behandeln können, verweisen wir besonders auf: Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 52 ff.; Protokoll des Parteitags der SPS 1945, S. 161 ff.; Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 9 ff.; Der Vertrauensmann, Dezember 1944; Parteispaltung in Zürich? Flugschrift der SPS, April 1944; Sozialdemokratie oder Partei der Arbeit? Flugschrift der SPS, Juli 1944; W. Bringolf, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei – Einheit oder Spaltung? Dopplenummer der Roten



sich wirklich tiefgreifende Änderungen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur von einer geeinten Arbeiterbewegung durchführen liessen. In der Arbeiterschaft war deshalb die Meinung vorherrschend, dass man alles tun müsse, damit nicht die Spaltung der Arbeiterbewegung die Verwirklichung des Sozialismus verunmögliche<sup>92</sup>.

Allein damit erhalten wir noch keine befriedigende Erklärung für die vor allem im Jahre 1943 unternommenen Bemühungen zur Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung. Wir müssen die grossen weltgeschichtlichen Geschehnisse berücksichtigen, speziell gewisse Änderungen in der russischen Politik. Solange das Bündnis zwischen Russland und Deutschland dauerte, konnte von einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht die Rede sein – die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten waren grösser denn je. Das änderte sich mit dem Ausbruch des russisch-deutschen Krieges; die Sowjetunion und die Westmächte wurden Verbündete, und es bestand die Hoffnung, dass die russische Politik eine entscheidende Wendung erfahren habe. Damit schienen sich auch die Aussichten für eine Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den freien Ländern Europas zu verbessern. Gegenüber der Sowjetunion nahm nun die schweizerische Sozialdemokratie eine positivere Stellung ein. So erklärte Walther Bringolf: «Nur wenn wir Sozialisten uns zu einer einheitlichen, positiven Stellungnahme zur Sowjetunion finden und daraus den Schluss ziehen, dass auch die Schweiz mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in einem freundschaftlichen Verhältnis leben muss, werden wir unsere eigene Aufgabe und unsere eigene Politik in völliger Unabhängigkeit von äusseren Einflüssen bestimmen können. Wir bejahen die Sowjetunion, aber wir lehnen es ab, alles, was sie aus ihren eigenen Interessen heraus tut oder unternimmt, blind und kritiklos zu übernehmen oder zu billigen. Darin unterscheiden wir uns eindeutig von der Haltung der Kommunistischen Partei der Schweiz und ihren Mitläufern»<sup>93</sup>.

Revue vom September/Oktober 1943, mit Beiträgen von R. Grimm, H. Oprecht, E. Reinhard, W. Stocker, F. Schneider und M. Schärer; sowie die sehr lebhafte Diskussion in der Tagespresse.

92) «Wir wollen keine Nachkriegszeit mehr wie 1919 und 1920, wo die Arbeiterschaft gespalten war.» (Stohler-Basel, am sozialdemokratischen Parteitag 1943, Protokoll, S. 69.)

93) W. Bringolf, a.a.O., S. 10. – Am sozialdemokratischen Parteitag 1945 sagte Bringolf: «Unsere Haltung zu Russland muss positiv sein.» (Protokoll, S. 153.) Ein Antrag der Sektion Zürich 1 an eben diesem Parteitag bezeichnete eine «absolut positive Einstellung zur Sowjetunion» für die SPS als «das Gebot der Stunde» (Ebenda, S. 21.) «*Uattitude du mouvement ouvrier international envers l'U.R.S.S.*

In dieser Zeit «verstärkter Sympathien für Russland»<sup>94</sup> liess aber erst die vom Zentralkomitee der Komintern am 15. Mai 1943 beschlossene Auflösung der Komintern die schweizerische Sozialdemokratie die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterbewegung als reale Möglichkeit ins Auge fassen, denn nun konnte man erwarten, dass die Politik der Schweizer Kommunisten – von der engen Bindung an die Moskauer Zentrale befreit – schweizerisch und sozialistisch werde. Zwar hatten die Sozialdemokraten die schlechten Erfahrungen mit den kommunistischen Einheitsfrontmanövern während der dreissiger Jahre keineswegs vergessen<sup>95</sup>, jetzt aber schienen die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit doch gegeben, da ja die Kommunisten die Landesverteidigung bejahten, die «Neue Schweiz» der SPS akzeptierten und übernahmen und «die KP und Nicole in allen ihren Eingaben die Demokratie anerkennen»<sup>96</sup>. Zieht man zudem in Betracht, dass, wie wir gezeigt haben, in dieser Zeit die SPS stärker als bisher ihre Stellung als Oppositionspartei herausstrich, so versteht man, wenn – allerdings nur vorübergehend – die Gegen-

a subi à son tour une profonde transformation. Elle est devenue nettement positive.» (J. Humbert-Droz, *Que sera l'après-guerre? La situation internationale et les tâches de la classe ouvrière suisse*, Rapport présenté au congrès du Parti socialiste suisse à Bienne le 1<sup>er</sup> juillet 1945, hg. von der SPS, S. 17.) Diese Änderung der Haltung zur Sowjetunion, die sich ja übrigens keineswegs nur bei der Sozialdemokratie feststellen liess, gab der Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland höchste Aktualität. Die schweizerische Sozialdemokratie, die die antirussische Linie der schweizerischen Aussenpolitik schon immer abgelehnt hatte, forderte entschieden die Aufnahme normaler Beziehungen mit Russland. (Vgl. W. Bringolf, *Die Schweiz und die Sowjetunion*.)

Heute wissen wir allerdings, dass die Sozialdemokratie die Änderungen in der russischen Politik zu optimistisch beurteilt hat. Doch nicht nur die Sozialdemokraten, auch bürgerliche Kreise und führende Staatsmänner liessen sich täuschen. Als die Sowjetunion nach dem Krieg bald wieder ihr altes und wahres Gesicht enthüllte, zögerte die SPS aber nicht, die russische Haltung zu kritisieren und zu verurteilen. Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeiterschaft Westeuropas stellen heute gegenüber dem russischen Kommunismus und seinem Expansionsdrang eine entscheidende und zuverlässige Kraft dar.

94) E. Nobs, *Die Auflösung der Komintern*, Rote Revue, 22. Jg. 1942/43, Heft 10, S. 342.

95) So warnte z.B. Ernst Nobs davor, in der Auflösung der Komintern eine prinzipielle Änderung der Politik der kommunistischen Parteien zu sehen und gemahnte gegenüber kommunistischen Manövern zu grösster Vorsicht. (Wir verweisen auf den oben zitierten Artikel von Ernst Nobs.)

96) Dellberg, am Parteitag der SPS 1943, Protokoll, S. 67.  
«Verheissungsvoll ist auch die Tatsache, dass Organisationen und einzelne führende Vertrauensleute der extremen Linken in aller Offenheit Statut, Programm und Aktionsprogramm

sätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht mehr als unüberwindliches Hindernis empfunden wurden.

Anfang 1943 richtete Léon Nicole an die sozialdemokratische Parteileitung ein Schreiben, worin der SPS seitens der Kommunistischen Partei der Sdiweiz (KPS) und der Fédération socialiste suisse (FSS) die Einheitsfront vorgeschlagen wurde, was aber die Parteileitung der SPS (auf Grund der Parteitagsbeschlüsse von 1936 und 1937) ablehnen musste<sup>97</sup>. Damit war die Frage der Einigung aber keineswegs erledigt, sondern musste am Winterthurer Parteitag 1943 «als gegenwärtig brennendes Problem grundsätzlich entschieden werden»<sup>98</sup>.

Parteipräsident H. Oprecht brachte den *Willen zur Einigung* deutlich zum Ausdruck: «Wir stehen auf dem Boden, dass die Einigung herbeigeführt werden soll»<sup>99</sup>. Und Zentralsekretär W. Stocker äusserte sich im selben Sinne: «Wir wollen alles tun, was uns möglich ist, um den Zusammenschluss aller sozialistisch denkenden Werktätigen herbeizuführen»<sup>100</sup>. Gleichzeitig warnten aber Parteipräsident und Parteisekretäre davor, den Kommunisten blind zu vertrauen. Ernst Reinhard und Johannes Huber haben dann diese Warnung noch schärfer ausgesprochen<sup>101</sup>. Robert Grimm hat in einem vor dem Parteitag erschienenen Artikel auf die Gefährlichkeit des Schlagwortes von der Einheitsfront hingewiesen. «So entpuppt sich das Schlagwort von der Einheitsfront als hohle Phrase, die die Arbeiterschaft ein neues Mal auseinanderreisst und zur Auflockerung, statt zur Geschlossenheit und Machtvermehrung führt»<sup>102</sup>. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestehe keine Übereinstimmung in Bezug auf Weg und Ziel, und damit fehle die Voraussetzung für die organisatorische Einheit<sup>103</sup>. Die Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg dürfe man nicht vergessen<sup>104</sup>.

«Neue Schweiz» der SPS als richtige Kampfgrundlage anerkannt haben und für eine Verschmelzung in der SPS eingetreten sind.» (W. Stocker, ebenda, S. 60.) «L'entente devrait pouvoir se faire facilement en ce qui concerne les conditions politiques de l'unité, puisque le ralliement à notre programme est déjà fait.» (Pierre Graber, ebenda, S. 63.)

97) Vgl. H. Oprecht, am Parteitag 1943, Protokoll, S. 55.

98) H. Oprecht, Die Einheit der Arbeiterbewegung, Rote Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 1/2, S. 7. – Wie gross das Interesse, aber auch die Meinungsverschiedenheiten waren, zeigt sich schon daran, dass zu diesem Traktandum nicht weniger als 25 Sektionsanträge eingereicht wurden.

99) Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 57.

100) Ebenda, S. 59.

101) Vgl. ebenda, S. 70 ff.

102) R. Grimm, Ziel und Weg, Rote Revue, 23. Jg. 1943/44, Heft 1/2, S. 6.

103) Vgl. ebenda, S. 6.

104) Vgl. ebenda, S. 5.

In der entscheidenden Abstimmung am Parteitag 1943 entfielen auf den Antrag des Parteivorstandes 348 Stimmen, während der Antrag Winterthur-Wülflingen nur die Billigung von 112 Delegierten fand<sup>105</sup>. Die Minderheit glaubte, auf die im Antrag des Parteivorstandes enthaltenen Bedingungen hinsichtlich der Aufnahme ehemaliger Kommunisten verzichten zu können<sup>106</sup>. «Der Antrag des Parteivorstandes bejaht den *Willen zur Schaffung der Einheit* der politischen Arbeiterbewegung in unserem Lande»<sup>107</sup>, enthält aber auch Sicherungen für den Fall, dass die Absichten der Kommunisten nicht ehrlich gemeint wären. Es heisst da: «Wenn die Mitglieder der KPS, der FSS und der SJS die Einheit ehrlich wollen, so haben sie im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ihre Sonderorganisationen in jeder Form zu liquidieren und sich alsdann, unter Achtung der Grundsätze, Statuten und Beschlüsse der SPS ihr anzuschliessen. Die SPS heisst jeden ehrlichen Sozialisten und loyalen Mitkämpfer in ihren Reihen willkommen»<sup>108</sup>. Gleichzeitig bestätigte der Parteitag den Beschluss des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 27. Juni 1943, der die Aufnahme ehemaliger KPS- und FSS-Mitglieder mit gewissen Formalitäten verband und den zentralen Parteinstanzen bei derartigen Eintrittsgesuchen ein Mitsprache- und Kontrollrecht zuerkannte<sup>109</sup>, denn die zur Vorsicht gemahnenden Erfahrungen mit den Kommunisten veranlassten die Sozialdemokratie – bei allem Willen zur Verwirklichung der Einheit –, grösste Wachsamkeit zu üben.

Die *Beschlüsse des Winterthurer Parteitags* gingen, wie Fritz Giovanoli in seiner Schrift über die SPS schreibt, dahin, «dass eine Aufnahme en bloc, das heisst ganzer Sektionen, abgelehnt wird, während im individuellen Aufnahmeverfahren jedem, der Statuten, Programm und Beschlüsse der SPS loyal anerkenne, die Türe zur Partei geöffnet sei»<sup>110</sup>. Eine Ausnahme sollte nur mit dem Genfer «Parti ouvrier», der Partei Nicoles, gemacht werden, weil diese Partei nicht unter das Kommunistengesetz fiel. «Wir haben aber nicht mit der FSS und der KPS zu verhandeln. Das sind illegal bestehende Organisationen. Wir können nicht solche Organi-

105) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 74.

106) Vgl. ebenda, S. 9 und S. 66 ff.

107) F. Schneider, a.a.O., S. 27.

108) Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 7.

109) Eine «Aufnahme durch die Sektionen ohne jede Kontrolle der Zentralinstanzen» wäre unzulässig, erklärte Zentralsekretär W. Stocker. (Ebenda, S. 61.) «Wer Statut und Programm der SPS anerkennt, kann in die SPS eintreten. Dass die Parteileitung, kantonal oder schweizerisch, sich bei den Eintrittsgesuchen ehemaliger Mitglieder der KPS und der FSS ein bestimmtes Mitspracherecht vorbehalten muss, liegt auf der Hand, . . .» (H. Oprecht, a.a.O., S. 9.)

110) F. Giovanoli, a.a.O., S. 53.

sationen als Verhandlungspartner haben. Wir können mit der 'Parti ouvrier' verhandeln, wie es möglich wäre, ihre Organisation in die SPS aufzunehmen, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen. In diesem Sinne haben auch im Einverständnis mit der Parteileitung Verhandlungen begonnen.» «Wir werden, wenn diese Verhandlungen zu einer Verständigung führen werden, dem Parteivorstand die Anträge unterbreiten. Dabei ist es selbstverständlich, dass bei diesen Verhandlungen diese Aufnahmebedingungen, über die wir noch Beschluss fassen werden, nicht zur Anwendung gelangen sollen. Bei den Verhandlungen mit der 'Parti ouvrier' haben wir es nicht mit Mitgliedern einer verbotenen Organisation zu tun. Bei den Verhandlungen braucht es keine solchen Bestimmungen. Wir sind der Meinung, dass in Bezug auf die 'Parti ouvrier' die Aufnahme der Mitglieder anders geregelt werden muss»<sup>111</sup>.

Wieder einmal sollten aber jene Warner Recht behalten, die den Kommunisten misstraut hatten. Nach anfänglich hoffnungsvollem Verlauf der Verhandlungen mit dem «Parti ouvrier» «gab unmittelbar vor den Nationalratswahlen sowohl die FSS als auch die Kommunistische Partei der Schweiz die Losung der massiven Stimmenthaltung aus»<sup>112</sup>. Mit diesem Rückenschuss, der deutlich erkennen liess, dass es den Kommunisten nicht um die tatsächliche Einheit ging, sondern nur um eine Schwächung der Sozialdemokratie, verunmöglichten die Kreise um Hofmaier und Nicole jede weitere Zusammenarbeit. Die Bestrebungen zur Verwirklichung der Einheit waren gescheitert. So musste Walther Bringolf am Parteitag 1945 erklären: «Nicht gelungen ist es der SPS, die organisatorisch-politische Einheit der Arbeiterklasse für die Nachkriegszeit zu sichern»<sup>113</sup>. Statt der Einheit wurde die *Partei-spaltung* Wirklichkeit, «die unter Führung der alten kommunistischen Kreise um Hofmaier im Herbst 1943 systematisch vorbereitet und im Frühling 1944 in *Basel* und *Zürich* inszeniert worden ist»<sup>114</sup>. Es kam zur Gründung der *Partei der Arbeit*<sup>115</sup>,

111) H. Oprecht, am Parteitag 1943, Protokoll, S. 57.

112) W. Bringolf, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei – Einheit oder Spaltung? S. 17.

113) Protokoll des Parteitags der SPS 1945, S. 104.

114) Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 9/10.

Die Tatsache, dass die Kommunisten die Spaltung inszenierten, ohne sich dabei um den gesamten Arbeiterschaft erwachsenden Schaden zu kümmern, genügte aber nicht, um alle Parteimitglieder von den tatsächlichen Absichten der Kommunisten zu überzeugen. Am Parteitag 1945 verlangte der Antrag Arnold-Dellberg (Minderheit des Parteivorstandes) den Verzicht auf ein starres Festhalten an den Winterthurer Parteitagsbeschlüssen, um die Zusammenarbeit und die Verwirklichung der Aktionseinheit mit der PdA, «die heute bereits

«die nichts anderes als die Ersatzorganisation für die Kommunistische Partei der Schweiz ist»<sup>116</sup>; und in der SPS musste im Herbst 1944 «zu einer Reihe von *Ausschlüssen* geschritten werden»<sup>117</sup>, da es sozialdemokratische Parteimitglieder gab, denen ihre Beziehungen zu den Kommunisten wichtiger waren als die Beschlüsse und Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Die Kommunisten hatten aber offenbar auch diesmal, ähnlich wie im Jahre 1920, ihre Erfolgchancen falsch eingeschätzt. Als Partei, die jede Moskauer Direktive willig befolgte und an den Besonderheiten der schweizerischen, föderalistisch aufgebauten Referendumsdemokratie geflissentlich vorbeisah, konnte die PdA bei den Massen auf die Dauer keinen Anklang finden. Der Partei der Arbeit gelang es auch nicht, die Sozialdemokratie wesentlich zu schwächen. «Die schweizerische Sozialdemokratie ist durch den neuen, von den alten parteikommunistischen Führern aufgezogenen Spaltungsversuch nicht ‘dezimiert’ worden, wie es die Spalter gewünscht und verkündet hatten. Die SPS hat dank ihrer gesunden Kräfte das Zersetzungsmanöver überwunden. Ihr Wachstum konnte gehemmt, aber nicht verhindert werden. Dass der vom Parteitag 1943 festgelegte *Weg zur Einheit* richtig und einzig gangbar ist, hat die Erfahrung gezeigt»<sup>118</sup>. Ganz ähnlich lautet das Urteil von Fritz Giovanoli: «Die organisierten Spaltungsbemühungen erwiesen sich als *Fehlschlag*. Nicht einmal tausend Parteimitglieder verliessen in der ganzen Schweiz die Partei, die selber während der gleichen Zeit einen ausserordentlich starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte und an innerer Festigkeit und Schlagkraft gewann»<sup>119</sup>. Die Spaltung hatte aber insofern eine Schwächung der Arbeiterbewegung zur Folge, als die Auseinandersetzungen zwischen PdA und Sozialdemokratie Kräfte absorbierten, die sonst auf positivere Weise hätten wirken können.

eine beachtliche Stärke erreicht hat», doch noch zu ermöglichen. (Protokoll des Parteitags der SPS 1945, S. 49.) Demgegenüber erklärte W. Stocker, es stehe fest, «dass die PdA die Einheit gar nicht mehr will». (Ebenda, S. 164.) Und wenn mit 315 gegen nur 51 Stimmen laut Antrag des Parteivorstandes beschlossen wurde, an den Beschlüssen von 1943 festzuhalten (vgl. ebenda, S. 167), so zeigt das deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Parteimitgliedschaft damit einverstanden war, gegenüber den Kommunisten eine klare Trennungslinie zu ziehen.

115) «Die Gründungsversammlung der PdA fand in Zürich am 19. April 1944 statt.»  
(F. Giovanoli, a.a.O., S. 58.)

116) W. Bringolf, a.a.O., S. 17.

117) F. Giovanoli, a.a.O., S. 57.

118) Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 11.

119) F. Giovanoli, a.a.O., S. 58.

Selbst die recht beachtlichen Anfangserfolge der Partei der Arbeit konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Mitglieder und Mitläufer der PdA vorwiegend aus Unzufriedenen zusammensetzten, die denn auch der Partei die Gefolgschaft in jenem Moment wieder versagten, als die Wasser der internationalen und nationalen Politik nicht mehr auf die kommunistischen Mühlen flossen. «Im Grunde ist die ideologische Haltung der Partei der Arbeit», so schrieb Walther Bringolf, «recht armselig. Sie verzichtet auf ein eigenes Programm. Sie begnügt sich mit der Übernahme des Programmes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das der Winterthurer Parteitag Anfang September 1943 mit Einmütigkeit und Begeisterung angenommen hat»<sup>120</sup>. «Die PdA besitzt weder eine eigene Ideologie noch ein eigenes Programm. Sie proklamiert als Ziel die Demokratie, die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung, die ‘Neue Schweiz’ gemäss dem Aktionsprogramm der SPS, und knüpft daran nur die Behauptung, sie allein verstehe es, den Kampf für diese Ziele zu führen»<sup>121</sup>.

Wenn in der schweizerischen Sozialdemokratie für kurze Zeit die grundsätzlichen und unüberbrückbaren Gegensätze zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Kommunismus in der Aussicht auf eine mögliche Einigung der politischen Arbeiterbewegung nicht immer und überall genügend Beachtung fanden, so wurde man sich der fundamentalen Unterschiede doch je länger desto mehr wieder bewusst, und zwar in dem Masse, wie es klar wurde, dass die PdA weder die Interessen der Arbeiterschaft noch der Eidgenossenschaft im Auge hatte, sondern trotz der Auflösung der Komintern die unbedingte Führerschaft der Sowjetunion anerkannte. Der Umsturz in der Tschechoslowakei und der Ausbruch des Kalten Krieges zerstörten dann in der schweizerischen Arbeiterschaft – mit Ausnahme der überzeugten Kommunisten – die letzten Reste des guten Glaubens an die von den Kommunisten befolgte Politik. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der ganzen internationalen Bewegung des demokratischen Sozialismus war seither in der Ablehnung der kommunistischen Politik – der Mittel und der Ziele – unmissverständlich und kompromisslos, so dass nicht anzunehmen ist, die schweizerische Sozialdemokratie werde sich jemals wieder Illusionen in Bezug auf die wirklichen Absichten der Kommunisten machen und auf Einheitsfrontangebote u. ä. in anderem als negativem Sinne reagieren.

120) W. Bringolf, a.a.O., S. 14.

121) W. Bringolf, am Parteitag der SPS 1945, Protokoll, S. 104.

## 5. Die Neue Schweiz

Die Parteibehörden der SPS beschäftigten sich im Jahre 1942 eingehend mit der Ausarbeitung eines sozialdemokratischen Aktionsprogramms für die Nachkriegszeit. Unter dem Namen «*Die Neue Schweiz*» wurde es im Dezember 1942 veröffentlicht. Der Winterthurer Parteitag der SPS vom 4./5. September 1943 legte nach einem ausführlichen Referat von Walther Bringolf<sup>122</sup> ein klares Bekenntnis zur Neuen Schweiz ab. – Dieses Aktionsprogramm, das als das wirtschaftspolitische Programm der SPS zu betrachten ist, wollen wir nun besprechen. Dabei beschränken wir uns auf die wesentlichen Aspekte und ziehen weniger den Text der Neuen Schweiz als vielmehr den Kommentar<sup>123</sup> zu Rate, da dieser über die wirtschaftspolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie genauere Auskunft gibt. Im nächsten, abschliessenden Kapitel wollen wir uns dann noch ganz allgemein mit einigen Grundfragen sozialistischer Wirtschaftspolitik befassen.

Die Neue Schweiz ist, wie Parteipräsident Hans Oprecht in der Roten Revue erklärte, «*eine Vision der Schweiz, wie sie sein sollte; wie sie sein wird, wenn eines Tages das arbeitende Volk den Kurs der Landespolitik bestimmen wird*»<sup>124</sup>. Das Ziel wird wie folgt umschrieben: «*Das Ziel ist eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz auf freiheitlichgenossenschaftlicher Grundlage, in der Absicht, durch Befreiung von der Herrschaft des Kapitals dem gesamten Schweizer-volk Wohlstand und Kultur zu sichern. Die Wirtschaft des Landes muss Sache des ganzen Volkes werden; sie darf nicht mehr privatem Bereicherungs- und Machtstreben ausgeliefert sein*»<sup>125</sup>. Im Kommentar zur Neuen Schweiz heisst es, der Wirtschaft in der Neuen Schweiz seien «drei wesentliche und hauptsächliche Ziele gesetzt:

- die Verhinderung der Wirtschaftskrisen – die *Freiheit* von Not und Furcht;
- die Wahrung von Demokratie und Menschenwürde – die Herstellung der *Gleichheit*;

122) Vgl. Protokoll des Parteitags der SPS 1943, S. 75-93.

123) E. Steinemann, Die Volkswirtschaft in der Neuen Schweiz, hg. von der SPS, Zürich 1947; als Kommentar zur Neuen Sdiweiz zitiert. – Im Vorwort zum Kommentar der Neuen Schweiz schrieb Parteipräsident Oprecht, es würden in diesem Kommentar «Ideen entwickelt und Vorschläge vertreten, die persönlichen Auffassungen des Verfassers entsprechen. Das hindert nicht, zu erklären, dass in grundsätzlicher Hinsicht die SPS durchaus auf dem Boden des ‚Kommentars‘ steht.» (Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 5.)

124) H. Oprecht, Die neue Sdiweiz, Rote Revue, 22. Jg. 1942/43, Heft 8, S. 273.

125) Die neue Sdiweiz, hg. von der SPS, Zürich 1942, S. 4.



die gerechte Verteilung des Wirtschaftsertrages – die Verwirklichung der *Briederlichkeit*»<sup>126</sup>.

«Jede Einzelmassnahme ist auf ein unverrückbares grosses Ziel ausgerichtet: die Befreiung des Menschen von wirtschaftlicher Not, Knechtschaft und Ausbeutung, die Überführung der Wirtschaft in den Dienst des ganzen Volkes»<sup>127</sup>.

Das Manifest «Die Neue Schweiz» stellt «Leitsätze für eine *Revision der Wirtschaftsverfassung* des Bundes auf und zeichnet anschliessend Ziel und Weg zu einer grundlegenden, sozialistischen Neuordnung von Staat und Wirtschaft. Besser als in dem seit 1935 dem Parteiprogramm beigefügten *Plan der Arbeit* werden dabei die Voraussetzungen der schweizerischen, freiheitlichen und genossenschaftlichen Tradition berücksichtigt. Weniger Staatsallmacht und Bürokratie – mehr Freiheit zur Entfaltung aller schöpferischen Kräfte, dies ist die Grundhaltung des neuen Arbeits- und Aktionsprogramms»<sup>128</sup>. Diese nicht unwesentliche Akzentverschiebung gegenüber dem Plan der Arbeit ändert aber nichts an der engen Verwandtschaft zwischen dem alten und dem neuen Wirtschaftsprogramm der schweizerischen Sozialdemokratie. Die Ähnlichkeit zeigt sich schon rein äusserlich darin, dass die Neue Schweiz nach einer Umschreibung des Zieles folgende elf Abschnitte umfasst, was der Gliederung im Plan der Arbeit entspricht: Kredit und Währung, Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Bauen und Wohnen, Verkehrswesen und Energiewirtschaft, Erholung und Gastgewerbe, die Arbeit, Aussenhandel, Finanz- und Steuerpolitik, Volkswirtschaftsdirektion. – Wie im Plan der Arbeit, so wird auch in der Neuen Schweiz die *Sozialisierung der Grossbanken und Versicherungsgesellschaften sowie der industriellen Unternehmungen mit monopolistischem oder trustartigem Charakter verlangt*<sup>129</sup>. Wir werden allerdings noch sehen, dass dieser Sozialisierungsforderung weniger grosse Bedeutung beigemessen wird

126) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 10.

127) Ebenda, S. 9.

128) Geschäftsbericht der SPS pro 1941/42, S. 28/29.

129) «Die Grossbanken und Versicherungsgesellschaften werden in Gemeineigentum übergeführt.» (Die neue Schweiz, S. 5; im Original Kursivschrift.) «Industrien, die eine ausgesprochene Monopolstellung einnehmen oder schon jetzt trustartig zusammengefasst sind, ferner Industrien, die bereits mehr oder weniger als öffentlicher Dienst organisiert oder von besonderer Bedeutung für die Staatssicherheit sind, werden in *Gemeineigentum* übergeführt. Je nach den Verhältnissen werden sie als Unternehmungen des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden, als eigene Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts oder als Genossenschaften betrieben.» (Ebenda, S. 6.)

als im Plan der Arbeit. – In der Industrie (wieder fällt die Übereinstimmung mit dem Plan der Arbeit auf) sollen die einzelnen Unternehmungen desselben Produktionszweiges zu *Verbänden* zusammengefasst werden, ebenso auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Energiewirtschaft. Die privaten Gaststätten – ein Teil der Gaststätten würde «in Gemeineigentum übergeführt und in Erholungsheime umgewandelt»<sup>130</sup> – hätten sich ebenfalls in einem Verband zusammenschliessen. – In Handel und Gewerbe (desgleichen im Baugewerbe) wären *Genossenschaften* zu bilden. Eine besondere Förderung soll der genossenschaftliche Zusammenschluss in der Landwirtschaft erfahren. – Auch in Bezug auf den Aussenhandel folgt die Neue Schweiz dem Plan der Arbeit. «Die Einfuhr erfolgt grundsätzlich durch Einfuhrgenossenschaften, deren Vorstand aus Vertretern der Importeure, der Verbraucher und des Aussenhandels besteht. Die Ausfuhr liegt grundsätzlich in den Händen der Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsverbände»<sup>131</sup>.

Im Plan der Arbeit und in der Neuen Schweiz stehen das *Beschäftigungs-Problem* im Vordergrund. Während der Plan der Arbeit entsprechend der konjunkturellen Situation in den dreissiger Jahren die Überwindung der wirtschaftlichen Depression zum Ziele hatte, geht es der Neuen Schweiz in erster Linie um die Erhaltung und Sicherung der Vollbeschäftigung. Dies ist aus dem Kommentar klar ersichtlich, der wohl nicht zufällig mit einem Kapitel über die Sicherung der Vollbeschäftigung beginnt. Dabei wird zuerst von den Krisenursachen gesprochen und dann auf die Massnahmen zur Krisenverhinderung hingewiesen, die sich vor allem auf die Währungs-, Geld-, Kredit- und Finanzpolitik, die Preis- und Lohnpolitik und die Kontrolle der Investitionen beziehen. Bezüglich der Krisenbekämpfung wird besonders die Bedeutung hoher Konsumausgaben, der Arbeitsbeschaffung und der Finanz- und Geldpolitik hervorgehoben<sup>132</sup>. – In diesem Zusammenhang wollen wir aber auf die mannigfachen Probleme sozialistischer Vollbeschäftigungspolitik nicht eintreten, da wir uns damit im folgenden Kapitel eingehender befassen werden.

Beachtenswert ist ferner, dass der Neuen Schweiz – wie dem Plan der Arbeit – das Prinzip der «mixt economy» zugrunde liegt; gerade darin zeigt sich eine – im Grundsätzlichen – grosse und entscheidende Konstanz der wirtschaftlichen Konzeption. Und diese Tatsache erscheint uns wesentlich, weshalb wir sehr wohl darauf verzichten können, im Einzelnen den Unterschieden der beiden wirtschaftspolitischen Dokumente nachzugehen. Lediglich eine Änderung sei noch vermerkt: Vom

130) Ebenda, S. 12; im Original Kursivschrift.

131) Ebenda, S. 15.

132) Wir verweisen auf den Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 11-27.

Plan der Arbeit wurde gesagt, er könne nur als Ganzes durchgeführt werden; diese Forderung gilt für die Neue Schweiz, die ein Programm auf lange Sicht darstellt und schrittweise verwirklicht werden kann, nicht mehr. Die Neue Schweiz ist deshalb besser als der Plan der Arbeit dazu geeignet, als Richtschnur für das wirtschaftspolitische Handeln zu dienen.

Auf einige charakteristische Wesenszüge der Neuen Schweiz sei nun noch hingewiesen.

Die Sozialdemokraten haben im Zusammenhang mit der Neuen Schweiz immer wieder die *genossenschaftlichen Organisationsformen* als das eigentliche Kennzeichen der zu erstrebenden Wirtschaftsordnung hervorgehoben. So schrieb Hans Oprecht: «'Die neue Schweiz' strebt die *genossenschaftliche Selbstverwaltung der Wirtschaft durch das Volk an*. Dort, wo die Macht der Wirtschaft in Form von Monopolen und Trusts konzentriert ist, dort hat der Staat Hand darauf zu legen und selber zum Rechten zu sehen. Die Banken, die Versicherungsgesellschaften, die monopolisierten und vertrusteten Industrien, sie sind in Staatseigentum überzuführen und als öffentlicher Dienst durch das Volk verwalten zu lassen. In der Industrie im Allgemeinen aber, in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe im Besondern, ist staatliche Wirtschaft nicht nur nicht nötig, in diesen Zweigen der Wirtschaft gilt *prinzipiell* die genossenschaftliche Selbstverwaltung. Grund und Boden und das Wohnen werden dabei jeder Spekulation entzogen, sie sind zusammen mit den Bodenschätzen und den Wasserkraften in Gemeineigentum überzuführen. Im Zentrum der Neuordnung von Staat und Wirtschaft steht damit *der arbeitende Mensch*, denn 'das wertvollste Wirtschaftsgut ist die menschliche Arbeitskraft', ihr Schutz, ihre Förderung und Entwicklung gehören zu den wichtigsten Aufgaben der 'neuen Schweiz'»<sup>133</sup>.

Aus diesem Zitat von Parteipräsident Oprecht ist auch ersichtlich, dass auf immer noch recht weitgehende *Sozialisierungsforderungen* keineswegs verzichtet wird, gegenüber früher wird jedoch die Grenze der Sozialisierung schärfer und enger gezogen. Die Verstaatlichung nimmt nicht mehr jene zentrale Stellung ein wie in der Planidee eines Hendrik de Man. Bezüglich der Sozialisierungsforderungen ist denn auch der Kommentar zur Neuen Schweiz auffallend zurückhaltend. Es wird gesagt, die Zahl der zu sozialisierenden Grossunternehmungen werde «jedenfalls nicht wesentlich über 250 liegen»<sup>134</sup>. Die Sozialisierung wird als eine langfristige

133) H. Oprecht, a.a.O., S. 276.

134) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 42.

Aufgabe betrachtet<sup>135</sup>. Die Sozialisierung der Grossbanken soll schrittweise in die Wege geleitet werden<sup>136</sup>; vor überstürzten Verstaatlichungen in der Grossindustrie wird ausdrücklich gewarnt. «Unsere wichtigsten, auch wirtschaftspolitisch bedeutendsten Industriezweige, die Maschinen- und die chemische Industrie, sind von so vielgestaltiger Art und in so besonderem Masse angewiesen auf Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an *ausländische* Marktverhältnisse, dass deren Führung durch den Staat oder staatliche Organe unter den heutigen Voraussetzungen ein unweckmässiges Experiment bedeuten würde, besonders solange die öffentliche Meinung noch so wenig auf solche Eingriffe vorbereitet ist»<sup>137</sup>.

«Früher oder später kommt gewiss auch die schweizerische Grossindustrie um eine weiter entwickelte Form der Sozialisierung nicht herum. Heute muss jedoch mehr auf indirekten Wegen erreicht werden, dass die Wirtschaft Sache des ganzen Volkes wird.

Der stossenden *Ungleichheit in Einkommen und Vermögen* muss durch die Besteuerung beigegeben werden. Gewinne, die auf Grund von *Monopolpreisen* entstehen, werden von der Preisseite her angegriffen»<sup>138</sup>.

Nun sind aber sehr verschiedene Formen der Sozialisierung möglich, und es ist ohne Zweifel positiv zu werten, dass die Neue Schweiz keine nach einem bestimmten Schema gebildete Patentlösung empfiehlt; in jedem speziellen Fall muss die adäquate Form der Sozialisierung gefunden werden. So sind neben staatlichen Regiebetrieben öffentliche Unternehmen in privatrechtlicher Form und gemischtwirtschaftliche Unternehmungen vorgesehen, um nur die typischsten Formen zu nennen. Die Sozialisierung liesse sich aber auch dergestalt vornehmen, dass eine Genossenschaft zum Träger wird. Soll eine Besitzesänderung vermieden, dem Staat aber gleichwohl eine gewisse Kontrolle und Mitsprache eingeräumt werden, so kann dies beispielsweise durch Delegation eines oder zwei Vertreter des Staates in den Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft geschehen. In vielen Fällen, vorab bei kleinen Betrieben, wird sich der Staat mit einer blossen Auskunftspflicht begnügen können<sup>139</sup>.

Es entspricht dem Wesen der «mixt economy», wenn die Neue Schweiz die *indirekten Methoden der Wirtschaftslenkung* in den Vordergrund stellt. Der Kom-

135) Der Kommentar empfiehlt «eine gewisse Zurückhaltung im Sozialisierungstempo.» (S. 63.)

136) Vgl. ebenda, S. 101 ff.

137) Ebenda, S. 109.

138) Ebenda, S. 109.

139) Vgl. ebenda, S. 40 ff.

mentar sagt es mit aller Deutlichkeit: «Wir haben uns für die indirekten Methoden der Wirtschaftslenkung entschieden»<sup>140</sup>. Das heisst, dass der Staat zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele besonders die Mittel der Geld- und Kredit- und Finanzpolitik benützen wird<sup>141</sup>. Die sozialistische Planwirtschaft ist nicht starr, sondern flexibel und bedient sich so weit als möglich des Marktes<sup>142</sup>. Der Staat beschränkt sich in der Hauptsache auf die Aufstellung allgemeiner Direktiven. «Der Hauptunterschied der ‘Neuen Schweiz‘ gegenüber einer staatssozialistischen Planwirtschaft liegt *in der grundsätzlichen Beschränkung der staatlichen Lenkungs-massnahmen auf die zentralen Weichenstellungen der Volkswirtschaft*. Der Staat sorgt dafür, dass die grossen Ströme des wirtschaftlichen Kreislaufs ungehindert und in der gewünschten Richtung fliessen, ohne jedem kleinen Wässerlein vorschreiben zu wollen, wo und wie es zu plätschern hat. Das heisst, der Staat lenkt nicht die einzelnen Betriebe, sondern er sorgt für ungestörten Geldumlauf, günstige Voraussetzungen des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland, dem Stand der Entwicklung angemessene allgemeine Lohn- und Preisbedingungen, stets genügende Kaufkraft und gerechten Ausgleich der Einkommen. Er überwacht den Lauf der Dinge im Grossen, gibt allgemeine Richtlinien und bremst ungesunde Strömungen ab. Dem einzelnen Betrieb wird volle Freiheit und autonome Gestaltungsmöglichkeit gegeben, soweit diese nicht mit den Interessen der Gesamtwirtschaft in Konflikt geraten kann. Ein solcher volkswirtschaftlich ins Gewicht fallender Konflikt kann, abgesehen von anormalen Situationen, praktisch nur bei ausgesprochenen Grossbetrieben in Frage kommen. Die Masse der kleinen und mittleren Betriebe bekommt die staatliche Lenkung überhaupt kaum direkt, sondern nur in Form allgemeiner Förderungs- und Kontrollmassnahmen zu spüren. Statt auf staatliche Zwangsmassnahmen wird viel mehr auf freie, genossenschaftliche Gestaltung zur Vermenschlichung der Wirtschaft Wert gelegt»<sup>143</sup>. «Die Lenkung der Wirtschaft in

140) Ebenda, S. 27.

141) Auf die grosse Bedeutung, aber auch auf die Grenzen dieser wirtschaftspolitischen Instrumente werden wir im nächsten Kapitel noch zu sprechen kommen.

142) «Bei der Wirtschaftslenkung werden wir uns die Vorteile der Marktwirtschaft zu eigen machen müssen unter Ausschaltung aller gefährlichen und unhaltbaren Folgen einer von Kapitalisten beherrschten Marktwirtschaft.» (Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 15/16.) In seiner Dissertation schreibt Hans-Ulrich Amberg: «Wo die Sozialisten an der Macht sind, achten sie sehr darauf, die Verkehrswirtschaft im Interesse freier Konsum- und Produktionsgütermärkte nicht mehr als absolut nötig einzuschränken.» (H.U. Amberg, Grundsätze sozialistischer Finanzpolitik, Winterthur 1953, S. 17.)

143) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 9.

der 'Neuen Schweiz' wird sich grundsätzlich auf die *Erteilung der notwendigen Richtlinien* und auf die *Kontrolle ihrer Innehaltung* beschränken, um auf allen Stufen der Verwirklichung der freien Initiative und Entscheidungsbefugnis den grösstmöglichen Spielraum zu gewähren<sup>144</sup>. Die private Initiative und Selbsthilfe soll also nicht erstickt, sondern im Gegenteil gefördert werden. – Um die zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Steigerung der Produktivität, zur Verwirklichung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit notwendige Planung mit einem Höchstmass individueller Freiheit zu verbinden, werden möglichst viele Funktionen untergeordneten Stellen übertragen, ist jede nicht unbedingt erforderliche Machtkonzentration zu vermeiden. Hierbei können die Wirtschaftsverbände eine wichtige Rolle spielen<sup>145</sup>.

Mit Recht unterstreicht der Kommentar zur Neuen Schweiz die Bedeutung der *betriebsinternen Beziehungen*<sup>146</sup>. Auf die Frage, wie die Wirtschaft zur Sache des ganzen Volkes gemacht werden könne, wird geantwortet: «Grundsätzlich dadurch, dass dem Privateigentum das Gemeineigentum entgegengestellt wird, der privaten Willkür der Einfluss der Öffentlichkeit; und zwar betrifft dies sowohl die *innere Verfassung* der Betriebe als auch die *Betriebspolitik*»<sup>147</sup>. In jüngster Zeit wird ja das Problem des betrieblichen Mitsprache- und Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer eingehend diskutiert, und sicher gehört die industrielle Demokratie, wie die Engländer sagen, mit zum Sozialismus<sup>148</sup>. Während in der sozialistischen Bewegung lange Zeit die Sozialisierungsfrage im Vordergrund stand und den betriebsinternen Beziehungen nur geringe Beachtung geschenkt wurde, besteht nun heute fast die umgekehrte Tendenz, indem nicht wenige Sozialisten der Frage des Besitzes an

144) Ebenda, S. 28. – Als Vergleich ein Zitat von G.D.H. Cole: «Planning does not involve planning everything – only planning the key elements in the economic system in such a way that the rest will fit in naturally.» (G.D.H. Cole, A Guide to the Elements of Socialism, published by the Labour Party, 1950, S. 20.)

145) «Neben der Durchführung der zentralen Lenkungsmaßnahmen werden sich die Wirtschaftsverbände wie heute bereits selbständigen Aufgaben widmen, die im Dienste der Wirtschaftslenkung und -förderung stehen, wie dem gemeinsamen Einkauf, der Standardisierung, dem Erfahrungsaustausch, der Absatzorganisation, der Berufsbildung usw. Verbandliche Preisabreden unterstehen besondern Kontrollvorschriften, worauf wir später zurückkommen werden.» (Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 34.)

146) Vgl. ebenda, Abschnitt über «Demokratie im Wirtschaftsbetrieb», S. 45-62.

147) Ebenda, S. 40.

148) «Industrial democracy is therefore an indispensable part of social democracy – that is, of Socialism.» (G.D.H. Cole, Is this Socialism? New Statesman Pamphlet, 1954, S. 26.)

den Produktionsmitteln nur noch eine untergeordnete Bedeutung beimessen und vor allem bestrebt sind, in den Betrieben jene Verhältnisse zu schaffen, die dem Arbeiter das Gefühl eines gleichwertigen Sozialpartners geben würden. Unseres Erachtens sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es zwar richtig ist, dass die Verstaatlichung «an sich noch keineswegs für eine menschenwürdige, demokratische Betriebsführung und -gestaltung» garantiert<sup>149</sup>, der Arbeiter aber wohl erst dann als wirklicher Partner fühlen kann und aus echtem Solidaritätsgefühl und Verantwortungsbewusstsein heraus sich für das Gedeihen des Betriebes einsetzt, wenn er sicher ist, dass sein Einsatz nicht einem Einzelnen oder einer Gruppe von Kapitalisten zugute kommt, sondern der Gesellschaft als Ganzes<sup>150</sup>.

Wir wollen nun noch einen Blick auf jenen Abschnitt der Neuen Schweiz werfen, der mit «Die Arbeit» überschrieben ist. Es geht hier um die *Fragen des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes*, wobei gleich zu Beginn auf das Recht auf Arbeit hingewiesen wird: «Das Recht auf Arbeit ist gewährleistet, die Pflicht zur Arbeit festgelegt»<sup>151</sup>. Betont wird auch, dass das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten uneingeschränkt gelte und die Arbeitsbedingungen durch Gesamtarbeitsverträge zu regeln seien<sup>152</sup>. Was über die Regelung der Löhne gesagt wird, scheint uns ganz besonders wichtig und erwähnenswert, weshalb wir diesen Teil im Wortlaut wiedergeben:

«Ein nationaler Solidaritätsfonds aller Unternehmungen sorgt für den Ausgleich der Löhne und der Soziallasten zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Betrieben. Diesem Fonds fließen die Überschüsse derjenigen privaten und öffentlichen Unternehmungen zu, deren Reingewinn ein bestimmtes Mass übersteigt.

Ein eidgenössisches Lohnamt, in dem die Unternehmer- und Arbeiterverbände, die Wissenschaft und der Staat vertreten sind, setzt *Mindestlöhne* für das ganze Land und für jeden Berufszweig fest. Es bezeichnet diejenigen Unternehmungen,

149) Kommentar zur Neuen Sdiweiz, S. 60.

150) Wir können im Rahmen unserer Arbeit auf das vielschichtige Problem des Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes nicht näher eintreten. Wir verweisen besonders auf: Der Arbeiter als Partner im Betrieb, hg. von Eugen Steinemann, Zürich 1953; New Fabian Essays, hg. von R.H.S. Crossman, London 1952, besonders S. 65 ff. (C.A.R. Crosland, The Transition from Capitalism) und S. 130 ff. (Austen Albu, The Organisation of Industry); G.D.H. Cole, Socialist Economics, London 1950, Chapter V, Economic Democracy; Hugh A. Clegg, Industrial Democracy and Nationalization, hg. von der Fabian Society, Oxford 1951.

151) Die neue Sdiweiz, S. 13.

152) Vgl. ebenda, S. 14.

die aus dem Solidaritätsfonds Zuschüsse an Löhne und Sozillasten erhalten»<sup>153</sup>.

Abschliessend sei noch die Frage aufgeworfen, wie es denn um die *Verwirklichung* der Neuen Schweiz bestellt war. Dem Gedanken der Neuen Schweiz entsprang die *Initiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*, die von der SPS in Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund lanciert wurde. Die Unterschriftensammlung kam im Jahre 1943 zur Durchführung, entsprach jedoch im Ergebnis – knapp 162'000 Unterschriften – nicht allen Erwartungen<sup>154</sup>. In der Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 (also erst nach dem Kriege, in einer Zeit angespannter Hochkonjunktur) wurde die Initiative verworfen. «Gleichwohl gab die Volksabstimmung Anlass zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung, und das Resultat zeigte trotz der Verwerfung des Volksbegehrens, die erwartet werden musste, die Tatsache, dass sich eine Viertelmillion von Bürgern bewusst zum Standpunkt einer nach sozialistischen Prinzipien geordneten Wirtschaft bekannten. Manche Grundsätze fanden dann übrigens in der Revision der sogenannten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung ihre Auferstehung. Tatsächlich war es so, dass die Beratung dieser Wirtschaftsartikel *im Schatten unserer noch unerledigten Volksinitiative für Wirtschaftsreform* stattfand»<sup>155</sup>. Wenn es also der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit zwar nicht gelang, gemäss den in der Neuen Schweiz niedergelegten Grundsätzen eine prinzipielle Neuordnung der Wirtschaft und eine Änderung der eidgenössischen Wirtschaftspolitik herbeizuführen, so war nun doch ihr Einfluss bedeutend stärker als vor dem Kriege. Und als langfristiges Wirtschaftsprogramm kann die Neue Schweiz auch heute noch als Richtlinie für das wirtschaftspolitische Handeln der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz dienen; die Neue Schweiz behält ihre Gültigkeit, selbst wenn es heute um dieses Programm ziemlich ruhig geworden ist.

## 6. Zur sozialistischen Wirtschaftspolitik

Nachdem wir uns im vorhergehenden Kapitel mit der Neuen Schweiz befassen, ist es nun unsere Absicht, in systematischer Gliederung einen knappen, kursorischen Überblick über die moderne sozialistische Wirtschaftspolitik zu geben, wobei gleich zu bemerken ist, dass die folgenden Ausführungen allgemeiner Natur sind, nicht ausgesprochen auf die besonderen schweizerischen Verhältnisse zuge-

153) Ebenda, S. 14.

154) Vgl. Geschäftsbericht der SPS pro 1943/44, S. 30.

155) F. Giovanoli, a.a.O., S. 60.



schnitten sind. Diese mehr theoretischen Betrachtungen, die – wir sind uns dessen bewusst – im Rahmen unserer historischen Arbeit eine Sonderstellung einnehmen, sind als eine Art Schlusswort und Ausblick gedacht. Da wir in unseren Untersuchungen die wirtschaftspolitischen Anschauungen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ziemlich stark in den Vordergrund gestellt haben, glauben wir, zur Abrundung des Bildes auf diese zusammenfassenden und grundsätzlichen, abschliessenden und ausblickenden Bemerkungen, die zeitlich und räumlich über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, nicht verzichten zu können. Wenn wir uns in diesem letzten Kapitel nicht mehr ausschliesslich auf die schweizerische Sozialdemokratie beziehen können, so liegt das darin begründet, dass wir uns zur Hauptsache auf ausländische Quellen stützen müssen. Man kann jedoch annehmen, dass sich die Grundsätze sozialistischer Wirtschaftspolitik im Wesentlichen ohne allzu grosse Modifikationen auch in der Schweiz anwenden lassen, was wir durch wiederholte Hinweise auf den Kommentar zur Neuen Schweiz, der in grundsätzlicher Übereinstimmung mit unseren Ausführungen auch eine freiheitlich-liberale und undogmatische Konzeption des demokratischen Sozialismus vertritt, werden zeigen können. Trotz des allgemeinen Charakters der folgenden Ausführungen kann man deshalb sagen, dass sie im Grossen und Ganzen der heute von der SPS vertretenen Auffassung entsprechen.

Die starke Anlehnung an die aus England kommende sozialistische Literatur ist umso eher gerechtfertigt, als in der schweizerischen Sozialdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg eine starke Beeinflussung seitens der von der englischen Labour Party befolgten Politik unverkennbar ist. Waren in der Vergangenheit die ideellen Beziehungen zur Gedankenwelt der deutschen Sozialdemokratie besonders deutlich, so macht sich in jüngster Zeit in vermehrtem Masse der Einfluss der englischen und skandinavischen Arbeiterbewegung geltend.

Wir gehen in der Weise vor, dass wir uns zuerst mit der Produktionsplanung und dann mit der Planung der Verteilung befassen, um uns zum Schluss noch speziell der Planung zur Vollbeschäftigung zuzuwenden. Auf die eigentliche sozialistische Wirtschaftstheorie, die besonders die Frage abzuklären hat, ob im sozialistischen System «aus seinen Daten und aus den Regeln des rationalen Verhaltens eindeutig bestimmte Entscheidungen über das Was und Wie der Produktion abzulei-

156) Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946, S. 275.

ten» sind<sup>156</sup>, wollen wir nicht eintreten<sup>157</sup>. Ist der Nachweis der reinen Logik, der wirtschaftlichen Rationalität des sozialistischen Systems für den Sozialismus zweifellos von grösster Wichtigkeit, so ist doch zu sagen, dass für die sozialistische Bewegung entschieden die Probleme der Wirtschaftspolitik im Vordergrund stehen.

Es entspricht dem Wesen sozialistischer Wirtschaftspolitik, wenn wir uns in diesem Kapitel vor allem mit der Wirtschafts*planung* beschäftigen. Das will jedoch nicht heissen, dass jede Form der wirtschaftlichen Planung sozialistisch sei. «Nicht alle Formen wirtschaftlicher Planung sind sozialistisch», sagt G.D.H. Cole, «aber alle Formen von Sozialismus umfassen wirtschaftliche Planung»<sup>158</sup>. Damit die Planung sozialistisch ist oder werde, muss sie freiheitlich sein und vom Willen des Volkes getragen werden. Die Sozialisten sind überzeugt, «eine glückliche und fruchtbare Heirat zwischen der Freiheit und der Planung liesse sich verwirklichen»<sup>159</sup>. Planung ist ihnen auch nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. «Als Zweck und Ziel der sozialistischen Planwirtschaft dürfen», so schreibt Emil J. Walter, «nachstehende Punkte bezeichnet werden:

1. die Verhütung des Ausbruches von Wirtschaftskrisen und die Sicherung eines organischen, stetigen Wachstums der Wirtschaft,
2. die Steigerung des sozialen Wohlstandes,
3. die Abschaffung des arbeitslosen Einkommens,
4. die Demokratisierung der Wirtschaft durch Umgestaltung des Arbeitsrechtes»<sup>160</sup>.

In der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951 heisst es: «Die unmittelbaren wirtschaftlichen Ziele sozialistischer Politik sind Vollbeschäftigung, Produktionssteigerung, stetige Vergrösserung des Wohlstan-

157) Wir verweisen auf folgende Literatur:

B.P. Beckwith, *The Economic Theory of a Socialist Economy*, Stanford 1949. E.F.M. Durbin, *Problems of Economic Planning*, London 1949.

G.N. Halm, *Economic Systems*, New York/Toronto 1952, Abschnitt über *Economic Theory of Socialism*.

W.A. Jöhr, *Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?* Bern 1948.

*Konkurrenz und Planwirtschaft*, Bern 1946; die Aufsätze von E.J. Walter und H.G. Bieri: E.J. Walter, *Das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft*, S. 187-205; H.G. Bieri, *Die Wirtschaftsrechnung in der Planwirtschaft*, S. 207-223.

Lange/Taylor/Lippincott, *On the Economic Theory of Socialism*, 2. Aufl., Minneapolis 1948, besonders der Aufsatz von Oskar Lange.

J.A. Schumpeter, a.a.O., besonders S. 275-298.

158) G.D.H. Cole, *A Guide to the Elements of Socialism*, S. 9; von mir übersetzt.

159) Barbara Wootton, *Freiheit in der Planwirtschaft*, Hamburg 1947, S. 146.

160) E.J. Walter, a.a.O., S. 204.

des, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen»<sup>161</sup>.

Noch zwei einleitende Bemerkungen:

1. Wir werden besonders im Abschnitt über die Vollbeschäftigungspolitik nicht nur die eigentliche sozialistische Literatur zu Rate ziehen, denn die heutige sozialistische Wirtschaftspolitik stützt sich zu einem guten Teil auf die Arbeiten jener modernen Wirtschaftswissenschaftler, die, wie Keynes, Hansen, Lerner u.a.m., das Problem der Beschäftigung zum Hauptgegenstand ihrer Untersuchungen machten und deren Ergebnisse die von den Sozialisten befolgte Politik nachhaltig beeinflusst haben<sup>162</sup>.
2. In den folgenden Ausführungen nimmt die Finanzpolitik nicht jenen Raum ein, der ihr eigentlich zukäme, da wir diesbezüglich auf Ambergs «Grundsätze sozialistischer Finanzpolitik» verweisen können.

### *Die Produktionsplanung* <sup>163</sup>

Im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft, die vom Gewinnstreben geleitet wird und u.a. durch das Fehlen eines Gesamtwirtschaftsplanes gekennzeichnet ist, will der Sozialismus auf dem Wege einer bewussten Planung der wirtschaftlichen Aktivität Produktion und Bedarf aufeinander abstimmen und für die Gesellschaft als Ganzes die bestmögliche Bedürfnisbefriedigung zu erreichen suchen. Nach der Ansicht der Sozialisten ist der Kapitalismus nicht in der Lage, der arbeitswilligen Bevölkerung dauernde Beschäftigung zu garantieren und ein Maximum an Wohlstand zu erzielen. Er führt nicht zur Befriedigung der wirklichen Konsumentenwünsche, da grundsätzlich nur die in Kaufkraft ausgedrückte Nachfrage wirksam ist und die Produktion beeinflusst. Zwar stellt der kapitalistische Staat auch gewisse, nicht in Geldwert messbare Bedürfnisse, vorab Kollektivbedürfnisse, wie z.B. der Landesverteidigung, in Rechnung, aber nach sozialistischer Auffassung bei Weitem nicht alle. Dazu kommt, dass wegen der exzessiven, für das kapitalistische System

161) Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in «Der Arbeit ihr Recht», S. 12.

162) «Und heute, wo die modernen wirtschaftlichen Lehren fortschrittlich, umstritten und nicht mehr ‚orthodox‘ sind, bedient sich die sozialistische Bewegung erst recht allen neuen Wissens, gleichgültig wessen Forschungsstätte es entstammt, wenn es nur helfen kann, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die sozialistischen Ziele hin zu fördern.» (H.U. Amberg, a.a.O., S. 16.)

163) Wir sprechen hier von der Produktionsplanung ganz allgemein. Auf die Planung zur Vollbeschäftigung werden wir noch zu sprechen kommen.

charakteristischen Einkommensunterschiede die geldmässige Nachfrage nicht die effektiven Bedürfnisse der Konsumenten, nicht die relative Dringlichkeit der Bedürfnisse verschiedener Personen zum Ausdruck bringt, denn nicht jedes Angebot derselben Geldmenge für irgendein Gut oder irgendeine Dienstleistung repräsentiert ein gleichwertiges Bedürfnis. Im Kapitalismus kann der Reiche dank seiner Kaufkraft auf die Produktion in einer Weise einwirken, die in keinem Verhältnis zur daraus resultierenden Bedürfnisbefriedigung steht<sup>164</sup>.

Der Sozialismus wird die Produktion entsprechend einer Prioritätsordnung der Bedürfnisse planen<sup>165</sup>, wobei nach Möglichkeit alle Bedürfnisse (alsoz.B. auch das Bedürfnis nach Sicherheit) berücksichtigt werden sollen<sup>166</sup>.

164) Vgl. G.D.H. Cole, *Socialist Economics*, S. 82/83. – Oskar Lange sagt: «Under capitalism the distribution of the ownership of the ultimate productive resources is a very unequal one, a large part of the population owning only their labor power. Under such conditions demand price does not reflect the relative urgency of the needs of different persons, and the allocation of resources determined by the demand price offered for consumers' goods is far from attaining the maximum of social welfare.» (O. Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, in Lange/Taylor/Lippincott, *On the Economic Theory of Socialism*, S. 100.)

165) Barbara Wootton definiert Planung «als die bewusste und vorbedachte Wahl wirtschaftlicher Prioritäten durch irgendeine öffentliche Autorität.» (B. Wootton, a.a.O., S. 10.)

166) «An economic system based on private enterprise can take but very imperfect account of the alternatives sacrificed and realized in production. Most important alternatives, like life, security, and health of the workers, are sacrificed without being accounted for as a cost of production. A socialist economy would be able to put *all* the alternatives into its economic accounting. Thus it would evaluate *all* the services rendered by production and take into the cost accounts *all* the alternatives sacrificed; as a result it would also be able to convert its social overhead costs into prime costs. By doing so it would avoid much of the social waste connected with private enterprise.» (O. Lange, a.a.O., S. 104.) «As a result of the possibility of taking into account *all* the alternatives a socialist economy would not be subject to the fluctuations of the business cycle.» (Ebenda, S. 105.) «Mistakes can be *localized*, a partial overproduction does not need to turn into a general one.» (Ebenda, S. 106.)

«The possibility of determining the distribution of incomes so as to maximize social welfare and of taking *all* the alternatives into the economic account makes a socialist economy, from the economist's point of view, superior to a competitive regime with private ownership of the means of production and with private enterprise, but especially superior to a competitive capitalist economy where a large part of the participants in the economic system are deprived of any property of productive resources other than their labor. However, the actual capitalist system is not one of perfect competition; it is one where oligopoly and monopolistic competition prevail. This adds a much more powerful argument to the economist's case for socialism.» (Ebenda, S. 106/07.)

G.D.H. Cole erklärt, «die allen Menschen gemeinen fundamentalen Bedürfnisse sollten erste Priorität erhalten, zusammen mit denjenigen speziellen Bedürfnissen, die, verschieden von Person zu Person oder von Gruppe zu Gruppe, unentbehrlich sind, um einen nationalen (oder weltweiten) Minimallebensstandard zu garantieren»<sup>167</sup>.

Die Produktionsplanung nach einer Prioritätsordnung ist nun aber nicht etwa so zu verstehen, dass eine allmächtige Planungsstelle auf Grund einer willkürlich aufgestellten Bedürfnisskala vorschreiben würde, was und wieviel produziert werden soll, sondern in dem Sinne, dass auf möglichst demokratische Art und *in grossen Zügen* über die Produktion entschieden wird, z.B. darüber, ob gegenüber der vorhergehenden Periode der Wohnungsbau auf Kosten der Produktion von Luxusautomobilen zu fördern sei<sup>168</sup>. Es handelt sich bei der Produktionsplanung, nachdem die gesellschaftliche Akkumulationsrate einmal festgelegt ist, vor allem um die Lenkung der Investitionen. (Wir werden noch sehen, was für Mittel dabei Verwendung finden können.) Die grundsätzlichen wirtschaftlichen Entscheidungen werden von der privaten in die öffentliche Sphäre verschoben und damit nicht mehr von einer kleinen Zahl mächtiger Kapitalisten gefällt. Und es besteht kein Grund zur Annahme, es könne nicht auf dem Wege demokratischer Willensbildung grosso modo über die Erzeugungsprioritäten entschieden werden, so gut wie die Gesellschaft und nicht einzelne Kapitalisten das Verhältnis zwischen Konsumtion und Investition, die Relation zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Verbrauch, bestimmen kann, ja bestimmen muss, da diese für die Gesamtheit entscheidende Frage nicht dem Gutdünken Einzelner überlassen werden kann, wenn die Wirtschaft wirklich zur Sache des ganzen Volkes werden soll<sup>169</sup>.

167) G.D.H. Cole, a.a.O., S. 57; von mir übersetzt.

168) Auf die Frage, ob solche Entscheide in die Zuständigkeit des Parlamentes oder eines speziell zu schaffenden Wirtschaftsrates gehören, wollen wir hier nicht eintreten; wesentlich ist, dass dort, wo es um wichtige Entscheidungen geht, nicht einfach eine zentrale Verwaltungsstelle zuständig ist.

169) Prinzipiell kann in der sozialistischen Wirtschaft das Verhältnis zwischen Konsumtion und Investition nach Belieben gewählt werden. «The liberal socialist economy, too, will have to decide arbitrarily the rate of accumulation, that is, it must somehow choose between present and future consumptions.» (G.N. Halm, a.a.O., S. 204.) «There is no way of determining in principle how much a society ought to set aside for these purposes; for, subject to a minimum provision dependent on the circumstances and prospects of the society, the choice can be made at will between a higher and a lower rate of accumulation. What is clear is that this choice ought not to be left to the chance of individuals' willingness to spend less than their incomes: it ought to be made socially and democratically, by the representatives of the whole

Da die einzelnen Unternehmungen in der Regel nicht auf eine bestimmte Ausbringung verpflichtet werden und nur ein allgemeiner, nicht alle Details regulierender Gesamtplan vorhanden ist, der vor allem durch indirekte Lenkungsmaßnahmen durchgesetzt werden soll<sup>170</sup>, wird – nachdem die unentbehrlichen sozialen Dienste gesichert und andere kollektive Bedürfnisse gedeckt sind – im Rahmen der allgemeinen Planung die Produktion gemäss den aus dem Konsumgütermarkt gewonnenen Angaben geleitet<sup>171</sup>. Wie weit die zentrale Planung reichen und wie weit sich die Wirtschaft über den Markt selbst regulieren wird, dürfte das eigentliche Problem darstellen, das in jedem speziellen Falle die angemessene Lösung finden muss. Wenn es hierzu keine apriorische Lösung gibt, so lässt sich doch sagen, dass sich der Sozialismus umso mehr auf den Marktmechanismus wird stützen können (und die Aufgaben der zentralen Planung abnehmen), als es gelingt, eine gleichmässige Verteilung der Einkommen und Vermögen zu erwirken, die Gewähr bietet, dass die Nachfragepreise möglichst unverfälscht die relative Dringlichkeit der Bedürfnisse reflektieren<sup>172</sup>. Aber auch im günstigsten Fall wird man auf die Planung nicht verzichten können, denn es gibt stets Bedürfnisse, die sich nicht in Kaufkraft ausdrü-

society, at any rate to the extent of determining on a broad allocation of resources between the competing claims of consumption and investment.» (G.D.H. Cole, a.a.O., S. 64.) Der Sozialismus wird also die Wahl zwischen Konsumtion und Investition (nur wenn Unterbeschäftigung besteht, können Investitionen und Konsum zugleich gesteigert werden) nicht mehr den Privaten überlassen. Das Investitionsvolumen wird nicht vom privaten Sparen abhängen.

170) Darauf hat besonders Arthur Lewis hingewiesen. «The state can plan as much as it wants, but it should plan not by direction but by manipulating the market.» (W.A. Lewis, *The Principles of Economic Planning*, S. 20.) «In every case there is the choice between direction and inducement, and in every case inducement brings the same final result, without the costs of bureaucratic control.» (Ebd., S. 21.)

171) Vgl. J.A. Schumpeter, a.a.O., S. 294.

172) «There is nothing wrong with the price system as such: what is wrong with its working under capitalism is that, with incomes badly distributed, it distorts instead of reflecting the needs and wants of the people. Given a reasonably satisfactory distribution of incomes, the price system is obviously the most sensible instrument for ensuring that each individual shall get what he wants, subject only to the insistence for the State that he shall have some things (such as education) whether he wants them or not, and shall have certain other things (such as dangerous drugs) either not at all or only at a deterrent price. The reason why the prices offered for goods fail to reflect the satisfactions expected from possessing them is that men's incomes in no way correspond to their appetites. Put right the weighting of demand by improving the distribution of incomes, and much that economists have written falsely about the working of the price system under capitalism will at last come true.» (G.D.H. Cole, a.a.O., S. 89.)

cken lassen. Ausserdem anerkennen die Sozialisten, dass unter Umständen gewichtige Gründe dafür sprechen, den Konsumentenwünschen nicht einfach Folge zu leisten. Der Staat hat dann die Möglichkeit, bei der Produktion selbst einzugreifen, oder aber er kann auf die Nachfrageseite einwirken, durch Subsidien oder indirekte Steuern beispielsweise, wodurch sich der Konsum fördern bzw. einschränken lässt.

Um die Wirtschaft gemäss den Planungsrichtlinien zu lenken, kann sich der Staat sehr verschiedener Mittel bedienen. Für Arthur Lewis ist das Budget das wichtigste, das wirksamste und das umfassendste Instrument wirtschaftlicher Planung<sup>173</sup>. Soll den einzelnen Unternehmungen möglichst grosse Freiheit gelassen und von direkten Vorschriften und Kontrollen soweit als möglich abgesehen werden, so wird der Staat vor allem die Geld- und Kreditpolitik sowie die Finanz- und Steuerpolitik benutzen<sup>174</sup>. Die Bedeutung dieser wichtigen Instrumente sozialistischer Wirtschaftsplanung ist keinesfalls zu unterschätzen, doch ist grundsätzlich zu bemerken, dass die Sozialisten zur Erreichung ihrer Ziele auf direktere Eingriffe in die Wirtschaft – namentlich staatliche Investitionen – kaum werden verzichten können und davor auch nicht zurückschrecken. Ist beispielsweise aus irgendeinem Grunde die Entwicklung einer bestimmten Industrie vorgesehen, so stehen zwar dem Staate die Mittel der Geld-, Kredit- und Finanzpolitik zur Verfügung, wobei es in diesem speziellen Fall natürlich nicht um so grobe Massnahmen wie allgemeine Ausdehnung des Geldvolumens, Zinsreduktion oder etwa Steuersenkung gehen kann, sondern um besondere steuerliche Vorteile, Bewilligung besonders hoher Abschreibungsquoten, besonders vorteilhafte Kreditbedingungen für die betreffende Industrie, spezielle Vorteile für die Arbeiter, die in diese Industrie geleitet werden sollen usw. Doch ist es fraglich, ob auf diesem Wege das gesteckte Ziel erreicht wird, denn oft werden Anreize allein nicht genügen, und dann bliebe dem Staat wohl nichts anderes übrig, als die erforderlichen Investitionen selbst vorzunehmen.

Damit sind wir bei jener Frage angelangt, die stets grösste Beachtung gefunden hat und im Zusammenhang mit der Planung der Produktion nicht übergangen werden kann, wir meinen den *öffentlichen Sektor der Wirtschaft*. Die meisten Sozialisten vertreten die Auffassung, es könne auf einen nicht unbedeutenden öffentlichen Sektor nicht verzichtet werden und dieser müsse gross genug sein, um der gesamten

173) Vgl. W.A. Lewis, a.a.O., S. 27.

174) Dass die Sozialisten die Bedeutung der Geld- und Kreditpolitik voll erkannt haben, ergibt sich schon daraus, dass sie stets (wie im Plan der Arbeit und in der Neuen Schweiz) die «Organisation des Kredits als öffentlicher Dienst» verlangt haben. – Bezüglich der Finanzpolitik verweisen wir nochmals auf die Dissertation von H.U. Amberg.

Wirtschaft gewissermassen den Rhythmus anzugeben<sup>175</sup>. Der Staat kann den öffentlichen Sektor unmittelbar auf die allgemeine wirtschaftliche Zielsetzung abstimmen, und je grösser dieser Sektor, desto stärker werden die entsprechenden Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft sein. Welches Ausmass der öffentliche Sektor der Wirtschaft annehmen soll, darüber gehen die Ansichten unter den Sozialisten allerdings stark auseinander. H.U. Amberg erklärt, es sei «noch nicht abzu- sehen, welchen Anteil der gemeinwirtschaftliche Sektor an der ganzen Volkswirtschaft schlussendlich einmal haben wird»<sup>176</sup>. Und in der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale heisst es: «Das Ausmass öffentlichen Eigentums und die Formen der Planung sind durch die Struktur der einzelnen Länder bedingt»<sup>177</sup>.

Im Zusammenhang mit der Produktionsplanung ist nun noch auf ein Problem hinzuweisen, das zwar dem Wesen nach in das Gebiet der Verteilung gehört, aber auch einen ausserordentlich bedeutsamen produktionspolitischen Aspekt hat, es betrifft dies die *Planung der nationalen Lohnstruktur*<sup>178</sup>. In einer vollbeschäftigten sozialistischen Wirtschaft wird man kaum um die Planung der Löhne und Gehälter herumkommen, weil nur so unter Beibehaltung des fundamentalen Rechts auf freie Wahl der Beschäftigung der knappe Produktionsfaktor Arbeit in die den Erzeugungsprioritäten entsprechenden Beschäftigungszweige geleitet werden kann. Barbara Wootton spricht es deutlich aus, «dass die bewusste Bestimmung von Erzeugungsprioritäten auch die bewusste Regulierung der entsprechenden Lohnraten nötig macht. Es muss einen Plan für die Löhne geben, und diese Planung der Löhne muss sich tatsächlich weiter erstrecken als die Planung der Erzeugung»<sup>179</sup>. «Die Lohnstruktur», sagt Arthur Lewis, «muss geplant werden, um wesentliche Beschäf-

175) «It does mean that the 'public sector' of industry must be large enough to set the tone for the rest, leaving private industry to operate within a framework of public enterprise, rather than the other way around.» (G.D.H. Cole, a.a.O., S. 53.) Und fortfahrend sagt Cole, dieser 'public sector' könne «highly diversified» sein.

176) H.U. Amberg, a.a.O., S. 16.

177) Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in «Der Arbeit ihr Recht», S. 12.

178) Es ist zu beachten, dass es nicht dasselbe ist, wenn man die Löhne plant, um eine dem Produktionsplan entsprende Verteilung der Arbeitskraft auf die verschiedenen Beschäftigungen zu erzielen, und wenn man auf die Lohnstruktur unter sozialpolitischen Gesichtspunkten einwirkt, womit wir uns in diesem Zusammenhang nicht zu befassen haben. Die Sozialisten werden selbstverständlich versuchen, die Produktions- und die sozialpolitischen Gesichtspunkte zu verbinden, aber es ist eine offene Frage, ob dies unter allen Umständen gelingen wird.

179) B. Wootton, a.a.O., S. 97.



tigungen, in denen die Arbeitskraft knapp ist, attraktiver zu machen als andere Beschäftigungen»<sup>180</sup>. Und auch Cole weist auf die Notwendigkeit einer Planung der Löhne hin<sup>181</sup>.

Die Notwendigkeit der Planung der Löhne und Gehälter bedeutet nun aber keineswegs, dass der Staat die ganze Lohnstruktur festzulegen hätte. Im sozialisierten Sektor wird der Staat zweifellos unmittelbar auf die Lohnbildung einwirken, im Übrigen kann er aber die Lohnbildung weiterhin den Verbänden überlassen und sich darauf beschränken, die Lohnstruktur in der gewünschten Richtung zu beeinflussen, durch eine zweckmässige Geld- und Finanzpolitik oder beispielsweise über ein Lohnamt, das gewisse Richtlinien auf stellen würde. Sollte damit die richtige Verteilung der Arbeitskraft noch nicht erreicht werden, so bestände immer noch die Möglichkeit (dies immerhin als Ausnahme), mittels staatlicher Lohnzuschüsse die dringendsten Beschäftigungen attraktiver zu machen<sup>182</sup>.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass die Sozialdemokraten die Planung der Produktion nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene anstreben und deshalb an einer supranationalen Planung der Investitionen besonders lebhaft interessiert sind. Die Umstände zwingen jedoch den demokratischen Sozialismus, in der Hauptsache von der nationalen Planung auszugehen und die internationale Planung als nächsten Schritt ins Auge zu fassen<sup>183</sup>.

### *Die Planung der Verteilung*

Von sozialistischer Seite wurde der Planung der Verteilung seit jeher grösste Bedeutung beigemessen, kann doch der demokratische Sozialismus gerade auf diesem Gebiet am unmittelbarsten zugunsten seines Ideals von Gerechtigkeit und Gleichheit intervenieren. So sagt H.U. Amberg: «Das Postulat einer gerechteren Verteilung der wirtschaftlichen Güter dieser Erde ist eines der ältesten sozialisti-

180) W.A. Lewis, a.a.O., S. 86; von mir frei übersetzt.

181) Vgl. G.D.H. Cole, a.a.O., S. 97, und ders., *Is this Socialism?* S. 21/22.

182) Wir haben gesehen, dass die Neue Schweiz die Schaffung eines Solidaritätsfonds für den Ausgleich der Löhne und Soziallasten vorsieht. Es wäre nun ohne Weiteres denkbar, dass ein solcher Fonds nicht nur dem Ausgleich der Löhne und Soziallasten, sondern ganz allgemein einer zweckmässigen Planung und Regulierung der Löhne und Gehälter dienen würde.

183) Vgl. dazu besonders G.D.H. Cole, *Socialist Economics*, S. 69 ff. und S. 122-141. Vgl. auch Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 21/22.

schen Postulate»<sup>184</sup>. Und Roy Jenkins schreibt: «Der Wunsch nach grösserer Gleichheit war Teil der Inspiration aller sozialistischen Denker und aller sozialistischen Bewegungen»<sup>185</sup>. «Das Hauptübel, unter dem wir leiden», sagt E.F.M. Durbin, «und das Haupthindernis zu sozialem Fortschritt ist die schimpfliche Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Besitz, die wir immer noch dulden»<sup>186</sup>. Dass es dem Sozialismus vor allem um die Gleichheit geht, hat Arthur Lewis mit Nachdruck hervorgehoben: «Socialism is about equality. A passion for equality is the one thing that links all socialists; on all others they are divided»<sup>187</sup>. Den Sozialisten ist eine gleichmässige Verteilung des Reichtums der Gesellschaft ein Ziel für sich selbst. Für die Chancen der Verwirklichung ist es dabei von unschätzbarem Wert, dass dieses Ziel auch vom rein ökonomischen Standpunkt aus erstrebenswert erscheint<sup>188</sup>.

Das Verlangen nach grösstmöglicher Gleichheit hat mit Gleichmacherei nichts zu tun. Die Sozialisten verkennen in keiner Weise die zwischen den Menschen bestehenden natürlichen Unterschiede und wollen diese auch nicht beseitigen, wohl aber jene Ungleichheiten, die lediglich auf Geburt, Reichtum und Bildung beruhen. Gleichheit wird vor allem im Sinne von gleichen Möglichkeiten für alle aufgefasst<sup>189</sup>. Auf lange Sicht wird dann diese Schaffung gleicher Möglichkeiten für alle zweifellos entscheidend zum Ausgleich der grossen Einkommensunterschiede beitragen, denn es ist «die Ungleichheit der Möglichkeiten in Erziehung und Beschäftigung eine Hauptursache der Ungleichheit der Einkommen»<sup>190</sup>. Und die berechtigte Hoffnung besteht, «dass wenn einmal jedes Kind die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung und Ausbildung haben kann, die Unterschiede

184) H.U. Amberg, a.a.O., S. 20.

185) R. Jenkins, *Equality*, in *New Fabian Essays*, S. 69; von mir übersetzt.

186) E.F.M. Durbin, a.a.O., S. 21; von mir übersetzt.

187) W.A. Lewis, a.a.O., S. 10.

188) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 192.

189) Wir verweisen besonders auf «Socialism – A New Statement of Principles», S. 30 ff. – «The concept of equality must, then, be refined – into the idea of equality of opportunity.» «Equality of opportunity does not imply, of course, complete equality of income and possessions, which makes no allowance for differences in need and in effort. But it does require that each one of us should have the opportunity to acquire sufficient of this world's goods to satisfy his basic material needs and to live without fear of to-morrow.» (S. 31.) «For socialists equality of opportunity can only mean an equal opportunity for everyone to develop his individual personality; or, in a simpler and more familiar phrase, to lead a full life.» (S. 32.)

190) H.U. Amberg, a.a.O., S. 47.

in den Einkommen der verschiedenen Berufe sich stark reduzieren werden»<sup>191</sup>. Um aber in der Gegenwart jenes Mass von Gleichheit in Besitz und Einkommen herbeizuführen, das sich mit einer auf maximale Produktivität gerichteten Wirtschaft noch vereinen lässt, muss auf andere Weise vorgegangen werden. Dabei lässt sich nicht zum Voraus bestimmen, bis zu welchem Punkt man vordringen kann<sup>192</sup>. «Was gesagt werden kann, ist, dass das gesuchte Mass von Gleichheit den ökonomischen Rahmen für eine klassenlose Gesellschaft verschaffen sollte. Und eine klassenlose Gesellschaft kann ganz einfach definiert werden als eine, in welcher die Menschen weniger scharf durch Unterschiede in Reichtum und Geburt getrennt sein werden als durch Unterschiede im Charakter»<sup>193</sup>.

Wir wollen nun nach den wichtigsten *Methoden zur Beseitigung der grossen Einkommens- und Vermögensunterschiede* fragen und beginnen mit den Einkommen.

Eine gleichmässige Einkommensverteilung liesse sich in einer vollsozialisierten Wirtschaft prinzipiell ohne besondere Schwierigkeiten verwirklichen, da der Staat die Einkommen festsetzen könnte. In einer sozialistischen Wirtschaft mit einem privaten und einem öffentlichen Sektor ist die Sache wesentlich komplizierter. Verstaatlichungen können zwar auf die primäre Einkommensbildung in egalitärem Sinne wirken<sup>194</sup>, und dies ist sicher ein Grund – und war besonders in der Vergangenheit einer der Hauptgründe – für die Sozialisierungsforderungen der Sozialdemokraten; im freien Sektor jedoch ist die Möglichkeit staatlicher Einflussnahme auf die Lohnbildung sehr viel geringer. Immerhin kann der Staat die Gewerkschaften in ihrem Kampf, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu vergrössern,

191) Ebenda, S. 46.

192) Es versteht sich allerdings, dass der Ausgleich jedenfalls so weit zu gehen hat, dass niemand mehr unter materieller Not zu leiden hat; das wäre gewissermassen die untere Grenze des Ausgleichs, die obere ist sehr viel unbestimmter. – Cole stellt für die Verteilung der Einkommen drei Grundsätze auf: «In the distribution of incomes, the first principle should be to provide a minimum living income for every person, subject only to the acceptance of the social obligation to serve the community in return. The second principle should be to provide adequate, but not more than adequate, incentives to effort, including the effort needed to acquire skill or qualifications for higher posts. The third principle should be to consider special claims.» (G.D.H. Cole, a.a.O., S. 65.)

193) R. Jenkins, a.a.O., S. 72; von mir übersetzt. – Zur Frage des Ausmasses des Ausgleichs siehe auch H.U. Amberg, a.a.O., S. 56 ff., u. Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 68 ff.

194) Vgl. H.U. Amberg, a.a.O., S. 26; R. Jenkins, a.a.O., S. 81 ff.; C.A.R. Crosland, *The Transition from Capitalism*, in *New Fabian Essays*, S. 64.

auf verschiedene Arten unterstützen – aber zumindest in Zeiten angespannter Beschäftigung scheint es angezeigt, diesen Anteil auf anderem Wege als mittels allgemeiner Lohnerhöhungen zu erweitern<sup>195</sup>. Es wird sich deshalb der Staat zur Hauptsache darauf beschränken, nachträglich regulierend in die Einkommensbildung einzugreifen, wobei es sich vor allem um einen Ausbau der Sozialdienste und um Massnahmen auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik handeln wird<sup>196</sup>. Im Kommentar zur Neuen Schweiz kommt dies sehr deutlich zum Ausdruck: «Wie durch die Massnahmen des Sozialausgleichs, wird der Wirtschaftsertrag auch durch die Finanz- und Steuerpolitik nachträglich neu verteilt, nachdem die ursprüngliche, primäre Verteilung über die Preis- und Lohnverhältnisse zustande gekommen ist»<sup>197</sup>.

Der *Ausbau der Sozialdienste* ist heute eine vieldiskutierte Methode, und es führt die freie Zurverfügungstellung gewisser Güter und Dienstleistungen, wodurch auch den unteren Schichten der Bevölkerung die Befriedigung gewisser fundamentaler Bedürfnisse ermöglicht wird, zweifellos zu einem grösseren Mass von Gleichheit. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, «dass das Wesen des Sozialismus in der

195) Es sei in diesem Zusammenhang kurz auf die von Abba P. Lerner für die Vollbeschäftigung entwickelte Lohntheorie hingewiesen. (Vgl. A.P. Lerner, *Economics of Employment*, New York/Toronto/London 1951, S. 209 ff.) Diese läuft im wesentlichen darauf hinaus, die Löhne jährlich in demselben Rhythmus wie die Produktivität steigen zu lassen, wodurch ein stabiles Preisniveau erhalten bliebe. Für die USA nimmt er eine jährliche Produktivitätszunahme von durchschnittlich 3% an; dementsprechend sollen auch die Löhne jährlich um 3% steigen, wobei diese Lohnerhöhung aber nicht überall gleich sein soll. In jedem Beschäftigungszweig ist der Index der relativen Anziehung (index of relative attractiveness) zu errechnen (die Zahl der in der betreffenden Beschäftigung Arbeitssuchenden dividiert durch die Zahl der in dieser Beschäftigung gegenwärtig Arbeitenden) und auch der nationale Durchschnitt. Wo der Index mehr als das Doppelte des nationalen Durchschnitts beträgt, hat die Lohnrate konstant zu bleiben. Wo der Index nicht stark vom nationalen Durchschnitt abweicht (zwischen dem halben und dem doppelten nationalen Durchschnitt), sollen die Geldlöhne um 3% jährlich steigen. Wo der Index weniger als die Hälfte des nationalen Durchschnitts beträgt, soll die Lohnrate um das Doppelte der Standardrate steigen, d.h. um 6%. (Vgl. S. 214/15.) – Das ist der Grundgedanke von Lerner, der dann noch weiter ausgeführt wird. Lerner betont auch, dass diese Theorie noch weiterer Untersuchungen bedürfe.

Diese Theorie sieht also eine bescheidene Steigerung der Reallöhne in Zeiten der Vollbeschäftigung vor – eine nennenswerte Vergrösserung des Anteils der Arbeiterschaft am Sozialprodukt müsste aber offenbar auf andere Weise erreicht werden, z.B. unter Zuhilfenahme der Steuerpolitik. Auf die Bedeutung der Steuerpolitik hat besonders Arthur Lewis hingewiesen. (Vgl. W.A. Lewis, a.a.O., S. 87.)

196) Vgl. dazu besonders Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 84 ff.

197) Ebenda, S. 89.

unbeschränkten Ausdehnung der freien Dienste liege»<sup>198</sup>. Die Sozialisten sind an einem zu starken Anwachsen des öffentlichen Haushaltes nicht interessiert. Vor allem aber geht es ihnen um die Wahrung der Freiheit der Konsumenten, und aus diesem Grunde erstreben sie in erster Linie eine *gleichmässigerer Verteilung der Geldeinkommen*, damit jedermann über ein Einkommen verfüge, das ihm ein sorgenfreies Leben ermöglicht.

Dass der demokratische Sozialismus eine Umschichtung der Einkommen durch stark *progressive Einkommensbesteuerung* mit besonderer Entlastung nach unten zu verwirklichen sucht, ist wohl allgemein bekannt. Die steuerliche Belastung der Einkommen kann nun aber nicht beliebig weit getrieben werden, so man verhindern will, dass die Arbeitsleistung nicht beeinträchtigt und hohen Steuern einfach durch vermehrten Aufwand ausgewichen wird<sup>199</sup>. Zudem: die Besteuerung der Einkommen ist für sich allein nicht genügend, da ja der Besitzer eines grossen Vermögens einfach von der Vermögenssubstanz zehren kann. Um stossende Unterschiede in der Lebenshaltung zu vermeiden, ist eine Beseitigung der grossen Vermögensunterschiede erforderlich. «Der hauptsächliche sozialistische Angriff richtet sich daher auf den grossen Besitz und erstrebt dessen gleichmässige Verteilung»<sup>200</sup>. Mit Recht fordert deshalb der Kommentar zur Neuen Schweiz: «Als Ergänzung der Einkommenssteuer ist eine *Steuer vom Vermögen* zu erheben»<sup>201</sup>. Erst die Wegsteuerung der grossen Vermögen wird die arbeitslosen Einkommen, an denen die Sozialisten ganz besonders Anstoss nehmen, zum Verschwinden bringen und dazu führen, dass kein Arbeitsfähiger auf Kosten der Gesamtheit ein ungebührliches Mass von Reichtum und Musse geniesst. Vermögenssteuern bekämpfen das Übel der Ungleichheit an der Wurzel und haben den Vorteil, dass sie nicht oder wenigstens nicht so stark wie die Einkommenssteuern die Gefahr in sich bergen, den Ansporn zur Arbeit zu ertönen, sondern im Gegenteil beim Besteuerten zu einer Steigerung der Arbeitsleistung führen können<sup>202</sup>.

198) C.A.R. Crosland, a.a.O., S. 63: von mir übersetzt. Vgl. auch R. Jenkins, a.a.O., S. 76.

199) Amberg befasst sich sehr eingehend mit den negativen Wirkungen hoher Besteuerung. (Vgl. H.U. Amberg, a.a.O., S. 24 ff.)

200) Ebenda, S. 47.

201) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 92.

202) Wir erinnern daran, dass das Vermögen auf verschiedene Arten besteuert werden kann. Am wirkungsvollsten und deshalb von entscheidender Bedeutung sind die Erbschaftssteuer und die Vermögensabgabe. Wir verweisen auf H.U. Amberg, a.a.O., S. 47 ff., sowie auf R. Jenkins, a.a.O., S. 76 ff.

## *Die Planung zur Vollbeschäftigung*

Wenn wir uns nun noch speziell mit der Wirtschaftsplanung im Interesse der Vollbeschäftigung befassen, so deshalb, weil die Vollbeschäftigung zum zentralen Problem sozialistischer Wirtschaftspolitik geworden ist und uns Gelegenheit gibt, auf einige weitere Gesichtspunkte der ökonomischen Konzeption des demokratischen Sozialismus hinzuweisen. Eine besondere Behandlung der Vollbeschäftigungspolitik wird auch dadurch gerechtfertigt, dass schon im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung weitreichende Möglichkeiten zur Beeinflussung der Beschäftigung bestehen, dass nicht nur die Sozialisten für eine Politik der Vollbeschäftigung eintreten, obwohl sie als ihre eifrigsten Befürworter bezeichnet werden können. – Wer heute von Planung spricht, denkt gewöhnlich an Planung im Interesse der Vollbeschäftigung; wer für Wirtschaftsplanung eintritt, tut dies zumeist darum, weil Planung notwendig ist, um Vollbeschäftigung zu erreichen oder zu erhalten.

Es ist ja eigentlich überflüssig, die Gründe für die Vollbeschäftigung anzuführen, denn jedermann weiss, wie gewaltig allein die wirtschaftlichen Verluste sind, die eine Depression mit sich bringt. Die Vollbeschäftigung erhöht nicht nur die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, sie allein verwirklicht den höchstmöglichen Wohlstand, wie Jean Mussard mit Recht betont<sup>203</sup>. Was aber vielleicht noch wichtiger ist: die Vollbeschäftigung gibt dem Arbeiter ein Gefühl der Sicherheit, befreit ihn von einer Angst, die während Jahrzehnten und Jahrhunderten auf ihm gelastet hat und setzt ihn in eine weit bessere Lage, ein glückliches und freies Leben zu leben und seine Persönlichkeit zu entfalten. Vollbeschäftigung ist dem Arbeiter der beste Schutz gegen Unterdrückung und trägt nicht unwesentlich zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen bei. Vollbeschäftigung ist zweifellos auch ein wirksamer Schutz gegen alle totalitären Einflüsse und undemokratischen Bewegungen<sup>204</sup>.

Die sozialistische Vollbeschäftigungspolitik stützt sich weitgehend auf die von Keynes in seiner «Allgemeinen Theorie»<sup>205</sup> entwickelten Lehren, wonach die ökonomischen Kräfte, wenn sich selbst überlassen, nicht zwangsläufig zur Vollbe-

203) Vgl. J. Mussard, *Neue Wege? Versuch zur Formulierung eines modernen Sozialismus*, 2. Aufl., Schaffhausen 1940, S. 36.

204) Über die Gründe für die Vollbeschäftigung siehe besonders A. P. Lerner, a.a.O., S. 31-43.

205) J.M. Keynes, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936.

schäftigung führen – es ist ein wirtschaftliches Gleichgewicht auch bei Unterbeschäftigung möglich. Die Vollbeschäftigung ist demnach ein Ziel, das durch eine bewusste Wirtschaftspolitik erreicht werden muss und erreicht werden kann. Den Sozialisten kann aber die von Keynes entwickelte neue Wirtschaftslehre nicht genügen, nicht nur darum, weil die Keynesische Theorie zu einseitig auf die Depression zugeschnitten ist, sondern weil die Sozialisten in ihrem wirtschaftlichen Wollen weiter gehen als Keynes, eine grundlegende Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft anstreben. Die Vollbeschäftigungspolitik ist zwar ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Politik, aber insofern, als die Sozialisten noch weitergesteckte Ziele im Auge haben, führt ihr Weg weit über Keynes hinaus. Hierzu sagt G.D.H. Cole: «The upshot of the argument is that the Keynesian revolution in economic thought is to be welcomed and accepted by Socialists up to a point, but cannot be taken as a substitute for Socialism, or for a socialist economic theory which goes a long way beyond it»<sup>206</sup>.

Zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung gibt es viele Möglichkeiten wirtschaftspolitischen Handelns. Kalecki nennt drei Wege zur Vollbeschäftigung:

1. Durch Regierungsausgaben für öffentliche Investitionen und Subsidien zugunsten des Massenkonsums – die Politik des Deficit Spending,
2. durch Anregung privater Investitionen,
3. durch redistributive Einkommensumschichtung von höheren zu niedrigeren Einkommensklassen<sup>207</sup>.

Auch Alvin H. Hansen stellt drei Gruppen von Massnahmen in den Vordergrund:

- «1. ein umfassendes und flexibles Programm öffentlicher Verbesserungs- und Entwicklungsprojekte,
2. ein umfassendes System der sozialen Sicherheit und
3. Änderung im Basiseinkommenssteuersatz»<sup>208</sup>.

206) G.D.H. Cole, a.a.O., S. 54. – Wir verweisen auf das ganze Kapitel «The Socialists and the Keynesians» in Coles *Socialist Economics*, S. 40-55.

207) «1. By Government spending on public investment (e. g. schools, hospitals, highways, etc.), or on subsidies to mass consumption (family allowances, reduction of indirect taxation, subsidies to keep down the prices of necessities) – provided that this spending is financed by borrowing. We shall call this method shortly Deficit Spending.

2. By stimulating private investment (through a reduction in the rate of interest, lowering of income tax or other measures assisting private investment).

3. By redistribution of income from higher to lower income classes.»

(M. Kalecki, *Three Ways to Full Employment*, in *The Economics of Full Employment*, Six Studies, Oxford 1945, S. 39.)

Die Sozialisten unterstreichen besonders die *Forcierung nach Schaffung genügender Nachfrage*, und mit guten Gründen, denn die Nachfrage ist für die Investitionen massgebend und diese bestimmen die Beschäftigung. Hoher Konsum ist die Voraussetzung für ein hohes Niveau der Beschäftigung. Das eigentliche Problem liegt nicht beim Sparen, sondern bei der Konsumtion. Damit wird aber auch eine gleichmässigerer Verteilung des Volkseinkommens zur vordringlichsten Aufgabe, denn je gleichmässiger die Einkommensverteilung desto grösser der Konsum und desto kleiner das private Sparen<sup>209</sup>. «Da vor allem die Unternehmer sparen», heisst es im Kommentar zur Neuen Schweiz, «die Arbeiter hingegen ihr Einkommen zu einem weit grösseren Teil für Konsumzwecke ausgeben, ist es für die Verhütung einer Krise wesentlich, dass die Einkommen ausgeglichen werden, dass die Unternehmer weniger erhalten und die Arbeiter mehr»<sup>210</sup>. Hans-Ulrich Amberg schreibt: «So bleibt denn die Neuverteilung des Volkseinkommens, das heisst u.a. die Verhinderung des unbegrenzten Anwachsens von Ersparnissen in den Händen weniger, die

208) A. H. Hansen, *Economic Policy and Full Employment*, 3. Aufl., New York/London 1947, S. 22; von mir frei übersetzt.

Lerner stellt drei Grundregeln für die Beschäftigung auf:

1. Regel: «The government shall maintain at all times a reasonable level of total spending in the economy. If there is not enough spending, so that there is excessive unemployment, the government shall increase total spending by lowering taxes or by increasing its own expenditures or both. If there is too much spending, so that there is inflation, the government shall reduce total spending by cutting its own expenditures or by increasing taxes or both.»

(A.P. Lerner, a.a.O., S. 8.)

2. Regel: «The government shall maintain that rate of interest which induces the optimum rate of investment, borrowing money when the rate of interest is too low and lending money (or repaying loans) when the rate of interest is too high.» (Ebenda, S. 10/11.)

3. Regel: «If either of the first two rules should conflict with the principles of 'sound finance' or of balancing the budget or of limiting the national debt, so much the worse for these principles. The government press shall print any money that may be needed in carrying out these rules.» (Ebenda, S. 11.)

209) «At any given level of income, the more unequally income is distributed, the more will be saved. The income of most people is so low that they tend to consume most of it and also most of any increment in income. A more equal income distribution will, therefore, increase consumption and decrease saving.» (G.N. Halm, a.a.O., S. 204.)

Dass bei gleichmässigerer Verteilung das private Sparen sinkt, nehmen die Sozialisten in Kauf. «Nach sozialistischer Auffassung ist das Zeitalter rein privater Kapitalbildung aus den Unternehmungsgewinnen vorbei.» (H.U. Amberg, a.a.O., S. 28.) Die Folge des Zurückgehens der privaten Kapitalbildung wird die sein, dass eben die öffentliche Hand in vermehrtem Masse Investitionen vornehmen muss.

210) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 14.



grundsätzlich richtige und die mit den wenigsten Gefahren verbundene Lösung des Beschäftigungsproblems. Und von allen Mitteln, die nach der primären Einkommensverteilung noch eingesetzt werden können, bleibt die redistributive Besteuerung, neben den Besitzsteuern, das zweckmässigste»<sup>211</sup>.

Wenn sich in früheren Zeiten – vor allem in den Anfängen des Kapitalismus – grosse Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Besitz aus rein wirtschaftlichen Gründen noch einigermaßen rechtfertigen liessen, ja sogar einen nicht unwesentlichen Grund für die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert darstellten, so fehlt in der modernen Wirtschaft eine solche Rechtfertigung. Heute verlangt die innere Stabilität der Wirtschaft im Gegenteil eine weitgehend egalitäre Verteilung. – Die von den Sozialisten befolgte Politik einer gleichmässigeren Verteilung des Volkseinkommens, aus einem tiefen Gerechtigkeitsgefühl heraus geboren, ist daher nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig. Darauf wird auch im Kommentar zur Neuen Schweiz hingewiesen: «Ein solcher Ausgleich der Einkommen wird von Sozialisten auch aus Gründen der Gerechtigkeit verlangt. Es darf uns mit Genugtuung erfüllen, dass das, was wir aus ethischen Gründen fordern, sich mit einer rationellen Wirtschaftspolitik deckt, ja eine unbedingte Voraussetzung für die Sicherung der Vollbeschäftigung ist. Damit wird unser Programm zu einer festen Einheit. Wir stehen nicht vor den gleichen Schwierigkeiten wie zum Beispiel viele Liberale, die wohl Wirtschaftskrisen verhindern wollen, die jedoch davor zurückschrecken, die dazu notwendige Bedingung, eine Neuverteilung der Einkommen, zu fordern»<sup>212</sup>. Es ist also tatsächlich so, «dass die Sozialisten viel unbefangener an das Problem herantreten und am ehesten in der Lage sind bzw. am wenigsten Hemmungen haben, eine konsequente und entschlossene Politik der Vollbeschäftigung zu verfolgen»<sup>213</sup>.

So bedeutungsvoll eine Neuverteilung der Einkommen aber auch ist, kann sich eine wirksame Vollbeschäftigungspolitik doch nicht darauf beschränken. Eine *Beinflussung der privaten Investitionen* ist unumgänglich. «Die Regulierung der privaten Investition ist in jeder Vollbeschäftigungspolitik ein zentrales Problem»<sup>214</sup>. Unter Benützung der *Finanz- und Steuerpolitik* hat man im Aufschwung inflatio-

211) H.U. Amberg, a.a.O., S. 68/69.

212) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 14/15.

213) H.U. Amberg, a.a.O., S. 60.

214) Ebenda, S. 63.

nistischen Tendenzen und übertriebener Investitionstätigkeit entgegenzuwirken<sup>215</sup>; im Falle eines Konjunkturrückganges hingegen sind die privaten Investitionen u.a. durch zweckmässige Steuersenkungen anzuregen<sup>216</sup>. Es versteht sich, dass die bürgerlichen Politiker dieser letzteren Massnahme besondere Bedeutung beimessen. Eine Budgetdefizitpolitik<sup>217</sup>, die infolge des Anwachsens der Staatsschuld vermehrte Möglichkeiten zur Anlage flüssiger Mittel schafft, ist ihnen aus naheliegenden Gründen lieber als massive Eingriffe in die Einkommensverteilung.

Die private Investitionstätigkeit kann natürlich auch mittels der *Geldpolitik* beeinflusst werden, was speziell von Keynes hervorgehoben wurde. Dass die Geldpolitik der wirtschaftspolitischen Zielsetzung unterzuordnen ist und einer möglichst gleichmässigen wirtschaftlichen Entwicklung dienlich sein soll, werden die Sozialisten nur bejahen, die im Interesse eines hohen Beschäftigungsniveaus grundsätzlich eine Politik des billigen Geldes befürworten<sup>218</sup>. Dazu kommen Massnahmen zur Kreditrestriktion im wirtschaftlichen Aufschwung und solche zur Kreditexpansion im Konjunkturrückgang. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass der Wirkungsbereich der Geldpolitik beschränkt ist. Im Aufschwung kann eine restriktive Kreditpolitik wohl eine Abschwächung der Aufwärtsbewegung bewirken, doch nur in dem Masse, als die Unternehmer auf die Bankkredite angewiesen sind. In der Depression ist die Wirkung der Geld- und Kreditpolitik vollends unzureichend, denn auch eine noch so starke Ausdehnung des Geldvolumens und niedrigste Zinssätze können den Unternehmer nicht zu Investitionen bewegen, solange die entsprechenden Gewinnerwartungen fehlen.

Die Geld- und Kreditpolitik ist ja allein schon deshalb nicht in der Lage, die Konjunkturschwankungen auszuschalten, weil diese kein rein monetäres Phänomen sind. Der zur liberalen Schule gehörende George N. Halm schreibt denn auch: «Es ist sehr fraglich, ob selbst die beste Geldpolitik die zyklischen Konjunkturbe-

215) «Die *konjunkturelle Finanzpolitik* hat im Aufschwung vor allem die Aufgabe, durch Erhebung von Steuern am richtigen Ort die Investitionswut der Privatwirtschaft zu bremsen und die antiinflationäre Geldpolitik zu unterstützen. Die privaten Gewinne müssen durch Gewinn- und Einkommenssteuern weitgehend abgeschöpft werden, wobei eventuell steuerfreie Rückstellungen zur Verwendung im Konjunkturabstieg erlaubt werden können.» (Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 19.)

216) Vgl. dazu A. H. Hansen, a.a.O., S. 137 ff.

217) Zur Budgetdefizitpolitik vgl. H.U. Amberg, a.a.O., S. 76 ff.

218) «Die ‚Neue Schweiz‘ verlangt daher eine Politik des billigen Geldes, eine ‚möglichst geringe Zinsbelastung der Wirtschaft‘.» (Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 73.) Und Alvin H. Hansen, der kein Sozialist ist, sagt: «Modern economic analysis favors the maintenance of a low rate of interest. This also is the announced policy of all modern democracies.» (A.H. Hansen, a.a.O., S. 148.)

wegungen einer Geldwirtschaft ausschalten könnte. Eine derartige Politik müsste nicht nur störende Einflüsse von der Geldseite her verhindern, sondern auch störenden Einflüssen anderer Art entgegenwirken. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es weiterhin allgemeine Wirtschaftsschwankungen geben wird und dass die der Zentralbank zur Verfügung stehenden Mittel, zum mindesten in ihrer jetzigen Form, keineswegs imstande sind, die Wirtschaft vom Zustand der Unterbeschäftigung zu befreien und sie einer dauernden Prosperität zuzuführen»<sup>219</sup>.

Eine wirksame Beschäftigungspolitik muss deshalb auch *Massnahmen zur direkten Beeinflussung der Investitionen umfassen*; das sind vor allem: Investitionskontrolle und öffentliche Investitionen. – Im Kommentar zur Neuen Schweiz heisst es, die *Investitionskontrolle* müsse «als bedeutsamstes und wirkungsvollstes Instrument der Konjunkturlenkung unbedingt gefordert werden. Sie besteht zur Hauptsache in der Einführung einer *Bewilligungspflicht* für alle grösseren gewerblichen und industriellen Bauvorhaben»<sup>220</sup>. In der wirtschaftlichen Depression kann es allerdings nicht mehr um eine Kontrolle der Investitionen gehen, sondern vielmehr darum, durch *öffentliche Investitionen* den Schrumpfungsprozess zu überwinden. Im Rahmen der sozialistischen Vollbeschäftigungspolitik haben denn auch diese von der öffentlichen Hand vorzunehmenden Investitionen eine entscheidende Rolle zu spielen, und es wird wohl nur wenige Sozialisten geben, die deren Bedeutung unterschätzen würden<sup>221</sup>.

Besonders wichtig sind jene öffentlichen Investitionen, die im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen vorgenommen werden. So schreibt Amberg: «Gerade darum werden ja die Grundstoff- (oder Schlüssel-) Industrien in Gemeineigentum übergeführt, weil ihre Investitionspolitik so entscheidend wichtig ist für Stabilität und Vollbeschäftigung in einem Lande»<sup>222</sup>. Jean Mussard erklärt, dass die Abschaffung der Arbeitslosigkeit vermittels eines Ausbaus des gemeinwirtschaftlichen Sektors möglich werde<sup>223</sup>. «Die Privatwirtschaft mag bestehen blei-

219) G.N. Halm, Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, München 1951, S. 62.

220) Kommentar zur Neuen Schweiz, S. 18.

221) Cole z.B. hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Staat selber auch investieren müsse. (Vgl. G.D.H. Cole, a.a.O., S. 50 ff.) Aber auch Hansen ist der Ansicht, dass man vorläufig zur Erhaltung der Vollbeschäftigung auf öffentliche Investitionen nicht verzichten könne. «Moreover, as a practical matter, it is not probable that we could, in the next decade or two, hope to achieve full employment without the substantial contribution that public investment can make.» (A. H. Hansen, a.a.O., S. 184.)

222) H.U. Amberg, a.a.O., S. 74.

223) Vgl. J. Mussard, a.a.O., S. 37.

ben, wo sie Erfolge aufzuweisen hat und sich produktiv betätigt. Neben diesem, der persönlichen Initiative und dem Wagemut Privater überlassenen Sektor ist das Gebiet gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen auszubauen, deren Zweck es ist, die Vollbeschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte und die Deckung aller realen Bedürfnisse der Nation sicherzustellen»<sup>224</sup>. «Der gemeinwirtschaftliche Betrieb wäre somit ein Reservoir, das die von der Privatwirtschaft nicht Beschäftigten aufnimmt»<sup>225</sup>.

Wenn sich also zugunsten der sozialistischen Forderung nach Verstaatlichung gewisser Teile der Wirtschaft vom beschäftigungspolitischen Standpunkt aus ganz gewichtige Argumente ins Feld führen lassen, so soll damit nicht behauptet werden, dass es unmöglich wäre, ohne wesentliche Ausdehnung des sozialisierten Sektors ein hohes Niveau der Beschäftigung zu erreichen oder zu erhalten; u. E. spricht jedoch vieles dafür, dass sich dieses Ziel mit Hilfe eines weiten sozialisierten Bereiches besser und auf einfachere Weise verwirklichen lässt.

Abschliessend sei noch auf ein Problem hingewiesen, das in der Nachkriegszeit alle sozialistischen Regierungen beschäftigte, die eine bewusste Vollbeschäftigungspolitik betrieben; wir meinen die in einer vollbeschäftigten Wirtschaft bestehende *Tendenz zur Inflation*. Zwar wäre es übertrieben, wollte man erklären, die Vollbeschäftigung führe automatisch zur Inflation, doch die Gefahr besteht zweifellos und muss erkannt werden, damit ihr desto entschlossener begegnet werden kann. Der englische Sozialist John Strachey gibt auch ohne Weiteres zu, dass in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Inflation *das* Problem sei, so wie es in der Vergangenheit die Deflation war<sup>226</sup>. Wir können hier nicht auf die Frage eintreten, was für Mittel zur Verfügung stehen, um die drohende Gefahr der Inflation zu bannen. Wir beschränken uns auf die Feststellung, dass die berechtigte Hoffnung besteht, der demokratische Sozialismus könne auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

224) Ebenda, S. 36/37.

225) Ebenda, S. 62.

226) «For it is now evident from experience that, as had always been predicted would be the case, inflation is the besetting difficulty of the new, full-employment economy, just as deflation was the curse of our previous arrangements.» (John Strachey, *Tasks and Achievement of British Labour*, in *New Fabian Essays*, S. 196.) Strachey sagt aber auch weiter: «I do not myself believe for a moment that the unmistakable fact that a full employment economy generates powerful inflationary forces is a fatal defect: it is a *bias* in the new system which must be identified and vigorously counteracted. But granted that this is done, there is nothing fatal about it.» (Ebenda, S. 196.)

diese gefährliche Klippe umschiffen, denn wenn die Vollbeschäftigung an sich ein erstrebenswertes Ziel ist, so liegt die Vermeidung einer Inflation ebenso im Interesse der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Und heute, wo die Arbeiterschaft in hohem Masse inflationsbewusst geworden ist, dürfte eine Arbeiterregierung in dem Bemühen, inflationistischen Tendenzen zu steuern und nötigenfalls auch mit wenig populären Massnahmen auf den Leib zu rücken, der Unterstützung seitens der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen gewiss sein.

Aus unseren Ausführungen über die sozialistische Wirtschaftspolitik dürfte deutlich genug hervorgegangen sein, dass es durchaus im Bereiche der Möglichkeit einer sozialistischen Regierung liegt, unter Gewährung der grundlegenden Freiheitsrechte jenen Wohlfahrtsstaat zu schaffen, der im Vergleich zur bestehenden Ordnung ein weit grösseres Mass von Gerechtigkeit, Gleichheit und sozialer Sicherheit garantiert und den Menschen vor Not und – was ebenso wichtig ist – von der Angst vor Not befreit. Nun ist aber das sozialistische Ziel mit der Errichtung des Wohlfahrtsstaates noch nicht verwirklicht, denn wenn es dem demokratischen Sozialismus letzten Endes darum geht, jedem Menschen die Möglichkeit zur Entwicklung seiner Persönlichkeit zu geben, dann ist es unbedingt erforderlich, dass über den Wohlfahrtsstaat hinaus auf jeder Stufe politischer und wirtschaftlicher Willensbildung ein Höchstmass an demokratischer Mitbestimmung und Mitverantwortung erzielt wird<sup>227</sup>. Und es wird gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um zu diesem weitergesteckten Ziel zu gelangen, das nicht durch Planung zu erreichen ist, geht es doch hier vor allem um eine Frage der Gesinnung und der persönlichen Lebensführung.

227) Crossman sagt, es sei heute die Hauptaufgabe des Sozialismus, Machtkonzentrationen zu verhindern: «The main task of socialism to-day is to prevent the concentration of power in the hands of *either* industrial management *or* the state bureaucracy – in brief, to distribute responsibility and so to enlarge freedom of choice.» (R.H.S. Crossman, *Towards a Philosophy of Socialism*, in *New Fabian Essays*, S. 27.) «Just as capitalism *could* be civilised into the Welfare State, so the managerial society *can* be civilised into democratic socialism.» (Ebenda, S. 12.)